

Zwischenbericht zum 30. Juni 2016



Die Deutsche Bank

Der Konzern im Überblick

	Jan. – Jun.	
	2016	2015
Aktienkurs zum Ende der Berichtsperiode	12,33 €	26,95 €
Aktienkurs höchst	22,10 €	33,42 €
Aktienkurs tiefst	12,05 €	23,48 €
Ergebnis je Aktie (unverwässert) ¹	-0,03 €	0,80 €
Ergebnis je Aktie (verwässert) ¹	-0,03 €	0,78 €
Ausstehende Aktien (unverwässert, Durchschnitt), in Mio	1.387	1.391
Ausstehende Aktien (verwässert, Durchschnitt), in Mio	1.387	1.419
Eigenkapitalrendite nach Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbaren Eigenkapital)	0,7 %	3,8 %
Eigenkapitalrendite nach Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen materiellen Eigenkapital)	0,9 %	4,8 %
Aufwand-Ertrag-Relation ²	90,0 %	84,3 %
Personalaufwandsquote ³	39,8 %	35,2 %
Sachaufwandsquote ⁴	50,2 %	49,1 %
in Mio €		
Erträge insgesamt	15.454	19.553
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	564	369
Zinsunabhängige Aufwendungen insgesamt	13.903	16.476
Ergebnis vor Steuern	987	2.708
Gewinn/Verlust (-) nach Steuern	256	1.377
in Mrd € (sofern nicht anders angegeben)	30.6.2016	31.12.2015
Bilanzsumme	1.803	1.629
Den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbares Eigenkapital	61,9	62,7
Nettovermögen je ausstehende Stammaktie (unverwässert)	44,54 €	45,16 €
Materielles Nettovermögen je ausstehende Stammaktie (unverwässert)	37,40 €	37,90 €
Harte Kernkapitalquote (CRR/CRD 4) ⁵	12,2 % ⁶	13,2 %
Harte Kernkapitalquote (CRR/CRD 4-Vollumsetzung) ⁵	10,8 % ⁶	11,1 %
Kernkapitalquote (CRR/CRD 4) ⁵	14,0 % ⁶	14,7 %
Kernkapitalquote (CRR/CRD 4-Vollumsetzung) ⁵	12,0 % ⁶	12,3 %
Anzahl		
Niederlassungen	2.721	2.790
Davon: in Deutschland	1.808	1.827
Mitarbeiter (in Vollzeitkräfte umgerechnet)	101.307	101.104
Davon: in Deutschland	45.744	45.757
Langfristige Bonitätseinstufung		
Moody's Investors Service	Baa2	A3
Standard & Poor's	BBB+	BBB+
Fitch Ratings	A-	A-
DBRS Ratings	A	A

¹ Im Zusammenhang mit jeweils zum April gezahlten Kupons auf Zusätzliche Tier-1-Anleihen wurde das Ergebnis in 2016 um 276 Mio € und in 2015 um 228 Mio € nach Steuern angepasst. Gemäß IAS 33 sind die gezahlten Kupons auf Zusätzliche Tier-1-Anleihen nicht Bestandteil des den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbaren Konzernergebnisses und müssen bei der Berechnung abgezogen werden. Die Anpassung führt zu einer Verlustsituation bei der Berechnung des „Ergebnis je Aktie“ im zweiten Quartal und im ersten Halbjahr 2016.

² Prozentualer Anteil der Zinsunabhängigen Aufwendungen insgesamt am Zinsüberschuss vor Risikovorsorge im Kreditgeschäft plus Zinsunabhängige Erträge.

³ Prozentualer Anteil des Personalaufwands am Zinsüberschuss vor Risikovorsorge im Kreditgeschäft plus Zinsunabhängige Erträge.

⁴ Prozentualer Anteil des Zinsunabhängigen Sachaufwands, der sich aus den Zinsunabhängigen Aufwendungen abzüglich Personalaufwand zusammensetzt, am Zinsüberschuss vor Risikovorsorge im Kreditgeschäft plus Zinsunabhängige Erträge.

⁵ Werte für 2016 und 2015 basieren auf „CRR/CRD 4“ unter Berücksichtigung der Übergangsregeln und „CRR/CRD 4-Vollumsetzung“ gemäß der vollständigen Anwendung des CRR/CRD 4-Regelwerks.

⁶ Im Einklang mit der Entscheidung des Vorstands, keine Dividende auf Stammaktien für das Geschäftsjahr 2016 vorzuschlagen.

Aufgrund von Rundungen können sich im vorliegenden Bericht bei Summenbildungen und bei der Berechnung von Prozentangaben geringfügige Abweichungen ergeben.

Inhalt

Lagebericht

Überblick zur Finanz- und Ertragslage – 2
Wirtschaftliches Umfeld – 2
Ergebnis der Deutschen Bank – 3
Ertragslage des Konzerns – 4
Segmentergebnisse – 7
Segmentüberblick – 11
Vermögenslage – 27
Geschäfte mit nahestehenden Dritten – 32
Vorstand und Aufsichtsrat – 32
Ereignisse nach dem Bilanzstichtag – 32
Strategie – 33
Ausblick – 34
Die Weltwirtschaft – 34
Die Bankenbranche – 35
Der Deutsche Bank-Konzern – 36
Unsere Geschäftsbereiche – 38
Risiken und Chancen – 40
Risikobericht – 42
Einführung – 42
Risiko und Kapital – Übersicht – 45
Risiko und Kapital Performance – 49
Verschuldungsquote – 59
Risikopositionswert des Kreditrisikos – 61
Qualität von Vermögenswerten – 68
Marktrisiko – 74
Operationelle Risiken – 77
Liquiditätsrisiko – 78

Bestätigungen

Versicherung der gesetzlichen Vertreter – 81
Bescheinigung nach prüferischer Durchsicht – 82

Konzernabschluss

Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung – 83
Konzern-Gesamtergebnisrechnung – 84
Konzernbilanz – 85
Konzern-Eigenkapitalveränderungsrechnung – 86
Konzern-Kapitalflussrechnung – 88

Anhangangaben

Grundlage der Erstellung – 90
Effekt aus Änderungen der Bilanzierungsmethoden – 91
Segmentberichterstattung – 94
Angaben zur Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung – 97
Angaben zur Konzernbilanz – 101
Sonstige Finanzinformationen – 143

Sonstige Informationen

Nicht nach IFRS ermittelte finanzielle Messgrößen – 147
Impressum – 154

Lagebericht

Überblick zur Finanz- und Ertragslage

Wirtschaftliches Umfeld

Die Weltwirtschaft

Wirtschaftswachstum (%) ¹	30.6.2016	31.3.2016	Haupttreiber
Weltwirtschaft	3,2 %²	3,4 %	Das Wachstum der Weltwirtschaft dürfte angesichts des enttäuschenden Welthandels, hoher Verschuldung und struktureller Defizite weiter schwach bleiben. Das Wachstum in den Industrieländern dürfte sich verlangsamen, während es sich in den Schwellenländern seitwärts bewegen dürfte.
Davon:			
Industrieländer	1,4 % ²	1,7 %	
Schwellenländer	5,0 % ²	5,0 %	
Eurozone	1,6 %²	1,7 %	Aufwertung des EUR seit Jahresanfang, schwache globale Konjunktur und saisonal bedingt schwache Bauinvestitionen belasten in Q2. Diese Faktoren dürften stärker ausfallen als die unterstützenden Effekte des niedrigen Ölpreises und der extrem expansiven Geldpolitik.
Davon: Deutschland	1,3 % ²	1,6 %	
USA	1,4 %²	2,1 %	Der starke US-Dollar ist negativ für exportorientierte Unternehmen und schwache Ölpreise negativ für Energiesektor, solide Entwicklung der Binnenwirtschaft (Konsum, Wohnungsbau).
Japan	0,2 %²	0,0 %	Schwache Binnenwirtschaft, aber moderate Impulse aus dem Ausland.
Asien³	6,4 %²	6,3 %	Schwache Nachfrage aus China und in den Industrieländern.
Davon: China	6,7 %	6,7 %	Das Wachstum legte im Industriesektor etwas zu, wobei die Investitionen des Privatsektors weiter rückläufig waren. Der Dienstleistungssektor entwickelte sich robust.

¹ Quellen: Nationale Behörden, falls nicht anders angegeben.

² Quellen: Deutsche Bank Research Prognosen.

³ Enthält: China, Indien, Indonesien, Republik Korea und Taiwan.

Umfeld Bankenbranche

Die zu Jahresbeginn hohe Volatilität auf den globalen Aktien- und Kreditmärkten ging im Verlauf des zweiten Quartals 2016 wieder zurück. Infolge des britischen Referendums über die Mitgliedschaft in der Europäischen Union setzte zuletzt allerdings eine neue Phase erhöhter Volatilität ein.

Die Banken im Euroraum konnten im klassischen Bankgeschäft im zweiten Quartal 2016 leicht expandieren. Dies war vor allem auf das Wachstum der Kreditvergabe an Haushalte zurückzuführen, welches um 2 % im Vergleich zum Vorjahr anstieg. Das Geschäft mit Unternehmen stagnierte jedoch weiterhin, allerdings sollte der neue TLTRO-Rahmen der Europäischen Zentralbank (EZB) diesem Trend entgegenwirken. Das Einlagenvolumen der Haushalte und Unternehmen konnte erheblich um 3,8 % zulegen. Der Anteil kurzfristiger Einlagen stieg dabei an, während längerfristige Einlagen aufgrund der anhaltenden Niedrigzinsen unattraktiver wurden.

In Deutschland entwickelte sich die Lage erneut deutlich positiver als im Durchschnitt des Euroraums: Die Kreditvergabe an Unternehmen stieg um 2,4 % und an Haushalte um fast 3 %. Für Letzteres zeichnete insbesondere die Ausweitung des privaten Hypothekenvolumens verantwortlich. Trotzdem sank die Bilanzsumme deutscher Banken vor allem aufgrund eines geringeren Interbanken- und Derivategeschäfts um 2,4 %.

In den USA hielt das positive Umfeld für die Banken dank der guten konjunkturellen Lage an. Die Kreditvergabe an Unternehmen stieg im Jahresvergleich um fast 10 %, während das Konsumentenkreditgeschäft ebenfalls mit hohen einstelligen Raten wuchs. Zudem stieg auch das Immobilienkreditvolumen um 6,6 % an und lag damit klar über dem längerfristigen Trend. Im Einlagengeschäft konnten die US-amerikanischen Banken im Vergleich zu den Vorquartalen wieder stärkere Zuwächse verzeichnen.

In Japan zeigte sich das Kreditgeschäft mit dem privaten Sektor solide und legte um 2,2 % zu. Auf der Passivseite konnten die japanischen Banken im zweiten Quartal 2016 wieder stärkere Zuwächse bei den Einlagen verzeichnen, insbesondere bei Unternehmenseinlagen.

In China waren die Wachstumsraten im traditionellen Bilanzgeschäft unverändert sehr hoch. Während die Kreditvergabe an Haushalte zuletzt wieder mehr Fahrt aufnahm, verlangsamte sich die Expansion bei Unternehmenskrediten jedoch etwas.

Ergebnis der Deutschen Bank

Im zweiten Quartal 2016 war das Ergebnis der Deutschen Bank weiterhin in allen Bereichen, vor allem in Global Markets, in Private, Wealth & Commercial Clients sowie in Corporate Finance, von einem schwierigen Ertragsumfeld geprägt. Niedrigere Erträge wurden teilweise durch niedrigere Zinsunabhängige Aufwendungen infolge gesunkener Kosten für Rechtsstreitigkeiten und geringere Personalaufwendungen kompensiert. Teilweise wurden die niedrigeren Zinsunabhängigen Aufwendungen aufgehoben durch eine Wertminderung auf den Geschäfts- oder Firmenwert und immaterielle Vermögenswerte von 285 Mio € in GM infolge eines Transfers von Geschäftseinheiten aus Deutsche AM. Wir sind weiterhin fokussiert auf die Umsetzung unserer Strategie und sind bei der Implementierung strategischer Entscheidungen weiter vorangekommen. Zudem haben wir deutliche Fortschritte bei unserem kontinuierlichen Risikoabbau und den Restrukturierungsmaßnahmen erzielt.

Die Konzernfinanzkennzahlen (KPIs) für das erste Halbjahr sind in der folgenden Tabelle aufgeführt:

Konzernfinanzkennzahlen	30.6.2016	30.6.2015
Erträge	15,5 Mrd €	19,6 Mrd €
Ergebnis vor Steuern	1,0 Mrd €	2,7 Mrd €
Gewinn/Verlust (-) nach Steuern	0,3 Mrd €	1,4 Mrd €
Eigenkapitalrendite nach Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbaren materiellen Eigenkapital) ¹	0,9 %	4,8 %
Eigenkapitalrendite nach Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Eigenkapital) ¹	0,7 %	3,8 %
Bereinigte Kostenbasis ²	12,7 Mrd €	13,4 Mrd €
Aufwand-Ertrag-Relation ³	90,0 %	84,3 %
Risikogewichtete Aktiva	402,2 Mrd €	415,8 Mrd €
Harte Kernkapitalquote gemäß CRR/CRD 4 (Vollumsetzung) ⁴	10,8 % ⁵	11,4 %
CRR/CRD 4-Verschuldungsquote auf Basis einer Vollumsetzung ⁶	3,4 %	3,6 %

¹ Basierend auf dem den Deutsche Bank-Aktionären und zusätzlichen Eigenkapitalbestandteilen zurechenbaren Ergebnis nach Steuern. Weitere Einzelheiten sind im Abschnitt „Sonstige Informationen: Nicht nach IFRS ermittelte finanzielle Messgrößen“ dieses Berichts zu finden.

² Zinsunabhängige Aufwendungen insgesamt ohne Wertberichtigungen auf den Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte, Aufwendungen für Rechtsstreitigkeiten, Aufwendungen im Versicherungsgeschäft sowie Restrukturierung und Abfindungszahlungen. Weitere Einzelheiten sind im Abschnitt „Sonstige Informationen: Nicht nach IFRS ermittelte finanzielle Messgrößen“ dieses Berichts enthalten.

³ Prozentualer Anteil der Zinsunabhängigen Aufwendungen insgesamt am Zinsüberschuss vor Risikoversorge im Kreditgeschäft zuzüglich der Zinsunabhängigen Erträge.

⁴ Die Common Equity Tier-1-Kapitalquote gemäß der CRR/CRD 4 (Vollumsetzung) entspricht unserer Kalkulation der Common Equity Tier-1-Kapitalquote ohne Berücksichtigung der Übergangsregelungen der CRR/CRD 4. Weitere Informationen zur Berechnung dieser Quote sind im Risikobericht enthalten.

⁵ Im Einklang mit der Entscheidung des Vorstands, keine Dividende auf Stammaktien für das Geschäftsjahr 2016 vorzuschlagen.

⁶ Weitere Informationen zur Berechnung dieser Quote sind im Risikobericht zu finden.

Ertragslage des Konzerns

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	2. Quartal		Absolute Veränderung	Veränderung in %	Jan. – Jun.		Absolute Veränderung	Veränderung in %
	2016	2015			2016	2015		
Erträge:								
Davon:								
GM	2.420	3.344	- 924	- 28	5.238	7.011	- 1.774	- 25
CIB	1.888	2.154	- 265	- 12	3.713	4.290	- 577	- 13
PW&CC	1.861	2.091	- 230	- 11	3.597	4.183	- 586	- 14
Deutsche AM	706	769	- 63	- 8	1.397	1.518	- 120	- 8
Postbank	903	803	101	13	1.764	1.660	103	6
NCOU	- 349	223	- 572	N/A	- 333	618	- 951	N/A
C&A	- 45	- 206	161	- 78	78	273	- 196	- 72
Erträge insgesamt	7.386	9.177	- 1.792	- 20	15.454	19.553	- 4.099	- 21
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	259	151	108	72	564	369	195	53
Zinsunabhängige Aufwendungen:								
Personalaufwand	2.959	3.447	- 488	- 14	6.153	6.880	- 727	- 11
Sachaufwand	3.221	4.335	- 1.114	- 26	6.957	9.404	- 2.447	- 26
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	74	10	64	N/A	118	163	- 45	- 28
Wertminderungen auf Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte	285	0	285	N/A	285	0	285	N/A
Restrukturierungsaufwand	179	6	173	N/A	390	29	361	N/A
Zinsunabhängige Aufwendungen insgesamt	6.718	7.798	- 1.080	- 14	13.903	16.476	- 2.573	- 16
Ergebnis vor Steuern	408	1.228	- 821	- 67	987	2.708	- 1.721	- 64
Ertragssteueraufwand/ -ertrag (-)	388	410	- 23	- 5	731	1.331	- 600	- 45
Gewinn/Verlust (-) nach Steuern	20	818	- 798	- 98	256	1.377	- 1.121	- 81

N/A – Nicht aussagekräftig

Quartalsvergleich 2016 versus 2015

Das zweite Quartal 2016 war hauptsächlich durch ein schwieriges Marktumfeld geprägt, dessen Auswirkungen auf unsere Erträge durch die Unsicherheit in Bezug auf die Geldpolitik der Zentralbanken, das Referendum über die EU-Mitgliedschaft in Großbritannien und die Implementierung strategischer Entscheidungen verstärkt wurden. Dem stand ein Rückgang der Zinsunabhängigen Aufwendungen, vor allem aufgrund geringerer Kosten für Rechtsstreitigkeiten, niedrigeren Personalaufwands sowie veräußerten Aktivitäten, gegenüber.

Die Konzernerträge verringerten sich im zweiten Quartal 2016 um 1,8 Mrd € (20 %) auf 7,4 Mrd €. Diese Entwicklung resultierte hauptsächlich aus einem signifikanten Rückgang in marktsensitiven Unternehmens- und Geschäftsbereichen, wie Global Markets (GM), Corporate Finance und Deutsche Asset Management (AM), sowie in gewissem Maße in Bereichen, die sensitiv auf das niedrige Zinsumfeld reagieren, wie Transaction Banking, Private, Wealth & Commercial Clients (PW&CC) und die Postbank. Der Ertragsrückgang war auch auf Verluste beim Risikoabbau im Zusammenhang mit der Auflösung von langfristigen Derivaten in der Non-Core Operations Unit (NCOU) zurückzuführen. Die

Erträge in Corporate & Investment Banking (CIB) wurden hauptsächlich von geringerer Aktivität im Aktienemissionsgeschäft negativ beeinflusst. Die Konzernerträge beinhalteten in der Postbank und PW&CC einen Gewinn von 192 Mio € aus der Veräußerung einer Beteiligung an der VISA Europe Limited sowie einen Gewinn von 255 Mio € im Zusammenhang mit dem Börsengang von Red Rock Resorts in der NCOU.

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft belief sich im zweiten Quartal 2016 auf 259 Mio € und war damit um 108 Mio € (72 %) höher als im Vorjahreszeitraum. Dies war im Wesentlichen bedingt durch höhere Wertberichtigungen in CIB sowie in GM hauptsächlich aufgrund der Marktschwäche des Schifffahrtssektors und geringerer Preise im Öl- und Gaswie auch im Metall- und Minensektor.

Die Zinsunabhängigen Aufwendungen sanken gegenüber dem Vorjahresquartal um 1,1 Mrd € (14 %) auf 6,7 Mrd €. Dies war hauptsächlich auf gesunkene Kosten für Rechtsstreitigkeiten zurückzuführen. Der Personalaufwand verringerte sich um 488 Mio € (14 %) auf 3,0 Mrd €, was vor allem auf niedrigere Kosten für die variable Vergütung zurückzuführen war, teilweise aufgehoben durch höhere Grundgehälter. Der Sach- und sonstige Aufwand ging gegenüber dem zweiten Quartal 2015 um 1,1 Mrd € (26 %) auf 3,2 Mrd € zurück. Dies resultierte vorwiegend aus einem deutlichen Rückgang der Kosten für Rechtsstreitigkeiten, teilweise aufgehoben durch höhere Aufwendungen für Informationstechnologie. Die Zinsunabhängigen Aufwendungen wurden zudem von Restrukturierungsaufwendungen in Höhe von 179 Mio €, hauptsächlich für die Optimierung der Infrastruktur, und durch eine Wertminderung auf den Geschäfts- oder Firmenwert und immaterielle Vermögenswerte von 285 Mio € in GM infolge eines Transfers von bestimmten Geschäftseinheiten aus Deutsche AM beeinträchtigt.

Das Ergebnis vor Steuern betrug im Berichtsquartal 408 Mio € nach 1,2 Mrd € im zweiten Quartal 2015, was vor allem durch einen Rückgang der Erträge verursacht wurde.

Im zweiten Quartal 2016 wurde ein Gewinn nach Steuern von 20 Mio € verzeichnet gegenüber einem Gewinn von 818 Mio € im Vorjahreszeitraum. Der Ertragsteueraufwand lag im Berichtsquartal bei 388 Mio € nach 410 Mio € im Vergleichszeitraum des Vorjahres. Die effektive Steuerquote von 95 % wurde im Wesentlichen durch steuerlich nicht abzugsfähige Wertminderungen auf den Geschäfts- oder Firmenwert, Aufwendungen für Rechtsstreitigkeiten und Steuereffekte im Zusammenhang mit aktienbasierten Vergütungen beeinflusst. Die effektive Steuerquote des Vorjahresquartals betrug 33 %.

Halbjahresvergleich 2016 versus 2015

Die ersten sechs Monate 2016 waren durch einen Ertragsrückgang infolge eines schwierigen Marktumfeldes, einer geringeren Kundenaktivität und die Implementierung strategischer Entscheidungen geprägt. Diesem stand eine Abnahme der Zinsunabhängigen Aufwendungen, vor allem aufgrund geringerer Kosten für Rechtsstreitigkeiten, niedrigeren Personalaufwands sowie veräußerten Aktivitäten, gegenüber.

Die Konzernerträge verringerten sich im ersten Halbjahr 2016 um 4,1 Mrd € (21 %) auf 15,5 Mrd € gegenüber 19,6 Mrd € im Vergleichszeitraum des Vorjahres. Die Erträge wurden hauptsächlich durch schwierige Marktbedingungen, eine höhere Volatilität und eine verminderte Kundenaktivität vor allem in den Bereichen GM, Corporate Finance und Deutsche AM beeinflusst. Das geringere Zinsniveau wirkte sich auf die Erträge von Transaction Banking, PW&CC und der Postbank aus. Auch die Erträge in der NCOU sanken gegenüber dem ersten Halbjahr 2015. Hauptgründe hierfür waren die Veräußerung von Vermögenswerten und der Wegfall einer im ersten Halbjahr 2015 erhaltenen Erstattung im Zusammenhang mit einer spezifischen Rechtsstreitigkeit.

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft belief sich im ersten Halbjahr 2016 auf 564 Mio € und war damit um 195 Mio € (53 %) höher als im Vorjahreszeitraum. Dies war im Wesentlichen bedingt durch höhere Wertberichtigungen in CIB sowie in GM, hauptsächlich aufgrund der Marktschwäche des Schifffahrtssektors, geringerer Preise im Öl- und Gas- wie auch im Metall- und Minensektor zurückzuführen, sowie auf nach IAS 39 umklassifizierte Vermögenswerte in unseren European Mortgage-Portfolios in der NCOU. Die Zunahme wurde teilweise durch einen Rückgang der Risikovorsorge im Kreditgeschäft in PW&CC und der Postbank ausgeglichen, was die weiterhin hohe Qualität des Kreditportfolios und das günstige Wirtschaftsumfeld widerspiegelt.

Die Zinsunabhängigen Aufwendungen lagen im ersten Halbjahr 2016 mit 13,9 Mrd € um 2,6 Mrd € (16 %) unter dem Wert des Vorjahreszeitraumes. Dieser Rückgang war insbesondere durch geringere Kosten für Rechtsstreitigkeiten bedingt. Der Personalaufwand verringerte sich um 727 Mio € (11 %) auf 6,2 Mrd €, was vor allem auf niedrigere Kosten für die variable Vergütung zurückzuführen war, teilweise aufgehoben durch höhere Grundgehälter. Der Sachaufwand und sonstige Aufwand ging um 2,4 Mrd € (26 %) auf 7,0 Mrd € zurück. Dies war hauptsächlich auf geringere Kosten für Rechtsstreitigkeiten, welche teilweise durch höhere IT-Aufwendungen aufgehoben wurden, zurückzuführen. Der Rückgang der Zinsunabhängigen Aufwendungen wurde teilweise durch höhere Restrukturierungskosten von 361 Mio € und die bereits erwähnte Wertminderung auf den Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte von 285 Mio € in GM aufgehoben.

Das Konzernergebnis vor Steuern belief sich im ersten Halbjahr 2016 auf 1,0 Mrd € gegenüber 2,7 Mrd € im Vergleichszeitraum des Vorjahres. Dieser Rückgang ergab sich im Wesentlichen aus geringeren Erträgen, welche teilweise durch den Rückgang der Zinsunabhängigen Aufwendungen, insbesondere im Zusammenhang mit geringeren Kosten für Rechtsstreitigkeiten, aufgehoben wurde.

Der Gewinn nach Steuern betrug im Berichtszeitraum 256 Mio € nach 1,4 Mrd € im ersten Halbjahr 2015. Der Ertragsteueraufwand belief sich im ersten Halbjahr 2016 auf 731 Mio € im Vergleich zu 1,3 Mrd € in der Vergleichsperiode. Die effektive Steuerquote von 74 % wurde im Wesentlichen durch steuerlich nicht abzugsfähige Wertminderungen auf den Geschäfts- oder Firmenwert, Aufwendungen für Rechtsstreitigkeiten und Steuereffekte im Zusammenhang mit aktienbasierten Vergütungen beeinflusst. Im ersten Halbjahr 2015 belief sich die effektive Steuerquote auf 49 %.

Segmentergebnisse

Die nachstehenden Tabellen enthalten Informationen zu den Segmenten einschließlich der Überleitung auf den Konzernabschluss nach IFRS für das zweite Quartal 2016 und 2015 und das jeweilige erste Halbjahr des entsprechenden Jahres. Für Informationen zu den Änderungen in der Segmentberichterstattung siehe den entsprechenden Abschnitt „Segmentberichterstattung“ in den Anhangangaben.

	2. Quartal 2016							
in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	Global Markets	Corporate & Investment Banking	Private, Wealth & Commercial Clients	Deutsche Asset Manage- ment	Postbank	Non-Core Operations Unit	Consoli- dation & Adjust- ments	Konzern insgesamt
Erträge	2.420	1.888	1.861	706	903	- 349	- 45	7.386
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	39	115	66	0	34	5	- 1	259
Zinsunabhängige Aufwendungen:								
Personalaufwand	408	440	615	138	345	17	996	2.959
Sachaufwand	1.626	842	928	298	345	263	- 1.080	3.221
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	0	0	0	74	0	0	0	74
Wertminderungen auf Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte	285	0	0	0	0	0	0	285
Restrukturierungsaufwand	32	59	64	26	0	- 1	0	179
Zinsunabhängige Aufwendungen insgesamt	2.351	1.341	1.608	535	690	278	- 84	6.718
Anteile ohne beherrschenden Einfluss	2	0	0	0	0	- 0	- 2	0
Ergebnis vor Steuern	28	432	187	171	179	- 632	42	408
Aufwand-Ertrag-Relation (in %)	97	71	86	76	76	N/M	N/M	91
Aktiva	1.194.698	200.389	193.743	26.173	141.846	15.224	31.218	1.803.290
Risikogewichtete Aktiva (CRD 4 Vollumsetzung)	169.861	85.296	49.820	12.581	44.848	27.376	12.436	402.217
Verschuldungsposition (CRD4) – Stichtagswert	732.680	283.994	201.668	4.510	146.966	19.311	25.410	1.414.538
Durchschnittliches Eigenkapital	24.344	11.846	8.877	6.403	5.838	4.654	50	62.011
Eigenkapitalrendite nach Steuern (basierend auf dem durchschnitt- lichen materiellen Eigenkapital) (in %) ¹	0,3	10,5	6,7	29,1	8,4	N/A	N/A	0,1
Eigenkapitalrendite nach Steuern (basierend auf dem durchschnitt- lichen Eigenkapital) (in %) ¹	0,3	9,5	5,5	7,0	8,0	N/A	N/A	0,1

N/A – Nicht aussagekräftig

¹ Für den Konzern wird die Eigenkapitalrendite nach Steuern basierend auf dem durchschnittlichen materiellen Eigenkapital und Eigenkapital unter Berücksichtigung der berichteten effektiven Steuerquote des Konzerns ermittelt, betrug 95 %. Für die Eigenkapitalrendite nach Steuern, basierend auf dem durchschnittlichen materiellen Eigenkapital und Eigenkapital der Segmente, wurde eine Steuerquote von 35 % zugrunde gelegt.

	2. Quartal 2015							
in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	Global Markets	Corporate & Investment Banking	Private, Wealth & Commercial Clients	Deutsche Asset Manage- ment	Postbank	Non-Core Operations Unit	Consoli- dation & Adjust- ments	Konzern insgesamt
Erträge	3.344	2.154	2.091	769	803	223	-206	9.177
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	5	39	74	0	26	6	1	151
Zinsunabhängige Aufwendungen:								
Personalaufwand	624	578	644	188	339	19	1.055	3.447
Sachaufwand	1.605	938	892	307	350	1.066	-822	4.335
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	0	0	0	10	0	0	0	10
Wertminderungen auf Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte	0	0	0	0	0	0	0	0
Restrukturierungsaufwand	2	3	-1	-0	0	3	-0	6
Zinsunabhängige Aufwendungen insgesamt	2.231	1.519	1.534	504	688	1.088	234	7.798
Anteile ohne beherrschenden Einfluss	22	-0	0	-0	0	-0	-22	0
Ergebnis vor Steuern	1.086	595	483	265	88	-870	-418	1.228
Aufwand-Ertrag-Relation (in %)	67	71	73	66	86	N/A	N/A	85
Aktiva	1.149.844	142.562	174.381	33.320	140.439	30.090	23.540	1.694.176
Risikogewichtete Aktiva (CRD 4 Vollumsetzung)	167.830	87.516	49.936	6.187	41.787	42.269	20.255	415.780
Verschuldungsposition (CRD4) – Stichtagswert	764.366	268.892	181.714	5.198	143.715	63.384	33.766	1.461.035
Durchschnittliches Eigenkapital	25.923	12.867	10.723	5.706	8.395	6.806	1.446	71.865
Eigenkapitalrendite nach Steuern (basierend auf dem durchschnitt- lichen materiellen Eigenkapital) (in %) ¹	11,9	13,4	15,1	78,6	4,1	N/A	N/A	5,7
Eigenkapitalrendite nach Steuern (basierend auf dem durchschnitt- lichen Eigenkapital) (in %) ¹	10,8	12,0	11,6	12,0	2,7	N/A	N/A	4,4

N/A – Nicht aussagekräftig

¹ Für den Konzern wird die Eigenkapitalrendite nach Steuern basierend auf dem durchschnittlichen materiellen Eigenkapital und Eigenkapital unter Berücksichtigung der berichteten effektiven Steuerquote des Konzerns ermittelt, sie betrug 33 %. Für die Eigenkapitalrendite nach Steuern, basierend auf dem durchschnittlichen materiellen Eigenkapital und Eigenkapital der Segmente, wurde eine Steuerquote von 35 % zugrunde gelegt.

								Jan. – Jun. 2016
in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	Global Markets	Corporate & Investment Banking	Private, Wealth & Commercial Clients	Deutsche Asset Manage- ment	Postbank	Non-Core Operations Unit	Consoli- dation & Adjust- ments	Konzern Insgesamt
Erträge	5.238	3.713	3.597	1.397	1.764	- 333	78	15.454
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	54	251	103	1	76	80	- 1	564
Zinsunabhängige Aufwendungen:								
Personalaufwand	917	939	1.261	308	693	32	2.003	6.153
Sachaufwand	3.431	1.643	1.865	606	694	717	- 1.999	6.957
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	0	0	0	118	0	0	0	118
Wertminderungen auf Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte	285	0	0	0	0	0	0	285
Restrukturierungsaufwand	102	132	120	31	0	4	- 0	390
Zinsunabhängige Aufwendungen insgesamt	4.736	2.715	3.245	1.063	1.387	753	4	13.903
Anteile ohne beherrschenden Einfluss	24	0	0	0	0	- 0	- 25	0
Ergebnis vor Steuern	423	747	249	334	301	- 1.165	99	987
Aufwand-Ertrag-Relation (in %)	90	73	90	76	79	N/A	N/A	90
Aktiva	1.194.698	200.389	193.743	26.173	141.846	15.224	31.218	1.803.290
Risikogewichtete Aktiva (CRD 4 Vollumsetzung)	169.861	85.296	49.820	12.581	44.848	27.376	12.436	402.217
Verschuldungsposition (CRD4) – Stichtagswert	732.680	283.994	201.668	4.510	146.966	19.311	25.410	1.414.538
Durchschnittliches Eigenkapital	24.177	11.978	9.136	6.396	5.786	4.850	70	62.393
Eigenkapitalrendite nach Steuern (basierend auf dem durchschnitt- lichen materiellen Eigenkapital) (in %) ¹	2,5	9,0	4,4	28,5	7,1	N/A	N/A	0,9
Eigenkapitalrendite nach Steuern (basierend auf dem durchschnitt- lichen Eigenkapital) (in %) ¹	2,3	8,2	3,6	6,8	6,8	N/A	N/A	0,7

N/A – Nicht aussagekräftig

¹ Für den Konzern wird die Eigenkapitalrendite nach Steuern basierend auf dem durchschnittlichen materiellen Eigenkapital und Eigenkapital unter Berücksichtigung der berichteten effektiven Steuerquote des Konzerns ermittelt und betrug 74 %. Für die Eigenkapitalrendite nach Steuern, basierend auf dem durchschnittlichen materiellen Eigenkapital und Eigenkapital der Segmente, wurde eine Steuerquote von 35 % zugrunde gelegt.

	Jan. – Jun. 2015							
in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	Global Markets	Corporate & Investment Banking	Private, Wealth & Commercial Clients	Deutsche Asset Manage- ment	Postbank	Non-Core Operations Unit	Consoli- dation & Adjust- ments	Konzern Insgesamt
Erträge	7.011	4.290	4.183	1.518	1.660	618	273	19.553
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	6	89	154	0	84	35	1	369
Zinsunabhängige Aufwendungen:								
Personalaufwand	1.280	1.141	1.296	383	676	49	2.055	6.880
Sachaufwand	4.534	1.737	1.846	606	699	1.720	- 1.739	9.404
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	0	0	0	163	0	0	0	163
Wertminderungen auf Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte	0	0	0	0	0	0	0	0
Restrukturierungsaufwand	22	6	- 0	- 1	0	3	- 0	29
Zinsunabhängige Aufwendungen insgesamt	5.836	2.884	3.142	1.151	1.376	1.772	315	16.476
Anteile ohne beherrschenden Einfluss	38	- 0	0	- 0	0	0	- 38	0
Ergebnis vor Steuern	1.131	1.316	887	366	201	- 1.188	- 6	2.708
Aufwand-Ertrag-Relation (in %)	83	67	75	76	83	N/A	N/A	84
Aktiva	1.149.844	142.562	174.381	33.320	140.439	30.090	23.540	1.694.176
Risikogewichtete Aktiva (CRD 4 Vollumsetzung)	167.830	87.516	49.936	6.187	41.787	42.269	20.255	415.780
Verschuldungsposition (CRD4) – Stichtagswert	764.366	268.892	181.714	5.198	140.439	63.384	33.766	1.461.035
Durchschnittliches Eigenkapital	24.601	12.276	10.403	5.593	8.492	7.509	2.424	71.299
Eigenkapitalrendite nach Steuern (basierend auf dem durchschnitt- lichen materiellen Eigenkapital) (in %) ¹	6,5	15,5	14,2	56,7	4,6	N/A	N/A	4,8
Eigenkapitalrendite nach Steuern (basierend auf dem durchschnitt- lichen Eigenkapital) (in %) ¹	5,9	13,9	11,0	8,5	3,1	N/A	N/A	3,8

N/A – Nicht aussagekräftig

¹ Für den Konzern wird die Eigenkapitalrendite nach Steuern basierend auf dem durchschnittlichen materiellen Eigenkapital und Eigenkapital unter Berücksichtigung der berichteten effektiven Steuerquote des Konzerns ermittelt und betrug 49 %. Für die Eigenkapitalrendite nach Steuern, basierend auf dem durchschnittlichen materiellen Eigenkapital und Eigenkapital der Segmente, wurde eine Steuerquote von 35 % zugrunde gelegt.

Segmentüberblick

Global Markets (GM)

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	2. Quartal				Jan. – Jun.			
	2016	2015	Absolute Veränderung	Veränderung in %	2016	2015	Absolute Veränderung	Veränderung in %
Erträge:								
Sales & Trading (Equity)	720	1.040	- 319	- 31	1.471	2.149	- 677	- 32
Sales & Trading (Debt und sonstige Produkte)	1.817	2.254	- 437	- 19	3.893	5.152	- 1.258	- 24
Sales & Trading	2.538	3.294	- 756	- 23	5.365	7.300	- 1.936	- 27
Sonstige Produkte	- 117	50	- 168	N/A	- 127	- 289	162	- 56
Erträge insgesamt	2.420	3.344	- 924	- 28	5.238	7.011	- 1.774	- 25
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	39	5	35	N/A	54	6	48	N/A
Zinsunabhängige Aufwendungen:								
Personalaufwand	408	624	- 216	- 35	917	1.280	- 363	- 28
Sachaufwand	1.626	1.605	21	1	3.431	4.534	- 1.103	- 24
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	0	0	0	N/A	0	0	0	N/A
Wertminderungen auf Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte	285	0	285	N/A	285	0	285	N/A
Restrukturierungsaufwand	32	2	30	N/A	102	22	80	N/A
Zinsunabhängige Aufwendungen insgesamt	2.351	2.231	120	5	4.736	5.836	- 1.100	- 19
Anteile ohne beherrschenden Einfluss	2	22	- 21	- 93	24	38	- 14	- 36
Ergebnis vor Steuern	28	1.086	- 1.058	- 97	423	1.131	- 708	- 63

Quartalsvergleich 2016 versus 2015

Im zweiten Quartal 2016 beliefen sich die Erträge des Bereichs Global Markets auf 2,4 Mrd €, ein Rückgang um 924 Mio € (28 %) gegenüber dem Vorjahreswert. Die Kundenaktivität wurde durch ein schwieriges Marktumfeld, makroökonomische und politische Unsicherheit in Bezug auf das Ergebnis des EU-Referendums in Großbritannien beeinflusst. Der Ertragsrückgang war teilweise auch auf die Implementierung der Strategie 2020 zurückzuführen, einschließlich des Abbaus von Risikopositionen und der Reduzierung der geografischen Präsenz.

Sales & Trading (Debt und sonstige Produkte) erzielte Erträge von 1,8 Mrd €, die um 437 Mio € (19 %) unter dem Wert des Vorjahresquartals lagen. Im Devisengeschäft blieben die Erträge im Vergleich zu dem starken Vorjahresquartal unverändert. Im Zusammenhang mit dem britischen EU-Referendum wurde eine hohe Kundenaktivität verzeichnet. Im Rates-Geschäft stiegen die Erträge aufgrund unseres starken Geschäfts mit US-amerikanischen Kommunalanleihen und der positiven Entwicklung im kundenbezogenen Geschäft in Europa. Die Erträge aus dem Handel mit Kreditprodukten sanken aufgrund des Abbaus von Positionen mit hoher Risikogewichtung in Securitized Trading und geringerer Erträge in Distressed Products gegenüber dem starken Vergleichsquartal des Vorjahres. Die Erträge in Emerging Markets verringerten sich infolge der Umsetzung der Strategie 2020 und der makroökonomischen Unsicherheit mit Blick auf das Referendum über die EU-Mitgliedschaft in Großbritannien. In der Region Asien Pazifik gingen die Erträge an den lokalen Märkten wegen der Sorgen in Bezug auf das Wachstum in China und aufgrund des herausfordernden Handelsumfelds zurück.

Sales & Trading (Equity) verzeichnete Erträge von 720 Mio €, was einem Rückgang um 319 Mio € (31 %) entsprach. Die Abnahme der Erträge von Cash Equities, vor allem in Europa und Asien, war auf geringere Kundenvolumina zurückzuführen. Im Bereich Equity Derivatives sanken die Erträge deutlich infolge einer niedrigeren Kundenaktivität und eines schwierigen Marktumfelds. Die Erträge in Prime Finance sanken aufgrund eines Rückgangs der durchschnittlichen Kundenpositionen, geringerer Kundenaktivität und Marktungewissheit.

Die Erträge aus sonstigen Produkten beliefen sich auf negative 117 Mio €, nach einem Gewinn von 50 Mio € in 2015. Sie beinhalteten Transfers aus dem und in den Bereich Corporate & Investment Banking, die aus der Kundenbetreuung und dem Produktvertrieb resultierten, sowie drei gegenläufige Bewertungsanpassungen: erstens einen Marktwertgewinn von 43 Mio € (2015: Gewinn von 98 Mio €) im Zusammenhang mit Maßnahmen zur Reduzierung der risikogewichteten Aktiva für kreditbezogene Bewertungsanpassungen (Credit Valuation Adjustments – CVAs); zweitens einen Verlust aus refinanzierungsbezogenen Bewertungsanpassungen (Funding Valuation Adjustments – FVAs) von 30 Mio € (2015: Verlust von 40 Mio €); drittens einen Verlust von 11 Mio € (2015: Gewinn von 105 Mio €) aufgrund der Auswirkungen einer forderungsbezogenen Bewertungsanpassung (Debt Valuation Adjustment – DVA) bei bestimmten Verbindlichkeiten aus Derivategeschäften.

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft in Global Markets belief sich auf 39 Mio € (2015: 5 Mio €), was auf eine kleine Anzahl von Engagements, vor allem im Metall- und Minensektor, zurückzuführen war.

Die Zinsunabhängigen Aufwendungen stiegen im Vergleich zum Vorjahresquartal um 120 Mio € auf 2,4 Mrd € und beinhalteten eine Wertminderung auf den Geschäfts- oder Firmenwert von 285 Mio € im Zusammenhang mit der Übertragung des Fund Solutions und Zertifikate- und Garantiegeschäfts aus dem Unternehmensbereich Deutsche AM inklusive des damit zusammenhängenden Geschäfts- oder Firmenwertes in Einklang mit den IFRS. Geringere Aufwendungen für Vergütung und Rechtsstreitigkeiten wurden teilweise durch höhere Ausgaben für Technologie sowie höhere Kontrollaufwendungen kompensiert.

Das Ergebnis vor Steuern entsprach einem Gewinn von 28 Mio € (2015: Gewinn von 1,1 Mrd €). Der Rückgang resultierte hauptsächlich aus rückläufigen Erträgen.

Halbjahresvergleich 2016 versus 2015

Im zweiten Halbjahr 2016 wurde die Performance von Global Markets durch ein schwieriges Marktumfeld und eine geringere Kundenaktivität aufgrund der makroökonomischen und politischen Unsicherheit in Bezug auf das Ergebnis des EU-Referendums in Großbritannien beeinflusst. Die Erträge spiegelten auch die Auswirkungen der Implementierung mehrerer Initiativen im Rahmen der Strategie 2020 wider. Dazu zählen unter anderem der Risikoabbau und die Reduzierung der geografischen Präsenz. Die Erträge beliefen sich auf 5,2 Mrd €, was einem Rückgang um 1,8 Mrd € (25 %) entspricht.

Sales & Trading (Debt und sonstige Produkte) erzielte Erträge von 3,9 Mrd €, die um 1,3 Mrd € (24 %) unter dem Wert des Vorjahreszeitraums lagen. Im Devisengeschäft waren die Erträge niedriger als im starken ersten Halbjahr 2015. Im Bereich Rates reduzierten sich die Erträge, vor allem im ersten Quartal 2016, aufgrund des schwierigen Marktumfelds. Die Erträge aus dem Handel mit Kreditprodukten waren rückläufig. Während die herausfordernden Marktbedingungen das kundenbezogene Geschäft beeinträchtigten, verzeichnete das Finanzierungsgeschäft weiterhin ein gutes Ergebnis. Die Erträge wurden zudem durch einen Abbau von Positionen mit hoher Risikogewichtung im Bereich Securitised Trading im Rahmen der Strategie 2020 belastet. Die Erträge im Bereich Emerging Markets sanken infolge des Rückzugs aus bestimmten Ländern im Rahmen der Strategie 2020 und des schwierigen Umfelds, das durch makroökonomische Unsicherheit geprägt war.

Sales & Trading (Equity) verzeichnete Erträge von 1,5 Mrd €, was einem Rückgang um 677 Mio € (32 %) entspricht. Die signifikante Abnahme der Erträge von Cash Equities, vor allem in Europa und Asien, war auf geringere Kundenvolumina zurückzuführen. Im Bereich Equity Derivatives sanken die Erträge deutlich infolge einer niedrigeren Kundenaktivität und eines schwierigen Marktumfelds. Die Erträge von Prime Finance blieben unverändert.

Die Erträge aus sonstigen Produkten beliefen sich auf negative 127 Mio € (2015: negative 289 Mio €). Sie beinhalteten Transfers aus dem und in den Unternehmensbereich Corporate & Investment Banking, die aus der Kundenbetreuung und dem Produktvertrieb resultierten, sowie drei Bewertungsanpassungen, die zu einem Gewinn von insgesamt 145 Mio € führten: erstens einen Marktwertgewinn von 65 Mio € (2015: Gewinn von 80 Mio €) im Zusammenhang mit Maßnahmen zur Reduzierung der risikogewichteten Aktiva für kreditbezogene Bewertungsanpassungen (Credit Valuation Adjustments – CVAs); zweitens einen Verlust aus refinanzierungsbezogenen Bewertungsanpassungen (Funding Valuation Adjustments – FVAs) von 112 Mio € (2015: Verlust von 184 Mio €, der einen negativen Effekt von 84 Mio € aufgrund einer Verfeinerung der Berechnungsmethode beinhaltete); drittens einen Gewinn von 191 Mio € (2015: Gewinn von 92 Mio €) im Zusammenhang mit den Auswirkungen einer forderungsbezogenen Bewertungsanpassung (Debt Value Adjustment – DVA) bei bestimmten Verbindlichkeiten aus Derivategeschäften.

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft in Global Markets belief sich auf 54 Mio € (2015: 6 Mio €), was auf eine geringe Anzahl von Engagements vor allem im Metall- und Minensektor zurückzuführen war.

Die Zinsunabhängigen Aufwendungen sanken um 1,1 Mrd € (19 %). Dieser Rückgang war hauptsächlich auf eine Abnahme der Kosten für Rechtsstreitigkeiten um 1,4 Mrd €, niedrigere Aufwendungen für variable Vergütung sowie günstige Wechselkursveränderungen zurückzuführen. Dem stand eine Wertminderung auf den Geschäfts- oder Firmenwert von 285 Mio € gegenüber, die sich aus der vorgenannten Übertragung von Geschäftsaktivitäten aus dem Unternehmensbereich Deutsche Asset Management im Einklang mit den IFRS ergab.

Das Ergebnis vor Steuern entsprach einem Gewinn von 423 Mio € (2015: Gewinn von 1,1 Mrd €). Dieser Rückgang resultierte im Wesentlichen aus geringeren Erträgen, die teilweise durch gesunkene Aufwendungen für Rechtsstreitigkeiten ausgeglichen wurden.

Unternehmensbereich Corporate & Investment Banking (CIB)

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	2. Quartal		Absolute Veränderung	Veränderung in %	Jan. – Jun.		Absolute Veränderung	Veränderung in %
	2016	2015			2016	2015		
Erträge:								
Trade Finance & Cash Management Corporates	635	677	-42	-6	1.292	1.379	-86	-6
Institutional Cash & Securities Services	483	468	15	3	940	903	37	4
Equity-Emissionsgeschäft	124	254	-130	-51	188	457	-270	-59
Debt-Emissionsgeschäft	409	468	-59	-13	703	906	-203	-22
Beratung	74	145	-71	-49	225	290	-65	-22
Kreditgeschäft & Sonstiges	164	141	23	16	365	355	10	3
Erträge insgesamt	1.888	2.154	-265	-12	3.713	4.290	-577	-13
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	115	39	76	194	251	89	162	181
Zinsunabhängige Aufwendungen:								
Personalaufwand	440	578	-138	-24	939	1.141	-202	-18
Sachaufwand	842	938	-96	-10	1.643	1.737	-94	-5
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	0	0	0	N/A	0	0	0	N/A
Wertminderungen auf Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte	0	0	0	N/A	0	0	0	N/A
Restrukturierungsaufwand	59	3	56	N/A	132	6	127	N/A
Zinsunabhängige Aufwendungen insgesamt	1.341	1.519	-178	-12	2.715	2.884	-169	-6
Anteile ohne beherrschenden Einfluss	0	-0	0	N/A	0	-0	0	N/A
Ergebnis vor Steuern	432	595	-163	-27	747	1.316	-570	-43

N/A – Nicht aussagekräftig

Quartalsvergleich 2016 versus 2015

Auch das zweite Quartal 2016 war für CIB von Herausforderungen geprägt, insbesondere für das Corporate Finance-Geschäft, da die Nachfrage der Kunden anhaltend gering war und sich die Hauptgeschäftsfelder nicht von der im ersten Quartal 2016 vorherrschenden Unsicherheit an den Märkten erholten. Die Erträge im Transaction Banking waren weitgehend stabil, wobei das anhaltend niedrige Zinsniveau nach wie vor belastend wirkte. Die schwache Entwicklung in Corporate Finance war der Haupttreiber für den Rückgang des Ergebnisses vor Steuern im Vergleich zum zweiten Quartal 2015.

Die Erträge in CIB lagen bei 1,9 Mrd € und damit um 265 Mio € (12 %) unter dem Wert des Vorjahresquartals. Das Aktienemissionsgeschäft verbesserte sich gegenüber dem ersten Quartal 2016, blieb jedoch um 130 Mio € (51 %) hinter dem Vorjahresquartal zurück. Der Grund hierfür war ein um 43 % gesunkenes Provisionseinkommen. Die Erträge im Anleiheemissionsgeschäft zeigten sich widerstandsfähig im Jahresvergleich und in Folge des anhaltenden Niedrigzinsumfelds und starker Investitionsneigung der Anleger im Bezug auf hochverzinsliche Anlagen ergab sich eine Steigerung der Erträge um 39 % gegenüber dem ersten Quartal 2016. Die Erträge im Beratungsgeschäft gingen um 71 Mio € (49 %) zurück, da bestimmte Transaktionen, mit deren Abschluss gerechnet wurde, zurückgezogen und andere auf das dritte oder vierte Quartal 2016 verschoben wurden. Im Bereich Trade Finance & Cash Management

Corporates sanken die Erträge um 42 Mio € (6 %), da das anhaltende Niedrigzinsumfeld in Europa das Cash Management-Geschäft für Unternehmenskunden unter Druck setzte. Der Bereich Institutional Cash and Securities Services erzielte ein solides Ergebnis mit einem Zuwachs von 15 Mio € (3 %), unterstützt von höheren Zinsen in den USA und eines Anstiegs der Transaktionsvolumina. Die Erträge im Bereich Kreditgeschäft & Sonstiges stiegen um 23 Mio € (16 %), resultierend aus der Kreditvergabe an Unternehmen sowie Überträgen aus dem und in das Segment Global Markets.

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft stieg um 76 Mio € im Vergleich zum zweiten Quartal 2015, weiterhin getrieben durch Schiffsfinanzierungen und Metall- & Bergbauengagements.

Die zinsunabhängigen Aufwendungen sanken deutlich um 178 Mio € (12 %) auf 1,3 Mrd €. Dies war auf den Wegfall von Kosten für Rechtsstreitigkeiten, die im zweiten Quartal 2015 ausgewiesen worden waren, sowie auf die positive Wirkung sinkender Personalkosten und strengerer Kostendisziplin zurückzuführen. Dadurch wurde auch eine Rückstellung als Teil einer branchenweiten Kulanzregelung im Zusammenhang mit Derivaten, die niederländischen SME Kunden vor der Übernahme des entsprechenden Geschäftsbereiches durch die Deutsche Bank verkauft wurden, mehr als kompensiert.

Das Ergebnis vor Steuern sank um 163 Mio € (27 %) auf 432 Mio €, da die Kostenersparnis den Ertragsrückgang und den Anstieg der Risikovorsorge im Kreditgeschäft nur zum Teil ausgleichen konnte.

Halbjahresvergleich 2016 versus 2015

In der ersten Jahreshälfte 2016 wies der Unternehmensbereich ein deutlich schwächeres Ergebnis auf als im Vergleichszeitraum des Vorjahres. Die Erträge im Transaction Banking waren trotz des niedrigen Zinsniveaus weitgehend stabil, wohingegen die Zinsunabhängigen Aufwendungen rückläufig waren. Allerdings reichte dies nicht aus, um den durch die Marktunsicherheit und die damit einhergehenden fehlenden Kundenaktivitäten ausgelösten Ertragsrückgang innerhalb des Geschäftsbereichs Corporate Finance auszugleichen.

Die Erträge lagen bei 3,7 Mrd € und damit um 577 Mio € (13 %) unter dem Vergleichszeitraum des Vorjahres. Corporate Finance Erträge sanken um 25 %, was die schwierigen Marktbedingungen widerspiegelt. Der Rückgang im Aktienemissionsgeschäft ist bedingt durch die Unsicherheiten im Aktienmarktumfeld; an den wichtigsten Märkten konnte keine Erholung von den Unsicherheiten verzeichnet werden. Bei Anleihen zeigte sich eine Verbesserung der Erträge in den ersten sechs Monaten, bedingt durch das anhaltende Niedrigzinsumfeld und eine starke Investitionsneigung der Anleger im Bezug auf hochverzinsten Anlagen, dennoch blieb die Performance im ersten Halbjahr hinter dem Vorjahreszeitraum zurück. Im Beratungsgeschäft sanken die Erträge um 65 Mio € (22 %). Einige umfangreiche Transaktionen wurden im zweiten Quartal zurückgezogen, während andere, deren Abschluss für das zweite Quartal erwartet worden war, auf einen späteren Zeitpunkt verschoben wurden. Innerhalb von Transaction Banking verzeichnete der Bereich Trade Finance & Cash Management Corporates einen Ertragsrückgang um 86 Mio € (6 %). Zu dem Druck auf die Erträge trugen auch makroökonomische Trends wie das geldpolitische Umfeld mit weiteren Zinssenkungen in Europa, Marktvolatilität und geringere Volumina bei den handelbaren Krediten, insbesondere in der Region Asien-Pazifik, bei. Abgemildert wurde dies teilweise durch die solide Performance im Bereich Institutional Cash and Securities Services, der dank steigender Zinssätze und Transaktionsvolumina in den USA einen Ertragsanstieg um 37 Mio € (4 %) erzielte.

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft stieg um 162 Mio € gegenüber dem ersten Halbjahr 2015, weiterhin getrieben durch Schiffsfinanzierungen, Metall- & Bergbauengagements (darin auch das Engagement in Emerging Markets aus dem ersten Quartal 2016).

Die zinsunabhängigen Aufwendungen sanken um 169 Mio € (6 %) auf 2,7 Mrd €. Durch eine geringere fixe und variable Vergütung, striktere Disziplin bei den Sachaufwendungen sowie geringere Rückstellungen für Rechtsstreitigkeiten konnten die aufgrund von Umstrukturierungen gestiegenen Kosten in CIB, sowie auch eine Rückstellung als Teil einer branchenweiten Kulanzregelung im Zusammenhang mit Derivaten, die niederländischen SME Kunden vor der Übernahme des entsprechenden Geschäftsbereiches durch die Deutsche Bank verkauft wurden, mehr als kompensiert werden.

Das Ergebnis vor Steuern sank um 570 Mio € (43 %) auf 747 Mio €, da die geringeren Kosten den Rückgang der Erträge und den Anstieg der Risikovorsorge im Kreditgeschäft nur zum Teil ausgleichen konnten.

Unternehmensbereich Private, Wealth & Commercial Clients (PW&CC)

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	2. Quartal		Absolute Veränderung	Veränderung in %	Jan. – Jun.		Absolute Veränderung	Veränderung in %
	2016	2015			2016	2015		
Erträge:								
Kreditgeschäft	563	530	33	6	1.103	1.070	32	3
Einlagengeschäft	288	339	-52	-15	600	682	-83	-12
Wertpapier- und Versicherungsgeschäft	265	335	-70	-21	565	713	-148	-21
Zahlungsverkehrs-, Karten- und Kontengeschäft	141	149	-8	-5	278	294	-16	-5
Sonstige Produkte	108	39	69	177	182	63	120	192
Private & Commercial Clients (PCC) Erträge insgesamt	1.365	1.393	-28	-2	2.727	2.822	-95	-3
Zinsüberschuss	201	202	-2	-1	414	400	13	3
Managementgebühren	178	196	-18	-9	354	394	-40	-10
Transaktionsbezogene Erträge	93	138	-45	-33	193	282	-89	-32
Sonstige Erträge	19	19	-0	-1	28	18	10	56
Wealth Management (WM) Erträge insgesamt	490	555	-65	-12	988	1.094	-106	-10
Hua Xia	6	143	-138	-96	-118	267	-385	N/A
Erträge insgesamt	1.861	2.091	-230	-11	3.597	4.183	-586	-14
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	66	74	-8	-10	103	154	-51	-33
Zinsunabhängige Aufwendungen:								
Personalaufwand	615	644	-28	-4	1.261	1.296	-35	-3
Sachaufwand	928	892	37	4	1.865	1.846	18	1
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	0	0	0	N/A	0	0	0	N/A
Wertminderungen auf Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte	0	0	0	N/A	0	0	0	N/A
Restrukturierungsaufwand	64	-1	65	N/A	120	-0	120	N/A
Zinsunabhängige Aufwendungen insgesamt	1.608	1.534	74	5	3.245	3.142	103	3
Anteile ohne beherrschenden Einfluss	0	0	0	N/A	0	0	0	N/A
Ergebnis vor Steuern	187	483	-296	-61	249	887	-638	-72

N/A – Nicht aussagekräftig

Quartalsvergleich 2016 versus 2015

Das Geschäftsumfeld von PW&CC blieb im zweiten Quartal 2016 herausfordernd. Neben dem anhaltenden Niedrigzinsumfeld führten volatile Märkte zu geringerer Kundenaktivität, vor allem im Investmentgeschäft. Die Veräußerung von Anteilen an der VISA Europe Limited wirkte sich positiv auf die Erträge im Berichtsquartal aus. Die Zinsunabhängigen Aufwendungen beinhalteten im zweiten Quartal Aufwendungen im Zusammenhang mit Restrukturierungsmaßnahmen im Rahmen der Strategie 2020. Im Vergleich zum Vorjahresquartal führte der Wegfall von laufenden Erträgen aus unserer zum Verkauf stehenden Beteiligung an der Hua Xia Co. Ltd. zu einem deutlichen Ertragsrückgang.

Die Erträge in PW&CC von insgesamt 1,9 Mrd € blieben um 230 Mio € (11 %) hinter denen des Vorjahresquartals zurück. Mehr als die Hälfte dieses Ertragsrückgangs, 138 Mio €, war auf die geringeren Erträge aus der Beteiligung an der Hua Xia Co. Ltd. zurückzuführen. Das Vorjahresquartal enthielt noch laufende Beteiligungserträge. Im Geschäftsbereich Private & Commercial Clients (PCC) gingen die Erträge um 28 Mio € (2 %) zurück. Das turbulente Marktumfeld war mit reduzierten Aktivitäten unserer Kunden verbunden, die zu einem Rückgang der Erträge aus dem Wertpapier- und Versicherungsgeschäft um 70 Mio € (21 %) führten. Darüber hinaus sanken die Erträge im Einlagengeschäft infolge der anhaltend niedrigen Zinsen im Euroraum um 52 Mio € (15 %). Diese Ertragsrückgänge wurden teilweise durch einen Anstieg der Erträge aus Kreditprodukten um 33 Mio € (6 %) kompensiert, der auf höhere Kreditvolumina sowie einen leichten Anstieg der Margen zurückzuführen war. Die Erträge aus sonstigen Produkten in PCC beinhalteten einen Gewinn von 88 Mio € im Zusammenhang mit der Veräußerung von Anteilen an der VISA Europe Limited. Im Geschäftsbereich Wealth Management (WM) sanken die Erträge im Vergleich zu dem sehr starken Vorjahresquartal um 65 Mio € (12 %). Der Rückgang war vornehmlich auf 45 Mio € (33 %) geringere transaktionsbezogene Erträge zurückzuführen. Darin spiegelten sich die geringere Kundenaktivität im schwierigeren Marktumfeld wider. Die ungünstige Marktentwicklung führte zudem zu rückläufigen Managementgebühren von 18 Mio € (9 %). Der Rückgang der Erträge im Wealth Management im laufenden Quartal spiegelte auch die sehr geringen Aktivitäten auf den Aktienmärkten in den USA wider, die zu Ertragsrückgängen in unserer Private Client Services-Einheit („PCS“) führten. Die Zinserträge blieben gegenüber dem Vorjahresquartal nahezu stabil.

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft reduzierte sich um 8 Mio € (10 %) auf 66 Mio €. Dies spiegelt die anhaltend hohe Qualität des Kreditportfolios und das günstige Wirtschaftsumfeld wider. Im Vorjahr enthielt das zweite Quartal positive Effekte aus ausgewählten Portfolioverkäufen.

Die Zinsunabhängigen Aufwendungen beliefen sich auf 1,6 Mrd € und stiegen damit gegenüber dem Vorjahresquartal um 74 Mio € (5 %). Der Anstieg war im Wesentlichen auf höhere Restrukturierungsaufwendungen von 65 Mio € zurückzuführen. Darüber hinaus entstanden höhere Aufwendungen für Rechtsstreitigkeiten von 8 Mio €. Ohne diese Faktoren blieben die Zinsunabhängigen Aufwendungen trotz höherer Abschreibungen auf Software, Investitionen in die Digitalisierung und weiterer Aufwendungen im Zusammenhang mit der Strategie 2020 stabil. Darin spiegelt sich die im Berichtsquartal fortgesetzte strikte Kostendisziplin wider.

Das Ergebnis vor Steuern sank gegenüber dem zweiten Quartal 2015 um 296 Mio € (61 %) auf 187 Mio €. Dieser Rückgang resultierte fast zur Hälfte aus dem oben genannten Effekt aus der Beteiligung an der Hua Xia Co. Ltd. Der verbleibende Rückgang war auf die Umsetzung der Strategie 2020 und niedrigere Erträge im schwierigen Marktumfeld zurückzuführen. Diese Ergebnisreduktion wurde teilweise durch den positiven Effekt aus dem Verkauf der Anteile an der VISA Europe Limited reduziert.

Die Invested Assets in PW&CC erhöhten sich gegenüber dem 31. März 2016 um 2 Mrd € durch positive Markt- und Währungseffekte. Die marktbedingte Entwicklung wurde teilweise durch Nettomittelabflüsse im Geschäftsbereich WM kompensiert. In den Regionen Asien/Pazifik, Nord- und Südamerika sowie Europa reflektierten die Nettomittelabflüsse die anhaltenden Risikoabbauaktivitäten unserer Kunden und Maßnahmen zur Optimierung des Risikomanagements. Teilweise konnten diese Effekte durch 3 Mrd € Nettomittelzuflüsse in WM Deutschland, vornehmlich im Einlagengeschäft, kompensiert werden. Im Geschäftsbereich PCC wurden die Nettomittelabflüsse im Wertpapiergeschäft durch 1 Mrd € Nettomittelzuflüsse im Einlagengeschäft ausgeglichen.

Halbjahresvergleich 2016 versus 2015

Das erste Halbjahr 2016 war durch anhaltend niedrige Zinsen an Kernmärkten und ein turbulentes Marktumfeld geprägt, das zu geringerer Kundenaktivität, insbesondere im Wertpapiergeschäft, führte. Zudem enthielten die Zinsunabhängigen Aufwendungen Restrukturierungskosten und Abfindungszahlungen von 139 Mio € im Rahmen der Strategie 2020. Die Erträge profitierten von einer Dividendenzahlung in Höhe von 50 Mio € von einem Teiligungsunternehmen und einem Einmaleffekt von 88 Mio € aus der Veräußerung von Anteilen an der VISA Europe Limited. Dagegen wirkten sich Effekte aus der zum Verkauf stehenden Beteiligung an der Hua Xia Co. Ltd. mit 385 Mio € negativ gegenüber dem ersten Halbjahr 2015 aus. Darin enthalten sind neben dem Wegfall der laufenden Erträge auch negative Bewertungseffekte von 118 Mio € vornehmlich aus dem ersten Quartal 2016.

Die Erträge in PW&CC von insgesamt 3,6 Mrd € blieben gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 586 Mio € (14 %) zurück. Fast zwei Drittel dieses Rückgangs resultierten aus einem negativen Ertragseffekt von 385 Mio € im Zusammenhang mit der Beteiligung an der Hua Xia Co. Ltd. Der Berichtszeitraum war durch den vorgenannten negativen Bewertungseffekt von 118 Mio € belastet, während das erste Halbjahr 2015 noch laufende Beteiligungserträge enthielt. In dem Geschäftsbereich Private & Commercial Clients (PCC) verringerten sich die Erträge um 95 Mio € (3 %). Diese Entwicklung war insbesondere auf die Erträge aus Wertpapier- und Versicherungsprodukten zurückzuführen, die wegen reduzierter Aktivität unserer Kunden in dem schwierigen Marktumfeld um 148 Mio € (21 %) sanken. Die Erträge im Einlagengeschäft gingen infolge weiter gesunkener Zinsen im Euroraum um 83 Mio € (12 %) im Vergleich zum ersten Halbjahr 2015 zurück. Diese Ertragsrückgänge in PCC wurden teilweise durch einen Anstieg der Erträge aus Kreditprodukten um 32 Mio € (3 %) kompensiert, der auf höhere Kreditvolumina sowie einen leichten Anstieg der Margen zurückzuführen war. Die Erträge aus sonstigen Produkten in PCC beinhalteten einen Gewinn von 88 Mio € aus der Veräußerung der Anteile an der VISA Europe Limited sowie eine Dividendenzahlung von 50 Mio €, die im Nachgang zu einer von einem Teiligungsunternehmen von PCC in 2015 durchgeführten Verkaufstransaktion entstand. Im Geschäftsbereich Wealth Management (WM) gingen die Erträge um 106 Mio € (10 %) zurück. Der Rückgang war vornehmlich auf 89 Mio € (32 %) geringere transaktionsbezogene Erträge sowie 40 Mio € (10 %) niedrigere Managementgebühren zurückzuführen. Ursächlich hierfür waren das turbulente Marktumfeld und die reduzierten Aktivitäten unserer Kunden. Der Rückgang der Erträge im Wealth Management im laufenden Halbjahr spiegelte auch die sehr geringen Aktivitäten auf den Aktienmärkten in den USA wider, die zu Ertragsrückgängen in unserer Private Client Services-Einheit („PCS“) führten. Diese Entwicklung wurde teilweise durch einen Anstieg des Zinsüberschusses um 13 Mio € (3 %), vorwiegend im Einlagengeschäft, und durch eine Zunahme der Erträge aus sonstigen Produkten um 10 Mio € kompensiert.

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft reduzierte sich gegenüber dem Vergleichszeitraum 2015 um 51 Mio € (33 %) auf 103 Mio €. Dies spiegelte die anhaltend hohe Qualität des Kreditportfolios und das günstige wirtschaftliche Umfeld wider. Sowohl das erste Halbjahr 2016 als auch die Vorjahresperiode enthielten positive Effekte aus ausgewählten Portfolioverkäufen in vergleichbarer Höhe.

Die Zinsunabhängigen Aufwendungen erhöhten sich gegenüber dem ersten Halbjahr 2015 um 103 Mio € (3 %) auf 3,2 Mrd €. Dieser Anstieg war auf höhere Restrukturierungsaufwendungen von 120 Mio € sowie Abfindungszahlungen von 14 Mio €, die dem Personalaufwand zugerechnet werden, zurückzuführen. Ohne diese Faktoren sanken die Zinsunabhängigen Aufwendungen leicht trotz Investitionen in die Digitalisierung, weiterer Aufwendungen im Zusammenhang mit der Strategie 2020 und höherer Abschreibungen auf Software. Darin spiegelt sich die strikte Kostendisziplin im ersten Halbjahr 2016 wider.

Insgesamt blieb das Ergebnis vor Steuern mit 249 Mio € um 638 Mio € (72 %) unter dem Ergebnis des ersten Halbjahres 2015. Der Rückgang war auf den vorgenannten Effekt von 385 Mio € im Zusammenhang mit der Hua Xia Co. Ltd., Aufwendungen im Rahmen der Strategie 2020 und geringere Erträge in einem schwierigen Marktumfeld zurückzuführen.

Die Invested Assets in PW&CC gingen gegenüber dem 31. Dezember 2015 um 21 Mrd € zurück aufgrund negativer Marktwertentwicklungen und Währungseffekte von 16 Mrd € sowie Nettomittelabflüsse von 6 Mrd €. Die Nettomittelabflüsse von 4 Mrd € im Geschäftsbereich WM reflektierten hauptsächlich die anhaltenden Risikoabbauaktivitäten unserer Kunden und Maßnahmen zur Optimierung des Risikomanagements sowie Effizienzsteigerungen bei länderübergreifenden Dienstleistungen. Diese Entwicklung konnte teilweise durch Zuflüsse im Einlagengeschäft und neue Beratungsmandate kompensiert werden. Im Geschäftsbereich PCC beliefen sich die Nettomittelabflüsse auf 2 Mrd €. Nettomittelabflüsse im Einlagengeschäft wurden zum Teil durch Nettomittelzuflüsse im Wertpapiergeschäft ausgeglichen.

Unternehmensbereich Deutsche Asset Management (Deutsche AM)

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	2. Quartal		Absolute Veränderung	Veränderung in %	Jan. – Jun.		Absolute Veränderung	Veränderung in %
	2016	2015			2016	2015		
Erträge:								
Managementgebühren	540	595	-55	-9	1.082	1.176	-94	-8
Transaktionsbezogene Erträge	26	67	-41	-62	47	111	-64	-58
Sonstige Erträge	70	106	-36	-34	154	53	101	191
Marktwertanpassungen im Versicherungsgeschäft in Abbey Life	71	1	70	N/A	114	178	-64	-36
Erträge insgesamt	706	769	-63	-8	1.397	1.518	-120	-8
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	0	0	-0	-94	1	0	0	12
Zinsunabhängige Aufwendungen:								
Personalaufwand	138	188	-50	-27	308	383	-75	-20
Sachaufwand	298	307	-10	-3	606	606	-0	-0
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	74	10	64	N/A	118	163	-45	-28
Wertminderungen auf Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte	0	0	0	N/A	0	0	0	N/A
Restrukturierungsaufwand	26	-0	26	N/A	31	-1	32	N/A
Zinsunabhängige Aufwendungen insgesamt	535	504	31	6	1.063	1.151	-88	-8
Anteile ohne beherrschenden Einfluss	0	-0	0	N/A	0	-0	0	N/A
Ergebnis vor Steuern	171	265	-93	-35	334	366	-32	-9

N/A – Nicht aussagekräftig

Quartalsvergleich 2016 versus 2015

Die Geschäftsentwicklung von Deutsche AM war im zweiten Quartal 2016 durch schwierige Marktbedingungen gekennzeichnet. Diese spiegelten die anhaltende Marktunsicherheit infolge des weiterhin niedrigen globalen Wachstums sowie der Volatilitäten nach dem Referendum in Großbritannien im Vergleich zu den stabilen Märkten im Vergleichs-quarter des Vorjahres wider. Während des Quartals wurden die Bereiche Funds Solutions sowie das Zertifikate- und Garantie Geschäft von Deutsche AM zu Global Markets transferiert. Der Bereich Funds Solutions bietet institutionellen Kunden Lösungen in Rahmen von Hedge Fonds und Währungsgeschäften in Bezug auf alternative Anlagemöglichkeiten an. Das Zertifikate- und Garantiegeschäft ist eine Plattform für Investoren in strukturierten Anlagen, die vornehmlich Privatkunden Investitionen in ein breites Angebot an Märkten und Vermögenswerten ermöglicht.

Die Erträge beliefen sich auf 706 Mio €. Dies entspricht einem Rückgang von 63 Mio € (8 %). Die Managementgebühren sanken um 55 Mio € (9 %). Dies war darauf zurückzuführen, dass sich das verwaltete Vermögen infolge des niedrigeren Marktniveaus und der Nettomittelabflüsse im Durchschnitt verringerte. Die erfolgsabhängigen und transaktionsbezogenen Erträge gingen gegenüber dem starken Vorjahresquartal um 41 Mio € (62 %), insbesondere bei alternativen Produkten, zurück. Die Sonstigen Erträge verringerten sich um 36 Mio € (34 %) nach dem Wegfall der zum beizulegenden Zeitwert ausgewiesenen Gewinne des Vorjahresquartals, die aufgrund des günstigeren Zinsumfelds im Geschäft mit aktiven Produkten erzielt worden waren. Die Marktwertanpassungen im Versicherungsgeschäft von Abbey Life stiegen infolge höherer Marktgewinne um 70 Mio €.

Die Zinsunabhängigen Aufwendungen in Höhe von 535 Mio € stiegen um 31 Mio € (6 %). Diese Zunahme resultiert aus höheren Aufwendungen im Versicherungsgeschäft sowie höheren Restrukturierungskosten, die zum Teil durch einen niedrigeren Personalaufwand kompensiert wurden.

Das Ergebnis vor Steuern betrug 171 Mio € und war damit infolge des oben genannten Ertragsrückgangs um 93 Mio € (35 %) niedriger.

Die Invested Assets beliefen sich zum 30. Juni 2016 auf 719 Mrd €. Dies entspricht einem Anstieg um 8 Mrd € gegenüber dem 31. März 2016, der auf günstige Marktbedingungen und Währungskursentwicklungen in Höhe von 10 Mrd € beziehungsweise 7 Mrd € zurückzuführen war, die teilweise durch Mittelabflüsse in Höhe von 9 Mrd € neutralisiert wurden. Diese bestehen im Wesentlichen aus Investitionen in kurzfristigen Anlageformen in Höhe von 5 Mrd € mit Renditen im einstelligen Basispunktbereich.

in Mrd €	Alternativ	Geldmarkt	Aktien	Renten	Multi Asset	Gesamtes Vermögen
Bestand zum 31. März 2016	84	66	171	307	84	711
Zuflüsse	5	4	9	17	6	40
Abflüsse	-5	-8	-12	-18	-7	-49
Nettomittelaufkommen	0	-4	-3	-1	-1	-9
Währungsentwicklung	1	1	1	4	0	7
Marktentwicklung	1	0	-1	6	3	10
Sonstiges	-1	0	0	1	-1	-1
Bestand zum 30. June 2016	85	63	168	317	85	719
Durchschnittlicher Gebührensatz (Basispunkte)	55	8	54	15	40	31

Halbjahresvergleich 2016 versus 2015

Die Geschäftsentwicklung von Deutsche AM war im zweiten Quartal 2016 durch schwierige Marktbedingungen gekennzeichnet. Sie spiegelten die anhaltende Marktunsicherheit infolge des weiterhin niedrigen globalen Wachstums und die Marktschwankungen im Anschluss an das Referendum in Großbritannien nach stabilen Märkten im Vergleichsquartal des Vorjahres wider.

Die Erträge beliefen sich in den ersten sechs Monaten 2016 auf 1,4 Mrd €, was einem Rückgang von 120 Mio € (8 %) gegenüber dem Vorjahreszeitraum entspricht. Die Managementgebühren sanken um 94 Mio € (8 %). Dies war darauf zurückzuführen, dass sich das verwaltete Vermögen infolge des niedrigeren Marktniveaus und der Nettomittelabflüsse im Durchschnitt verringerte. Die erfolgsabhängigen und transaktionsbezogenen Erträge gingen gegenüber dem starken Vorjahresquartal um 64 Mio € (58 %), insbesondere bei alternativen Produkten, zurück. Die Sonstigen Erträge stiegen um 101 Mio € (191 %) aufgrund von Abschreibungen im Zusammenhang mit dem HETA-Engagement im Vorjahr sowie infolge der im laufenden Jahr ausgewiesenen Erträge aus dem Verkauf von Asset Management India. Die Marktwertanpassungen im Versicherungsgeschäft von Abbey Life gingen infolge verminderter Marktgewinne um 64 Mio € zurück.

Die Zinsunabhängigen Aufwendungen in Höhe von 1,1 Mrd € sanken um 88 Mio € (8 %) gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres. Ursächlich dafür waren der niedrigere Vergütungsaufwand und gesunkene Aufwendungen im Versicherungsgeschäft, die teilweise durch höhere Restrukturierungskosten neutralisiert wurden.

Das Ergebnis vor Steuern betrug 334 Mio € und war damit um 32 Mio € (9 %) niedriger als im Vergleichszeitraum des Vorjahres. Ursächlich dafür war der oben genannte Rückgang der Erträge, der teilweise durch niedrigere Zinsunabhängige Aufwendungen neutralisiert wurde.

Die Invested Assets beliefen sich zum 30. Juni 2016 auf 719 Mrd €. Dies entspricht einem Rückgang um 25 Mrd € gegenüber dem 31. Dezember 2015 und wurde durch Mittelabflüsse in Höhe von 20 Mrd €, ungünstige Währungskursentwicklungen, die zu einem Verlust von 7 Mrd € führten, sowie Veräußerungen in Höhe von 3 Mrd € verursacht und teilweise durch günstige Marktentwicklungen in Höhe von 6 Mrd € kompensiert.

in Mrd €	Alternativ	Geldmarkt	Aktien	Renten	Multi Asset	Gesamtes Vermögen
Bestand zum 31. Dezember 2015	84	77	183	313	87	744
Zuflüsse	8	5	21	36	10	80
Abflüsse	-8	-15	-26	-40	-12	-100
Nettomittelaufkommen	1	-11	-4	-4	-2	-20
Währungsentwicklung	-1	-1	-2	-3	-1	-7
Marktentwicklung	2	-1	-8	12	2	6
Sonstiges	-1	-1	0	-1	-1	-4
Bestand zum 30. June 2016	85	63	168	317	85	719
Durchschnittlicher Gebührensatz (Basispunkte)	55	8	54	15	40	31

Postbank

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	2. Quartal		Absolute Veränderung	Veränderung in %	Jan. – Jun.		Absolute Veränderung	Veränderung in %
	2016	2015			2016	2015		
Erträge:								
Girogeschäft	273	296	-23	-8	555	597	-42	-7
Kreditgeschäft	296	291	5	2	598	585	13	2
Spargeschäft	150	178	-28	-16	312	355	-43	-12
Home Loans & Savings	54	55	-1	-2	113	113	-0	-0
Wertpapier- und Versicherungs- geschäft	25	23	2	8	51	53	-2	-3
Postdienstleistungen	55	58	-3	-5	113	117	-4	-4
NCOU	-58	-22	-36	160	-98	-81	-16	20
Sonstiges	110	-75	185	N/A	120	-79	199	N/A
Erträge insgesamt	903	803	101	13	1.764	1.660	103	6
Risikovorsorge im Kreditge- schäft	34	26	8	31	76	84	-8	-9
Zinsunabhängige Aufwen- dungen:								
Personalaufwand	345	339	7	2	693	676	16	2
Sachaufwand	345	350	-5	-1	694	699	-5	-1
Aufwendungen im Versiche- rungsgeschäft	0	0	0	N/A	0	0	0	N/A
Wertminderungen auf Geschäfts- oder Firmen- wert und sonstige immate- rielle Vermögenswerte	0	0	0	N/A	0	0	0	N/A
Restrukturierungsaufwand	0	0	0	N/A	0	0	0	N/A
Zinsunabhängige Aufwen- dungen insgesamt	690	688	2	0	1.387	1.376	11	1
Anteile ohne beherrschenden Einfluss	0	0	0	N/A	0	0	-0	N/A
Ergebnis vor Steuern	179	88	91	103	301	201	100	50

N/A – Nicht aussagekräftig

Quartalsvergleich 2016 versus 2015

Das weiterhin anhaltende Niedrigzinsumfeld stellte die Postbank auch im zweiten Quartal 2016 vor Herausforderungen. Dank erhöhter Erträge aus einem Veräußerungsgewinn in Höhe von 104 Mio € im Zusammenhang mit dem Verkauf einer Beteiligung an VISA Europe Ltd., einer niedrigen Risikovorsorge und der anhaltenden Kostenkontrolle ist das Ergebnis vor Steuern gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres um 103 % auf 179 Mio € deutlich gestiegen. Die operative Trennung vom Deutsche Bank-Konzern wurde zum Ende des zweiten Quartals 2016 abgeschlossen.

Die Erträge erhöhten sich im Vergleich zum Vorjahresquartal insgesamt um 101 Mio € (13 %). Die Erträge im Spar- und Girogeschäft waren aufgrund des weiterhin bestehenden Niedrigzinsumfelds rückläufig. Dieser Rückgang wurde nur teilweise durch Neugeschäft im Bereich der Baufinanzierungs- und Konsumentenkredite kompensiert. Die Erträge im NCOU-Segment der Postbank sanken gegenüber dem Vorjahresquartal um 36 Mio € bedingt durch positive Bewertungseffekte auf Derivate im Vorjahresquartal. Die deutliche Verbesserung in den Sonstigen Erträgen ist auf einen Gewinn aus der Veräußerung einer Beteiligung an der VISA Europe Ltd. zurückzuführen, der einen positiven Einfluss von 104 Mio € hatte. Die Erträge aus dem Baufinanzierungs- und Bauspar-, Wertpapier- und Versicherungs- sowie Postdienstleistungsgeschäft blieben gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres nahezu stabil.

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft erhöhte sich gegenüber dem Vergleichsquartal des Vorjahres um 8 Mio € (31 %), da das zweite Quartal 2015 positiv von einer Non Performing Loan (NPL)-Verkaufstransaktion beeinflusst wurde. Ohne diesen positiven Effekt wäre die Risikovorsorge im Kreditgeschäft zurückgegangen, was die anhaltend günstige Wirtschaftslage in Deutschland widerspiegelt.

Die Postbank konzentrierte sich weiterhin auf Maßnahmen zur Kostenkontrolle und Effizienzsteigerung, wobei die Zinsunabhängigen Aufwendungen im Vergleich zum Vorjahresquartal trotz niedrigerer Synergieeffekte infolge der operativen Trennung vom Deutsche Bank-Konzern, Aufwendungen für das Europäische Einlagensicherungssystem (EDIS) und Investitionen in Effizienzsteigerungs- und Digitalisierungsmaßnahmen unverändert blieben. Ohne die Rückstellungen für Rechtsrisiken wären die Zinsunabhängigen Aufwendungen um 4 % bzw. 25 Mio € zurückgegangen.

Die Postbank erzielte ein Ergebnis vor Steuern in Höhe von 179 Mio €, was einer Steigerung von 103 % bzw. 91 Mio € im Vergleich zum Vorjahresquartal entspricht. Der deutliche Anstieg war hauptsächlich auf erhöhte Erträge aus dem Verkauf einer Beteiligung an VISA Europe Ltd. zurückzuführen.

Halbjahresvergleich 2016 versus 2015

Das weiterhin anhaltende Niedrigzinsumfeld stellte die Postbank auch im ersten Halbjahr 2016 vor Herausforderungen. Dank erhöhter Erträge aus einem Veräußerungsgewinn in Höhe von 104 Mio € im Zusammenhang mit dem Verkauf einer Beteiligung an VISA Europe Ltd., einer niedrigen Risikovorsorge und der anhaltenden Kostenkontrolle ist das Ergebnis vor Steuern gegenüber dem Vorjahreshalbjahr um 50 % auf 301 Mio € deutlich gestiegen. Die operative Trennung vom Deutsche Bank-Konzern wurde zum Ende des ersten Halbjahres 2016 abgeschlossen.

Die Erträge erhöhten sich im Vergleich zum Vorjahreszeitraum insgesamt um 103 Mio € (6 %). Die Erträge im Spar- und Girogeschäft waren aufgrund des weiterhin bestehenden Niedrigzinsumfelds rückläufig. Dieser Rückgang wurde nur teilweise durch Neugeschäft im Bereich der Baufinanzierungs- und Konsumentenkredite kompensiert. Die Erträge im NCOU-Segment der Postbank sanken gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres um 16 Mio € bedingt durch positive Bewertungseffekte auf Derivate im Vorjahreszeitraum. Die deutliche Verbesserung in den Sonstigen Erträgen ist auf einen Gewinn aus der Veräußerung einer Beteiligung an der VISA Europe Ltd. zurückzuführen, der einen positiven Einfluss von 104 Mio € hatte. Die Erträge aus dem Baufinanzierungs- und Bauspar-, Wertpapier- und Versicherungs- sowie dem Postdienstleistungsgeschäft blieben gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres stabil.

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft verringerte sich gegenüber der Vergleichsperiode des Vorjahres um 8 Mio € (9 %). Da das zweite Quartal 2015 positiv von einer Non Performing Loan (NPL)-Verkaufstransaktion beeinflusst wurde, wäre die Risikovorsorge im Kreditgeschäft ohne diesen positiven Effekt weiter zurückgegangen, was die anhaltend günstige Wirtschaftslage in Deutschland widerspiegelt.

Die Postbank konzentrierte sich weiterhin auf Maßnahmen zur Kostenkontrolle und Effizienzsteigerung, wobei die Zinsunabhängigen Aufwendungen im Vergleich zum Vorjahr trotz niedrigerer Synergieeffekte infolge der operativen Trennung vom Deutsche Bank-Konzern, Aufwendungen für das Europäische Einlagensicherungssystem (EDIS) und Investitionen in Effizienzsteigerungs- und Digitalisierungsmaßnahmen nahezu gleich blieben. Ohne die Rückstellungen für Rechtsrisiken wären die Zinsunabhängigen Aufwendungen um 1 % bzw. 20 Mio € zurückgegangen.

Die Postbank erzielte ein Ergebnis vor Steuern in Höhe von 301 Mio €, was einer Steigerung von 50 % bzw. 100 Mio € im Vergleich zum Vorjahreszeitraum entspricht. Der deutliche Anstieg ist hauptsächlich auf erhöhte Erträge aus dem Verkauf einer Beteiligung an VISA Europe Ltd. im zweiten Quartal 2016 zurückzuführen.

Die Invested Assets beliefen sich zum 30. Juni 2016 auf 72 Mrd €, was einem Rückgang um 3 Mrd € im Vergleich zum 31. Dezember 2015 entspricht. Die Vermögenswerte von Kunden beliefen sich zum 30. Juni 2016 auf 110 Mrd € und waren damit unverändert zum 31. Dezember 2015.

Unternehmensbereich Non-Core Operations Unit (NCOU)

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	2. Quartal		Absolute Veränderung	Veränderung in %	Jan. – Jun.		Absolute Veränderung	Veränderung in %
	2016	2015			2016	2015		
Erträge insgesamt	-349	223	-572	N/A	-333	618	-951	N/A
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	5	6	-1	-10	80	35	45	130
Zinsunabhängige Aufwendungen:								
Personalaufwand	17	19	-2	-12	32	49	-17	-34
Sachaufwand	263	1.066	-803	-75	717	1.720	-1004	-58
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	0	0	0	N/A	0	0	0	N/A
Wertminderungen auf Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte	0	0	0	N/A	0	0	0	N/A
Restrukturierungsaufwand	-1	3	-4	N/A	4	3	1	48
Zinsunabhängige Aufwendungen insgesamt	278	1.088	-810	-74	753	1.772	-1019	-58
Anteile ohne beherrschenden Einfluss	-0	-0	-0	N/A	-0	0	-0	N/A
Ergebnis vor Steuern	-632	-870	239	-27	-1.165	-1.188	23	-2

N/A – Nicht aussagekräftig

Quartalsvergleich 2016 versus 2015

Im Berichtsquartal hat die NCOU ihre Strategie zur Risikoreduzierung mit besonderem Fokus auf den Kapitalbeitrag und Initiativen zum Schuldenabbau fortgesetzt. Die Aktivitäten zum Risikoabbau wurden durch schwierige Marktbedingungen und die Komplexität der restlichen Vermögenswerte beeinflusst.

Die Erträge der NCOU gingen im Berichtszeitraum um 572 Mio € auf negative 349 Mio € zurück. Dies war in erster Linie auf Verluste beim Risikoabbau im Zusammenhang mit der Auflösung eines langfristigen Derivats und einer Reduzierung des Monoline-Risikos zurückzuführen, die durch einen Gewinn in Höhe von 255 Mio € aus dem Börsengang von Red Rock Resorts teilweise kompensiert wurden. Ferner gingen die Portfolioerträge nach dem Verkauf von Beteiligungen zurück. Die NCOU generierte im Rahmen ihrer Aktivitäten zum Risikoabbau Verluste in den Erträgen von 460 Mio € gegenüber einem Gewinn von 71 Mio € im Vergleichsquartal 2015.

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft blieb niedrig und entsprach damit in etwa dem Niveau des Vorjahresquartals.

Die Zinsunabhängigen Aufwendungen gingen um 810 Mio € (74 %) auf 278 Mio € zurück. Ursächlich für diesen Rückgang waren vor allem niedrigere Aufwendungen für Rechtsstreitigkeiten und Beteiligungsverkäufe, einschließlich Marher Prince Rupert, in 2015.

Der Verlust vor Steuern verringerte sich um 239 Mio € auf 632 Mio €. Ursächlich für diesen Rückgang gegenüber dem Vergleichsquartal des Vorjahres war in erster Linie die Terminierung von Kosten für Rechtsstreitigkeiten, die teilweise durch die vorgenannten Verluste aus Maßnahmen zum Risikoabbau kompensiert wurden.

Halbjahresvergleich 2016 versus 2015

In 2016 hat die NCOU ihre Strategie zur Risikoreduzierung mit besonderem Fokus auf den Kapitalbeitrag und Initiativen zum Schuldenabbau fortgesetzt. Die Aktivitäten zum Risikoabbau wurden durch schwierige Marktbedingungen beeinträchtigt und führten zu einem Risikoabbauverlust.

Die Erträge in der NCOU waren im ersten Halbjahr 2016 um 951 Mio € niedriger als im Vergleichszeitraum des Vorjahres, in dem im ersten Quartal 2015 219 Mio € im Rahmen eines spezifischen Rechtsstreits rückerstattet worden waren. Darüber hinaus wurden Verluste in Höhe von 550 Mio € beim Risikoabbau im Berichtszeitraum durch einen Gewinn von 255 Mio € aus dem Börsengang von Red Rock Resorts kompensiert. Die Portfolioerträge tendierten nach dem Verkauf von Beteiligungen nach unten und wurden teilweise durch Marktwertanpassungen neutralisiert.

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft stieg um 45 Mio € auf 80 Mio €. Diese Zunahme war vorwiegend durch höhere Rückstellungen für nach IAS 39 umklassifizierte Vermögenswerte in den europäischen Hypothekenportfolios bedingt.

Die Zinsunabhängigen Aufwendungen gingen um 1,0 Mrd € (58 %) auf 753 Mio € zurück. Dieser Rückgang war im Wesentlichen durch niedrigere Aufwendungen für Rechtsstreitigkeiten bedingt. Die Zinsunabhängigen Aufwendungen ohne Aufwendungen für Rechtsstreitigkeiten waren im Jahresvergleich um 14 % niedriger, was auf den anhaltenden Risikoabbau, darunter den Verkauf von Maher Prince Rupert in 2015, zurückzuführen ist.

Der Verlust vor Steuern ging um 23 Mio € auf 1,2 Mrd € zurück, wobei die niedrigeren Aufwendungen für Rechtsstreitigkeiten größtenteils die negativen Effekte des Risikoabbaus kompensiert haben.

Consolidation & Adjustments (C&A)

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	2. Quartal		Absolute Veränderung	Veränderung in %	Jan. – Jun.		Absolute Veränderung	Veränderung in %
	2016	2015			2016	2015		
Erträge insgesamt	-45	-206	161	-78	78	273	-196	-72
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	-1	1	-2	N/A	-1	1	-2	N/A
Zinsunabhängige Aufwendungen:								
Personalaufwand	996	1.055	-59	-6	2.003	2.055	-52	-3
Sachaufwand	-1.080	-822	-258	31	-1.999	-1.739	-259	15
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	0	0	0	N/A	0	0	0	N/A
Wertminderungen auf Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte	0	0	0	N/A	0	0	0	N/A
Restrukturierungsaufwand	0	-0	0	N/A	-0	-0	0	N/A
Zinsunabhängige Aufwendungen insgesamt	-84	234	-318	N/A	4	315	-311	-99
Anteile ohne beherrschenden Einfluss	-2	-22	21	-92	-25	-38	13	-35
Ergebnis vor Steuern	42	-418	460	N/A	99	-6	105	N/A

N/A – Nicht aussagekräftig

Quartalsvergleich 2016 versus 2015

C&A verzeichnete im zweiten Quartal 2016 ein Ergebnis vor Steuern von 42 Mio € gegenüber negativen 418 Mio € im Vergleichsquartal des Vorjahres. Diese Zunahme resultierte vornehmlich aus einem Gewinn von 71 Mio € aus Bewertungs- und Terminierungsdifferenzen, nach einem Verlust von 156 Mio € im Vorjahresquartal. Ursächlich dafür war eine Erweiterung des Basisspreads zwischen EUR und USD und ein Rückgang der USD/EUR-Zinsstrukturkurve, die durch niedrigere Risikoaufschläge für eigene Verbindlichkeiten neutralisiert wurde. Im zweiten Quartal wurde eine negative refinanzierungsbezogene Bewertungsanpassung (Funding Valuation Adjustment – FVA) in Höhe von 11 Mio € bei internen unbesicherten Derivaten bilanziert, nach negativen 109 Mio € im Vorjahr. Ursächlich für diesen Rückgang waren höhere Finanzierungsmargen. Zudem wurden im Berichtsquartal ein Aufwand in Höhe von 47 Mio € im Zusammenhang mit der Vorbereitung der Entkonsolidierung der Postbank, nach 30 Mio € im Vorjahresquartal, sowie ein positiver Effekt in Höhe von 73 Mio € aus dem Abschluss des Kirch-Vergleichs ausgewiesen.

Halbjahresvergleich 2016 versus 2015

C&A verzeichnete in der zweiten Jahreshälfte 2016 ein Ergebnis vor Steuern von 99 Mio € gegenüber einem negativen Ergebnis von 6 Mio € im Vergleichszeitraum des Vorjahres. Diese Zunahme resultierte vornehmlich aus einem Gewinn von 243 Mio € aus Bewertungs- und Terminierungsdifferenzen nach 168 Mio € im Vorjahr. Ursächlich für diese Entwicklung waren eine Erweiterung des Basisspreads zwischen EUR und USD und ein Rückgang der USD/EUR-Zinsstrukturkurve sowie ein höherer Risikoaufschlag für eigene Verbindlichkeiten. In der ersten Jahreshälfte wurde eine negative refinanzierungsbezogene Bewertungsanpassung (Funding Valuation Adjustment – FVA) in Höhe von 20 Mio € bei internen unbesicherten Derivaten infolge höherer Finanzierungsmargen bilanziert, nach einer negativen Bewertungsanpassung von 108 Mio € im Vorjahr. Hinzu kam ein wechselkursbedingter Aufwand in Höhe von 99 Mio € – gegenüber 83 Mio € im Vorjahr – im Zusammenhang mit unserer Emission zusätzlichen Tier-1-Kapitals in britischen Pfund. Im ersten Halbjahr 2016 wurden ferner Kosten in Höhe von 87 Mio € im Zusammenhang mit der Vorbereitung der Entkonsolidierung der Postbank ausgewiesen, nach 30 Mio € im Vergleichszeitraum des Vorjahres. Dem standen ein positiver Effekt im ersten Halbjahr 2016 in Höhe von 73 Mio € aus dem Abschluss des Kirch-Vergleichs sowie das Ausbleiben des im ersten Halbjahr 2015 erfassten Aufwands in Höhe von 62 Mio € aus dem Kauf von Postbank-Aktien gegenüber.

Vermögenslage

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	30.6.2016	31.12.2015	Absolute Veränderung	Veränderung in %
Barreserven und Zentralbankeinlagen	122.868	96.940	25.928	27
Einlagen bei Kreditinstituten (ohne Zentralbanken)	11.346	12.842	- 1.496	- 12
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen, Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos) und Wertpapierleihen	54.074	56.013	- 1.939	- 3
Handelsaktiva	178.559	196.035	- 17.476	- 9
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	615.426	515.594	99.832	19
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte	117.401	109.253	8.148	7
Davon:				
Forderungen aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos)	64.095	51.073	13.022	25
Forderungen aus Wertpapierleihen	20.373	21.489	- 1.116	- 5
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	428.411	427.749	662	0
Bis zur Endfälligkeit gehaltene Wertpapiere	3.224	0	3.224	N/A
Forderungen aus Handelsgeschäften und Wertpapierabwicklung	151.138	94.939	56.198	59
Übrige Aktiva	120.843	119.765	1.078	1
Summe der Aktiva	1.803.290	1.629.130	174.160	11
Einlagen	565.645	566.974	- 1.329	- 0
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen, Wertpapierpensionsgeschäften (Repos) und Wertpapierleihen	20.426	13.073	7.352	56
Handelspassiva	65.810	52.304	13.506	26
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	598.837	494.076	104.761	21
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen	55.126	44.852	10.275	23
Davon:				
Verbindlichkeiten aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos)	43.661	31.637	12.024	38
Verbindlichkeiten aus Wertpapierleihen	201	554	- 353	- 64
Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen	24.682	28.010	- 3.329	- 12
Langfristige Verbindlichkeiten	162.905	160.016	2.889	2
Verbindlichkeiten aus Handelsgeschäften und Wertpapierabwicklung	179.392	134.637	44.756	33
Übrige Passiva	63.658	67.563	- 3.905	- 6
Summe der Verbindlichkeiten	1.736.481	1.561.506	174.975	11
Eigenkapital insgesamt	66.809	67.624	- 815	- 1

N/A – Nicht aussagekräftig

Entwicklung der Aktiva

Zum 30. Juni 2016 erhöhte sich unsere Bilanzsumme im Vergleich zum Jahresende 2015 um 174,2 Mrd € (oder 11 %).

Haupttreiber dieser Erhöhung waren der Anstieg der positiven Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten um 99,8 Mrd €, der auf Zins- und Währungsprodukte als Folge der Verringerung der Swap Spreads zurückzuführen war, sowie die Zunahme der Forderungen aus Handelsgeschäften und Wertpapierabwicklung um 56,2 Mrd € infolge des üblicherweise zu verzeichnenden saisonalen Musters von niedrigeren Beständen zum Jahresende gegenüber höheren Volumina im Jahresverlauf sowie durch erhöhte Sicherheitsleistungen, die mit dem Anstieg der negativen Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten einhergingen.

Barreserven und Zentralbankeinlagen zusammen mit Einlagen bei Kreditinstituten (ohne Zentralbanken) erhöhten sich um 24,4 Mrd € aufgrund unserer Liquiditätsmanagement-Aktivitäten, die auch eine Umwidmung von liquiden Wertpapieren in Zentralbankguthaben umfassten.

Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen, Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos) sowie Wertpapierleihen, sowohl auf Basis fortgeführter Anschaffungskosten als auch zum beizulegenden Zeitwert bewertet, sind zusammen um 10,0 Mrd € angestiegen, überwiegend getrieben durch Geldleihe vor dem Hintergrund niedriger Handelsbestände, die zur Stellung von Sicherheiten verfügbar sind, sowie einer Erhöhung der Short-Positionen von Kunden.

Handelsaktiva gingen um 17,5 Mrd € zurück, hauptsächlich getrieben durch Beteiligungspapiere aufgrund einer geringeren Kundennachfrage sowie fallender Märkte.

Beginnend in 2016 haben wir bestimmte Anlagen in Wertpapieren als Teil unserer strategischen Liquiditätsreserve von der Position „Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte“ in die Position „Bis zur Endfälligkeit gehaltene Wertpapiere“ umgewidmet. Die per 30. Juni 2016 berichteten 3,2 Mrd € in der Position „Bis zur Endfälligkeit gehaltene Wertpapiere“ entsprechen dem Rückgang über den gleichen Betrag in der Position „Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte“ (in den Übrigen Aktiva enthalten).

Der Gesamtanstieg der Bilanz beinhaltet einen Rückgang in Höhe von 15,0 Mrd € aufgrund von Wechselkursveränderungen, überwiegend aufgrund der Aufwertung des Euro gegenüber dem Pfund Sterling sowie dem US-Dollar. Diese durch Wechselkursveränderungen bedingten Effekte sind auch in den Veränderungen pro Bilanzposition enthalten, die in diesem Abschnitt diskutiert werden.

Entwicklung der Verbindlichkeiten

Zum 30. Juni 2016 erhöhte sich die Summe der Verbindlichkeiten um 175,0 Mrd € (oder 11 %) gegenüber dem Jahresende 2015.

Diese Erhöhung wurde hauptsächlich von negativen Marktwerten aus derivativen Finanzinstrumenten sowie Verbindlichkeiten aus Handelsgeschäften und Wertpapierabwicklung getrieben, welche um 104,8 Mrd € bzw. 44,8 Mrd € angestiegen sind; diese Bewegungen waren überwiegend auf die gleichen Ursachen zurückzuführen, die für positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten bzw. für Forderungen aus Handelsgeschäften und Wertpapierabwicklung bereits oben beschrieben wurden.

Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankguthaben, Wertpapierpensionsgeschäften (Repos) und Wertpapierleihen, sowohl auf Basis fortgeführter Anschaffungskosten als auch zum beizulegenden Zeitwert bewertet, sind insgesamt um 19,0 Mrd € gestiegen, davon entfielen 13,6 Mrd € vor allem auf eine gestiegene besicherte Finanzierung unserer Handelsbestände im ersten Quartal sowie 5,4 Mrd € auf eine höhere Kundennachfrage im zweiten Quartal 2016.

Die Erhöhung der Handelspassiva um 13,5 Mrd € entfiel hauptsächlich auf Neugeschäft und Hedging-Aktivitäten, verbunden mit geringeren Aufrechnungsmöglichkeiten aufgrund von verringerten Kundenpositionen.

Unsere langfristigen Verbindlichkeiten erhöhten sich um 2,9 Mrd €. Dabei wurde ein Rückgang von 8,7 Mrd € im ersten Quartal 2016, der von einem hohen Volumen an Fälligkeiten, das unsere üblichen Emissionstätigkeiten überstieg, sowie durch den Einfluss unseres öffentlichen Kaufangebots getrieben wurde, von einem Anstieg in Höhe von 11,5 Mrd € im zweiten Quartal aus höheren Finanzierungsaktivitäten, die das Volumen der im gleichen Quartal fällig gewordenen Verbindlichkeiten überstiegen, mehr als ausgeglichen.

Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen gingen um 3,3 Mrd € zurück, überwiegend aus einer Reduktion unserer Commercial Paper-Bestände in der Berichtsperiode, die durch andere Finanzierungsquellen ersetzt wurden.

Einlagen verringerten sich im Berichtszeitraum um 1,3 Mrd €, wobei ein Rückgang über 7,8 Mrd € im ersten Quartal, der überwiegend auf Wechselkursveränderungen zurückzuführen war, im zweiten Quartal von einem Anstieg über 6,5 Mrd € hauptsächlich aus der Anlage überschüssiger Liquidität teilweise ausgeglichen wurde.

Ähnlich wie für die Aktivseite spiegelt die Gesamterhöhung der Verbindlichkeiten ebenfalls den Effekt aus Wechselkursveränderungen während der Berichtsperiode wider.

Liquidität

Die Liquiditätsreserven beliefen sich zum 30. Juni 2016 auf 223 Mrd € (im Vergleich zu 215 Mrd € zum 31. Dezember 2015), woraus im internen Stressszenario zum 30. Juni 2016 ein positives Ergebnis resultierte (in einem kombinierten Szenario), und unsere Mindestliquiditätsquote zum 30. Juni 2016 war 124 % (im Vergleich zu 119 % zum 31. Dezember 2015).

Eigenkapital

Das Eigenkapital hat sich zwischen dem 30. Juni 2016 und dem 31. Dezember 2015 insgesamt um 815 Mio € reduziert. Diese Verminderung resultierte hauptsächlich aus folgenden Effekten: negativen Wechselkursveränderungen in Höhe von 720 Mio € (vor allem US-Dollar), der Kuponzahlung für Zusätzliche Eigenkapitalbestandteile von 276 Mio € nach Steuern, Neubewertungsverlusten in Bezug auf leistungsdefinierte Versorgungszusagen von 274 Mio € sowie aus einer Nettoerhöhung Eigener Aktien im Bestand um 181 Mio €. Teilweise gegenläufig zu dieser negativen Entwicklung waren unrealisierte Gewinne (per Saldo) aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten in Höhe von 319 Mio € sowie der den Deutsche Bank-Aktionären und Zusätzlichen Eigenkapitalbestandteilen zurechenbare Konzerngewinn von 232 Mio €.

Aufsichtsrechtliches Eigenkapital

Unser Hartes Kernkapital gemäß CRR/CRD 4-Übergangsregeln verringerte sich im ersten Halbjahr 2016 um 3,5 Mrd € auf 49,0 Mrd €. Die RWA gemäß CRR/CRD 4 betragen per 30. Juni 2016 402,7 Mrd €, verglichen mit 397,4 Mrd € zum Jahresende 2015. Der Rückgang im CRR/CRD 4 – Kernkapital und der Anstieg in den RWA führten zu einer CRR/CRD 4 – Kernkapitalquote von 12,2 % per 30. Juni 2016, verglichen mit 13,2 % zum Jahresende 2015.

Unser CRR/CRD 4-Kernkapital in der Vollumsetzung betrug 43,5 Mrd € zum 30. Juni 2016 und lag damit um 0,6 Mrd € unter den 44,1 Mrd € zum Jahresende 2015. Die risikogewichteten Aktiva gemäß CRR/CRD 4 in der Vollumsetzung beliefen sich auf 402,2 Mrd € zum 30. Juni 2016, verglichen mit 396,7 Mrd € zum Jahresende 2015. Aufgrund des verringerten Harten Kernkapitals und des Anstiegs der Risikoaktiva sank unsere Harte Kernkapitalquote gemäß CRR/CRD 4 -Vollumsetzung zum 30. Juni 2016 auf 10,8 % nach 11,1 % zum Jahresende 2015.

Weitere Einzelheiten zur Entwicklung des Aufsichtsrechtlichen Eigenkapitals und der RWA stehen im Risikoberichtsteil dieses Berichtes im Abschnitt „Aufsichtsrechtliches Eigenkapital“.

Änderungen zu IAS 39 und IFRS 7, „Umwidmung von finanziellen Vermögenswerten“

Zum 30. Juni 2016 beliefen sich die Buchwerte umgewidmeter Vermögenswerte auf 2,3 Mrd € (31. Dezember 2015: 4,4 Mrd €). Der beizulegende Zeitwert dieser Vermögenswerte betrug 2,1 Mrd € per 30. Juni 2016 (31. Dezember 2015: 4,3 Mrd €). Diese Vermögenswerte werden vom Unternehmensbereich NCOU gehalten.

Für zusätzliche Informationen bezüglich dieser Vermögenswerte und zu den Auswirkungen ihrer Umwidmung wird auf die Anhangangabe „Änderungen zu IAS 39 und IFRS 7, ‚Umwidmung von finanziellen Vermögenswerten‘“ verwiesen.

Risikopositionen gegenüber Monolineversicherern

Die nachfolgenden Tabellen beinhalten einen aktualisierten Überblick über die Entwicklung erworbener Monolineabsicherungen.

Risikoposition gegenüber Monolineversicherern, bezogen auf US-amerikanische Wohnungsbaukredite

in Mio €	30.6.2016				31.12.2015			
	Nominalwert	Betrag vor Bewertungsanpassungen ¹	Bewertungsanpassungen ¹	Beizulegender Zeitwert nach Bewertungsanpassungen ¹	Nominalwert	Betrag vor Bewertungsanpassungen ¹	Bewertungsanpassungen ¹	Beizulegender Zeitwert nach Bewertungsanpassungen ¹
AA Monolines: ²								
Sonstige Subprime	10	2	0	2	97	24	-5	19
Alt-A	171	62	-7	55	400	97	-12	84
AA Monolines insgesamt³	181	64	-7	57	497	120	-17	103

¹ Für erworbene Monolineabsicherungen mit gehandelten Credit Default Swaps (CDS) werden die Bewertungsanpassungen anhand eines vollständig auf CDS basierenden Modellansatzes ermittelt. Im Gegensatz dazu werden für erworbene illiquide Monolineabsicherungen die Bewertungsanpassungen anhand eines Modellansatzes mit diversen Parametern ermittelt einschließlich marktbedingter Ausfallwahrscheinlichkeiten, potenzieller Ereignisse (entweder einer Restrukturierung oder einer Insolvenz), einer Abschätzung der möglichen Ausgleichszahlungen im Fall einer Restrukturierung und von Erlösquoten im Fall einer Restrukturierung oder einer Insolvenz.

² Die Zuordnung zu den Bonitätsklassen basiert jeweils auf den niedrigsten verfügbaren Bonitätseinstufungen von Standard & Poor's, Moody's oder unserer internen Bonitätseinstufung.

³ Ein Teil des Marktwerts der erworbenen Monolineabsicherungen wurde durch CDS mit anderen Marktteilnehmern oder durch andere Instrumente wirtschaftlich abgesichert. Die Veränderung im Nominalwert beinhaltet Umrechnungskursveränderungen in der Periode. Die Risikopositionen per 31. Dezember 2015 beinhalten die Reklassifizierungen von Aktiva, die im Quartal zum 31. März 2016 vorgenommen wurden.

Sonstige Risikoposition gegenüber Monolineversicherern

in Mio €	30.6.2016				31.12.2015			
	Nominalwert	Betrag vor Bewertungs- anpassungen ¹	Bewertungs- anpassungen ¹	Beizu- legender Zeitwert nach Bewertungs- anpassungen ¹	Nominalwert	Betrag vor Bewertungs- anpassungen ¹	Bewertungs- anpassungen ¹	Beizu- legender Zeitwert nach Bewertungs- anpassungen ¹
AA Monolines: ²								
TPS-CLO	608	137	-26	112	1.288	332	-64	268
CMBS	310	0	0	0	378	0	0	0
Studentenkredite	353	63	-8	55	360	52	-14	38
Sonstige	166	4	0	4	749	84	-29	55
AA Monolines insgesamt	1.437	204	-34	170	2.774	467	-107	361
Nicht-Investment- Grade Monolines: ²								
TPS-CLO	22	5	-3	2	23	5	-2	3
CMBS	634	0	0	0	1.443	-1	0	-1
Corporate Single Name/Corporate CDO	20	3	0	3	24	4	-1	3
Studentenkredite	0	0	0	0	746	84	-14	70
Sonstige	313	55	-24	31	502	97	-31	66
Nicht-Investment- Grade Monolines insgesamt	989	63	-27	36	2.737	189	-48	141
Insgesamt^{3,4}	2.426	267	-61	205	5.512	656	-155	501

¹ Für erworbene Monolineabsicherungen mit gehandelten Credit Default Swaps (CDS) werden die Bewertungsanpassungen anhand eines vollständig auf CDS basierenden Modellansatzes ermittelt. Im Gegensatz dazu werden für erworbene illiquide Monolineabsicherungen die Bewertungsanpassungen anhand eines Modellansatzes mit diversen Parametern ermittelt einschließlich marktbedingter Ausfallwahrscheinlichkeiten, potenzieller Ereignisse (entweder einer Restrukturierung oder einer Insolvenz), einer Abschätzung der möglichen Ausgleichszahlungen im Fall einer Restrukturierung und von Erlösquoten im Fall einer Restrukturierung oder einer Insolvenz.

² Die Zuordnung zu den Bonitätsklassen basiert jeweils auf den niedrigsten verfügbaren Bonitätseinstufungen von Standard & Poor's, Moody's oder unserer internen Bonitätseinstufung.

³ Ein Nettoausfallrisiko gegenüber Monolineversicherern aus sogenannten Wrapped Bonds von 26 Mio € zum 30. Juni 2016 (31. Dezember 2015: 23 Mio €) ist nicht enthalten. Dieser Wert stellt eine Schätzung der möglichen Wertanpassungen auf solche Schuldverschreibungen im Fall eines Ausfalls der Versicherer dar.

⁴ Ein Teil des Marktwerts der erworbenen Monolineabsicherungen wurde durch CDS mit anderen Marktteilnehmern oder durch andere Instrumente wirtschaftlich abgesichert. Die Veränderung im Nominalwert beinhaltet Umrechnungskursveränderungen in der Periode. Die Risikopositionen per 31. Dezember 2015 beinhalten die Reklassifizierungen von Aktiva, die im Quartal zum 31. März 2016 vorgenommen wurden.

Geschäfte mit nahestehenden Dritten

Wir unterhalten Geschäftsbeziehungen zu einigen Unternehmen, an denen wir bedeutenden Anteilsbesitz halten. Zudem haben wir Geschäftsbeziehungen zu einer Reihe von Unternehmen, bei denen Mitglieder unseres Vorstands Mandate in Aufsichtsräten oder Non-Executive Boards wahrnehmen. Im Rahmen unserer Geschäftsbeziehungen zu diesen Unternehmen erbringen wir diverse Finanzdienstleistungen, die wir üblicherweise unseren Kunden anbieten. Weitere Informationen sind in den „Sonstigen Finanzinformationen“ dieses Berichts enthalten.

Vorstand und Aufsichtsrat

Mit Ablauf der Hauptversammlung am 19. Mai 2016 ist Jürgen Fitschen aus dem Vorstand der Bank ausgeschieden und seither ist John Cryan alleiniger Vorstandsvorsitzender der Bank.

Herr Quintin Price ist auf eigenen Wunsch am 15. Juni 2016 aus dem Vorstand der Bank ausgeschieden.

Mit Ablauf der Hauptversammlung am 19. Mai 2016 endete turnusgemäß die Bestellungsperiode von Katherine Garrett-Cox als Mitglied des Aufsichtsrats.

Frau Katherine Garrett-Cox und Herr Richard Meddings, der seit Oktober 2015 aufgrund gerichtlicher Bestellung Mitglied des Aufsichtsrats der Bank ist, wurden durch die Hauptversammlung am 19. Mai 2016 für die Zeit bis zur Beendigung der Hauptversammlung, die über die Entlastung für das Geschäftsjahr 2020 beschließt, in den Aufsichtsrat gewählt.

Herr Georg F. Thoma hatte die Bank am 28. April 2016 darüber informiert, sein Amt als Aufsichtsrat niederzulegen. Gemäß Satzung endete seine Tätigkeit nach Ablauf einer einmonatigen Frist zum 28. Mai 2016. Mit sofortiger Wirkung hatte er auch den Vorsitz des Integritätsausschusses des Aufsichtsrats abgegeben und gehörte dem Gremium auch nicht mehr als Mitglied an.

Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

Informationen hierzu sind in den „Sonstigen Finanzinformationen“ dieses Berichts enthalten.

Strategie

In unserem Geschäftsbericht 2015 haben wir Details unserer neuen „Strategie 2020“ bekannt gegeben, die das Ziel verfolgt, unser gesamtes Produkt- und Serviceangebot stärker zu fokussieren, um eine weniger komplexe und effizientere Bank mit verringerten Risiken und einer gestärkten Kapitalbasis zu werden.

Im Einzelnen haben wir uns vier Ziele gesetzt:

- erstens unsere Bank einfacher und effizienter zu machen,
- zweitens Risiken abzubauen,
- drittens unsere Kapitalposition zu stärken,
- viertens die Bank disziplinierter zu führen.

Diese vier Ziele sind mit klaren finanziellen Vorgaben unterlegt. Beginnend mit den wichtigsten aufsichtsrechtlichen Kennzahlen planen wir, unsere Kapitalposition durch eine Common Equity Tier-1-Kapitalquote von mindestens 12,5 % ab Ende 2018 und eine Verschuldungsquote von mindestens 4,5 % bis Ende 2018 und 5 % bis Ende 2020 zu stärken. Ferner möchten wir die bereinigten Kosten bis 2018 auf unter 22 Mrd € reduzieren und eine Aufwand-Ertrag-Relation von rund 70 % bis 2018 und rund 65 % bis 2020 erreichen. Bezüglich der Renditen für unsere Aktionäre beabsichtigen wir bis 2018 eine Eigenkapitalrendite nach Steuern, basierend auf dem durchschnittlichen materiellen Eigenkapital, von mehr als 10 % zu erreichen.

Die Umsetzung der Strategie 2020 kommt gut voran. Wir haben die erste Verhandlungsrunde mit den Arbeitnehmervertretern in Deutschland Ende Juni 2016 abschließen können, wobei eine Einigung über eine Reihe organisatorischer Themen in verschiedenen Bereichen erzielt werden konnte. In den betroffenen Bereichen PW&CC, GTB, Risk, Finance und COO werden insgesamt fast 3.000 Stellen gestrichen. Aufbauend auf der Einigung in den Verhandlungen mit den Arbeitnehmervertretern wurden die in PW&CC zu schließenden Filialen in Deutschland bestimmt sowie mit der Vorbereitung zu deren Schließung begonnen. Der Großteil der Filialschließungen wird bis Ende 2017 erwartet. CIB wird sich weiterhin auf gezieltes Wachstum konzentrieren und zur Verbesserung unseres Kundenstamms beitragen, indem der Fokus und die Ressourcen auf ertragreichere Produkte und Kundenbeziehungen gelegt werden. GM hat den Bereich Securitised Trading gemäß den Zielen der Strategie 2020 umgestaltet und bereits mehr als die Hälfte des Ziels der Strategy 2020 zur Reduzierung der Positionen von mit Hypotheken besicherten Wertpapieren (RMBS) erreicht. Auch wurden bereits 50 % der regionalen Marktaustritte in GM vollzogen. Der Abbau der NCOU wurde im zweiten Quartal 2016 fortgeführt, mit einer wesentlichen Verringerung der risikogewichteten Aktiva von ca. 3 Mrd €, der CRD 4- Gesamtrisikopositionsmessgröße der Verschuldungsquote von ca. 12 Mrd € und IFRS- Vermögensgegenständen von ca. 4 Mrd € seit Beginn des Jahres. Wir haben weiterhin unsere geografische Struktur vereinfacht und uns aus Dänemark und Norwegen im zweiten Quartal 2016 zurückgezogen. Nach Maßgabe des bei der Federal Reserve eingereichten Umsetzungsplans hat die Deutsche Bank zum 1. Juli 2016 schließlich die DB USA Corporation, unsere US Intermediate Holding Company (IHC), gründen können, welche einen wesentlichen Teil unseres US-Geschäfts und der Infrastruktur halten wird. Dies stellt einen Meilenstein zur Erreichung der Strategie 2020 dar und unterstreicht unsere Verpflichtung zu einer starken operativen Plattform in den USA. Wir haben dementsprechend unsere Unternehmensführung, das Kapital- und Risikomanagement sowie das Berichtswesen für unsere US-Tätigkeiten gestärkt.

Ausblick

Der folgende Abschnitt sollte in Verbindung mit dem Ausblick im Lagebericht des Geschäftsberichts für das Jahr 2015 gelesen werden.

Die Weltwirtschaft

Im Jahr 2016 dürfte sich das Wachstum der Weltwirtschaft mit 3,0 % mehr oder weniger seitwärts bewegen und damit das fünfte Jahr in Folge unter der Trendwachstumsrate liegen. Die globale Inflationsrate dürfte sich auf 4,4 % beschleunigen, was hauptsächlich darauf zurückgeht, dass der dämpfende Effekt der Rohstoffpreise auf die Gesamtinflation im Vergleich zum Vorjahr geringer ausfallen dürfte. Für die Industrieländer rechnen wir mit einer Wachstumsverlangsamung auf 1,4 % und einem Anstieg der Verbraucherpreise um 0,8 %. Dagegen erwarten wir in den Schwellenländern ein in etwa konstantes Wachstum von 4,1 %. Die dortige Inflationsrate dürfte bei 6,9 % und damit ebenfalls über der Vorjahresrate liegen.

Das BIP der Eurozone dürfte dank des niedrigen Ölpreises und der langsamen Verbesserung auf dem Arbeitsmarkt im Jahr 2016 um 1,6 % steigen. Unterstützt wird die Konjunktur der Eurozone zudem weiter durch die expansiv ausgerichtete Geldpolitik der Europäischen Zentralbank (EZB), die ihre Geldpolitik mit einem zielgerichteten Paket zur Kreditlockerung im März 2016 noch expansiver ausrichtete. Dämpfend wirken jedoch geopolitische Risiken, das Stocken der Strukturreformen und das hohe Niveau der privaten und öffentlichen Verschuldung sowie der festere Euro. Die erwartete abgeschwächte Nachfrage und Unsicherheit nach dem Referendum in Großbritannien zum Verbleib in der Europäischen Union, in dem sich die knappe Mehrheit für einen EU-Austritt entschied, dämpfen ebenfalls das europäische Wachstum. Die Verbraucherpreise in der Eurozone dürften um 0,2 % steigen. Die deutsche Wirtschaft dürfte im Jahr 2016, allein binnenwirtschaftlich getrieben, um 1,7 % wachsen.

Für die USA erwarten wir im Jahr 2016 ein Wachstum von 1,5 %. Während das externe Umfeld infolge der Stärke des US-Dollar, der verhaltenen globalen Nachfrage sowie der negative Effekt des niedrigen Ölpreises auf den Energiesektor und der noch nicht vollzogene Lagerabbau dämpfen, sorgen die solide Arbeitsmarktentwicklung und der Häusermarkt für positive Impulse. Die Verbraucherpreise steigen wahrscheinlich um 1,4 %. Die Geldpolitik der Federal Reserve dürfte insgesamt weiter die US-Konjunktur unterstützen. Wir rechnen mit einer Erhöhung des Leitzinses auf 0,6 % zum Jahresende 2016.

Die japanische Wirtschaft dürfte im Jahr 2016 um 0,2 % wachsen, wobei die inländische und ausländische Nachfrage leicht expandieren. Die Geldpolitik dürfte noch expansiver ausgerichtet werden, wobei der Einlagensatz noch weiter gesenkt werden könnte. Das Preisniveau für Konsumgüter dürfte leicht fallen. Das Wachstum in den Schwellenländern insgesamt wird im Jahr 2016 wahrscheinlich in etwa dem des Vorjahres entsprechen. Das Wachstum in Asien (ohne Japan) dürfte sich mit 6,0 % leicht abkühlen und die Inflation bei 2,6 % liegen. Chinas Wirtschaft dürfte im Jahr 2016 zum Großteil durch die Abkühlung des Industriesektors und der Investitionen nur noch um 6,6 % zulegen und eine Inflationsrate von 1,8 % erreichen. Die Geldpolitik dürfte noch expansiver ausgerichtet werden, um die Wirtschaft zu stützen.

Zahlreiche Risiken erhöhen derzeit die Unsicherheit unserer globalen Prognose über das übliche Maß hinaus. Der Ausblick für die US-Geldpolitik bleibt weiterhin sehr unsicher. Zudem könnte es zu einer Eskalation geopolitischer Risiken kommen, insbesondere der Konflikte im Nahen Osten. Ebenfalls könnte eine harte Landung Chinas globale Verwerfungen nach sich ziehen. In Europa könnten die politischen und wirtschaftlichen Kosten des Referendums im Vereinigten Königreich höher als erwartet ausfallen. Zudem könnten eine aufflammende Diskussion über den weiteren Kurs der Geldpolitik und die Zukunft der Eurozone, eine ausbleibende Konsolidierung im öffentlichen oder privaten Sektor, ein Stoppen bei der Implementierung von Strukturreformen oder aber eine gestiegene Zustimmung für populistische Parteien erhebliches Störpotenzial für unsere Prognosen entfalten. Regionale Unabhängigkeitsbestrebungen und weiter schwierige Verhandlungen mit Griechenland stellen weitere Risiken dar. Außerdem könnte die Flüchtlingskrise die politische Uneinigkeit in der Europäischen Union erneut aufflammen lassen.

Die Bankenbranche

Der globale Bankensektor muss nach der Entscheidung im Referendum in Großbritannien zum Verbleib in der Europäischen Union in den nächsten Monaten mit einer erhöhten Volatilität der Aktien- und Kreditmärkte rechnen. Zudem rücken weitere politische Risiken in Europa wieder in den Vordergrund, wie zum Beispiel Nachahmereffekte, Populismus oder die Flüchtlingskrise. Darüber hinaus bestehen ökonomische Risikofaktoren in der anhaltenden konjunkturellen Abkühlung in den Schwellenländern, insbesondere in China, sowie in den Zweifeln über die Solvenz einiger Euro-Peripherieländer und ihrer Bankensektoren.

Im Euroraum steht die Ertragskraft der Banken aufgrund der hohen Wettbewerbsintensität und der andauernden Phase niedriger und zum Teil negativer Zinsen strukturell weiter unter Druck. Der TLTRO-II-Rahmen sollte den europäischen Banken allerdings Anreize bieten, expansiver Kredite an den privaten Sektor zu vergeben. Auf der Passivseite der Banken wird das Einlagenwachstum voraussichtlich anhalten. Es sollte sich dabei aufgrund des Niedrigzinsumfelds auch der Trend eines abnehmenden Anteils mittel- bis langfristiger Einlagen fortsetzen.

In Deutschland dürfte sich das im Vergleich zum Euroraum stärkere Kreditwachstum fortsetzen. Die strenge Umsetzung der EU-Wohnimmobilienkreditrichtlinie könnte mittelfristig jedoch zu einer leichten Dämpfung des Hypothekengeschäfts in Deutschland führen.

In den USA sollten die Banken von der weiter positiven Entwicklung des Arbeitsmarktes profitieren. Insbesondere die Konsumentenkreditvergabe wird wahrscheinlich weiter mit hohen Raten wachsen. Auf der Unternehmensseite bleibt infolge des starken US-Dollar und der verhaltenen globalen Nachfrage abzuwarten, ob das hohe Kreditwachstum in diesem Sektor anhält. Infolge mittelfristig zu erwartender weiterer Leitzinserhöhungen der Federal Reserve ist davon auszugehen, dass sich die Ertragskraft der US-amerikanischen Banken durch steigende Zinsmargen verbessert.

In Japan dürfte sich die Konjunktur nach einem Rückschlag im zweiten Quartal 2016 im weiteren Jahresverlauf wieder etwas erholen, wovon auch das Kreditwachstum profitieren sollte. In China könnte die auf hohem Niveau liegende Kreditvergabe etwas gedämpft werden. Die Gründe hierfür sind die leichte Wachstumsverlangsamung und die Verschärfung der Finanzmarktregulierung.

Aus regulatorischer Sicht erwarten die Banken in den nächsten zwölf Monaten weitere finale Regelungen zur Erfüllung der Eigenkapitalanforderungen. Der Baseler Ausschuss sollte den überarbeiteten Standardansatz zur Bestimmung risikogewichteter Aktiva finalisieren, die Leverage Ratio-Anforderungen für global systemrelevante Banken festlegen und einen Vorschlag zur Eigenkapitalunterlegung von Risikopositionen gegenüber Staaten vorlegen. Im Euroraum wird das Single Resolution Board (SRB) festlegen, wie viel Eigen- und bail-in-fähiges Fremdkapital große Banken für den

Abwicklungsfall vorhalten müssen (MREL, „Minimum Requirement for Own Funds and Eligible Liabilities“). Zudem werden die europäischen Banken über die Ergebnisse des Stresstests der Europäischen Zentralbank (EZB) und der Europäischen Bankenaufsichtsbehörde (EBA) informiert. Vom europäischen Gesetzgeber können Banken eine Entscheidung über die sogenannte Bankenstrukturreform erwarten.

Der Deutsche Bank-Konzern

Im Oktober 2015 haben wir die Details unserer Strategie 2020 veröffentlicht. Seitdem haben wir wichtige Fortschritte gemacht, indem wir Risiken durch den Abbau von Bilanzpositionen minimiert und Prozesse und Strukturen vereinfacht haben. Um die Ziele der Strategie 2020 zu unterstreichen, haben wir verschiedene Finanzziele definiert. Die wichtigsten Finanzkennzahlen des Konzerns werden in der folgenden Tabelle dargestellt.

Finanzkennzahlen

Konzernfinanzkennzahlen	30.6.2016	Ziel für 2018	Ziel für 2020
Harte Kernkapitalquote gemäß CRR/CRD 4 (Vollumsetzung) ¹	10,8 % ²	Mindestens 12,5 %	Mindestens 12,5 %
Verschuldungsquote gemäß CRR/CRD 4 (Vollumsetzung) ³	3,4 %	Mindestens 4,5 %	Mindestens 5,0 %
Eigenkapitalrendite nach Steuern, basierend auf dem durchschnittlichen materiellen Eigenkapital ⁴	0,9 %	Größer als 10,0 %	Größer als 10,0 %
Bereinigte zinsunabhängige Aufwendungen ⁵	12,7 Mrd €	Weniger als 22 Mrd € pro Jahr	Weniger als 22 Mrd € pro Jahr
Aufwand-Ertrag-Relation ⁶	90,0 %	~ 70,0 %	~ 65,0 %
Risikogewichtete Aktiva ⁷	402 Mrd €	320 Mrd €	310 Mrd €

¹ Die Harte Kernkapitalquote gemäß CRR/CRD 4 (Vollumsetzung) entspricht unserer Kalkulation der Harten Kernkapitalquote ohne Berücksichtigung der Übergangsregelungen der CRR/CRD 4. Weitere Informationen zur Berechnung dieser Quote sind im Risikobericht enthalten.

² Im Einklang mit der Entscheidung des Vorstands, keine Dividende auf Stammaktien für das Geschäftsjahr 2016 vorzuschlagen.

³ Weitere Informationen zur Berechnung der Verschuldungsquote gemäß CRR/CRD 4 (Vollumsetzung) sind im Risikobericht zu finden.

⁴ Basierend auf dem den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbaren Ergebnis nach Steuern. Die Berechnung basiert auf einer effektiven Steuerquote von 74 % zum 30. Juni 2016. Weitere Informationen sind im Abschnitt „Nicht nach IFRS ermittelte finanzielle Messgrößen“ enthalten.

⁵ Zinsunabhängige Aufwendungen insgesamt ohne Restrukturierungs- und Abfindungskosten, Aufwendungen für Rechtsstreitigkeiten, Wertminderungen des Geschäfts- oder Firmenwerts und der sonstigen immateriellen Vermögenswerte sowie Aufwendungen im Versicherungsgeschäft. Weitere Informationen sind im Abschnitt „Nicht nach IFRS ermittelte finanzielle Messgrößen“ enthalten.

⁶ Prozentualer Anteil der zinsunabhängigen Aufwendungen insgesamt am Zinsüberschuss vor Risikoversorge im Kreditgeschäft zuzüglich der zinsunabhängigen Erträge.

⁷ Ohne Berücksichtigung des erwarteten aufsichtsrechtlich bedingten Anstiegs.

In unserem strategischen Plan haben wir einen EUR/USD-Wechselkurs von 1,07 und einen EUR/GBP-Wechselkurs von 0,72 bei der Festlegung der Finanzkennzahlen für die Jahre 2018 und 2020 zugrunde gelegt.

Für das Jahr 2016 erwarten wir weitere Beeinträchtigungen unserer Erträge durch das Niedrigzinsumfeld, die schwierigen Marktbedingungen und die makroökonomischen Unsicherheiten. Außerdem dürfte die Implementierung der strategischen Entscheidung bezüglich der Restrukturierungsaktivitäten zur Reduzierung unserer Länder-, Kunden- und Produktpresenz die Möglichkeiten der Ertragsgenerierung beeinflussen.

Wir beabsichtigen, in Wachstumsbereiche von Transaction Banking, Asset Management, Wealth Management und Equities zu investieren, um die Erträge zu verbessern. Wir erwarten, dass der Großteil der Restrukturierungskosten bis Ende 2016 anfallen wird und die meisten Restrukturierungsaktivitäten in 2017 abgeschlossen werden. Unsere Gesamtkostenbasis wird in 2016 weiter durch Aufwendungen für Rechtsstreitigkeiten und Restrukturierungsmaßnahmen belastet sein.

Bei unserem Kapitalmanagement konzentrieren wir uns auch künftig auf die Erreichung einer Harten Kernkapitalquote (CET1-Kapitalquote) bei CRR/CRD 4-Vollumsetzung von mindestens 12,5 %. Dieses Ziel unserer Strategie 2020 wollen wir bis 2018 erreichen. In 2016 rechnen wir mit einer nahezu unveränderten Harten Kernkapitalquote, so dass unsere Kapitalausstattung nach wie vor über den aufsichtsrechtlichen Mindestanforderungen und SREP-Vorschriften liegen wird. Das Harte Kernkapital dürfte durch Aufwendungen für Restrukturierungsmaßnahmen und Rechtsstreitigkeiten sowie den Risikoabbau in der NCOU beeinflusst werden.

Die risikogewichteten Aktiva dürften sich in 2016 hauptsächlich durch die geplante Beschleunigung des Risikoabbaus in der NCOU verringern, was zum Teil durch den Anstieg der risikogewichteten Aktiva für das operationelle Risiko kompensiert werden dürfte.

Zur Verbesserung der Kapitalausstattung der Deutschen Bank hat der Vorstand dem Aufsichtsrat vorgeschlagen, einen Ausfall der Dividende für das Geschäftsjahr 2016 zu empfehlen. In unserer Ankündigung zur Strategie 2020 haben wir betont, dass wir mittelfristig eine marktgerechte Dividendenausschüttungsquote anstreben.

Wir sind weiterhin entschlossen, gemäß der Strategie 2020 eine Verschuldungsquote bei CRR/CRD 4-Vollumsetzung von mindestens 4,5 % in 2018 und mindestens 5 % in 2020 zu erreichen. Obwohl wir an unserem aktiven CRD 4-Exposure Management festhalten, erwarten wir, dass die CRR/CRD 4-Verschuldungsquote in 2016 im Wesentlichen durch die Entwicklung des Kapitalangebots beeinflusst wird.

Die Umsetzung der Strategie 2020 ist bereits in vollem Gange. Wir erwarten daraus Aufwendungen für Restrukturierungen und Abfindungen von rund 1 Mrd € im laufenden Jahr. Darüber hinaus können anhaltende Belastungen durch Rechtsstreitigkeiten sowie ein kontinuierlicher Kostendruck durch Aufwendungen zur Umsetzung regulatorischer Anforderungen, Bankenabgaben sowie rückläufige Möglichkeiten zur Erwirtschaftung von Einnahmen in einigen unserer Kerngeschäfte im aktuellen schwierigen Marktumfeld die Erreichung der Strategy 2020 negativ beeinflussen. Wir sind gleichwohl entschlossen, unsere angestrebte Eigenkapitalrendite nach Steuern, basierend auf dem durchschnittlichen materiellen Eigenkapital, von 10 % nach vollständiger Implementierung der Strategie 2020 zu erreichen. Die für 2016 geplanten Maßnahmen werden zwar die Finanzkennzahlen in diesem Jahr belasten, jedoch entscheidend zur Erfüllung dieses Ziels beitragen. Insgesamt erwarten wir eine teilweise Verbesserung der Eigenkapitalrendite nach Steuern, basierend auf dem durchschnittlichen materiellen Eigenkapital, im Jahr 2016.

Die Erzielung einer strukturell vertretbaren Kostenbasis zählt zu unseren obersten Prioritäten. Wir halten weiterhin an unserem im Rahmen der Strategie 2020 erklärten Ziel einer bereinigten Kostenbasis von unter 22 Mrd € und einer Aufwand-Ertrag-Relation von rund 70 % bis 2018 fest. 2016 wird jedoch weiterhin ein schwieriges Jahr für die Deutsche Bank sein, da es noch einige Zeit dauern wird, bis sich unser Restrukturierungsprogramm in unserer Kostenbasis niederschlagen wird. Wir beabsichtigen, auch künftig Kosteneinsparungen und -effizienzen zu erzielen. Gleichzeitig werden wir jedoch in unsere Technologie sowie Programme zur Erfüllung aufsichtsrechtlicher Anforderungen investieren und höhere Kosten aus der Amortisation von Software schultern müssen. Daher erwarten wir in 2016 eine bereinigte Kostenbasis auf nahezu demselben Niveau wie im Geschäftsjahr 2015. Darüber hinaus wird unsere Gesamtkostenbasis auch in 2016 von Aufwendungen für Rechtsstreitigkeiten und Restrukturierungsmaßnahmen belastet werden. Vor diesem Hintergrund dürfte sich unsere Aufwand-Ertrag-Relation im Geschäftsjahr 2016 verbessern, aber auf einem hohen Niveau bleiben, da infolge des Niedrigzinsumfelds, marktbedingter Unsicherheiten und strategischer Entscheidungen, wie der Optimierung der KYC-Prozesse und des Rückzugs aus Hochrisikoländern, mit Herausforderungen auf der Ertragsseite zu rechnen ist.

Nach der Entscheidung im Referendum in Großbritannien zum Verbleib in der Europäischen Union sind wir gegenwärtig nicht der Auffassung, dass auf kurze Sicht wesentliche Änderungen unserer derzeitigen Organisationsstruktur beziehungsweise unseres Geschäftsmodells in Großbritannien vorzunehmen sind. Als Bank mit einer Zentrale in

Deutschland und einer starken Präsenz in Großbritannien sind wir gut darauf vorbereitet, die Konsequenzen des Austritts Großbritanniens aus der EU abzumildern. Wir werden weiterhin sicherstellen, dass wir dort präsent sind, wo unsere Kunden ihre Geschäfte tätigen. Das gilt unabhängig vom Ergebnis der Verhandlungen.

Bedingt durch die Art unserer Geschäftstätigkeit sind wir an Rechts- und Schlichtungsverfahren sowie aufsichtsrechtlichen Untersuchungen in Deutschland und einigen Jurisdiktionen außerhalb Deutschlands, insbesondere in den USA, beteiligt, deren Ausgang mit zahlreichen Unsicherheiten behaftet ist. Obwohl wir bereits einige signifikante Rechtsstreitigkeiten beigelegt und Fortschritte bei laufenden Verfahren erzielt haben, dürfte das Umfeld für Rechtsstreitigkeiten und Vollstreckungsmaßnahmen auch künftig schwierig bleiben und könnte die Erreichung der oben beschriebenen Erwartungen bezüglich unserer Performance beeinträchtigen.

Unsere Geschäftsbereiche

Die folgenden Abschnitte enthalten den Ausblick für unsere Geschäftsbereiche.

Für **Global Markets** (GM) gehen wir davon aus, dass das Geschäftsumfeld insbesondere mit Blick auf die jüngste konjunkturelle Entwicklung auch weiterhin herausfordernd bleiben wird. In Debt Sales & Trading erwarten wir für die gesamte Finanzbranche einen Ertragsrückgang in 2016 gegenüber dem Vorjahr. Treiber ist das unsichere Marktumfeld, das zu einer niedrigeren Kundenaktivität führt. Die Erträge in Equity Sales & Trading dürften dieses Jahr branchenweit ebenfalls niedriger sein als nach dem sehr starken Jahr 2015. Das Ergebnis des Referendums in Großbritannien zugunsten des Austritts aus der Europäischen Union bringt erhebliche Unsicherheiten mit sich, die das Wirtschaftswachstum insbesondere in Europa stark beeinträchtigen dürften. In Verbindung damit könnten die Erträge im Investmentbanking über 2016 hinaus unter Druck bleiben. Zu den weiteren anhaltenden Risiken und Unsicherheiten gehören die Anfälligkeit des globalen Wirtschaftswachstums für Eventrisiken insbesondere in Europa, hinter den Erwartungen zurückbleibende Wachstumsraten und anhaltende regulatorische Entwicklungen. Darüber hinaus gibt es weiterhin zusätzliche Herausforderungen: Turbulenzen auf den Finanzmärkten, rückläufige Kundenaktivität, weiterhin hohe aufsichtsbehördliche Anforderungen, der fortgesetzte Druck auf Ressourcen, die Umsetzung der Strategie 2020, zum Beispiel die geografische Zentralisierung des EM Debt Geschäfts und die Beendigung von risikoreichen Handelspositionen, die Optimierung der KYC-Prozesse und Kosten für Rechtsstreitigkeiten. Trotz der schwierigen Marktbedingungen sind wir davon überzeugt, dass wir bei fortlaufender Implementierung der Strategie 2020 so gut aufgestellt sind, dass wir die potenziellen Herausforderungen adressieren und künftige Geschäftschancen nutzen können.

Die schwierigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen im **Corporate & Investment Banking** (CIB) werden auch in der zweiten Jahreshälfte fortbestehen. Unsere Geschäftstätigkeiten mit Firmenkunden sind negativ beeinflusst durch die volatile Konjunkturlage und negative Zinssätze in unseren Hauptmärkten. Das Referendum Großbritanniens über die Mitgliedschaft in der Europäischen Union sowie die anhaltende Unsicherheit über die daraus resultierenden Entwicklungen dürften sich infolge der Verschiebung oder Stornierung von Geschäftsabschlüssen auf das Provisionseinkommen von Corporate Finance negativ auswirken.

In der zweiten Hälfte dieses Jahres stehen für CIB die fortlaufende Erweiterung und Optimierung unseres Kundengeschäfts sowie eine größere Nachhaltigkeit und Stabilität unseres Geschäftsmodells im Vordergrund. Die Pflege unserer Kundenbeziehungen gehört nach wie vor zu unseren vorrangigen Aufgaben, da wir zu den Top-Drei-Banken unserer wichtigsten Firmenkunden zählen wollen. Dies beinhaltet die Verlagerung von Ressourcen hin zu rentableren Produkten und Kundenbeziehungen bei gleichzeitiger Optimierung renditeschwacher und mit höherem Risiko behafteter Kunden sowie von Geschäften in Hochrisikoländern. Darüber hinaus werden wir auch weiterhin in unsere Prozesse

und die IT- Infrastruktur investieren sowie unsere konsequente Risiko-, Kosten- und Kapitaldisziplin beibehalten, um die Flexibilität und Stabilität unseres Geschäftsmodells weiter zu erhöhen. Für CIB werden die Einhaltung aufsichtsrechtlicher Vorschriften, Know-Your-Customer-Verfahren und Weiterentwicklungen im Kundenannahmeprozess, Kontrollen und Verhaltensweisen sowie die Systemstabilität weiterhin im Fokus stehen. Alle diese Faktoren bilden eine stabile Grundlage für das zukünftige Wachstum von CIB.

In **Private, Wealth & Commercial Clients (PW&CC)** verfolgen wir das Ziel, eine führende, digital unterstützte Beratungsbank zu werden. Damit verbunden liegt ein Schwerpunkt auf Wachstum im Private Banking, im Commercial Banking und im Wealth Management sowie auf einer nahtlosen Kundenansprache mit klar zugeschnittenem Ansatz für die Betreuung von Private-Banking- und Wealth-Management-Kunden. Wir wollen Synergien realisieren- hinsichtlich der Effizienz des Produktangebots durch Digitalisierung, im operativen Geschäft sowie bei unterstützenden Funktionen. Das Beratungsgeschäft wollen wir weiter stärken und unsere Kapitaleffizienz verbessern, indem wir uns auf weniger kapitalintensive Produkte fokussieren. Im Geschäftsbereich Private & Commercial Clients werden wir unser Vertriebsmodell dem veränderten Kundenverhalten anpassen. Durch ein optimiertes Filialnetzwerk mit modernisierten Filialen, dem Aufbau von Beratungszentren, durch mobilen Vertrieb und Vertriebs-Kooperationspartner, sowie einem führenden Angebot digitaler Lösungen schaffen wir ein leistungsstarkes Omnikanal-Modell. Im Geschäftsbereich Wealth-Management werden wir unsere europäische Präsenz stärken und Beratung und Service für sehr vermögende Privatkunden in Asien, Amerika und dem Nahen Osten ausbauen. Der Abschluss der Verkaufstransaktion unserer Beteiligung an der Hua Xia Bank Co. Ltd. unterliegt den üblichen Vollzugsbedingungen und behördlichen Genehmigungen, einschließlich der von der chinesischen Bankenaufsichtsbehörde (China Banking Regulatory Commission). Der Antrag zur Genehmigung wurde von der China Banking Regulatory Commission im Juni 2016 formell angenommen, so dass der Genehmigungsprozess voraussichtlich im dritten Quartal 2016 abgeschlossen sein wird.

In der zweiten Jahreshälfte werden wir unseren Fokus auf das Wertpapier- und Versicherungsgeschäft beibehalten. In diesem Geschäft wird die Ertragsentwicklung stark von den Auswirkungen des aktuell schwierigen Marktumfelds auf das Kundenvertrauen abhängen. Darüber hinaus erwarten wir, dass sich das niedrige Zinsniveau und die damit verbundenen geringeren Erträge aus dem Einlagengeschäft fortsetzen werden. Beim Kreditgeschäft gehen wir von einer anhaltend hohen Nachfrage aus und werden unser Kreditportfolio selektiv ausbauen. Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft war in der ersten Jahreshälfte auf sehr niedrigem Niveau und profitierte zudem im ersten Quartal von ausgewählten Portfolio-Verkäufen, so dass wir in der zweiten Jahreshälfte hier von höheren Nettozuführungen ausgehen. Die mit der oben beschriebenen strategischen Neuausrichtung verbundenen Initiativen werden in 2016 zu höheren Investitionskosten und damit zu höheren Zinsunabhängigen Aufwendungen führen. Ferner könnten weitere aufsichtsrechtliche Anforderungen sowohl unsere Ertrags- als auch unsere Kostenposition negativ beeinflussen.

Im Mittelpunkt des Ausblicks für **Deutsche Asset Management (Deutsche AM)** steht das Ergebnis des Referendums in Großbritannien mit seinen Auswirkungen auf die Märkte vor dem Hintergrund des ohnehin schwachen Vertrauens der Anleger. Die unmittelbare Folge war ein Verfall des Pfund Sterling und in Verbindung damit eine weltweite Flucht aus Risikoanlagen in sichere Werte. Wir erwarten weitere wiederkehrende Marktschwankungen. Erst die kommenden Wochen und Monaten werden zeigen, inwieweit sich die Stimmung am Markt infolge des Referendums in Großbritannien im Sinne eines für Großbritannien und Europa folgenreichen Ereignisses im Gegensatz zu einer globalen systemischen Krise langfristig stabilisiert. Während dieser für Investoren unsicheren Phase wird Deutsche AM weiter seine Aufgaben als vertrauensvoller Partner und Anbieter von Investmentlösungen für unsere Kunden wahrnehmen.

Die langfristigen Wachstumstrends werden unsere Kapazitäten im Bereich passiver und alternativer Investments sowie Multi-Asset-Lösungen begünstigen. Jedoch rechnen wir infolge der Nettomittelabflüsse und rückläufiger Marktwerte in der ersten Jahreshälfte mit neuen Herausforderungen sowohl im Vermögensanlagebereich als auch bezüglich der Ertragsersparungen für 2016. Durch die schwierigen Anlagebedingungen hat sich der Druck auf die Branche erhöht, die bereits mit Herausforderungen wie geringen Margen sowie wachsendem Regulierungsaufwand und Wettbewerb

konfrontiert ist. In Anbetracht dieser Herausforderungen werden wir die strenge Kontrolle unserer Kostenbasis beibehalten. Wir werden die geplanten Effizienzmaßnahmen umsetzen und unsere geografische Aufstellung sowie unser operatives Geschäft überprüfen. Wir werden die Investitionen in unsere Geschäftsplattform und das Kontrollumfeld fortsetzen und für Stabilität, einen verbesserten Kundenservice und Effizienzsteigerung sorgen.

Wir erwarten, dass die von der **Postbank (PB)** generierten Erträge gegenüber den Vergleichszahlen aus dem ersten Halbjahr 2016 im zweiten Halbjahr 2016 moderat zurückgehen. Dies ist im Wesentlichen auf erheblich geringere Sonstige Erträge zurückzuführen.

Aufgrund des weiterhin niedrigen Zinsniveaus rechnen wir mit einem moderaten Rückgang der Erträge im Spar- und Girogeschäft. Wir erwarten eine moderate Zunahme im Wertpapier- und Versicherungsgeschäft, wobei die Ertragssituation in diesem Geschäft eine hohe Abhängigkeit vom Kundenverhalten im derzeit herausfordernden Marktumfeld hat. Wir erwarten eine stabile Entwicklung für das Spar- und Girogeschäft, die Konsumentenkredite, das Baufinanzierungs- und Bauspargeschäft, die Postdienstleistungen sowie in der NCOU.

Nach der erfolgreichen operativen Abtrennung der Postbank zum Ende des ersten Halbjahres 2016 konzentrieren sich unsere Maßnahmen vor allem auf die Verbesserung unserer Effizienz, die Stärkung und den Ausbau unseres Kreditprofils sowie Investitionen in die Digitalisierung und Maßnahmen zur Umsetzung und Erfüllung aufsichtsrechtlicher Anforderungen. Trotz dieser Bemühungen könnten das niedrige Zinsniveau sowie wachsende aufsichtsrechtliche Anforderungen unsere Rentabilität weiterhin negativ beeinflussen.

Die **Non-Core Operations Unit (NCOU)** wird sich weiterhin auf die Reduzierung der Verschuldungsquote und der risikogewichteten Aktiva konzentrieren. Ziel ist es, die restlichen Positionen bis Ende Dezember 2016 im Wesentlichen so weit aufzulösen, dass die risikogewichteten Aktiva insgesamt unter 10 Mrd € liegen. Die vorgenannte Auflösung eines langlaufenden Derivats im dritten Quartal 2016 wird zu einer Reduzierung der risikogewichteten Aktiva in Höhe von ungefähr 2 Mrd € führen. Die Herausforderungen im Marktumfeld insgesamt können die Umsetzung der NCOU-Strategie beeinflussen, insbesondere vor dem Hintergrund des damit verbundenen Zeitplans und der finanziellen Auswirkungen. Dazu gehören auch ein potenzieller Konjunkturrückgang oder Finanzmarktschwankungen nach dem Ergebnis des Referendums Großbritanniens über die EU-Mitgliedschaft. Diese Unsicherheiten zeigen sich in zahlreichen Faktoren, welche den Risikoabbau beeinträchtigen können. Dennoch wird diese beschleunigte Abwicklung voraussichtlich positive Auswirkungen auf die Kapitalquoten des Konzerns in 2016 haben. Wir erwarten weiterhin, dass das Umfeld für Rechtsstreitigkeiten und Rechtsdurchsetzungen auch in absehbarer Zukunft schwierig bleiben wird.

Risiken und Chancen

Die Risiken und Chancen, deren Eintreten wir für wahrscheinlich halten, sind in unserem Ausblick berücksichtigt. Der folgende Abschnitt konzentriert sich auf solche zukünftigen Trends und Ereignisse, die gegenüber den im Ausblick reflektierten Erwartungen Verschlechterungen oder Verbesserungen darstellen könnten.

Das Erreichen unserer angestrebten Ziele wird durch verschiedene externe und interne Faktoren beeinflusst. Insbesondere die fristgerechte und vollständige Umsetzung unserer Strategie 2020 könnte durch die reduzierte Ertragskraft einiger unserer Kerngeschäftsfelder beeinträchtigt werden. Dazu tragen auch das gegenwärtig schwierige makroökonomische und Marktumfeld, die anhaltenden Herausforderungen aufsichtsrechtlicher Reformen und/oder juristische und aufsichtsrechtliche Untersuchungen bei.

Je nachdem, ob sich die makroökonomischen und Marktbedingungen schlechter oder besser entwickeln als in unserem Ausblick angenommen, könnte dies die Pläne für unsere Geschäftsaktivitäten und unser Geschäftsergebnis sowie unsere strategischen Pläne entweder in nachteiliger oder günstiger Weise beeinflussen.

Es ist schwer zu prognostizieren, welche makroökonomischen Auswirkungen die Entscheidung des Vereinigten Königreichs, aus der Europäischen Union auszuscheiden, insgesamt haben wird, da diese von der politischen Antwort Europas auf den Brexit abhängen werden. Generell sind schwächere Investitionen und damit verbunden langsames Wirtschaftswachstum für die Zeit der Austrittsverhandlungen mit dem Vereinigten Königreich zu erwarten. Demzufolge werden wir die Entwicklungen und ihre potenziellen Auswirkungen auf unser Geschäfts- und Betriebsmodell eingehend beobachten. Dies könnte möglicherweise dazu führen, dass Vermögenswerte abgeschrieben werden müssen.

Die Stimmung in Bezug auf den italienischen Bankensektor hat sich im zweiten Quartal verschlechtert, hervorgerufen durch Unsicherheiten hinsichtlich der Kapitalisierung, notleidende Kredite und erwartete Auswirkungen des Vorliegens der Ergebnisse des EU-weiten Stresstests am 29. Juli 2016. Diskussionen in der EU über ein potenzielles Bailout-Risiko verstärken die Anspannungen in einer Zeit, in der die Entscheidung des Vereinigten Königreichs die Europäische Union zu verlassen, die populistischen und separatistischen Stimmen innerhalb Europas erstarken lassen. Das Referendum über eine Senatsreform im Oktober stellt ein mögliches zusätzliches Risiko für die politische Stabilität dar. Diese Entwicklungen könnten sich nachteilig auf unsere Geschäftstätigkeit, auf unser Geschäftsergebnis oder unsere strategischen Pläne auswirken.

Falls das Ergebnis der Deutschen Bank im Jahresabschluss nach HGB nicht in ausreichendem Maße ausschüttbare Posten („available distributable items“, ADI) generiert, könnte dies die Fähigkeit der Deutschen Bank beeinträchtigen, AT1-Kupons zu bedienen, und damit zu höheren Refinanzierungskosten führen.

Ebenso könnte sich eine Verschlechterung unserer Bonitätseinstufung auf unsere Finanzierungskosten und Geschäftsaktivitäten auswirken, wobei wir nicht prognostizieren können, ob und in welchem Umfang diese Auswirkung eintreten würde.

Die als Antwort auf die Schwächen in der Finanzbranche erlassenen oder vorgeschlagenen Reformen sowie die vermehrte aufsichtsrechtliche Überprüfung und größere Ermessensspielräume werden für uns mit materiellen Kosten und erheblicher Unsicherheit verbunden sein sowie nachteilige Folgen für unsere Geschäftspläne als auch für die Durchführung unserer strategischen Pläne haben. Darüber hinaus könnten die sich auf Abwicklungsfähigkeit und Abwicklungsmaßnahmen beziehenden Reformen sich auch auf unsere Anteilseigner und Gläubiger auswirken.

Wir unterliegen einer Anzahl von Rechtsstreitigkeiten und aufsichtsrechtlichen Untersuchungen, deren Ausgang schwer zu prognostizieren ist und die unser geplantes Geschäftsergebnis, unsere finanzielle Situation und unsere Reputation erheblich und nachteilig beeinflussen könnten.

Obwohl wir in erheblichem Maße Ressourcen eingesetzt haben, um unsere Risikomanagementgrundsätze, -verfahren und -methoden für Markt-, Kredit-, Liquiditäts- und operationelle Risiken weiterzuentwickeln, könnten diese nicht vollumfänglich wirksam sein, unsere Risiken zu mindern.

Risikobericht

Einführung

Der nachstehende Risikobericht enthält qualitative und quantitative Angaben zu Kredit-, Markt- und sonstigen Risiken auf Basis des International Financial Reporting Standard 7 (IFRS 7). Daraus resultiert, dass die Berichterstattung grundsätzlich auf den IFRS-Regeln für Bewertungen und Konsolidierung beruht. Jedoch sind für bestimmte aufsichtsrechtliche Veröffentlichungen die aufsichtsrechtlichen Regeln zur Konsolidierung relevant, die von denen für den Konzernabschluss abweichen. Details der wesentlichen Unterschiede zwischen den beiden Konsolidierungskreisen sind in unserem jährlichen Säule 3 Bericht 2015 zu finden.

CRR/CRD 4- Kapitalrahmenwerk

In der Europäischen Union wurde das neue Basel 3-Kapitalrahmenwerk durch die am 27. Juni 2013 veröffentlichte „Verordnung (EU) Nr. 575/2013 über Aufsichtsanforderungen an Kreditinstitute und Wertpapierfirmen“ (Capital Requirements Regulation, „CRR“) und die am 27. Juni 2013 veröffentlichte „Richtlinie 2013/36/EU über den Zugang zur Tätigkeit von Kreditinstituten und die Beaufsichtigung von Kreditinstituten und Wertpapierfirmen“ (Capital Requirements Directive 4, „CRD 4“) eingeführt. Das neue aufsichtsrechtliche Rahmenwerk trat am 1. Januar 2014 unter Berücksichtigung von Übergangsregeln in Kraft. Insofern verwenden wir bei der Darstellung der Ergebnisse unter Berücksichtigung der Übergangsregeln die Bezeichnung „CRR/CRD 4“. Bei Darstellung der Ergebnisse auf Basis einer vollständigen Anwendung des finalen Rahmenwerks (und damit ohne Berücksichtigung der anwendbaren Übergangsregeln) verwenden wir den Begriff „CRR/CRD 4-Vollumsetzung“. In einigen Fällen bestehen trotz der CRR/CRD 4 unverändert Übergangsbestimmungen, die von den früheren Kapitaladäquanz-Rahmenwerken Basel 2 oder Basel 2.5 eingeführt worden waren.

Details bezüglich unserer regulatorischen Risikopositionen sowie die anwendbaren Quoten werden im Folgenden in diesem Bericht dargestellt oder in unserem dezidiertem Säule 3-Bericht zum 30. Juni 2016.

ICAAP/ILAAP und SREP

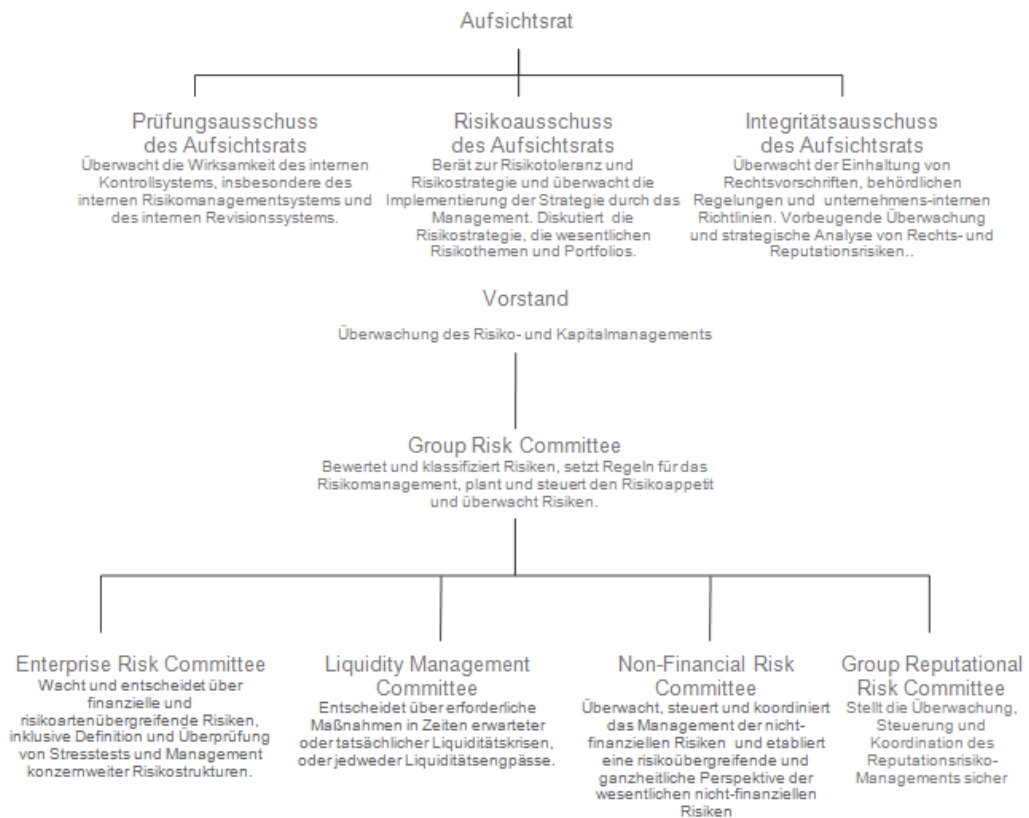
Die internen Prozesse zur Sicherstellung der Risikotragfähigkeit (Internal Capital Adequacy Assessment Process, auch ICAAP) im Sinne von Säule 2 des Baseler Rahmenwerks verlangen von Banken, ihre Risiken zu identifizieren und zu bewerten, ausreichend Kapital zur Abdeckung der Risiken vorzuhalten und geeignete Risikomanagement-Techniken anzuwenden, um eine angemessene Kapitalisierung permanent sicherzustellen. Ähnlich wie ICAAP konzentrieren sich die internen Verfahren zur Beurteilung der Angemessenheit der Liquidität (Internal Liquidity Adequacy Assessment Process - ILAAP) darauf, ein adäquates Liquiditätsrisikomanagement sicherzustellen. Der aufsichtsrechtliche Überprüfungs- und Bewertungsprozess (Supervisory Review and Evaluation Process, SREP) bezieht sich auf die einheitlichen Methoden und Standards, die von der Europäischen Zentralbank (EZB) in ihrer Rolle im Rahmen des einheitlichen Bankenaufsichtsmechanismus (Single Supervisory Mechanism, SSM) verwendet werden. In Übereinstimmung mit Artikel 97 der Eigenkapitalrichtlinie (CRD 4) überprüfen die Aufsichtsbehörden regelmäßig die von den Banken implementierten Verfahren, Strategien, Prozesse, Mechanismen und bewerten: (a) die Risiken, denen die Banken ausgesetzt sein könnten, (b) das Risiko der Bank für das Finanzsystem im Allgemeinen und (c) die von Stresstests offengelegten Risiken.

Risikomanagement-Rahmenwerk

Die Vielfältigkeit unseres Geschäftsmodells erfordert es, Risiken zu identifizieren, zu bewerten, zu messen, zu aggregieren und zu steuern sowie die verschiedenen Geschäftsbereiche mit Eigenkapital zu unterlegen. Risiken und Kapital werden mithilfe eines Rahmenwerks von Grundsätzen, Organisationsstrukturen sowie Mess- und Überwachungsprozessen gesteuert, die eng an den Tätigkeiten der Unternehmens- und Geschäftsbereiche ausgerichtet sind. Weitere Details befinden sich im Abschnitt „Grundsätze des Risikomanagements und der Risikosteuerung“ und „Risikosteuerung“ in unserem Jahresbericht 2015.

Per April 2016 sind das Risk Executive Committee (Risk ExCo) und das Capital and Risk Committee (CaR) zum neu geschaffenen Group Risk Committee (GRC) zusammengelegt worden. Das GRC wird von vier Unterkomitees unterstützt: dem Group Reputational Risk Committee, dem Non-Financial Risk Committee, dem Enterprise Risk Committee und dem Liquidity Management Committee.

Governance-Struktur des Risikomanagements des Deutsche Bank-Konzerns



Bezüglich unserer als wesentlich identifizierten Risikoarten (Kredit-, Markt-, operationelle, Liquiditäts-, Geschäfts-, Reputations-, Modell- und Compliance-Risiken) sind weitere Informationen zu deren Definition, Identifikation und Management im Abschnitt „Risiko- und Kapitalmanagement“ in unserem Geschäftsbericht 2015 zu finden.

Innerhalb operationaler Risiken stellen Rechtsrisiken aus regulatorischen und zivilrechtlichen Ansprüchen die überwiegende Komponente. Im Bereich Legal befasst sich die „Legal Risk Management („LRM“)-Funktion ausschließlich mit der Identifizierung und Steuerung von Rechtsrisiken. Sie führt zahlreiche Maßnahmen durch, um Rechtsrisiken proaktiv steuern. Dazu zählen die Entwicklung, Implementierung und Überwachung eines jährlichen Programms zur Bewertung von historischen und bestehenden Rechtsrisiken („Annual Legal Risk Assessment Program“), sowie die Durchführung des Legal-Lessons-Learned-Prozesses.

Rechtsrisiken entwickeln sich üblicherweise über einen Mehrjahreszeitraum, wobei mit zunehmenden Informationen die Wahrscheinlichkeit und die Abschätzung des Verlustbetrags über den Zeitraum einer Rechtsstreitigkeit abgeleitet werden können. Unser Legal Risk Management Rahmenwerk berücksichtigt die unterschiedlichen Phasen von Rechtsstreitigkeiten in der Messung von Rechtsrisiken wie unter „Operationelle Risiken“ in diesem Bericht geschildert.

Alle als wesentlich identifizierten Risikoarten werden in unserem internen Kapitaladäquanz-Bewertungsprozess (ICAAP) abgedeckt, der im Abschnitt „Interne Kapitaladäquanz“ dieses Berichts dargestellt wird. Modellierungs- und Bewertungsansätze zur Quantifizierung von Kapital und Kapitalanforderungen sind über alle wesentlichen Risikoarten implementiert. Unsere wesentlichen Nicht-Standard-Risikoarten (zum Beispiel Reputationsrisiko, Modellrisiko und Compliance-Risiko) sind implizit durch unser Rahmenwerk zum Ökonomischen Kapital abgedeckt, hier primär im operationellen und strategischen Risiko. Für weitere Details zu unseren Risikobewertungsmethoden verweisen wir auf den Abschnitt "Risikoquantifizierung und Bewertung" in unserer Säule 3 - Bericht 2015.

Risiko und Kapital – Übersicht

Wichtige Risikokennzahlen

Die folgenden ausgewählten Risikokennzahlen und die zugehörigen Metriken sind wichtiger Bestandteil unseres ganzheitlichen Risikomanagements über alle Risikoarten. Die Common Equity Tier-1-Kapitalquote (CET1 Ratio), die Interne Kapitaladäquanzquote (Internal Capital Adequacy Ratio, ICA), die Verschuldungsquote (Leverage Ratio, LR), die Mindestliquiditätsquote (Liquidity Coverage Ratio, LCR) und die Netto-Liquiditätsposition unter Stress (Stressed Net Liquidity Position, SNLP) sind übergeordnete Metriken und integraler Bestandteil unserer strategischen Planung, des Risikotoleranz-Rahmenwerks, unserer Stresstests und der Sanierungs- und Abwicklungsplanung, die unser Vorstand mindestens einmal jährlich überprüft und genehmigt. Mit Ausnahme der internen Kennzahlen Interne Kapitaladäquanzquote und Ökonomischer Kapitalbedarf basieren die Risikokennzahlen und Metriken auf einer CRR/CRD 4-Vollumsetzung ohne Berücksichtigung der Übergangsregelungen.

Common Equity Tier 1 - Kapitalquote		Risikogewichtete Aktiva	
30.6.2016 ¹	10,8 %	30.6.2016	402,2 Mrd €
31.12.2015	11,1 %	31.12.2015	396,7 Mrd €
Interne Kapitaladäquanzquote²		Ökonomischer Kapitalbedarf	
30.6.2016	149 %	30.6.2016	39,2 Mrd €
31.12.2015	158 %	31.12.2015	38,4 Mrd €
Verschuldungsquote		Gesamtrisikopositionsmessgröße der Verschuldungsquote	
30.6.2016	3,4 %	30.6.2016	1.415 Mrd €
31.12.2015	3,5 %	31.12.2015	1,395 Mrd €
Mindestliquiditätsquote (LCR)		Netto-Liquiditätsposition unter Stress (sNLP)	
30.6.2016	124 %	30.6.2016	29 Mrd € ³
31.12.2015	119 %	31.12.2015	46 Mrd €

¹ Im Einklang mit der Entscheidung des Vorstands, keine Dividende auf Stammaktien für das Geschäftsjahr 2016 vorzuschlagen.

² Die Definition des Kapitalangebots zur Ermittlung der internen Kapitaladäquanzquote wurde weiter an CRR/CRD 4-Regeln angeglichen. Immaterielle Vermögenswerte und Goodwill Vermögenswerte werden nun als Kapitalabzugsposition behandelt, anstatt der ökonomischen Kapitalnachfrage hinzugerechnet zu werden. Weitere Informationen finden Sie im Abschnitt „Interne Kapitaladäquanz“

³ Vorläufiges Ergebnis.

Für weitere Details verweisen wir auf die Kapitel „Risikoprofil“, „Interne Kapitaladäquanz“, „Kapitalinstrumente“, „Entwicklung der risikogewichteten Aktiva (RWA)“, und „Verschuldungsquote“, in diesem Bericht und in unserem Geschäftsbericht 2015 auf die Kapitel „Risikotoleranz und Risikokapazität“, „Sanierungs- und Abwicklungsplanung“, „Stress Testing“ und „Interner Kapitaladäquanz-Bewertungsprozess – ICAAP“.

Zusammenfassende Risikobewertung

Haupt-Risikokategorien sind 1) finanzielle Risiken wie das Kreditrisiko (einschließlich Kontrahenten-, Länder-, Produkt- und Branchenrisiken), Marktrisiko (einschließlich Marktrisiko aus Handelsaktivitäten, aus Nicht-Handelsaktivitäten sowie aus dem handelsbezogenen Ausfallrisiko), Liquiditätsrisiken, Geschäftsrisiken (einschließlich des steuerlichen und strategischen Risikos) und 2) nichtfinanzielle Risiken (NFRs) wie das Reputationsrisiko und das operationelle Risiko (mit den wichtigen Unterkategorien Compliance-Risiko, Rechtsrisiko, Modellrisiko, Informationssicherheitsrisiko, Betrugsrisiko und Geldwäscherisiko). Wir verwalten die Identifizierung, Bewertung und Minderung der wichtigsten

aktuellen und aufkommenden Risiken durch einen internen Steuerungsprozess und die Verwendung von Risiko-Management-Instrumenten und -Verfahren. Unser Ansatz zur Identifizierung und Folgenabschätzung soll sicherstellen, dass wir die Auswirkungen dieser Risiken auf unsere Finanzergebnisse und langfristigen strategischen Ziele und den Ruf mildern. Weitere Details zum Management unserer wesentlichen Risiken befinden sich im Abschnitt „Risiko- und Kapitalmanagement“ in unserem Geschäftsbericht für das Geschäftsjahr 2015.

Im Rahmen unserer regelmäßigen Analyse von Risiken und deren Zusammenhängen werden die Sensitivitäten der wichtigsten Portfoliorisiken durch eine induktive Risikobewertung sowie eine deduktive Analyse makroökonomischer und politischer Szenarien überprüft. Dieser duale Ansatz erlaubt es uns, nicht nur Risiken zu erfassen, die sich auf unsere Risikobestände und Geschäftsbereiche auswirken, sondern auch solche, die nur für bestimmte Portfolios relevant sind.

Großbritanniens Entscheidung die Europäische Union zu verlassen am 23. Juni 2016 war der wichtigste Portfolio-Fokus im zweiten Quartal. Das Referendum führte zu erheblicher Volatilität der Finanzmärkte und obwohl sich die wichtigsten Aktienmärkte anschließend erholten, bleibt das Pfund Sterling wesentlich schwächer, Bund und Treasury-Renditen erreichten neue Rekordtiefs und EU-Bankaktien performten unterdurchschnittlich. Wir erwarten eine längere Zeit der Unsicherheit in Bezug auf den künftigen britischen Status mit der EU. Bereits im Vorfeld der Abstimmung haben wir umfangreiche Vorbereitungen getroffen, um sicherzustellen, dass unsere Risikoportfolios gut positioniert sind. Wir verfolgen aufmerksam die Auswirkungen auf die britische Wirtschaft sowie die weiteren europäischen politischen Risiken und das Potenzial für eine Ansteckung.

Die Bewertung der potenziellen Auswirkungen dieser Risiken ist integriert in unsere konzernweiten Stresstests, die unsere Absorptionsfähigkeit dieser Ereignisse für den Fall ihres Eintritts bewerten. Die Ergebnisse dieser Tests zeigen, dass wir derzeit ausreichend Kapital und Liquiditätsreserven vorhalten, um die Auswirkungen dieser Risiken zu absorbieren, falls sie in Übereinstimmung mit den Testparametern eintreten.

In den ersten sechs Monaten in 2016 hielt der in den Vorjahren beobachtete globale Trend zu mehr Regulierung der Finanzdienstleistungsindustrie an, und er wird sich aus unserer Sicht auch in den nächsten Jahren fortsetzen. Wir konzentrieren uns darauf, potenzielle politische und aufsichtsrechtliche Änderungen zu identifizieren und deren mögliche Auswirkungen auf unser Geschäftsmodell und unsere Prozesse zu bewerten.

Insgesamt lag der Fokus des Risiko- und Kapitalmanagements darauf, unser Risikoprofil in Übereinstimmung mit unserer Risikostrategie zu halten, unsere Kapitalbasis zu stärken und unsere strategischen Initiativen zu unterstützen. Ein besonderes Augenmerk galt dabei der Optimierung der Bilanzstruktur.

Am 29. Juni 2016 veröffentlichte die Federal Reserve die Ergebnisse des „Comprehensive Capital Analysis and Review (CCAR)“ für 2016. 33 Banken nahmen an dieser Prozess teil, darunter die Deutsche Bank Trust Corporation (DBTC). DBTC ist eine Einheit, durch die wir unsere US-Wealth Management und Global Transaction Banking Geschäfte betreiben und repräsentiert weniger als 15 % der US-Vermögenswerte der Bank und 3 % des weltweiten Vermögens. Obwohl die Federal Reserve zunächst angekündigte, dass sie die DBTC Kapitalplan auf einer quantitativen Basis genehmigt, und dabei unsere Fortschritte feststellte, hat sie den Kapitalplan nun auf qualitativer Basis abgelehnt. Wir streben danach die gewonnen Erkenntnisse aus diesem Jahr zu nutzen um die Umsetzung unserer Kapitalplanungsprozess für zukünftige CCAR Einreichungen zu stärken.

Risikoprofil

Die folgende Tabelle zeigt unsere Gesamtrisikoposition, gemessen am Ökonomischen Kapitalbedarf, berechnet für das Kredit-, Markt-, operationelle und Geschäftsrisiko, für die angegebenen Stichtage. Zur Ermittlung unserer (nicht aufsichtsrechtlichen) Gesamtrisikoposition ziehen wir in der Regel Diversifikationseffekte zwischen den Risikoklassen in Betracht.

Gesamtrisikoposition, gemessen am Ökonomischen Kapitalbedarf nach Risikoklasse

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	30.6.2016	31.12.2015	Veränderung 2016 gegenüber 2015	
			in Mio €	in %
Kreditrisiko	14.427	13.685	742	5
Marktrisiko	17.447	17.436	11	0
Marktrisiko aus Handelspositionen	4.827	4.557	270	6
Marktrisiko aus Nichthandelspositionen	12.620	12.878	-258	-2
Operationelles Risiko	11.066	10.243	823	8
Geschäftsrisiko	4.948	5.931	-983	-17
Diversifikationseffekte über die Risikoarten ¹	-8.731	-8.852	121	-1
Ökonomischer Kapitalbedarf insgesamt	39.157	38.442	715	2

¹ Diversifikationseffekt über Kredit-, Markt-, operationelles und strategisches Risiko (größte Geschäftsrisiko-Komponente).

Zum 30. Juni 2016 betrug unser gesamter Ökonomischer Kapitalbedarf 39,2 Mrd €. Dies entspricht einem Anstieg um 715 Mio € oder 2 % gegenüber dem Vorjahresbedarf von 38,4 Mrd € zum 31. Dezember 2015.

Unser Ökonomischer Kapitalbedarf für das Kreditrisiko erhöhte sich um 742 Mio € oder 5 % im Vergleich zum Jahresende 2015. Der Anstieg reflektiert hauptsächlich höhere risikobehaftete Positionswerte in Global Markets.

Der Ökonomische Kapitalbedarf für das Marktrisiko aus Handelspositionen erhöhte sich zum 30. Juni 2016 auf 4,8 Mrd € im Vergleich zu 4,6 Mrd € zum Jahresende 2015. Die Änderung resultiert hauptsächlich aus einem Anstieg der Fair-Value-Bankbuchkomponente. Unser Ökonomischer Kapitalbedarf für das Marktrisiko aus Nichthandelspositionen reduzierte sich um 258 Mio € oder 2 %. Der Rückgang resultiert hauptsächlich aus niedrigeren Positionswerten bei den strukturellen Währungsrisiken, teilweise kompensiert durch ein höheres Risiko aus Pensionsverpflichtungen.

Unser Ökonomischer Kapitalbedarf für operationelle Risiken betrug 11,1 Mrd € zum 30. Juni 2016, was einem Anstieg von 823 Mio € oder 8 % gegenüber 10,2 Mrd € zum 31. Dezember 2015 entspricht. Der Anstieg resultiert hauptsächlich aus einer Erhöhung von Verlusten und Rückstellungen aus Rechtsstreitigkeiten sowie aus der Erhöhung des operationellen Verlustrisikoprofils der kompletten Branche. Dies drückt sich in den Verlustdaten aus, welche zur Erhöhung des Ökonomischen Kapitalbedarfs führten und weitgehend der Häufung von Rechtsstreitigkeiten, Untersuchungen und regulatorischen Durchsetzungsmaßnahmen geschuldet sind.

Unser Ökonomischer Kapitalbedarf für das Geschäftsrisiko besteht aus einer strategischen Risikokomponente, die implizit auch Komponenten von Nicht-Standard-Risiken wie das Refinanzierungs- und das Reputationsrisiko beinhaltet, sowie einer Steuerrisikokomponente. Der Ökonomische Kapitalbedarf für das Geschäftsrisiko reduzierte sich um 983 Mio € auf 4,9 Mrd € zum 30. Juni 2016. Der Rückgang reflektiert einen niedrigeren Ökonomischen Kapitalbedarf für die strategische Risikokomponente.

Der Diversifikationseffekt des Ökonomischen Kapitalbedarfs zwischen den einzelnen Risiken über Kredit-, Markt-, operationelles und strategisches Risiko hinweg reduzierte sich zum 30. Juni 2016 um 121 Mio € oder 1 %. Dieser Rückgang resultiert aus Parameteranpassungen beim Diversifikationsmodell im ersten Quartal 2016, teilweise kompensiert durch den erhöhten Ökonomischen Kapitalbedarf vor Diversifikation.

Die Vielfalt unserer Geschäftsaktivitäten impliziert verschiedene Risikoübernahmen durch unsere Geschäftsbereiche. Wir messen die wesentlichen inhärenten Risiken in unseren entsprechenden Geschäftsmodellen durch unsere nicht diversifizierte Gesamtgröße für das Ökonomische Kapital. Diese spiegelt das Risikoprofil für jeden Unternehmensbereich vor risikoartenübergreifenden Effekten auf Konzernebene wider.

Risikoprofil unserer Geschäftsbereiche auf Basis des Ökonomischen Kapitals

									30.6.2016
in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	Global Markets	Corporate & Investment Banking	Private, Wealth and Commercial Clients	Deutsche Asset Management	Postbank	Non-Core Operations Unit	Consoli- dation & Adjustments	Insgesamt	Insgesamt (in %)
Kreditrisiko	5.525	3.972	1.673	81	2.700	381	95	14.427	37
Marktrisiko	5.363	741	2.361	2.145	1.641	1.574	3.622	17.447	45
Operationelles Risiko	6.965	1.683	928	438	697	355	0	11.066	28
Geschäftsrisiko	4.572	143	2	3	0	235	-8	4.948	13
Diversifikations- effekte ¹	-5.392	-1.044	-897	-355	-593	-359	-92	-8.731	-22
Ökonomischer Kapitalbedarf insgesamt	17.033	5.496	4.066	2.312	4.445	2.187	3.617	39.157	100
Ökonomischer Kapitalbedarf insgesamt (in %)	43	14	10	6	11	6	9	100	N/A

N/A – Nicht aussagekräftig

¹ Diversifikationseffekt über Kredit-, Markt-, operationelles und strategisches Risiko (größte Geschäftsrisiko-Komponente).

									31.12.2015 ¹
in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	Global Markets	Corporate & Investment Banking	Private, Wealth and Commercial Clients	Deutsche Asset Management	Postbank	Non-Core Operations Unit	Consoli- dation & Adjustments	Insgesamt	Insgesamt (in %)
Kreditrisiko	4.838	3.899	1.678	90	2.601	537	42	13.685	36
Marktrisiko	4.971	819	2.564	2.095	1.611	899	4.478	17.436	45
Operationelles Risiko	6.274	1.613	958	282	600	452	64	10.243	27
Geschäftsrisiko	5.154	405	1	0	0	261	110	5.931	15
Diversifikations- effekte ²	-5.123	-1.172	-964	-373	-647	-369	-204	-8.852	-23
Ökonomischer Kapitalbedarf insgesamt	16.112	5.564	4.237	2.093	4.165	1.780	4.490	38.442	100
Ökonomischer Kapitalbedarf insgesamt (in %)	42	14	11	5	11	5	12	100	N/A

N/A – Nicht aussagekräftig

¹ Die Betragszuordnung für die Unternehmensbereiche wurde an die Struktur zum 30. Juni 2016 angepasst.

² Diversifikationseffekt über Kredit-, Markt-, operationelles und strategisches Risiko (größte Geschäftsrisiko-Komponente).

Das Risikoprofil von Global Markets (GM) wird geprägt vom Handel zur Unterstützung der Tätigkeiten als Originator sowie Strukturierungs- und Marktpflegeaktivitäten, welche Markt- und Kreditrisiken unterliegen. Der Anteil der operationellen Risiken am Risikoprofil von GM hat sich im ersten Quartal 2016 deutlich erhöht und reflektiert ein erhöhtes Verlustrisikoprofil der kompletten Branche und interne Verluste. Der übrige Teil des Risikoprofils von GM leitet sich aus dem Geschäftsrisiko ab, welches Ertragsschwankungsrisiken reflektiert.

Die Erträge von Corporate & Investment Banking (CIB) resultieren aus einer Vielzahl von Produkten mit unterschiedlichen Risikoprofilen. Der Großteil der Risiken resultiert aus Kreditrisiken in den Geschäftsbereichen Trade Finance und Corporate Finance, während andere Geschäftsbereiche wenig bis kein Kreditrisiko haben. Die Marktrisiken ergeben sich aus der Modellierung der Kundeneinlagen und Handelsaktivitäten.

Das Risikoprofil von Private, Wealth & Commercial Clients (PW&CC) spiegelt Kreditrisiken aus dem Kreditgeschäft mit Privatkunden, kleinen und mittleren Unternehmen (KMUs) sowie Marktrisiken aus Nichthandelsaktivitäten aus Investitionsrisiken, aus der Einlagenmodellierung und aus Credit-Spread- Risiken wider.

Der Hauptrisikotreiber in unserem Unternehmensbereich Deutsche Asset Management (Deutsche AM) sind Garantien auf Investmentfonds, die wir unter Marktrisiken aus Nichthandelsaktivitäten ausweisen. Weiterhin bringt das Beratungs- und Kommissionsgeschäft von Deutsche AM entsprechende operationelle Risiken mit sich.

Das Risikoprofil der Postbank- Einheit beinhaltet hauptsächlich Kredit- und Einlagengeschäft mit Privat- und Firmenkunden, aus dem Kreditrisiken, unter Marktrisiko erfasste Credit-Spread-Risiken im Bankbuch sowie operationale Risiken resultieren.

Zum Portfolio der Non-Core Operations Unit (NCOU) gehören Aktivitäten, die entsprechend der Geschäftsstrategie der Bank nicht zum zukünftigen Kerngeschäft zählen, sowie Vermögenswerte, die für Risikoabbaumaßnahmen vorgesehen sind. Die NCOU umfasst auch weitere zur Abtrennung geeignete Vermögenswerte, Vermögenswerte mit erheblicher Kapitalbindung und niedrigen Renditen sowie Vermögenswerte, die Rechtsrisiken unterliegen. Das Risikoprofil der NCOU umfasst Risiken über die gesamte Bandbreite unseres Unternehmens und enthält hauptsächlich Kredit- und Marktrisiken, für die der gezielte beschleunigte Risikoabbau vorgesehen ist. Die Erhöhung des Risikoprofils der NCOU in den ersten sechs Monaten in 2016 resultierte aus einem Anstieg des CVA-Risikos durch die Einbeziehung von zusätzlichen Positionen in der Fair-Value-Bankbuch-Marktrisikoberechnung.

Consolidation & Adjustments beinhalten hauptsächlich Marktrisiken aus Nichthandelsaktivitäten für strukturelle Währungsrisiken, das Risiko aus Pensionsverpflichtungen sowie das Aktienvergütungsrisiko. Der Rückgang im Marktrisiko aus Nichthandelsaktivitäten in den ersten sechs Monaten in 2016 resultiert hauptsächlich aus einem geringeren strukturellen Währungsrisiko.

Risiko und Kapital Performance

Aufsichtsrechtliches Eigenkapital

Interne Kapitaladäquanz

Die Ermittlung unseres aufsichtsrechtlichen Eigenkapitals berücksichtigt die Kapitalanforderungen gemäß der „Verordnung (EU) Nr. 575/2013 über Aufsichtsanforderungen an Kreditinstitute und Wertpapierfirmen“ (Capital Requirements Regulation oder „CRR“) und die „Richtlinie 2013/36/EU über den Zugang zur Tätigkeit von Kreditinstituten und die Beaufsichtigung von Kreditinstituten und Wertpapierfirmen“ (Capital Requirements Directive 4 oder „CRD 4“), die in deutsches Recht Eingang gefunden haben. Die Informationen in diesem Kapitel und im Kapitel „Entwicklung der risikogewichteten Aktiva“ basieren auf der aufsichtsrechtlichen Konsolidierung.

Gemäß den CRR/CRD 4-Übergangsregeln werden Kapitalinstrumente, die nicht mehr anrechnungsfähig sind, schrittweise eliminiert, während die neuen Regeln zu den aufsichtsrechtlichen Anpassungen sukzessive eingeführt werden. Diese Übergangsregeln sind zur Erleichterung des Übergangs der Banken zu den vollständig umgesetzten Regeln zugelassen. Die CRR/CRD 4-Werte bei Anwendung der Vollumsetzung berücksichtigen die Übergangsregeln nicht (das heißt, alle nicht mehr anrechnungsfähigen Kapitalinstrumente werden eliminiert und alle neuen aufsichtsrechtlichen Anpassungen werden angewendet). Gleichzeitig bestehen trotz der CRR/CRD 4 unverändert Übergangsbestimmungen für die Risikogewichtung bestimmter Gruppen von Vermögenswerten, die von früheren Kapitaladäquanz-Rahmenwerken einschließlich Basel 2.5 eingeführt wurden, die zum Beispiel den Bestandsschutz von Beteiligungen

mit einem Risikogewicht von 100 % ermöglichen. In diesem Fall geht unsere CRR/CRD 4-Methodik von der Annahme aus, dass die Auswirkungen des Ablaufs dieser Übergangsregelungen durch den Verkauf von zugrunde liegenden Vermögenswerten oder andere Maßnahmen vor dem Ablauf dieser Übergangsregeln Ende 2017 gemindert werden.

Kapitalinstrumente

Unser Vorstand erhielt von der Hauptversammlung 2015 die Ermächtigung, bis zu 137,9 Millionen Aktien bis Ende April 2020 zurückzukaufen. Davon können 69,0 Millionen Aktien über den Einsatz von Derivaten erworben werden. Diese Ermächtigungen ersetzen die Genehmigungen des Vorjahres. Wir haben von der BaFin die Genehmigung für Aktienrückkäufe im Jahr 2015 und von der EZB für 2016 gemäß neuen CRR/CRD 4-Regeln erhalten. Während des Zeitraums von der Hauptversammlung 2015 bis zur Hauptversammlung 2016 (19. Mai 2016) wurden 37,9 Millionen Aktien zurückgekauft, davon 4,7 Millionen Aktien durch die Ausübung von Call-Optionen. Die zurückgekauften Aktien wurden im gleichen Zeitraum oder werden im anstehenden Zeitraum zu Aktienvergütungszwecken verwendet, so dass der Bestand an zurückgekauften Eigenen Aktien in Treasury zur Hauptversammlung 2016 12,1 Millionen war.

Die Hauptversammlung 2016 gewährte unserem Vorstand die Ermächtigung, bis zu 137,9 Millionen Aktien bis Ende April 2021 zurückzukaufen. Davon können 69,0 Millionen Aktien über den Einsatz von Derivaten erworben werden. Diese Ermächtigungen ersetzen die Genehmigungen des Vorjahres. Im Zeitraum seit der Hauptversammlung 2016 bis zum 30. Juni 2016 wurden keine weiteren Aktien zurückgekauft. Der Bestand an zurückgekauften Eigenen Aktien in Treasury zum 30. Juni 2016 betrug 12,1 Millionen.

Seit der Hauptversammlung 2015 beträgt der Nennwert des dem Vorstand zur Verfügung stehenden genehmigten Kapitals 1.760 Mio € (688 Millionen Aktien). Das verfügbare bedingte Kapital beträgt 486 Mio € (190 Millionen Aktien).

Unsere ehemals emittierten Hybriden Kernkapital-Instrumente (im Wesentlichen alle nicht kumulativen Vorzugsaktien) werden unter CRR/CRD 4-Vollumsetzungsregeln nicht anerkannt – hauptsächlich, da sie über keinen Abschreibungs- oder Eigenkapitalwandlungsmechanismus verfügen. Allerdings werden sie während der CRR/CRD 4-Übergangsphase großteils als Zusätzliches Kernkapital (Additional Tier-1) und unter den CRR/CRD 4-Vollumsetzungsregeln teilweise als Ergänzungskapital anerkannt. Während der Übergangsphase reduziert sich der maximal anerkenbare Betrag an Zusätzlichem Kernkapital-Instrumenten aus Basel 2.5-konformen Emissionen zum 31. Dezember 2012 jeweils zum Jahresanfang um 10 % oder 1,3 Mrd € bis 2022. Zum 30. Juni 2016 führte dies zu anrechenbaren Zusätzlichem Kernkapital-Instrumenten in Höhe von 10,9 Mrd € (4,6 Mrd € der neu begebenen AT1-Anleihen sowie noch übergangsweise anrechenbare Hybride Kernkapital-Instrumente von 6,3 Mrd €). 5,8 Mrd € ehemals emittierter Hybrider Kernkapital-Instrumente können unter CRR/CRD 4-Vollumsetzung noch als Ergänzungskapital angerechnet werden. Ein Hybrides Kernkapital-Instrument mit einem Nominalbetrag in Höhe von 0,2 Mrd \$ und einem anrechenbaren Betrag in Höhe von 0,1 Mrd € wurde im ersten Quartal 2016 gekündigt.

Die Summe unserer Ergänzungskapital-Instrumente, die während der CRR/CRD 4-Übergangsphase anerkannt sind, betrug 6,9 Mrd € zum 30. Juni 2016. Es gab zum 30. Juni 2016 keine ehemals emittierten Hybriden Kernkapital-Instrumente mehr, die während der CRR/CRD 4-Übergangsphase noch als Ergänzungskapital anerkannt werden. Der Nominalbetrag der Ergänzungskapital-Instrumente betrug 8,1 Mrd €. Seit dem 31. Dezember 2015 wurden keine Ergänzungskapital-Instrumente gekündigt.

Am 19. Mai 2016 haben wir neue festverzinsliche nachrangige Tier-2-Anleihen mit einem gesamten Nominalvolumen von 750 Mio € begeben. Die Anleihen haben eine Stückelung von 100.000 € und werden am 19. April 2026 fällig. Sie wurden in Transaktionen außerhalb der USA emittiert und waren nicht Bestandteil der Registrierungsanforderungen des US Securities Act von 1933, in seiner geänderten Fassung, und wurden nicht in den USA angeboten oder verkauft.

Weiterhin haben wir neue festverzinsliche nachrangige Tier-2-Papiere mit einem gesamten Nominalvolumen von 31 Mio € am 15. Juni 2016 begeben. Die Papiere haben eine Stückelung von 100.000 € und werden am 15. Juni 2026 fällig. Sie wurden in Transaktionen außerhalb der USA emittiert und waren nicht Bestandteil der Registrierungsanforderungen des US Securities Act von 1933, in seiner geänderten Fassung, und wurden nicht in den USA angeboten oder verkauft.

Mindestkapitalanforderungen und zusätzliche Kapitalpuffer

Seit 2015 beläuft sich die für den Konzern geltende Mindestanforderung an das Harte Kernkapital auf 4,5 % der risikogewichteten Aktiva (RWA). Um die vollständige Mindestanforderung an das Gesamtkapital von 8 % zu erfüllen, kann auf bis zu 1,5 % Zusätzliches Kernkapital und bis zu 2 % Ergänzungskapital zurückgegriffen werden.

Zusätzlich zu diesen Mindestkapitalanforderungen wurden die folgenden Kapitalpuffer schrittweise ab 2016 eingeführt und werden ab 2019 zur Vollumsetzung kommen. Im März 2015 wurde die Deutsche Bank von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) im Einvernehmen mit der Deutschen Bundesbank als global systemrelevantes Institut („Global Systemically Important Institution“, G-SII) eingestuft. Die daraus resultierende G-SII-Kapitalpufferanforderung von 2 % Hartem Kernkapital in 2019 wurde in 2016 mit 0,5 % eingeführt. Der Kapitalerhaltungspuffer gemäß 10c KWG, welcher die Umsetzung des Artikels 129 CRD 4 widerspiegelt, beläuft sich auf 2,5 % Hartes Kernkapital der RWA in 2019 und wurde in 2016 mit 0,625 % eingeführt. Der institutsspezifische antizyklische Kapitalpuffer für die Deutsche Bank berechnet sich als gewichteter Durchschnitt der antizyklischen Kapitalpuffer jener Länder, in denen unsere relevanten kreditbezogenen Positionswerte getätigt wurden. Zum 30. Juni 2016 beläuft sich der antizyklische Kapitalpuffer auf 0,01 %.

Ferner kann die Europäische Zentralbank (EZB) gemäß dem aufsichtsrechtlichen Überprüfungs- und Bewertungsprozess (Supervisory Review and Evaluation Process, SREP) einzelnen Banken Eigenkapitalanforderungen auferlegen, die strenger als die gesetzlichen Anforderungen sind. Am 4. Dezember 2015 hat die EZB der Deutschen Bank mitgeteilt, dass der Konzern verpflichtet ist, eine Harte Kernkapitalquote von mindestens 10,25 % basierend auf den gemäß CRR/CRD 4 anzuwendenden Übergangsregelungen zu jeder Zeit aufrechtzuerhalten. Bei Berücksichtigung des G-SII Kapitalpuffers in Höhe von 0,5 % und des antizyklischen Kapitalpuffers in Höhe von 0,01 % betragen unsere gesamten CET 1 Kapitalanforderungen 10,76 % zum 30. Juni 2016.

Weitere Informationen zu den für uns anwendbaren Mindestkapitalanforderungen und zusätzlichen Kapitalpuffern sind in unserem Geschäftsbericht 2015 enthalten.

Entwicklung des Aufsichtsrechtlichen Eigenkapitals

Unser Kernkapital gemäß CRR/CRD 4 belief sich zum 30. Juni 2016 auf 56,4 Mrd €, bestehend aus Hartem Kernkapital (CET 1) in Höhe von 49,0 Mrd € und Zusätzlichem Kernkapital (AT1) in Höhe von 7,4 Mrd €. Das Kernkapital gemäß CRR/CRD 4 war um 1,8 Mrd € niedriger als zum Jahresende 2015, überwiegend zurückzuführen auf einen Rückgang im Harten Kernkapital um 3,5 Mrd € seit Jahresende 2015, während das Zusätzliches Kernkapital in derselben Periode um 1,6 Mrd € anstieg.

Der Rückgang des Harten Kernkapitals gemäß CRR/CRD 4 um 3,5 Mrd € war im Wesentlichen die Folge höherer aufsichtsrechtlicher Anpassungen aufgrund der höheren Phase-in Rate von 60 % in 2016 im Vergleich zu 40 % in 2015. Darüber hinaus trugen negative Effekte aus Fremdwährungsschwankungen in Höhe von 0,7 Mrd € sowie aus Neubewertungsverlusten im Bezug auf leistungsdefinierte Versorgungszusagen in Höhe von 0,3 Mrd € zum Rückgang des Harten Kernkapitals in 2016 bei. Die von der Deutschen Bank überarbeitete Dividendenrichtlinie bezieht sich auf die Verordnung (EU) (2015/4) der Europäischen Zentralbank (EZB) über die Anrechnung von Jahresend- oder

Zwischengewinnen im Harten Kernkapital, sofern der Vorstand für das entsprechende Jahr keine geänderte Ausschüttungshöhe entscheidet und diese offiziell bekanntgibt. Im Einklang mit der Entscheidung des Vorstands, keine Dividendenzahlung auf Stammaktien für das Geschäftsjahr 2016 vorzuschlagen, wurde keine Dividendenabgrenzung für das erste Halbjahr 2016 vorgenommen.

Der Anstieg im Zusätzlichen Kernkapital gemäß CRR/CRD 4 um 1,6 Mrd € resultierte im Wesentlichen aus verringerten aufsichtsrechtlichen Anpassungen (1,8 Mrd € niedriger als zum Jahresende 2015), die schrittweise abnehmend vom Zusätzlichen Kernkapital während der Übergangsphase abgesetzt werden. Diese Abzüge stellen den Restbetrag von bestimmten Kapitalabzügen vom Harten Kernkapital dar, die bei der Anwendung der CRR/CRD 4 in der Vollumsetzung vom Harten Kernkapital abgezogen werden, während der Übergangszeit jedoch vom Zusätzlichen Kernkapital abgezogen werden dürfen. Die Phase-in Rate für diese Abzüge im CET 1-Kapital erhöhte sich auf 60 % in 2016 (40 % in 2015) und verringerte sich entsprechend auf Ebene des AT1-Kapitals auf 40 % in 2016 (60 % in 2015). Die geringeren aufsichtsrechtlichen Anpassungen im AT1-Kapital überstiegen den Effekt aus dem Rückgang in unseren Instrumenten des Zusätzlichen Kernkapitals gemäß CRR/CRD 4 in Höhe von 0,2 Mrd € (im Vergleich zum 31. Dezember 2015), der im Wesentlichen verursacht war durch unsere Kündigung von ehemals emittiertem Hybriden Kernkapital sowie durch negative Beiträge aus Fremdwährungsbewegungen unserer in US-Dollar denominierten Instrumente.

Unser Kernkapital in der Vollumsetzung betrug 48,1 Mrd € zum 30. Juni 2016, im Vergleich zu 48,7 Mrd € zum Jahresende 2015. Unser Hartes Kernkapital in der Vollumsetzung betrug 43,5 Mrd € zum 30. Juni 2016, verglichen mit 44,1 Mrd € zum 31. Dezember 2015. Unser Zusätzliches Kernkapital in der Vollumsetzung betrug 4,6 Mrd € zum 30. Juni 2016, unverändert im Vergleich zum Jahresende 2015.

Der Rückgang unseres Harten Kernkapitals gemäß Vollumsetzung um 0,6 Mrd € im Vergleich zum Jahresende 2015 war im Wesentlichen das Ergebnis negativer Effekte aus Fremdwährungsschwankungen in Höhe von 0,7 Mrd €, etwas ermäßigt durch einige positive, ebenfalls fremdwährungsbedingte Gegeneffekte bei den Kapitalabzugspositionen. Zum Rückgang trugen außerdem noch Neubewertungsverluste im Bezug auf leistungsdefinierte Versorgungszusagen in Höhe von 0,3 Mrd € bei.

Offenlegung des aufsichtsrechtlichen Eigenkapitals, der RWA und Kapitalquoten (nicht testiert)

	30.6.2016		31.12.2015	
	CRR/CRD 4 Voll- umsetzung	CRR/CRD 4	CRR/CRD 4 Voll- umsetzung	CRR/CRD 4
in Mio €				
Hartes Kernkapital (CET 1): Instrumente und Rücklagen				
Kapitalinstrumente und Emissionsagiokonto	36.948	36.948	37.088	37.088
Gewinnrücklagen	20.112	20.112	27.607	27.607
Kumulierte sonstige erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung, nach Steuern	3.937	3.981	4.096	4.281
Von unabhängiger Seite geprüfte Zwischengewinne, abzüglich aller vorhersehbaren Abgaben oder Dividenden	175	175	-7.025	-7.025
Sonstige	0	67	0	92
Hartes Kernkapital (CET 1) vor aufsichtsrechtlichen Anpassungen	61.173	61.284	61.766	62.042
Hartes Kernkapital (CET 1): aufsichtsrechtliche Anpassungen				
Zusätzliche Bewertungsanpassungen (negativer Betrag)	-1.541	-1.541	-1.877	-1.877
Sonstige prudentielle Filter (außer Zusätzliche Bewertungsanpassungen)	-970	-696	-622	-330
Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte (abzüglich der damit verbundenen Steuerverbindlichkeiten) (negativer Betrag)	-8.341	-5.005	-8.439	-3.376
Von der künftigen Rentabilität abhängige latente Steueransprüche, ausgenommen diejenigen, die aus temporären Differenzen resultieren (abzüglich der damit verbundenen Steuerverbindlichkeiten, wenn die Bedingungen von Art. 38 (3) CRR erfüllt sind) (negativer Betrag)	-3.650	-2.190	-3.310	-1.324
Negative Beträge aus der Berechnung der erwarteten Verlustbeträge	-471	-298	-106	-58
Vermögenswerte leistungsdefinierter Pensionsfonds (negativer Betrag)	-1.127	-676	-1.173	-469
Direkte, indirekte und synthetische Positionen des Instituts in eigenen Instrumenten des Harten Kernkapitals (negativer Betrag)	-35	-27	-76	-39
Direkte, indirekte und synthetische Positionen des Instituts in Instrumenten des Harten Kernkapitals von Unternehmen der Finanzbranche, an denen das Institut eine wesentliche Beteiligung hält (Betrag liegt über der 15 %-Schwelle und ist abzüglich anrechenbarer Verkaufspositionen) (negativer Betrag)	-584	-298	-818	-278
Von der künftigen Rentabilität abhängige latente Steueransprüche, die aus temporären Differenzen resultieren (abzüglich der damit verbundenen Steuerverbindlichkeiten, wenn die Bedingungen von Art. 38 (3) CRR erfüllt sind) (Betrag liegt über der 15 %-Schwelle) (negativer Betrag)	-647	-330	-953	-324
Sonstige aufsichtsrechtliche Anpassungen	-286	-1.247	-291	-1.537
Gesamte aufsichtsrechtliche Anpassungen des Harten Kernkapitals (CET 1)	-17.653	-12.308	-17.665	-9.613
Hartes Kernkapital (CET 1)	43.520	48.977	44.101	52.429
Zusätzliches Kernkapital (AT1): Instrumente				
Kapitalinstrumente und Emissionsagiokonto	4.676	4.676	4.676	4.676
Betrag der Posten im Sinne von Art. 484 (4) CRR zuzüglich der entsprechenden Emissionsagiokonten, deren Anrechnung im AT1-Kapital ausläuft	N/M	6.316	N/M	6.482
Zusätzliches Kernkapital (AT1) vor aufsichtsrechtlichen Anpassungen	4.676	10.991	4.676	11.157
Zusätzliches Kernkapital (AT1): aufsichtsrechtliche Anpassungen				
Direkte, indirekte und synthetische Positionen des Instituts in eigenen Instrumenten des Zusätzlichen Kernkapitals (negativer Betrag)	-125	-51	-125	-48
Vom Zusätzlichen Kernkapital in Abzug zu bringende Restbeträge in Bezug auf vom Harten Kernkapital in Abzug zu bringende Posten während der Übergangsphase gemäß Art. 472 CRR	N/M	-3.535	N/M	-5.316
Sonstige aufsichtsrechtliche Anpassungen	0	0	0	0
Gesamte aufsichtsrechtliche Anpassungen des Zusätzlichen Kernkapitals (AT1)	-125	-3.586	-125	-5.365
Zusätzliches Kernkapital (AT1)	4.551	7.405	4.551	5.793
Kernkapital (T1 = CET 1 + AT1)	48.071	56.382	48.651	58.222
Ergänzungskapital (T2)	12.600	6.690	12.325	6.299
Gesamtkapital (TC = T1 + T2)	60.671	63.071	60.976	64.522
Risikogewichtete Aktiva insgesamt	402.217	402.677	396.714	397.382
Kapitalquoten				
Harte Kernkapitalquote (als prozentualer Anteil der risikogewichteten Aktiva)	10,8 ¹	12,2	11,1	13,2
Kernkapitalquote (als prozentualer Anteil der risikogewichteten Aktiva)	12,0	14,0	12,3	14,7
Gesamtkapitalquote (als prozentualer Anteil der risikogewichteten Aktiva)	15,1	15,7	15,4	16,2

N/A – Nicht aussagekräftig

¹ Im Einklang mit der Entscheidung des Vorstands, keine Dividende auf Stammaktien für das Geschäftsjahr 2016 vorzuschlagen.

Überleitung vom bilanziellen Eigenkapital auf das aufsichtsrechtliche Eigenkapital

in Mio €	30.6.2016 CRR/CRD 4	31.12.2015 CRR/CRD 4
Eigenkapital per Bilanzausweis	61.865	62.678
Dekonsolidierung/Konsolidierung von Gesellschaften	-635	-681
Davon:		
Kapitalrücklage	-6	-5
Gewinnrücklage	-519	-369
Kumulierte sonstige erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung nach Steuern	-110	-307
Eigenkapital in der aufsichtsrechtlichen Bilanz	61.230	61.997
Anteile ohne beherrschenden Einfluss unter Anwendung der Übergangsregeln	67	92
Abgrenzung für Dividenden und AT1-Kupons	-56	-231
Umkehrerfekt der Dekonsolidierung/Konsolidierung der Position "Kumulierte sonstige erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung, nach Steuern", während der Übergangsphase	44	184
Hartes Kernkapital vor aufsichtsrechtlichen Anpassungen	61.284	62.042
Prudentielle Filter	-3.197	-3.453
Davon:		
Zusätzliche Bewertungsanpassungen	-1.541	-1.877
Anstieg des Eigenkapitals durch verbriefte Vermögenswerte	-25	-20
Rücklagen aus Gewinnen oder Verlusten aus zeitwertbilanzierten Geschäften zur Absicherung von Zahlungsströmen und durch Veränderungen der eigenen Bonität bedingte Gewinne oder Verluste aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten eigenen Verbindlichkeiten	-671	-310
Aufsichtsrechtliche Anpassungen in Zusammenhang mit nicht realisierten Gewinnen und Verlusten gemäß Art. 467 und 468 CRR	-960	-1.246
Aufsichtsrechtliche Anpassungen	-9.110	-6.159
Davon:		
Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte (abzüglich der damit verbundenen Steuerverbindlichkeiten)	-5.005	-3.376
Von der künftigen Rentabilität abhängige latente Steueransprüche	-2.520	-1.648
Negative Beträge aus der Berechnung der erwarteten Verlustbeträge	-298	-58
Vermögenswerte leistungsdefinierter Pensionsfonds	-676	-469
Direkte, indirekte und synthetische Positionen des Instituts in Instrumenten des Harten Kernkapitals von anderen Unternehmen der Finanzbranche, an denen das Institut eine wesentliche Beteiligung hält	-298	-278
Verbriefungspositionen, nicht in risikogewichteten Aktiva enthalten	0	0
Sonstiges ¹	-313	-330
Hartes Kernkapital	48.977	52.429
Zusätzliches Kernkapital	7.405	5.793
Zusätzliche Kernkapital-Anleihen	4.624	4.627
Gemäß Bilanz	4.675	4.675
Dekonsolidierung/Konsolidierung von Gesellschaften	0	0
Aufsichtsrechtliche Anpassungen zum Bilanzausweis	-51	-48
Hybride Kapitalinstrumente	6.301	6.464
Gemäß Bilanz	6.171	7.020
Dekonsolidierung/Konsolidierung von Gesellschaften	286	388
Aufsichtsrechtliche Anpassungen zum Bilanzausweis	-156	-944
Davon:		
Vom AT1-Kapital aufgrund der Obergrenze ausgenommener Betrag	0	0
Sonstiges	-156	-944
Sonstige aufsichtsrechtliche Anpassungen	15	18
Abzüge vom Zusätzlichem Kernkapital	-3.535	-5.316
Kernkapital	56.382	58.222
Ergänzungskapital	6.690	6.299
Nachrangige Verbindlichkeiten	6.601	6.263
Gemäß Bilanz	7.857	7.826
Dekonsolidierung/Konsolidierung von Gesellschaften	0	0
Aufsichtsrechtliche Anpassungen zum Bilanzausweis	-1.256	-1.563
Davon:		
Abschreibungen gemäß Art. 64 CRR	-933	-1.321
Sonstiges	-324	-242
Sonstige aufsichtsrechtliche Anpassungen	287	289
Davon:		
Berücksichtigung des vom AT1-Kapital aufgrund der Obergrenze ausgenommenen Betrags	0	0
Sonstiges	287	289
Abzüge vom Ergänzungskapital	-199	-252
Gesamtkapital	63.071	64.522

N/A – Nicht aussagekräftig

¹ Bezieht sich im Wesentlichen auf prudentielle Filter für Fonds zur baupartechnischen Absicherung.

Entwicklung der risikogewichteten Aktiva

Die nachfolgende Tabelle zeigt die RWA nach Risikoart und Geschäftsbereich. Sie beinhaltet die aggregierten Effekte der segmentellen Reallokation von infrastrukturbezogenen Positionen, soweit anwendbar, sowie Reallokationen zwischen den Segmenten.

Risikogewichtete Aktiva nach Modell und Geschäftsbereich

								30.6.2016
in Mio €	Global Markets	Corporate & Investment Banking	Private, Wealth and Commercial Clients	Deutsche Asset Management	Postbank	Non-Core Operations Unit	Consolidation & Adjustments and Other	Insgesamt
Kreditrisiko	65.797	68.367	41.279	8.489	38.206	10.243	15.926	248.308
Abwicklungsrisiko	16	0	0	0	0	0	0	16
Kreditrisikobezogene Bewertungsanpassung (CVA)	9.899	22	65	124	470	2.925	11	13.516
Marktrisiko	32.496	753	0	4	102	11.060	77	44.491
Operationelles Risiko	60.637	14.656	8.079	3.817	6.070	3.087	0	96.345
Insgesamt	168.845	83.797	49.423	12.434	44.849	27.315	16.015	402.677

								31.12.2015
in Mio €	Global Markets	Corporate & Investment Banking	Private, Wealth and Commercial Clients	Deutsche Asset Management	Postbank	Non-Core Operations Unit	Consolidation & Adjustments and Other	Insgesamt
Kreditrisiko	61.132	70.748	41.310	8.194	37.553	11.558	11.524	242.019
Abwicklungsrisiko	9	0	0	0	0	0	0	9
Kreditrisikobezogene Bewertungsanpassung (CVA)	11.971	8	74	309	391	3.082	41	15.877
Marktrisiko	32.502	1.191	6	1.262	32	14.286	275	49.553
Operationelles Risiko	54.777	14.165	8.518	2.739	5.266	3.972	487	89.923
Insgesamt	160.391	86.112	49.909	12.504	43.242	32.898	12.326	397.382

Die RWA gemäß CRR/CRD 4 betragen 402,7 Mrd € zum 30. Juni 2016 im Vergleich zu 397,4 Mrd € zum Jahresende 2015. Der Anstieg von 5,3 Mrd € resultiert größtenteils aus einem Anstieg der RWA aus dem operationellen Risiko von 6,4 Mrd € als auch aus RWA aus dem Kreditrisiko von 6,3 Mrd € welcher teilweise durch Rückgänge in RWA für Marktrisiko und kreditrisikobezogene Bewertungsanpassung (CVA) kompensiert wird. Der Anstieg bei den RWA des operationellen Risikos ergibt sich aus der Berücksichtigung von hinreichend wahrscheinlichen Verlusten aus Rechtsstreitigkeiten sowie durch die Erhöhung des operationellen Verlustprofils der kompletten Branche. Die Erhöhung der RWA aus dem Kreditrisiko ergibt sich hauptsächlich aus Wachstum in unseren Kernbereichen wie auch durch methodische Anpassungen teilweise verringert um Fremdwährungseffekte. Die geringeren RWA im Marktrisiko sind hauptsächlich auf niedrigere Positionen im Marktrisiko Standardansatz für Verbriefungen wie auch auf einen niedrigeren Multiplikator zurückzuführen. Ein weiterer Rückgang von 2,4 Mrd € RWA resultierte aus den Kreditrisikobezogenen Bewertungsanpassungen (CVA), der sich vornehmlich durch Änderungen im Bereich der Methoden und Grundsätze wie auch insgesamt gesunkene Risikolevel begründet.

Die RWA gemäß CRR/CRD 4-Vollumsetzung betragen 402,2 Mrd € zum 30. Juni 2016 im Vergleich zu 396,7 Mrd € zum Jahresende 2015. Der Anstieg resultiert aus den gleichen Veränderungen wie zuvor für die risikogewichteten Aktiva unter Anwendung der Übergangsbestimmungen beschrieben. Die risikogewichteten Aktiva gemäß CRR/CRD 4-Vollumsetzung waren um 0,5 Mrd € geringer als die RWA unter Anwendung der Übergangsbestimmungen. Der Unterschiedsbetrag kommt zu gleichen Teilen aus niedrigeren risikogewichteten Aktiva aus unseren latenten Steueransprüchen, die aus temporären Differenzen resultieren, und unseren signifikanten Beteiligungen in Instrumente des Harten Kernkapitals von Unternehmen der Finanzbranche, welche beide in die Schwellenwert-Ausnahmeregelung gemäß Artikel 48 CRR einbezogen werden.

Die nachfolgenden Tabellen stellen eine Analyse der wesentlichen Einflussgrößen auf die RWA-Berechnungen für das Kredit-, Markt-, und operationelle Risiko sowie die kreditrisikobezogene Bewertungsanpassung in der Berichtsperiode dar.

Entwicklung der risikogewichteten Aktiva für das Kreditrisiko

in Mio €	Jan. – Jun. 2016 CRR/CRD 4		Jan. – Dez. 2015 CRR/CRD 4	
	Kreditrisiko	Davon: Derivate- und Wertpapier- finanzierungs- geschäfte	Kreditrisiko	Davon: Derivate- und Wertpapier- finanzierungs- geschäfte
RWA-Bestand für Kreditrisiko am Periodenanfang	242.019	37.276	244.128	41.117
Portfoliogröße	7.263	3.423	- 4.822	- 6.224
Portfolioqualität	- 39	189	- 2.103	- 95
Modellanpassungen	583	0	728	0
Methoden und Grundsätze	2.289	2.289	- 3.346	0
Akquisitionen und Verkäufe	0	0	- 206	0
Fremdwährungsbewegungen	- 3.430	- 775	10.378	2.479
Sonstige	- 378	0	- 2.738	0
RWA-Bestand für Kreditrisiko am Periodenende	248.308	42.403	242.019	37.276

Die Klassifizierung der Kategorien für die Entwicklung der RWA für das Kreditrisiko ist mit den Anforderungen aus der „Enhanced Disclosure Task Force“ (EDTF) vollständig abgestimmt. Die Kategorie „Portfolioqualität“ zeigt hauptsächlich Effekte aufgrund von Veränderungen der Bonitätseinstufungen, der Verlustquoten bei Ausfall, der regelmäßigen Parameterrekalibrierungen sowie zusätzlichen Anwendungen von Sicherheitenvereinbarungen. Die Kategorie „Portfoliogröße“ beinhaltet organische Veränderungen im Umfang wie auch in der Zusammensetzung der Portfolios. Die Kategorie „Modellanpassungen“ zeigt vornehmlich den Einfluss von Modellverbesserungen und der zusätzlichen Anwendung fortgeschrittener Modelle. RWA-Veränderungen aufgrund externer, aufsichtsrechtlich bestimmter Veränderungen, wie zum Beispiel der Anwendung neuer Regelwerke, werden in der Kategorie „Methoden und Grundsätze“ berücksichtigt. Die Kategorie „Akquisitionen und Verkäufe“ beinhaltet signifikante Veränderungen der Portfoliozusammensetzung, welche durch neue Geschäftsaktivitäten oder Veräußerungen von bestehenden Geschäften gekennzeichnet sind. Die Kategorie „Sonstige“ enthält alle weiteren Änderungen, welche nicht den zuvor genannten Positionen zugeordnet werden können.

Der RWA Anstieg für das Kreditrisiko um 6,3 Mrd € (2.6 %) seit dem 31. Dezember 2015 ergibt sich hauptsächlich aus dem Anstieg in der Kategorie „Portfoliogröße“, die das Geschäftswachstum in unseren Kernbereichen reflektiert. Ein weiterer Anstieg resultiert aus der veränderten Behandlung von Teilen unseres illiquiden Derivateportfolios im Zusammenhang mit der Nachschuss-Risikoperiode. Der moderate Anstieg in der Kategorie „Modellanpassungen“ steht im Zusammenhang mit einer Bestimmung unserer Anteile des Ausfallfonds mit den zentralen Gegenparteien. Dies wird teilweise kompensiert aus den Fremdwährungsbewegungen, insbesondere der Schwächung des US-Dollar.

Entwicklung der risikogewichteten Aktiva für kreditrisikobezogene Bewertungsanpassung (CVA)

in Mio €	Jan. – Jun. 2016 CRR/CRD 4		Jan. – Dez. 2015 CRR/CRD 4	
	RWA-Bestand für CVA am Periodenanfang	15.877		21.203
Veränderungen des Risikovolumens		- 805		- 5.591
Veränderungen der Marktdaten und Rekalibrierungen		271		- 1.552
Modellverbesserungen		0		0
Methoden und Grundsätze		- 1.500		- 77
Akquisitionen und Verkäufe		0		0
Fremdwährungsbewegungen		- 327		1.894
RWA-Bestand für CVA am Periodenende	13.516		15.877	

Auf Basis des CRR/CRD 4-aufsichtsrechtlichen Rahmenwerks berechnen wir RWA für die CVA, welche die Kreditqualität unserer Kontrahenten berücksichtigt. Die RWA für die CVA bilden das Risiko von Marktwertverlusten auf das erwartete Gegenparteirisiko für alle OTC-Derivate ab. Wir berechnen den überwiegenden Teil der CVA auf Basis unseres eigenen internen Modells, das von der BaFin genehmigt wurde. Per 30. Juni 2016 beliefen sich die RWAs für CVA Risiken auf € 13,5 Mrd, was einer Reduktion von € 2,4 Mrd (15 %) im Vergleich zu € 15,9 Mrd € zum 31. Dezember 2015 entspricht. Diese Reduzierung ist im Wesentlichen durch den Rückgang unseres OTC-Derivate Portfolios, Model und Richtlinienanpassungen sowie Währungsschwankungen getrieben.

Entwicklung der risikogewichteten Aktiva für das Marktrisiko

in Mio €	Jan. – Jun. 2016 CRR/CRD 4	Jan. – Dez. 2015 CRR/CRD 4
RWA-Bestand für Marktrisiko am Periodenanfang	49.553	64.209
Risikovolumen	- 5.979	- 27.671
Marktdaten und Rekalibrierungen	1.956	3.919
Modellverbesserungen	- 100	1.501
Methoden und Grundsätze	- 754	5.707
Akquisitionen und Verkäufe	0	0
Fremdwährungsbewegungen	- 185	1.888
RWA-Bestand für Marktrisiko am Periodenende	44.491	49.553

Die Analyse für das Marktrisiko umfasst Bewegungen in unseren internen Modellen für den Value-at-Risk, den Stress-Value-at-Risk, den inkrementellen Risikoaufschlag, den umfassenden Risikoansatz sowie Ergebnisse vom Marktrisiko-Standardansatz, zum Beispiel für Handelsbuchverbriefungen und nth-to-default-Kreditderivate oder Handelspositionen der Postbank. Die Marktrisiko-RWA-Bewegungen, die sich durch Veränderungen in Marktdaten, Volatilitäten, Korrelationen, Liquidität und Bonitätseinstufungen ergeben, sind in der Kategorie „Marktdaten und Rekalibrierungen“ enthalten. Veränderungen in unseren internen Modellen für Marktrisiko-RWA, wie Methodenverbesserungen oder die Erweiterungen des Umfangs der erfassten Risiken, werden in die Kategorie „Modellverbesserungen“ einbezogen. In der Kategorie „Methoden und Grundsätze“ werden aufsichtsrechtlich vorgegebene Anpassungen unserer RWA-Modelle oder -Berechnungen berücksichtigt. Signifikante neue Geschäftstätigkeiten und Verkäufe würden in der Zeile „Akquisitionen und Verkäufe“ einbezogen.

Der RWA-Rückgang für Marktrisiken um 5,1 Mrd € (10 %) seit dem 31. Dezember 2015 ergab sich im Wesentlichen aus Rückgängen in den Kategorien „Risikovolumen“ sowie „Methoden und Grundsätze“. Der Rückgang in der Kategorie „Risikovolumen“ resultiert hauptsächlich aus dem Verkauf von oder nach Ende der Laufzeit verfallenen Positionen im Portfolio, welche sich auf den Marktrisiko-Standardansatz und auswirkten und aus dem Risikoabbau in der Non-Core Operations Unit, welche sich auf den umfassenden Risikoansatz auswirkten. Der Rückgang in „Methoden und Grundsätze“ beruht hauptsächlich auf dem Rückgang des Kapital-Multiplikators. Dies wurde zum Teil aufgewogen durch Erhöhungen in der Kategorie „Marktdaten und Rekalibrierungen“.

Entwicklung der risikogewichteten Aktiva für das operationelle Risiko

in Mio €	Jan. – Jun. 2016 CRR/CRD 4	Jan. – Dez. 2015 CRR/CRD 4
RWA-Bestand für das operationelle Risiko am Periodenanfang	89.923	67.082
Veränderungen des Verlustprofils (intern und extern)	6.010	24.170
Veränderung der erwarteten Verluste	- 785	- 2.216
Zukunftsgerichtete Risikokomponente	1.197	163
Modellverbesserungen	0	724
Methoden und Grundsätze	0	0
Akquisitionen und Verkäufe	0	0
RWA-Bestand für das operationelle Risiko am Periodenende	96.345	89.923

Der Anstieg der risikogewichteten Aktiva um insgesamt 6,4 Mrd € resultierte vorrangig aus großen operationellen Risikoereignissen wie beispielsweise aufsichtsrechtlich bedingten Vergleichszahlungen von Finanzinstituten, die in unserem AMA-Modell berücksichtigt werden.

Weitere in den Modellverbesserungen enthaltene Auswirkungen auf die übrigen RWA-Komponenten des operationellen Risikos werden sich voraussichtlich im Anschluss an die erwartete Genehmigung der gemeinschaftlichen Aufsicht und Umsetzung der Modelländerungen einstellen.

Ökonomisches Kapital

Interne Kapitaladäquanz

Die von uns im Rahmen unseres internen Prozesses zur Sicherstellung der Risikotragfähigkeit („Internal Capital Adequacy Assessment Process“, auch ICAAP) auf Basis eines unterstellten Liquidationsszenarios („Gone Concern Approach“) verwendete primäre Messgröße zur Ermittlung unserer internen Kapitaladäquanz ist das Verhältnis unseres Kapitalangebots zu unserer Kapitalanforderung, wie in der nachstehenden Tabelle dargestellt. Die Definition des Kapitalangebots wurde im ersten Quartal 2016 weiter an die Vorschriften des CRR/CRD 4-Kapitalrahmenwerks angepasst. Der Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte werden jetzt vom Säule 2-Kapitalangebot abgezogen, anstatt zur Kapitalanforderung addiert zu werden. Der Vorjahresvergleich wurde angepasst.

Interne Kapitaladäquanz

in Mio €

(sofern nicht anders angegeben)

	30.6.2016	31.12.2015
Kapitalangebot		
Den Aktionären zurechenbares Eigenkapital	61.865	62.678
Gewinne aus beizulegenden Zeitwerten eigener Verbindlichkeiten und Debt Valuation Adjustments, in Bezug auf eigenes Kreditrisiko ¹	- 760	- 407
Vermögenswerte leistungsdefinierter Pensionsfonds ²	- 1.127	- 1.173
Aktive latente Steuern	- 7.737	- 7.762
Zusätzliche Bewertungsanpassung ³	- 1.541	- 1.877
Fehlbetrag zwischen Wertberichtigungen und erwartetem Verlust	- 471	- 106
Fonds baupartechnische Absicherung	- 286	- 291
Eigene Instrumente des Harten Kernkapitals	- 22	- 62
Anpassungen des beizulegenden Zeitwerts für Anlagevermögen, für das keine kongruente Refinanzierung vorliegt ⁴	- 668	- 147
Anteile ohne beherrschenden Einfluss ⁵	0	0
Immaterielle Vermögenswerte	- 9.907	- 10.078
Hybride Tier-1-Kapitalinstrumente	11.066	11.962
Tier-2-Kapitalinstrumente	8.065	8.016
Kapitalangebot	58.476	60.745
Ökonomischer Kapitalbedarf		
Kreditrisiko	14.427	13.685
Markttrisiko	17.447	17.436
Operationelles Risiko	11.066	10.243
Geschäftsrisiko	4.948	5.931
Diversifikationseffekte	- 8.731	- 8.852
Kapitalanforderung	39.157	38.442
Interne Kapitaladäquanzquote in %	149	158

¹ Beinhaltet Abzüge von Fair-Value-Erträgen auf eigene Krediteffekte in Bezug auf eigene Verbindlichkeiten, die zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden, sowie Debt Valuation Adjustments.

² Beinhaltet Netto-Vermögenswerte (Aktiva abzüglich Verbindlichkeiten) leistungsdefinierter Pensionsfonds, im vorliegenden Beispiel angewandt auf den Fall einer Überdeckung von Pensionsverpflichtungen.

³ Analog zum Abzug beim regulatorischen Kapital.

⁴ Beinhaltet Adjustierungen des beizulegenden Zeitwerts für in Übereinstimmung mit IAS 39 umgewidmete Vermögenswerte sowie für Anlagevermögen, für das keine kongruente Refinanzierung vorliegt. Positive Beträge werden nicht berücksichtigt.

⁵ Beinhaltet Anteile ohne beherrschenden Einfluss bis zum Betrag des Ökonomischen Kapitalbedarfs für jede Tochtergesellschaft.

Eine Quote von mehr als 100 % bestätigt, dass unser gesamtes Kapitalangebot ausreicht, die über die Risikopositionen ermittelte Kapitalanforderung abzudecken. Diese Quote betrug 149 % zum 30. Juni 2016 im Vergleich zu 158 % zum 31. Dezember 2015. Die Änderung der Quote resultierte sowohl aus einem reduzierten Kapitalangebot als auch einem leicht höheren Kapitalbedarf. Der Rückgang des den Aktionären zurechenbaren Eigenkapitals um 813 Mio € resultierte hauptsächlich aus Wechselkursänderungen. Der Rückgang der Hybriden Tier-1-Instrumente um 896 Mio € resultierte im Wesentlichen aus zurückgezahlten Kapitalinstrumenten. Der Anstieg der Kapitalanforderung reflektiert hauptsächlich den höheren Ökonomischen Kapitalbedarf für operationelle Risiken und Kreditrisiken.

Die obigen Messgrößen zur Risikotragfähigkeit werden auf den konsolidierten Konzern (inklusive Postbank) angewandt und bilden einen integralen Teil unseres Rahmenwerks für das Risiko- und Kapitalmanagement.

Verschuldungsquote

Wir steuern unsere Bilanz auf Konzernebene und gegebenenfalls in den einzelnen Regionen lokal. Wir weisen unsere Finanzressourcen bevorzugt den Geschäftsportfolios zu, die sich am positivsten auf unsere Rentabilität und das Aktionärsvermögen auswirken. Wir überwachen und analysieren die Bilanzentwicklung und beobachten bestimmte marktrelevante Bilanzkennzahlen. Diese dienen als Basis für Diskussionen und Managemententscheidungen des Group Risk Committee. Mit der Veröffentlichung des CRR/CRD 4-Rahmenwerks haben wir die Berechnung unserer Verschuldungsquote an dieses Rahmenwerk angepasst.

Verschuldungsquote gemäß dem überarbeiteten CRR/CRD 4-Rahmenwerk auf Basis einer Vollumsetzung

Im Rahmen der CRR/CRD 4 wurde eine nicht risikobasierte Verschuldungsquote eingeführt, die neben den risikobasierten Kapitalanforderungen als zusätzliche Kennzahl genutzt werden soll. Ziel ist es, die Zunahme der Verschuldung in der Bankenbranche zu begrenzen, das Risiko eines destabilisierenden Schuldenaufbaus, der dem Finanzsystem und der Wirtschaft schaden kann, zu mindern und die risikobasierten Anforderungen durch einen einfachen, nicht risikobasierten Sicherheitsmechanismus zu ergänzen.

Wir berechnen die Gesamtrisikopositionsmessgröße der Verschuldungsquote auf Basis einer Vollumsetzung gemäß Artikel 429 der CRR (Verordnung Nr. 575/2013), der mit der durch die Europäische Kommission am 10. Oktober 2014 verabschiedeten delegierten Verordnung (EU 2015/62), veröffentlicht am 17. Januar 2015 im Amtsblatt der Europäischen Union, geändert wurde.

Die Gesamtrisikopositionsmessgröße der Verschuldungsquote besteht aus den Komponenten Derivaten, Wertpapierfinanzierungsgeschäfte, außerbilanzielle Risikopositionen und andere Bilanzpositionen (ohne Derivate und Wertpapierfinanzierungsgeschäfte).

Die Gesamtrisikopositionsmessgröße der Verschuldungsquote für Derivate wird auf Grundlage der regulatorischen Marktbewertungsmethode für Derivate, die die aktuellen Wiederbeschaffungskosten zuzüglich eines regulatorisch definierten Aufschlags für den potenziellen künftigen Wiederbeschaffungswert beinhaltet, berechnet. Von Gegenparteien erhaltene variable Barnachschusszahlungen werden von den aktuellen Wiederbeschaffungskosten von Derivaten, an Gegenparteien geleistete variable Barnachschusszahlungen werden von der Gesamtrisikopositionsmessgröße, die sich aus Forderungen ergibt, die als Vermögenswerte bilanziert wurden, abgezogen, sofern bestimmte Bedingungen

erfüllt sind. Der effektive Nominalwert für geschriebene Kreditderivate, das heißt der Nominalwert reduziert um alle negativen Änderungen des beizulegenden Zeitwerts, die ins Kernkapital eingeflossen sind, ist in die Gesamtrisikopositionsmessgröße der Verschuldungsquote eingerechnet. Die sich daraus ergebende Gesamtrisikopositionsmessgröße wird um den effektiven Nominalwert eines gekauften Kreditderivats auf den gleichen Referenznamen reduziert, sofern bestimmte Bedingungen erfüllt sind.

Die Gesamtrisikopositionsmessgröße der Verschuldungsquote für Wertpapierfinanzierungsgeschäfte beinhaltet die Brutto-Forderungen aus Wertpapierfinanzierungsgeschäften, die mit Verbindlichkeiten aus Wertpapierfinanzierungsgeschäften aufgerechnet werden, wenn bestimmte Bedingungen erfüllt sind. Zusätzlich zu den Brutto-Forderungen aus Wertpapierfinanzierungsgeschäften wird ein Aufschlag für das Gegenparteiausfallrisiko aus Wertpapierfinanzierungstransaktionen in die Gesamtrisikopositionsmessgröße aufgenommen.

Die Gesamtrisikopositionsmessgröße der Verschuldungsquote für außerbilanzielle Risikopositionen berücksichtigt die Gewichtungsfaktoren (Credit Conversion Factors) aus dem Standardansatz für das Kreditrisiko von 0 %, 20 %, 50 % oder 100 % je nach Risikokategorie, mit einer Untergrenze von 10 %.

Die Gesamtrisikopositionsmessgröße der Verschuldungsquote für andere Bilanzpositionen (ohne Derivate und Wertpapierfinanzierungsgeschäfte) beinhaltet den Bilanzwert der jeweiligen Positionen (ohne Derivate und Wertpapierfinanzierungsgeschäfte) sowie aufsichtsrechtlichen Anpassungen für Positionen, die bei der Ermittlung des aufsichtsrechtlichen Kernkapitals abgezogen wurden.

Die folgenden Tabellen zeigen die Gesamtrisikopositionsmessgröße der Verschuldungsquote und die Verschuldungsquote, beide auf Basis einer Vollumsetzung:

Summarische Abstimmung zwischen bilanzierten Aktiva und Risikopositionen für die Verschuldungsquote

in Mrd €	30.6.2016	31.12.2015
Summe der Aktiva laut veröffentlichtem Abschluss	1.803	1.629
Anpassung für Unternehmen, die für Rechnungslegungszwecke konsolidiert werden, aber nicht dem aufsichtsrechtlichen Konsolidierungskreis angehören	8	3
Anpassungen für derivative Finanzinstrumente	- 375	- 263
Anpassung für Wertpapierfinanzierungsgeschäfte (SFT)	35	25
Anpassung für außerbilanzielle Posten (das heißt Umrechnung außerbilanzieller Risikopositionen in Kreditäquivalenzbeträge)	102	109
Sonstige Anpassungen	- 159	- 107
Gesamtrisikopositionsmessgröße der Verschuldungsquote	1.415	1.395

Einheitliche Offenlegung der Verschuldungsquote

in Mrd € (sofern nicht anders angegeben)	30.6.2016	31.12.2015
Summe Risikopositionen aus Derivaten	193	215
Summe Risikopositionen aus Wertpapierfinanzierungsgeschäften (SFT)	183	164
Summe außerbilanzielle Risikopositionen	102	109
Sonstige bilanzwirksame Risikopositionen	953	924
Bei der Ermittlung des Kernkapitals auf Basis einer Vollumsetzung abgezogene Aktivabeträge	- 16	- 17
Kernkapital auf Basis einer Vollumsetzung	48,1	48,7
Gesamtrisikopositionsmessgröße der Verschuldungsquote	1.415	1.395
Verschuldungsquote auf Basis einer Vollumsetzung in Bezug auf das Kernkapital (in %)	3,4	3,5

Beschreibung der Einflussfaktoren, die die Verschuldungsquote im ersten Halbjahr 2016 beeinflusst haben

Zum 30. Juni 2016 betrug unsere CRR/CRD 4-Verschuldungsquote auf Basis einer Vollumsetzung 3,4 %, verglichen mit 3,5 % am 31. Dezember 2015, unter Berücksichtigung des Kernkapitals auf Basis einer Vollumsetzung in Höhe von 48,1 Mrd € im Verhältnis zur anzuwendenden Gesamtrisikopositionsmessgröße in Höhe von 1.415 Mrd € (48,7 Mrd € sowie 1.395 Mrd € per 31. Dezember 2015).

Im Laufe des ersten Halbjahrs 2016 erhöhte sich unsere Gesamtrisikopositionsmessgröße der Verschuldungsquote um 19 Mrd € auf 1.415 Mrd €. Das spiegelt einen Anstieg in Höhe von 21 Mrd € bei sonstigen bilanzwirksamen Risikopositionen wider, hauptsächlich bei Barreserven, Zentralbankeinlagen und Einlagen bei Kreditinstituten aus Liquiditätsmanagement-Aktivitäten, der teilweise durch niedrigere Handelsaktiva kompensiert wurde. Desweiteren stiegen Wertpapierfinanzierungsgeschäfte um 20 Mrd € an, welches die Erhöhung in der Bilanz bei Forderungen aus Wertpapierpensionsgeschäften, Wertpapierleihen und Prime-Brokerage-Geschäften und eine Erhöhung der Gegenparteiausfallrisikoposition widerspiegelt. Den genannten Anstiegen steht ein Rückgang bei Derivaten um 22 Mrd €, der hauptsächlich auf geringere Aufschläge für den potenziellen künftigen Wiederbeschaffungswert sowie den effektiven Nominalwerten geschriebener Kreditderivate nach Aufrechnung zurückzuführen ist, und einem Rückgang bei außerbilanziellen Positionen um 7 Mrd €, die mit niedrigeren Nominalwerten bei unwiderruflichen Kreditzusagen und ausleihebezogenen Eventualverbindlichkeiten korrespondieren.

Der Anstieg unserer Gesamtrisikopositionsmessgröße der Verschuldungsquote im Laufe des ersten Halbjahrs 2016 enthält Währungseffekte in Höhe von minus 13 Mrd €, die hauptsächlich auf der Aufwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar sowie dem Pfund Sterling beruhen.

Unsere Verschuldungsquote berechnet auf Basis der gesamten IFRS-Aktiva im Vergleich zum gesamten IFRS-Eigenkapital betrug 27 zum 30. Juni 2016, verglichen mit 24 zum 31. Dezember 2015.

Für die zentralen Treiber der Kernkapital-Entwicklung verweisen wir auf den Abschnitt „Aufsichtsrechtliches Eigenkapital“ dieses Berichts.

Risikopositionswert des Kreditrisikos

Klassifizierung des Kreditrisikoengagements

Wir teilen unser Kreditrisikoengagement in zwei Gruppen auf: das Firmenkreditengagement und das Konsumentenkreditengagement.

- Unser Konsumentenkreditengagement besteht aus kleineren standardisierten homogenen Krediten, insbesondere in Deutschland, Italien und Spanien. Es umfasst Privatdarlehen, Immobilienfinanzierungen für Wohnungsbau und Gewerbe sowie Kreditlinien und Kredite an Selbständige und Kleingewerbetreibende aus unserem Privatkunden- und Retailgeschäft.
- Unser Firmenkreditengagement setzt sich aus allen Engagements zusammen, die nicht als Konsumentenkreditengagements definiert werden.

Firmenkreditengagement

Wesentliche Kategorien des Firmenkreditengagements, gegliedert nach unseren internen Bonitätsklassen unserer Geschäftspartner

30.6.2016							
in Mio €	Ausfall- wahrschein- lichkeit ¹	Kredite	Unwiderrufliche Kreditzusagen ²	Eventual- verbindlich- keiten	Außerbörsliche Derivate ³	Festverzinsliche Wertpapiere ⁴	Insgesamt
iAAA–iAA	0,00–0,04 %	50.136	21.347	5.828	25.746	60.228	163.285
iA	0,04–0,11 %	47.686	43.189	13.623	11.048	8.942	124.488
iBBB	0,11–0,50 %	59.946	45.310	16.907	7.997	2.437	132.597
iBB	0,50–2,27 %	52.887	36.106	10.680	5.578	392	105.643
iB	2,27–10,22 %	22.845	17.784	3.897	1.545	7	46.078
iCCC und schlechter	10,22–100 %	11.177	3.142	1.964	411	21	16.714
Insgesamt		244.675	166.878	52.899	52.325	72.027	588.804

¹ Reflektiert die Ausfallwahrscheinlichkeit für einen Zeitraum von einem Jahr.

² Beinhaltet unwiderrufliche Kreditzusagen von 9,7 Mrd € zum 30. Juni 2016 im Zusammenhang mit dem Konsumentenkreditengagement.

³ Beinhaltet den Effekt von Nettingverträgen und erhaltenen Barsicherheiten, soweit anwendbar.

⁴ Enthält zur Veräußerung verfügbare festverzinsliche Wertpapiere und bis zur Endfälligkeit gehaltene Wertpapiere.

31.12.2015							
in Mio €	Ausfall- wahrschein- lichkeit ¹	Kredite	Unwiderrufliche Kreditzusagen ²	Eventual- verbindlich- keiten	Außerbörsliche Derivate ³	Zur Veräußerung verfügbare festverzinsliche Wertpapiere	Insgesamt
iAAA–iAA	0,00–0,04 %	50.712	23.035	6.384	22.753	59.157	162.042
iA	0,04–0,11 %	49.197	46.220	15.464	10.998	4.515	126.394
iBBB	0,11–0,50 %	62.044	44.603	18.283	7.871	1.911	134.711
iBB	0,50–2,27 %	51.454	37.643	10.827	5.358	2.621	107.904
iB	2,27–10,22 %	20.610	21.212	4.668	1.558	57	48.105
iCCC und schlechter	10,22–100 %	9.853	1.834	1.700	515	4	13.906
Insgesamt		243.871	174.548	57.325	49.053	68.266	593.063

¹ Reflektiert die Ausfallwahrscheinlichkeit für einen Zeitraum von einem Jahr.

² Beinhaltet unwiderrufliche Kreditzusagen von 9,2 Mrd € zum 31. Dezember 2015 im Zusammenhang mit dem Konsumentenkreditengagement.

³ Beinhaltet den Effekt von Nettingverträgen und erhaltenen Barsicherheiten, soweit anwendbar.

Die obige Tabelle zeigt einen generellen Rückgang unseres Firmenkreditengagements von 4,3 Mrd € oder 1 % in den ersten sechs Monaten 2016. Die Qualität des Firmenkreditengagements vor Kreditrisikominderung mit Investment-Grade-Bewertung ist konstant bei 71 % geblieben.

Der Rückgang unseres Firmenkreditengagements von Dezember 2015 bis Juni 2016 ist vor allem auf unwiderrufliche Kreditzusagen (Rückgang um 4 % oder 7,7 Mrd €) und Eventualverbindlichkeiten (Rückgang um 8 % oder 4,4 Mrd €) zurückzuführen, welcher teilweise durch einen Anstieg von festverzinslichen Wertpapieren (Anstieg um 6 % oder 3,8 Mrd €) und außerbörslichen Derivaten (Anstieg um 7 % oder 3,3 Mrd €) kompensiert wird. Der Rückgang in unwiderruflichen Kreditzusagen ist teilweise auf Wechselkursänderungen von 3,1 Mrd € zurückzuführen. Festverzinsliche Wertpapiere erhöhten sich hauptsächlich bedingt durch einen Anstieg der strategischen Liquiditätsreserve der Gruppe. Der Anstieg in außerbörslichen Derivaten ist fast vollständig auf Zinsprodukte als Folge der Verringerung der Swap Spreads zurückzuführen.

Konsumentenkreditengagement

In unserem Konsumentenkreditengagement überwachen wir den Anteil der Kredite, die 90 Tage oder mehr überfällig sind, und die auf Jahresbasis berechneten Nettokreditkosten nach Eingängen auf abgeschriebene Forderungen.

Konsumentenkreditengagement

	Gesamtengagement in Mio €		90 Tage oder mehr überfällig in % des Gesamtengagements		Nettokreditkosten in % des Gesamtengagements ²	
	30.6.2016	31.12.2015	30.6.2016	31.12.2015	30.6.2016	31.12.2015
Konsumentenkreditengagement Deutschland	150.095	150.202	0,73	0,87	0,15	0,16
Konsumenten- und Kleinbetriebsfinanzierungen	20.370	20.326	1,99	2,77	0,98	0,89
Immobilienfinanzierungen	129.726	129.876	0,53	0,57	0,02	0,05
Konsumentenkreditengagement außerhalb Deutschlands	38.118	38.704	4,38	4,95	0,44	0,55
Konsumenten- und Kleinbetriebsfinanzierungen	13.455	13.259	7,81	9,55	0,82	1,18
Immobilienfinanzierungen	24.663	25.444	2,51	2,55	0,23	0,22
Konsumentenkreditengagement insgesamt¹	188.212	188.906	1,47	1,70	0,21	0,24

¹ Beinhaltet wertgeminderte Kredite von 3,1 Mrd € zum 30. Juni 2016 und 3,6 Mrd € zum 31. Dezember 2015.

² Nettokreditkosten für den zum Bilanzstichtag endenden 12-Monats-Zeitraum dividiert durch das Kreditengagement an diesem Bilanzstichtag.

Zum 30. Juni 2016 ist unser Konsumentenkreditengagement gegenüber dem Jahresende 2015 um 693 Mio € oder 0,4 % gesunken. Der Rückgang kommt überwiegend aus Italien (599 Mio €) und Deutschland (108 Mio €), hauptsächlich aufgrund von Portfolioverkäufen leistungsgestörter Kredite. Dagegen ist das Konsumentenkreditengagement in Indien um 122 Mio € gestiegen.

Die Quote der 90 Tage oder mehr überfälligen Kredite im gesamten Konsumentenkreditengagement sank von 1,70 % per Jahresende 2015 auf 1,47 % zum 30. Juni 2016. Die Nettokreditkosten als Prozentsatz des Gesamtengagements gingen von 0,24 % per Jahresende 2015 auf 0,21 % zum 30. Juni 2016 zurück. Diese Entwicklung basiert auf einer sich weiter verbessernden oder stabilisierenden allgemeinen Wirtschaftslage in Ländern, in denen wir aktiv sind, und den oben genannten Portfolioverkäufen in Italien und Deutschland.

Konsumenten-Immobilienfinanzierungsengagement, gruppiert nach Beleihungsauslaufklassen¹

	30.6.2016	31.12.2015
≤ 50 %	67 %	68 %
> 50 ≤ 70 %	16 %	16 %
> 70 ≤ 90 %	9 %	9 %
> 90 ≤ 100 %	3 %	3 %
> 100 ≤ 110 %	2 %	2 %
> 110 ≤ 130 %	1 %	1 %
> 130 %	2 %	2 %

¹ Der Ausweis des Gesamtengagements in den Beleihungsauslaufklassen erfolgt durch den relativen Anteil des Gesamtengagements an dem Immobilienwert, der der Kalkulation zugrunde liegt.

Der Beleihungsauslauf setzt das Gesamtengagement in Verhältnis zum Wert einer Immobilie.

Unser Beleihungsauslauf wird berechnet, indem das Gesamtengagement durch den aktuellen Immobilienwert der zugrunde liegenden Immobiliensicherheit geteilt wird. Diese Werte werden regelmäßig aktualisiert. Das Gesamtengagement von Transaktionen, welche zusätzlich durch liquide Sicherheiten besichert werden, wird um den Wert dieser Sicherheiten reduziert, wohingegen vorrangige Verbindlichkeiten das Gesamtengagement erhöhen. Der berechnete Beleihungsauslauf von Immobilienfinanzierungen beinhaltet lediglich durch Immobilien besicherte Gesamtengagements. Immobilienfinanzierungen, welche ausschließlich durch andere Arten als Immobiliensicherheiten besichert sind, fließen nicht in die Kalkulation ein.

Die Kreditwürdigkeit des Kreditnehmers, der Beleihungsauslauf und die Qualität der Sicherheiten sind integrale Bestandteile unseres Risikomanagements bei der Kreditvergabe, deren Überwachung sowie bei der Steuerung unseres Kreditrisikos. In der Regel akzeptieren wir höhere Beleihungsausläufe, je besser die Kreditwürdigkeit des Kreditnehmers ist. Dennoch gibt es Restriktionen für Beleihungsausläufe in Ländern mit einem negativen Konjunkturausblick oder erwarteten Rückgängen von Immobilienwerten.

Zum 30. Juni 2016 verzeichneten wir für 67 % des Gesamtengagements an Immobilienfinanzierungen einen Beleihungsauslauf kleiner oder gleich 50 % gegenüber 68 % zum Jahresende 2015.

Kreditrisikoengagements gegenüber ausgewählten Ländern der Eurozone

Vor dem Hintergrund der Risikosituation in der Eurozone wird in nachstehenden Tabellen ein Überblick über ausgewählte Länder der Eurozone gegeben. Das erhöhte Risiko für die betroffenen Staaten wird von einer Reihe von Faktoren bestimmt, unter anderem hoher Staatsverschuldung und/oder von Budgetdefiziten, eingeschränktem Zugang zu Kapitalmärkten, anstehenden Fälligkeiten, schwachen ökonomischen Rahmendaten beziehungsweise Aussichten (einschließlich niedrigem Wachstum des Bruttoinlandproduktes, geringer Wettbewerbsfähigkeit, hoher Arbeitslosigkeit und politischer Unsicherheit).

Bezüglich Italiens Bankensektor verschlechterte sich die Stimmung im zweiten Quartal aufgrund von Unsicherheiten gegenüber der Kapitalisierung, notleidender Kredite und der Ergebnisse des EBA Stresstests vom 29. Juli. Diskussionen in der EU bezüglich eines potenziellen Bailout-Risikos verstärken die Anspannungen zu einem Zeitpunkt, der Brexit-Befürworter und EU-Gegner ohnehin in ganz Europa erstarken lässt. Das Referendum über den Senat im Oktober stellt ein zusätzliches Risiko für die politische Stabilität dar. Weiterhin bestehen politische Unsicherheiten beispielsweise in Spanien, wo die Wahlen im Juni wiederum zu keiner Mehrheit im Parlament führten, oder in Griechenland, wo die Umsetzung des Rettungsplans mit eventuellen weiteren Risiken verbunden ist. Während die Erwartungen für das BIP Wachstum nach der Brexit-Entscheidung für einige EU-Länder bereits nach unten korrigiert wurden, wird für Griechenland ein positives Wachstum für 2016 vorausgesagt. Die Geldpolitik der Region wird voraussichtlich weiterhin sehr zurückhaltend sein.

Für die Darstellung unserer Engagements gegenüber ausgewählten Ländern der Eurozone verwenden wir zwei grundsätzliche Konzepte wie folgt:

- In unserer „Risikomanagement-Perspektive“ berücksichtigen wir das Sitzland der Konzernmutter und spiegeln die Kreditnehmereinheit wider. Darunter werden alle Kreditlinien an eine Gruppe von Kreditnehmern, die miteinander verbunden sind (zum Beispiel durch eine Einheit, die eine Mehrheit der Stimmrechte oder des Kapitals an einer anderen Einheit hält), unter einem Schuldner konsolidiert. Diese Gruppe von Kreditnehmern wird in der Regel dem Herkunftsland der jeweiligen Muttergesellschaft zugeordnet. Beispielsweise ist ein Darlehen an einen Geschäftspartner in Spanien ein spanisches Risiko aus Sicht des Sitzlandes der Gesellschaft, aber ein deutsches Risiko aus Risikomanagement-Perspektive, wenn die jeweilige Gegenpartei eine Muttergesellschaft mit Sitz in Deutschland hat, die nach dem oben genannten Prinzip mit einem Schuldner verbunden ist. Aufrechnungen im Derivategeschäft sowie Sicherungsgeschäfte und Kreditsicherheiten werden in der Risikomanagement-Perspektive berücksichtigt. Die Bewertung der Sicherheiten folgt denselben Methoden und Prinzipien wie an anderer Stelle in unserem Geschäftsbericht 2015 aufgezeigt. Ergänzend ordnen wir aus Sicht des Risikomanagements das Engagement gegenüber Zweckgesellschaften dem Sitzland der zugrunde liegenden Vermögenswerte und nicht dem Sitzland der Zweckgesellschaft zu. Zusätzliche Überlegungen gelten für strukturierte Produkte. Wenn beispielsweise ein strukturiertes Wertpapier von einer Zweckgesellschaft in Irland ausgegeben wird, wird es als ein irisches Risiko in der „Sitzland-Perspektive“ betrachtet, aber wenn die zugrunde liegenden Vermögenswerte, die das strukturierte Wertpapier besichern, deutsche Hypothekendarlehen sind, wären die Engagements als deutsches Risiko in der Risikomanagement-Perspektive enthalten.

- In unserer „Sitzland-Perspektive“ aggregieren wir das Kreditrisikoengagement unabhängig von jeglichen Verbindungen zu anderen Kreditnehmern auf Basis des Sitzlandes des Kreditnehmers oder im Falle von Kreditabsicherungen (CDS) nach den zugrunde liegenden Vermögensgegenständen zu den entsprechenden Ländern der Eurozone. Aus diesem Grund beziehen wir auch Kunden mit ein, deren Muttergesellschaft außerhalb dieser Länder ansässig ist, sowie Engagements mit Zweckgesellschaften, deren zugrunde liegende Vermögensgegenstände ihr Sitzland außerhalb dieser Länder haben.

Zusammengefasstes Nettoengagement gegenüber ausgewählten Ländern der Eurozone – Risikomanagement-Perspektive

in Mio €	30.6.2016	31.12.2015
Griechenland	595	473
Irland	3.659	2.809
Italien	14.283	13.269
Portugal	853	729
Spanien	10.995	8.884
Insgesamt	30.385	26.164

Das Nettoengagement erhöhte sich um 4,2 Mrd € seit Jahresende 2015. Dies ist hauptsächlich auf Erhöhungen in Italien, Spanien und Irland zurückzuführen, dabei im Wesentlichen auf kurzfristiges Liquiditätsexposure in Italien und Spanien, sowie ein erhöhtes Engagement gegenüber dem spanischen und irischen Staat. Das Engagement in Griechenland erhöht sich aufgrund der Wertanpassung von Sicherheiten im US-Dollar denominierten Schiffsfinanzierungsportfolio von 0,4 Mrd €. Das verbleibende Engagement in Höhe von 0,1 Mrd € wird unverändert eng begleitet.

Unser oben dargestelltes Engagement besteht hauptsächlich aus stark diversifizierten, risikoarmen Retail- Portfolios, Klein- und Mittelstandskunden in Italien und Spanien sowie stärkeren Unternehmen und diversifizierten Mittelstandskunden. Unser Engagement gegenüber Finanzinstituten ist vornehmlich auf größere Banken in Spanien und Italien ausgerichtet, die typischerweise besichert sind. Das Engagement gegenüber Staaten ist unserer Ansicht nach auf einem überschaubaren Niveau. Nicht beachtet wurde dabei ein grundsätzliches Ansteckungsrisiko nach einem Ausstieg Griechenlands aus dem Euro.

Die folgenden, auf der Sitzland-Perspektive basierenden Tabellen zeigen unsere Bruttonposition, der Anteil an nicht gezogenen Kreditlinien (ausgewiesen als „darunter“-Position) und unser Nettoengagement gegenüber diesen europäischen Ländern. Die Bruttonposition reflektiert unser Nettoengagement vor Berücksichtigung gekaufter Besicherung über Kreditderivate mit Referenz des zugrunde liegenden Vermögenswerts auf eines dieser Länder, erhaltener Garantien und Sicherheiten. Sicherheiten werden insbesondere in unserem Retail-Portfolio gehalten, aber auch gegenüber Finanzinstituten – vorwiegend in Bezug auf Nachschussvereinbarungen für Derivate – sowie Unternehmen. Zusätzlich reflektieren die Beträge auch die Wertberichtigungen für Kreditausfälle. Die Nettoengagements werden nach Berücksichtigung von gehaltenen Sicherheiten, erhaltenen Garantien und sonstigen Kreditrisikominderungen inklusive der nominalen Nettoposition aus gekauften beziehungsweise verkauften Kreditderivaten gezeigt. Die dargestellten Brutto- und Nettoforderungen an ausgewählte Länder der Eurozone beinhalten keine Tranchen von Kreditderivaten und Kreditderivate in Bezug auf unser Korrelationsgeschäft, die konstruktionsbedingt kreditrisikoneutral sein sollen. Die Tranchenstruktur sowie die Korrelationen dieser Positionen eignen sich außerdem nicht für eine disaggregierte Darstellung der Nominalwerte je Land, da zum Beispiel identische Nominalwerte unterschiedliche Risikostufen für verschiedene Tranchenebenen repräsentieren.

Bruttoposition, darin enthaltene nicht gezogene Kreditlinien und unser Nettoengagement gegenüber ausgewählten Ländern der Eurozone – Sitzland-Perspektive

in Mio €	Staat		Finanzinstitutionen		Unternehmen		Retail		Sonstige		Insgesamt	
	30.6. 2016	31.12. 2015	30.6. 2016	31.12. 2015	30.6. 2016	31.12. 2015	30.6. 2016	31.12. 2015	30.6. 2016	31.12. 2015	30.6. 2016 ¹	31.12. 2015
Griechenland												
Brutto	100	0	826	732	1.665	1.539	6	7	0	0	2.597	2.277
Nicht gezogen	0	0	25	23	76	118	0	0	0	0	101	142
Netto	94	0	231	237	93	95	1	1	0	0	420	333
Irland												
Brutto	961	459	1.098	998	9.889	8.752	34	35	3.698 ²	4.361 ²	15.680	14.605
Nicht gezogen	0	0	50	23	2.326	2.568	0	0	113 ²	393 ²	2.489	2.984
Netto	646	28	408	528	5.478	5.327	3	5	3.908 ²	4.347 ²	10.443	10.235
Italien												
Brutto	3.944	4.048	3.630	2.421	10.570	10.642	17.433	17.841	412	470	35.989	35.421
Nicht gezogen	29	25	78	73	4.618	4.622	172	148	41	24	4.937	4.892
Netto	925	507	1.891	754	6.956	7.093	7.193	6.989	409	448	17.374	15.792
Portugal												
Brutto	140	112	166	260	1.506	1.509	1.671	1.743	61	59	3.544	3.684
Nicht gezogen	0	0	19	22	244	210	26	25	0	0	289	258
Netto	241	64	118	181	1.106	1.111	165	202	61	59	1.692	1.616
Spanien												
Brutto	1.034	729	1.538	1.292	8.849	9.350	9.966	9.928	193	257	21.581	21.556
Nicht gezogen	0	0	219	203	3.940	4.235	291	298	9	14	4.459	4.750
Netto	1.109	757	595	516	6.862	6.838	1.948	1.872	359	476	10.873	10.458
Brutto insgesamt	6.179	5.348	7.258	5.703	32.479	31.792	29.111	29.553	4.364	5.147	79.392	77.544
Nicht gezogen	29	25	390	344	11.203	11.754	489	472	163	431	12.275	13.026
Netto insgesamt³	3.015	1.356	3.242	2.216	20.495	20.463	9.311	9.069	4.737	5.330	40.801	38.434

¹ Ungefähr 68 % des Gesamtengagements werden innerhalb der nächsten fünf Jahre fällig.

² Sonstige Engagements gegenüber Irland enthalten Engagements an Kreditnehmer, bei denen der Sitz der Konzernmutter außerhalb Irlands liegt, sowie Engagements gegenüber Zweckgesellschaften, deren zugrunde liegende Vermögenswerte von Kreditnehmern in anderen Ländern stammen.

³ Nettoposition insgesamt beinhaltet keine Bewertungsanpassungen für das Ausfallrisiko für Derivate in Höhe von 117 Mio € zum 30. Juni 2016 und 159 Mio € zum 31. Dezember 2015.

Das Nettoengagement insgesamt gegenüber den ausgewählten Ländern der Eurozone erhöhte sich in den ersten sechs Monaten im Jahr 2016 um 2,4 Mrd €. Der Anstieg resultierte aus steigenden Engagements in Italien und Spanien.

Aggregiertes Netto-Kreditrisikoengagement nach Finanzinstrumenten gegenüber Kunden mit Sitz in ausgewählten Staaten der Eurozone

in Mio €	30.6.2016						
	Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete Vermögenswerte			Zum beizulegenden Zeitwert bewertete Vermögenswerte	Zum beizulegenden Zeitwert bewertete Finanzinstrumente		
	Kredite vor Wertberichtigungen für Kreditausfälle	Kredite nach Wertberichtigungen für Kreditausfälle	Sonstige ¹	Zur Veräußerung verfügbare Vermögenswerte ²	Derivate	Sonstige	Insgesamt ³
Griechenland	146	118	238	0	93	10	459
Irland	3.688	3.688	2.491	1.434	1.289	1.461	10.362
Italien	11.961	11.177	3.835	714	3.635	1.229	20.591
Portugal	524	463	445	13	23	694	1.638
Spanien	5.291	4.679	3.108	946	356	1.021	10.110
Insgesamt	21.610	20.124	10.117	3.107	5.396	4.415	43.159

¹ Enthält überwiegend Eventualverbindlichkeiten und nicht in Anspruch genommene Kreditzusagen.

² Ohne Aktien und sonstige Kapitalbeteiligungen.

³ Nach Wertberichtigungen für Kreditausfälle.

31.12.2015

in Mio €	Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete Vermögenswerte			Zum beizu- legenden Zeit- wert bewertete Vermö- genswerte	Zum beizulegenden Zeitwert bewertete Finanzinstrumente		Insgesamt ³
	Kredite vor Wertberich- tigungen für Kreditausfälle	Kredite nach Wertberich- tigungen für Kreditausfälle	Sonstige ¹	Zur Veräußerung verfügbare Vermögens- werte ²	Derivate	Sonstige	
Griechenland	139	104	177	0	54	28	363
Irland	3.616	3.615	2.845	852	988	2.092	10.392
Italien	11.249	10.298	4.094	671	3.433	1.480	19.976
Portugal	604	545	392	12	39	776	1.763
Spanien	5.205	4.598	3.355	198	335	1.539	10.025
Insgesamt	20.813	19.160	10.863	1.733	4.849	5.915	42.520

¹ Enthält überwiegend Eventualverbindlichkeiten und nicht in Anspruch genommene Kreditzusagen.

² Ohne Aktien und sonstige Kapitalbeteiligungen.

³ Nach Wertberichtigungen für Kreditausfälle.

Die obigen Tabellen enthalten keine derivativen Kreditengagements, welche separat in der folgenden Tabelle dargestellt werden. Für unsere derivativen Kreditengagements in diesen Ländern der Eurozone zeigen wir Nominalwerte für gekaufte und verkaufte Sicherungsinstrumente als Bruttowerte und die resultierenden Nettonominalwerte sowie ihre beizulegenden Zeitwerte. Eine detailliertere Beschreibung über die Verwendung von Kreditderivaten, um unser Kreditrisiko zu steuern, befindet sich im entsprechenden Risikoabschnitt unseres Geschäftsberichts 2015.

Engagement in Kreditderivaten mit Sitz der Referenzaktiva in diesen europäischen Staaten

in Mio €	30.6.2016				31.12.2015			
	Eigene Verkäufer- position	Eigene Käufer- position	Netto- position	Beizu- legender Zeitwert netto	Eigene Verkäufer- position	Eigene Käufer- position	Netto- position	Beizu- legender Zeitwert netto
Griechenland	1.106	-1.144	-39	-8	1.144	-1.174	-31	-2
Irland	3.868	-3.787	81	231	3.332	-3.489	-157	4
Italien	47.849	-51.067	-3.218	-14	44.132	-48.316	-4.184	-35
Portugal	4.583	-4.529	54	8	4.497	-4.645	-147	23
Spanien	21.009	-20.246	763	-151	18.489	-18.056	433	-2
Insgesamt	78.415	-80.774	-2.359	65	71.594	-75.680	-4.086	-13

Kreditengagements gegenüber ausgewählten Ländern der Eurozone

Die nachfolgende Darstellung reflektiert eine Netto-Sitzland-Perspektive für das Kreditengagement gegenüber Staaten.

Kreditengagement gegenüber staatlichen Kreditnehmern ausgewählter Länder der Eurozone

in Mio €	30.6.2016				31.12.2015			
	Direktes Engagement gegenüber Staaten ¹	Nettonominalbetrag von auf Staaten referenzierten CDS	Nettokreditengagement gegenüber Staaten	Hinweis: Beizulegender Zeitwert von CDS auf das Engagement gegenüber Staaten (Nettoposition) ²	Direktes Engagement gegenüber Staaten ¹	Nettonominalbetrag von auf Staaten referenzierten CDS	Nettokreditengagement gegenüber Staaten	Hinweis: Beizulegender Zeitwert von CDS auf das Engagement gegenüber Staaten (Nettoposition) ²
Griechenland	100	-6	94	2	0	0	0	0
Irland	640	6	646	1	55	-28	28	1
Italien	3.867	-2.943	925	102	3.989	-3.482	507	36
Portugal	140	101	241	-10	112	-48	64	-9
Spanien	1.030	79	1.109	3	725	32	757	-12
Insgesamt	5.778	-2.762	3.015	98	4.881	-3.526	1.356	17

¹ Beinhaltet Schuldverschreibungen, klassifiziert als zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte/Verpflichtungen, als zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte sowie Kredite zu fortgeführten Anschaffungskosten.

² Die Beträge reflektieren den beizulegenden Netto-Zeitwert (im Sinne des Kontrahentenrisikos) von Kreditabsicherungen, die sich auf staatliche Verbindlichkeiten des jeweiligen Landes beziehen.

Der Anstieg des Nettokreditengagements um 1,7 Mrd € im Vergleich zum Jahresende 2015 resultiert hauptsächlich aus Änderungen des Engagements in Irland, Italien und Spanien. In Irland und Spanien erhöhte sich das Engagement hauptsächlich bei Schuldverschreibungen. Das Nettokreditengagement in Italien erhöhte sich größtenteils durch eine verringerte Netto-Position in gekauften Kreditausfallversicherungen (CDS).

Das oben abgebildete direkte Engagement gegenüber Staaten beinhaltet Bilanzwerte für staatliche Kredite, die zu fortgeführten Anschaffungswerten bewertet werden und sich zum 31. Juni 2016 für Italien auf 270 Mio € und für Spanien auf 460 Mio € belaufen (zum 31. Dezember 2015: für Italien 273 Mio € und für Spanien 478 Mio €).

Qualität von Vermögenswerten

Unsere Kreditinanspruchnahme in jeder der unter Beobachtung stehenden Branchen „Öl & Gas“, „Metalle, Bergbau & Stahl“ und „Schifffahrt“ beträgt weniger als 2 % im Verhältnis zum gesamten Kreditvolumen.

Unser Kreditvolumen in der Öl & Gas Branche beträgt rund 8 Mrd €. Rund 50 % unseres Kreditengagement ist Investment-Grade, hauptsächlich in den belastbareren Segmenten Ölkonzerne und staatliche Ölfirmen. Weniger als 25 % unseres Öl & Gas Kreditportfolio ist in Bereichen mit erhöhtem Risiko, die von niedrigem Ölpreis betroffen sind, zum Beispiel Sub-Investment-Grade in Exploration & Production (hauptsächlich besichert) und Öl & Gas Services & Equipment.

Unser Kreditvolumen in unserem Portfolio „Metalle, Bergbau und Stahl“ beträgt rund € 6 Mrd. Dieses Portfolio hat eine geringere Kreditqualität im Vergleich zum gesamten Kreditportfolio und hat eine Investment-Grade-Ratio von nur einem Drittel. Vergleichbar mit der Branchenstruktur ist ein wesentlicher Teil des Portfolios in Entwicklungsländern. Unsere Strategie ist, dieses Kreditportfolio angesichts der gestiegenen Risiken in der Branche zu reduzieren, insbesondere besteht ein Überangebot mit dem Ergebnis von Preis- und Margendruck.

Unser Kreditvolumen in der Schifffahrtsbranche beträgt rund 5 Mrd € und ist weitestgehend besichert. Das Portfolio ist diversifiziert über die Schiffstypen mit globalem Risikoprofil und diversifiziertem Einkommen, trotz der Tatsache, dass eine Mehrzahl der Kunden in Europa angesiedelt ist. Ein hoher Anteil des Portfolios ist Sub-Investment-Grade bewertet, um die andauernden, herausfordernden Marktbedingungen der letzten Jahre abzubilden. Das Exposure zu dem Deutschen „KG“-Sektor beträgt weniger als 10 % des gesamten Schiffsexposures.

Das veröffentlichte Kreditvolumen für die oben genannten Industrien basiert auf einer überarbeiteten Industrieklassifizierungsmethode. Es gab keine wesentlichen Veränderungen im Kreditvolumen innerhalb des Berichtszeitraums.

Das folgende Kapitel beschreibt die Qualität unserer Kredite. Alle Kredite, bei denen vorliegende Informationen über mögliche Kreditprobleme von Schuldern dazu führen, dass unser Management schwerwiegende Zweifel an der Einbringlichkeit der vertraglichen Verpflichtungen des Schuldners hat, sind in diesem Abschnitt enthalten.

Übersicht über nicht leistungsgestörte, überfällige, neuverhandelte und wertgeminderte Kredite nach Kundengruppen

in Mio €	30.6.2016			31.12.2015		
	Unternehmenskredite	Konsumentenkredite	Insgesamt	Unternehmenskredite	Konsumentenkredite	Insgesamt
Kredite weder überfällig noch neuverhandelt oder wertgemindert	239.264	182.152	421.416	237.758	182.306	420.064
Überfällige Kredite, nicht neuverhandelt oder wertgemindert	596	2.533	3.129	1.143	2.544	3.687
Neuverhandelte, nicht wertgeminderte Kredite	517	464	981	438	437	875
Wertgeminderte Kredite	4.298	3.064	7.362	4.532	3.619	8.151
Insgesamt	244.675	188.212	432.888	243.871	188.906	432.777

Wertgeminderte Kredite

Unser Kreditrisikomanagement beurteilt zu jedem Bilanzstichtag, ob objektive Hinweise auf eine Wertminderung eines Kredits oder einer Gruppe von Krediten vorliegen. Ein Kredit oder eine Gruppe von Krediten gilt als wertgemindert und ein Wertminderungsverlust als entstanden, wenn:

- objektive Hinweise auf eine Wertminderung infolge eines Verlustereignisses vorliegen, die nach der erstmaligen Erfassung des Finanzinstruments bis zum Bilanzstichtag eingetreten sind („Verlustereignis“). Bei unserer Beurteilung berücksichtigen wir entsprechend den Anforderungen in IAS 10 Informationen zu solchen Ereignissen, die uns bis zum Zeitpunkt vorliegen, an dem der Geschäftsbericht zur Veröffentlichung autorisiert wird;
- das Verlustereignis einen Einfluss auf die geschätzten zukünftigen Zahlungsströme des finanziellen Vermögenswerts oder der Gruppe finanzieller Vermögenswerte hatte;
- eine verlässliche Schätzung des Verlustbetrags zu jedem Berichtsstichtag vorgenommen werden kann.

Die Verlusteinschätzungen unseres Kreditrisikomanagements unterliegen einer regelmäßigen Prüfung, die in Zusammenarbeit mit Finance durchgeführt wird.

Wertminderungsverlust und Wertberichtigungen für Kreditausfälle

Bestehen Hinweise auf eine Wertminderung, wird der Wertminderungsverlust in der Regel auf Basis der diskontierten erwarteten künftigen Zahlungsströme unter Verwendung des ursprünglichen Effektivzinssatzes des Kredits ermittelt. Werden infolge finanzieller Schwierigkeiten des Kreditnehmers die Konditionen eines Kredits neu verhandelt oder auf sonstige Weise angepasst, ohne dass der Kredit ausgebucht wird, wird der Wertminderungsverlust auf der Grundlage des ursprünglichen Effektivzinssatzes vor Anpassung der Konditionen ermittelt. Wir reduzieren den Buchwert der wertgeminderten Kredite mittels einer Wertberichtigung und erfassen den Verlustbetrag in unserer Gewinn- und Verlustrechnung als Bestandteil der Risikovorsorge im Kreditgeschäft. Eine Erhöhung unseres Wertberichtigungsbestands für Kreditausfälle geht als Erhöhung der Wertberichtigung für Kreditausfälle in unsere Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung ein. Abschreibungen führen zu einer Ermäßigung des Wertberichtigungsbestands, während mögliche Eingänge auf abgeschriebene Kredite den Wertberichtigungsbestand erhöhen. Auflösungen von Wertberichtigungen, die als nicht mehr notwendig erachtet werden, führen zu einem entsprechenden Rückgang des Wertberichtigungsbestands und zu einer Reduzierung der Wertberichtigungen für Kreditausfälle in unserer Gewinn- und Verlustrechnung. Wenn wir feststellen, dass es keine realistische Aussicht auf Beitreibung mehr gibt, und sämtliche Sicherheiten liquidiert oder auf uns übertragen wurden, werden der Kredit und die zugehörige Wertberichtigung für Kreditausfälle abgeschrieben, wodurch der Kredit und die zugehörige Wertberichtigung für Kreditausfälle aus der Bilanz entfernt werden.

Wir beurteilen zunächst Kredite, die für sich gesehen bedeutsam sind, hinsichtlich der Frage, ob auf individueller Ebene objektive Hinweise auf eine Wertminderung vorliegen. Anschließend erfolgt eine kollektive Beurteilung für Kredite, die für sich gesehen nicht bedeutsam sind, und für Kredite, die zwar für sich gesehen bedeutsam sind, für die aber im Rahmen der Einzelbetrachtung kein Hinweis auf Wertminderung vorliegt.

Weitere Details zur Bestimmung des Wertminderungsverlusts und zu den Wertberichtigungen für Kreditausfälle sind in unserer Anhangangabe 1 „Wesentliche Rechnungslegungsgrundsätze und -einschätzungen“ in unserem Geschäftsbericht 2015 zu finden.

Wertgeminderte Kredite, Wertberichtigungsbestand für Kreditausfälle und Deckungsquoten der Geschäftsbereiche

in Mio €	30.6.2016			31.12.2015			Veränderung 2016 gegenüber 2015	
	Wertgeminderte Kredite	Wertberichtigungsbestand	Deckungsquote wertgeminderter Kredite in %	Wertgeminderte Kredite	Wertberichtigungsbestand	Deckungsquote wertgeminderter Kredite in %	Wertgeminderte Kredite	Deckungsquote wertgeminderter Kredite in %-Punkten
Global Markets	134	136	102 ¹	5	83	1.814	130	- 1.712
Corporate & Investment Banking	2.422	1.498	62	2.154	1.375	64	268	- 2
Private, Wealth and Commercial Clients	1.963	1.162	59	2.157	1.332	62	- 195	- 3
Deutsche Asset Management	0	1	0	0	1	0	0	0
Postbank	1.550	965	62	1.846	1.126	61	- 296	1
Non-Core Operations Unit	1.294	712	55	1.989	1.109	56	- 695	- 1
Davon: gem. IAS 39 in Forderungen aus dem Kreditgeschäft umgewidmete Aktiva	250	144	58	667	389	58	- 417	- 1
Consolidation & Adjustments and Other	0	0	0	0	0	0	0	0
Insgesamt	7.362	4.476	61	8.151	5.028	62	- 788	- 1

¹ Die wertgeminderten Kredite in Global Markets sind mehr als voll gedeckt durch den Wertberichtigungsbestand, da Letzterer kollektiv ermittelte Wertberichtigungen für nicht wertgeminderte Kredite beinhaltet.

Wertgeminderte Kredite nach Branchenzugehörigkeit

in Mio €	30.6.2016			31.12.2015		
	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt	Insgesamt	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt	Insgesamt
Finanzintermediation	107	3	110	150	5	155
Fondsmanagement	14	1	15	6	2	8
Verarbeitendes Gewerbe	506	199	705	498	215	712
Handel	403	194	597	275	222	497
Private Haushalte	304	2.322	2.626	332	2.931	3.263
Gewerbliche Immobilien	1.012	245	1.257	1.365	281	1.646
Öffentliche Haushalte	11	0	11	16	0	16
Sonstige ¹	1.837	204	2.041	1.594	260	1.854
Insgesamt	4.194	3.168	7.362	4.236	3.915	8.151

¹ Davon 'Transport, Lagerung und Kommunikation': wertgeminderte Kredite, insgesamt 916 Mio € (46 %), sowie 'Wohnimmobilien, Vermietung und verwandte Geschäftsbereiche'; wertgeminderte Kredite, insgesamt 525 Mio € (26 %). Der Rest verteilt sich über mehrere Branchen, wovon keine einen Anteil von 25 % oder mehr an den Gesamtwerten der Kategorie 'Sonstige' aufweist.

Wertgeminderte Kredite nach Regionen

in Mio €	30.6.2016			31.12.2015		
	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt	Insgesamt	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt	Insgesamt
Deutschland	1.351	1.346	2.697	1.362	1.642	3.004
Westeuropa (ohne Deutschland)	2.011	1.663	3.674	2.280	2.057	4.337
Osteuropa	49	143	193	76	179	255
Nordamerika	558	0	558	340	2	342
Mittel- und Südamerika	1	0	1	0	6	6
Asien/Pazifik	201	13	214	155	23	178
Afrika	23	1	24	21	5	26
Sonstige	2	0	2	2	0	2
Insgesamt	4.194	3.168	7.362	4.236	3.915	8.151

Entwicklung der wertgeminderten Kredite

in Mio €	Jan. – Jun. 2016			Gesamtjahr 2015		
	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt	Insgesamt	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt	Insgesamt
Bestand am Jahresanfang	4.236	3.915	8.151	4.990	4.359	9.348
Im Jahr als wertgemindert klassifiziert	1.048	628	1.676	898	1.176	2.073
Aufgehobene Wertminderungen im Jahr ¹	- 539	- 686	- 1.225	- 1.010	- 859	- 1.869
Abschreibungen	- 469	- 663	- 1.132	- 537	- 717	- 1.254
Verkäufe wertgeminderter Kredite	- 33	- 11	- 44	- 239	- 53	- 292
Wechselkursveränderungen/Sonstige	- 48	- 15	- 63	135	10	145
Bestand am Periodenende	4.194	3.168	7.362	4.236	3.915	8.151

¹ Unter Berücksichtigung von Rückzahlungen.

Im ersten Halbjahr 2016 reduzierten sich unsere wertgeminderten Kredite um 788 Mio € (10 %) auf 7,4 Mrd €, größtenteils verursacht durch unser kollektiv bewertetes Portfolio in PCC, Postbank und NCOU, weitestgehend in Zusammenhang mit Verkäufen. Der leichte Rückgang der einzeln bewerteten notleidenden Kredite reflektiert insbesondere Abschreibungen von nach IAS 39 reklassifizierten Krediten in der NCOU, die nahezu kompensiert wurden durch Anstiege in CIB und Global Markets, die unter anderem mit dem schwachen Marktumfeld in der Schifffahrtsbranche sowie den gesunkenen Rohstoffpreisen in den Branchen Metalle und Bergbau in Zusammenhang stehen.

Die Deckungsquote der wertgeminderten Kredite (definiert als Summe des in der Bilanz ausgewiesenen Wertberichtigungsbestands für Kreditausfälle für alle einzeln wertgeminderten oder kollektiv ermittelten Kredite im Verhältnis zu den gemäß IFRS wertgeminderten Krediten (ohne Berücksichtigung von Sicherheiten)) verringerte sich leicht von 62 % zum Jahresende 2015 auf 61 % zum 30. Juni 2016.

Unsere wertgeminderten Kredite enthielten 250 Mio € an reklassifizierten Krediten und Forderungen gemäß IAS 39. Diese Position reduzierte sich um 417 Mio € oder 63 % im Vergleich zum letzten Jahresende vornehmlich aufgrund von Abschreibungen.

Entwicklung der Risikovorsorge im Kreditgeschäft

Unsere Risikovorsorge im Kreditgeschäft besteht aus den Wertberichtigungen für Kreditausfälle sowie den Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft.

Veränderungen im Wertberichtigungsbestand

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	Jan. – Jun. 2016						Insgesamt
	Wertberichtigungen für Kreditausfälle			Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft			
	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt	Zwischen-summe	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt	Zwischen-summe	
Bestand am Jahresanfang	2.252	2.776	5.028	144	168	312	5.340
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	306	272	579	- 18	3	- 15	564
Davon: (Gewinne)/Verluste aus dem Abgang von wertgeminderten Krediten	4	- 14	- 11	0	0	0	- 11
Abschreibungen	- 455	- 598	- 1.053	0	0	0	- 1.053
Eingänge aus abgeschriebenen Krediten	17	65	82	0	0	0	82
Sonstige Veränderungen	39	- 117	- 78	- 8	- 3	- 10	- 88
Bestand am Periodenende	2.142	2.334	4.476	119	168	287	4.763
Veränderungen gegenüber Vorjahr							
Risikovorsorge im Kreditgeschäft							
In Mio €	179	56	235	- 34	- 6	- 41	195
In %	140	26	69	- 205	- 68	- 158	53
Nettoabschreibungen:							
In Mio €	- 233	- 271	- 504	0	0	0	- 504
In %	105	83	92	0	0	0	92

Der Wertberichtigungsbestand für Ausfälle im Kreditgeschäft betrug 4,8 Mrd € am 30. Juni 2016 im Vergleich zu 5,3 Mrd € zum Jahresende 2015. Dieser Rückgang wurde durch Abschreibungen verursacht, die teilweise durch neue Risikovorsorgen kompensiert wurden.

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft erhöhte sich um 195 Mio € im Vergleich zum ersten Halbjahr 2015, verursacht durch den Anstieg der Risikovorsorge für Kreditausfälle um 235 Mio € und teilweise kompensiert durch einen Rückgang der Risikovorsorge für außerbilanzielle Verpflichtungen aus dem Kreditgeschäft in Höhe von 41 Mio €. Der Anstieg der Risikovorsorge in unserem Portfolio einzeln bewerteter Kredite resultiert hauptsächlich aus CIB und Global Markets, verursacht durch die anhaltende Marktschwäche im Schifffahrtssektor sowie die geringeren Rohstoffpreise in den Branchen Metalle und Bergbau. Der Anstieg der Risikovorsorge für Kreditausfälle in unserem kollektiv bewerteten Portfolio wurde durch IAS 39 reklassifizierte Kredite in der NCOU verursacht und teilweise kompensiert durch Reduktionen in PWCC und Postbank, was unter anderem auf unsere gute Portfolioqualität sowie das gute wirtschaftliche Umfeld zurückzuführen war. Der Rückgang der Risikovorsorge für außerbilanzielle Verpflichtungen aus dem Kreditgeschäft resultiert insbesondere aus CIB und reflektiert Auflösungen aufgrund der Ziehung von weniger Garantien, was zu einer vergleichbaren Erhöhung der Risikovorsorge aus dem Kreditgeschäft führte.

Der Anstieg der Abschreibungen im Vergleich zu den ersten sechs Monaten des Vorjahres um 504 Mio € resultiert insbesondere aus Verkäufen in PCC International und Postbank sowie aus nach IAS 39 reklassifizierten Krediten in der NCOU.

Unsere Wertberichtigung für Kreditausfälle, die gemäß IAS 39 umklassifiziert wurden und in der NCOU berichtet werden, betrug 144 Mio € zum 30. Juni 2016 und damit 3 % unserer gesamten Wertberichtigungen für Kreditausfälle, ein Rückgang um 63 % gegenüber 389 Mio € zum Jahresende 2015 (8 % unserer gesamten Wertberichtigungen für Kreditausfälle). Dieser Rückgang resultierte hauptsächlich aus Nettoabschreibungen in Höhe von 281 Mio €, teilweise kompensiert von zusätzlicher Risikovorsorge in Höhe von 66 Mio €.

Im Vergleich zu den ersten sechs Monaten 2015 erhöhte sich die Risikovorsorge für Kreditausfälle für nach IAS 39 umklassifizierte Vermögenswerte um 91 Mio €, hauptsächlich verursacht durch unsere European-Mortgage-Portfolios. Die Nettoabschreibungen erhöhten sich um 163 Mio €, insbesondere verursacht durch ein großes Engagements in unserem European Mortgage Portfolio.

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	Jan. – Jun. 2015						Insgesamt
	Wertberichtigungen für Kreditausfälle			Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft			
	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt	Zwischen-summe	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt	Zwischen-summe	
Bestand am Jahresanfang	2.364	2.849	5.212	85	141	226	5.439
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	127	216	343	17	9	26	369
Davon: (Gewinne)/Verluste aus dem Abgang von wertgeminderten Krediten	-31	-43	-74	0	0	0	-74
Nettoabschreibungen:	-222	-327	-549	0	0	0	-549
Abschreibungen	-246	-391	-637	0	0	0	-637
Eingänge aus abgeschriebenem Krediten	24	64	88	0	0	0	88
Sonstige Veränderungen	24	8	32	3	8	11	43
Bestand am Periodenende	2.293	2.746	5.039	104	159	263	5.302
Veränderungen gegenüber Vorjahr							
Risikovorsorge im Kreditgeschäft							
In Mio €	-63	-67	-131	4	0	4	-127
In %	-33	-24	-28	32	-4	17	-26
Nettoabschreibungen:							
In Mio €	418	-143	275	0	0	0	275
In %	-65	78	-33	0	0	0	-33

Marktrisiko

Marktrisiko der Handelsportfolios (ohne Postbank)

Die nachfolgende Tabelle zeigt den Value-at-Risk unserer Handelsbereiche mit einem Konfidenzniveau von 99 % und einer Haltedauer von einem Tag.

Value-at-Risk der Handelsbereiche nach Risikoarten

in Mio €	Insgesamt		Diversifikations- effekt		Zins- risiko		Credit-Spread Risk		Aktienkurs- risiko		Währungs- risiko ¹		Rohwarenpreis- risiko	
	2016	2015	2016	2015	2016	2015	2016	2015	2016	2015	2016	2015	2016	2015
Durchschnitt ²	36,9	43,3	-33,6	-40,9	19,3	20,3	27,3	30,9	11,1	16,6	11,9	15,0	0,8	1,3
Maximum ²	46,5	65,6	-42,2	-59,2	28,7	30,2	31,9	40,3	17,6	28,3	16,4	25,0	3,3	4,0
Minimum ²	30,4	28,7	-26,5	-31,0	14,9	16,2	24,4	24,0	7,1	9,2	6,4	6,0	0,3	0,5
Perioden- ende ³	30,6	33,3	-37,8	-38,8	20,8	18,3	26,9	26,2	9,9	11,7	9,9	15,1	1,0	0,9

¹ Beinhaltet Value-at-Risk für Gold- und andere Edelmetallpositionen.

² Die Werte geben die Schwankungsbreiten an, innerhalb deren sich die Werte während der Periode vom 1. Januar 2016 bis zum 30. Juni 2016 beziehungsweise im Gesamtjahr 2015 bewegten.

³ Angaben für 2016 zum 30. Juni 2016 und Angaben für 2015 zum 31. Dezember 2015.

Der durchschnittliche Value-at-Risk innerhalb der ersten sechs Monate 2016 betrug 36,9 Mio €, ein Rückgang von 6,4 Mio € verglichen mit dem Kalenderjahr 2015. Der Rückgang des Durchschnittswertes war getrieben durch Rückgänge im Aktienkursrisiko, Credit-Spread-Risiko und Währungsrisiko, resultierend aus dem allgemeinen Rückgang von direktonalem Exposure über die verschiedenen Risikoklassen hinweg im Durchschnitt verglichen mit dem Kalenderjahr 2015.

In den ersten sechs Monaten 2016 erzielten unsere Handelsbereiche an 88 % der Handelstage einen positiven Ertrag gegenüber 91 % im Kalenderjahr 2015.

Aufsichtsrechtliche Kennzahlen zum handelsbezogenen Marktrisiko

Stress-Value-at-Risk

Die folgende Tabelle zeigt den Stress-Value-at-Risk (mit einem Konfidenzniveau von 99 % und einer Haltedauer von einem Tag) unserer Handelsbereiche.

Stress-Value-at-Risk nach Risikoarten¹

in Mio €	Insgesamt		Diversifikations- effekt		Zins- risiko		Credit-Spread Risk		Aktienkurs- risiko		Währungs- risiko ²		Rohwarenpreis- risiko	
	2016	2015	2016	2015	2016	2015	2016	2015	2016	2015	2016	2015	2016	2015
Durchschnitt ³	93,2	105,1	-77,1	-114,5	52,7	60,7	82,4	106,7	18,0	22,8	16,0	26,7	1,2	2,5
Maximum ³	121,5	135,7	-128,1	-186,7	82,5	84,2	99,3	154,5	82,0	68,7	30,4	59,8	3,9	7,6
Minimum ³	70,1	82,4	-53,4	-71,7	39,4	45,1	71,1	82,6	2,4	0,1	5,9	5,7	0,4	0,7
Perioden- ende ⁴	77,2	106,3	-64,1	-98,0	51,2	45,5	73,7	90,9	6,9	44,1	7,7	22,6	1,6	1,2

¹ Ende März 2015 wurde der Aggregierungsansatz von bestimmten Komponenten verbessert, woraus sich ein Rückgang im Credit-Spread-Stress-Value-at-Risk ergab.

² Beinhaltet Stressed-Value-at-Risk für Gold- und andere Edelmetallpositionen.

³ Die Werte geben die Schwankungsbreiten an, innerhalb deren sich die Werte während der Periode vom 1. Januar 2016 bis zum 30. Juni 2016 beziehungsweise im Gesamtjahr 2015 bewegten.

⁴ Angaben für 2016 zum 30. Juni 2016 und Angaben für 2015 zum 31. Dezember 2015.

Der durchschnittliche Stress-Value-at-Risk in den ersten sechs Monaten 2016 betrug 93,2 Mio €, ein Rückgang von 11,9 Mio € gegenüber dem Durchschnitt für das Jahr 2015. Der Rückgang des durchschnittlichen Stress-Value-at-Risk resultierte aus dem Rückgang des directionellen Exposures über die Wertpapierklassen hinweg.

Inkrementeller Risikoaufschlag (Incremental Risk Charge, „IRC“)

Zum Zweck der aufsichtsrechtlichen Berichterstattung repräsentiert der Inkrementelle Risikoaufschlag den jeweils höheren Wert aus dem Stichtags- oder dem Durchschnittswert der letzten zwölf Wochen vor dem Stichtag. Der Inkrementelle Risikoaufschlag für die in der nachstehenden Tabelle aufgeführten Berichtstage ist der Stichtagswert sowie der Durchschnitts-, Maximum- und Minimumwert für den Zeitraum von zwölf Wochen vor dem jeweiligen Stichtag.

Inkrementeller Risikoaufschlag der Handelsbereiche (mit einem Konfidenzniveau von 99,9 % und einem Anlagehorizont von einem Jahr)^{3,4,5}

in Mio €	Insgesamt		Non-Core Operations Unit		Global Credit Trading		Core Rates		Fixed Income & Currencies APAC		Emerging Markets - Debt		Sonstige	
	2016	2015	2016	2015	2016	2015	2016	2015	2016	2015	2016	2015	2016	2015
Durchschnitt ¹	931,5	974,9	10,2	17,5	377,3	539,3	188,8	105,6	222,5	159,6	156,8	235,2	-24,0	-82,4
Maximum ¹	1.008,7	1.020,8	14,7	84,7	413,5	692,8	214,6	178,9	321,2	350,7	183,0	299,7	-10,2	-52,1
Minimum ¹	898,1	843,8	1,3	-4,8	347,9	435,0	149,0	50,2	167,3	112,6	137,5	144,2	-38,5	-128,4
Perioden-ende ²	916,7	843,8	12,9	2,8	372,8	435,0	213,9	90,0	200,7	119,8	141,3	264,4	-24,8	-68,2

¹ Die Werte wurden auf Basis eines Zeitraums von zwölf Wochen berechnet, welcher dem 30. Juni 2016 beziehungsweise dem 31. Dezember 2015 vorausging.

² Angaben für 2016 zum 30. Juni 2016 und Angaben für 2015 zum 31. Dezember 2015.

³ Die Aufteilung auf die Geschäftsfelder wurde für das Reporting in 2016 angepasst, um die aktuelle Geschäftsstruktur besser abzubilden.

⁴ Alle Liquiditätshorizonte betragen 12 Monate.

⁵ Spot-Wert, Durchschnitts- und Maximumwerte zum Jahresende 2015 berechnen sich aus dem Spot und Aufschlag des IRC-Bestandes.

Der Inkrementelle Risikoaufschlag zum Ende der ersten sechs Monate des Jahres 2016 betrug 917 Mio € und erhöhte sich um 73 Mio € (9 %) verglichen mit dem Jahresende 2015. Der Zwölf-Wochen-Durchschnitt des Inkrementellen Risikoaufschlags für die ersten sechs Monate 2016 belief sich auf 932 Mio € und lag damit 43 Mio € (4 %) unter dem Zwölf-Wochen-Durchschnitt für die am 31. Dezember 2015 endende Periode. Der Rückgang des durchschnittlichen IRC-Aufschlags ist konsistent mit dem Trend eines allgemein niedrigeren Risikoniveaus hauptsächlich in den Geschäftsfeldern „Global Credit Trading“ und „Emerging Market Debt“ über die sechs Monate in 2016 gegenüber dem Kalenderjahr 2015.

Umfassender Risikoansatz (Comprehensive Risk Measure, „CRM“)

Zum Zweck der aufsichtsrechtlichen Berichterstattung entspricht der Umfassende Risikoansatz für die jeweiligen Berichtsstichtage dem höheren Wert aus dem Tageswert an den Berichtstagen, dem Durchschnittswert während der vorhergegangenen zwölf Wochen sowie dem Minimumwert (Floor). Dieser Minimumwert beträgt 8 % des äquivalenten Kapitalabzugs nach dem Verbriefungsrahmenwerk.

Umfassender Risikoansatz der Handelsbereiche (mit einem Konfidenzniveau von 99,9 % und einem Anlagehorizont von zwölf Monaten)^{3,4}

in Mio €	2016	2015
Durchschnitt ¹	245,7	188,4
Maximum ¹	284,0	197,3
Minimum ¹	209,4	180,3
Periodenende ²	201,1	190,2

¹ Der Wert für den aufsichtsrechtlichen Umfassenden Risikoansatz wurde auf Basis eines Zeitraums von zwölf Wochen berechnet, der am 30. Juni 2016 beziehungsweise am 31. Dezember 2015 endete.

² „Spot“-Betrag des internen Modells auf Basis des Umfassenden Risikoansatzes zum Periodenende.

³ Zum Ende des Monats Juni 2016 enthält der Umfassende Risikoansatz Add-ons, welche Worst-Stress-Test-Verluste, die das Resultat aus dem internen Modell übersteigen, kapitalisieren.

⁴ Alle Liquiditätshorizonte betragen 12 Monate.

Der Umfassende Risikoansatz am Periodenende der ersten sechs Monate im Jahr 2016 betrug 201 Mio € und erhöhte sich um 11 Mio € (6 %) gegenüber dem Jahresende 2015. Der Zwölf-Wochen-Durchschnitt unseres regulatorischen Umfassenden Risikoansatzes für die ersten sechs Monate 2016 betrug 246 Mio € und lag damit um 57 Mio € (30 %) über dem Zwölf-Wochen-Durchschnittswert für die am 31. Dezember 2015 endende Periode. Die Erhöhung erfolgte aufgrund der Anforderung, Stress Test Verluste, welche das Ergebnis des internen Modells für den umfassenden Risikoansatz übersteigen, zu kapitalisieren und der Einführung von Korrelationsschocks für die FTD/NTD-Korrelationen zum Ende des Monats März 2016. Diese Erhöhung wurde teilweise durch kontinuierliche Risikoreduzierung in der Sparte Non-Core Operations Unit aufgefangen.

Marktrisiko-Standardansatz (Market Risk Standardized Approach, „MRSA“)

Zum 30. Juni 2016 führten Verbriefungspositionen, für die das spezifische Zinsrisiko gemäß dem Marktrisiko-Standardansatz berechnet wird, zu Eigenkapitalanforderungen in Höhe von 615,7 Mio €, die risikogewichteten Aktiva in Höhe von 7,7 Mrd € entsprachen. Zum 31. Dezember 2015 erzeugten diese Positionen Eigenkapitalanforderungen von 811 Mio € mit entsprechenden risikogewichteten Aktiva in Höhe von 10,1 Mrd €.

Die Eigenkapitalanforderungen für nth-to-Default-Derivate verringerten sich auf 3,7 Mio €, was risikogewichteten Aktiva in Höhe von 46,8 Mio € entsprach, verglichen mit 6 Mio € und 78 Mio € zum 31. Dezember 2015.

Des Weiteren beliefen sich die Eigenkapitalanforderungen für Investmentanteile im Marktrisiko-Standardansatz zum 30. Juni 2016 auf 60 Mio €, was risikogewichteten Aktiva in Höhe von 755 Mio € entsprach, im Vergleich zu 70 Mio € und 873 Mio € zum 31. Dezember 2015.

Die Eigenkapitalanforderungen für das Langlebigkeitsrisiko im Marktrisiko-Standardansatz betragen 35 Mio € zum 30. Juni 2016, was risikogewichteten Aktiva in Höhe von 440 Mio € entsprach, im Vergleich zu 36 Mio € und 451 Mio € zum 31. Dezember 2015.

Marktrisiko des Handelsbuchs der Postbank

Der Value-at-Risk des Postbank-Handelsbuchs betrug bei einem Konfidenzniveau von 99 % und einer Haltedauer von einem Tag 0 € am 30. Juni 2016 sowie am 31. Dezember 2015. Die derzeitige Handelsbuch-Strategie der Postbank erlaubt keine neuen Handelsaktivitäten in Bezug auf das Handelsbuch. Daher enthielt das Handelsbuch der Postbank zum 30. Juni 2016 sowie am 31. Dezember 2015 keine Positionen. Gleichwohl wird die Postbank als Handelsbuchinstitut klassifiziert.

Operationelle Risiken

In den ersten sechs Monaten 2016 waren unsere operationellen Risikoverluste vorwiegend durch Verluste aus Rechtsstreitigkeiten und durch Rückstellungen für Rechtsstreitigkeiten bestimmt, die den Großteil unserer operationellen Risiken ausmachen. Da Verluste aus Rechtsstreitigkeiten einen Anteil von 90 % der operationellen Risikoverluste einnehmen, ist der überwiegende Teil des regulatorischen und ökonomischen Kapitalbedarfs für operationelle Risiken durch Rechtsrisiken bedingt. Für einen Überblick über unsere bestehenden rechtlichen und regulatorischen Verfahren verweisen wir auf das Kapitel „Laufende Einzelverfahren“ in diesem Zwischenbericht. Unsere nicht auf Rechtsstreitigkeiten beruhenden operationellen Risikoverluste waren höher als in den ersten sechs Monaten 2015. Der Ausblick für das verbleibende Jahr bleibt aufgrund des rechtlichen und regulatorischen Umfeldes, das sich unseres Erachtens weiterhin auf unser Geschäft auswirken wird, verhalten.

Unser operationelles Risikomanagement unterstützt die zukunftsorientierte Steuerung unseres operationellen Risikos durch die Überwachung der potenziellen Gewinn- und Verlustsituation auf Basis von regulären Überprüfungen von Rechtsrisiken, Trendanalysen zu eingetretenen Verlusten und Risikoidikatoren.

Dies kommt insbesondere im Management und in der Messung unserer Rechtsrisiken zur Geltung. Wir nutzen hierzu sowohl interne als auch externe Datenquellen, um Entwicklungen spezifisch für die Deutsche Bank wie auch für die Finanzindustrie im Allgemeinen beurteilen zu können. Die Messung unserer Rechtsrisiken bildet den mehrjährigen Charakter von Rechtsstreitigkeiten zudem durch Berücksichtigung der zunehmenden Informationssicherheit in den unterschiedlichen Phasen von Rechtsstreitigkeiten ab.

Wir messen operationelle Risiken inklusive Rechtsrisiken, indem wir den maximalen Verlustbetrag bestimmen, der unter Annahme einer bestimmten Wahrscheinlichkeit nicht überschritten wird. Dieser maximale Verlustbetrag beinhaltet eine Komponente, die aufgrund der IFRS Bestimmungen in unserem Finanzbericht ausgewiesen ist, sowie eine Komponente, die als regulatorischer und ökonomischer Kapitalbedarf ausgedrückt wird und nicht als Rückstellungen in unserem Finanzbericht dargestellt werden.

- Die Verluste aus Rechtsrisiken, welche die Bank mit einer Wahrscheinlichkeit von über 50 % erwartet, sind in unserem Finanzbericht beschrieben. Diese Verluste beinhalten Veränderungen von Rückstellungen auf neue oder existierende Verluste, soweit diese wahrscheinlich und schätzbar sind, nach Maßgabe von IAS 37. Für einen Überblick über unsere bestehenden rechtlichen und regulatorischen Verfahren verweisen wir auf das Kapitel „Laufende Einzelverfahren“ in diesem Bericht.
- Die Rechtsrisiken, die nicht als Rückstellungen in unserem Finanzbericht ausgewiesen werden, da diese nicht den IAS 37 Bestimmungen unterliegen, werden als „regulatorischer und ökonomischer Kapitalbedarf“ angegeben. Wir berechnen und messen den aufsichtsrechtlichen und ökonomischen Kapitalbedarf für operationelle Risiken inklusive des Rechtsrisikos mittels des „Advanced Measurement Approach (AMA)“-Ansatzes. Das AMA-Modell berechnet den regulatorischen Kapitalbedarf für ein Konfidenzniveau von 99,9 %; für den ökonomischen Kapitalbedarf werden 99,98 % angesetzt.

Um die Verluste aus Rechtsstreitigkeiten in unserem AMA-Modell zu quantifizieren, berücksichtigen wir historische Verluste, Rückstellungen, Eventualverbindlichkeiten und Legal Forecasts. Legal Forecasts sind üblicherweise als Spannen möglicher Verlusthöhen aus laufenden Verfahren, die nicht als wahrscheinlich, aber denkbar eingestuft werden. Denkbare Verluste aus Rechtsstreitigkeiten können aus anhängigen und auch künftigen Verfahren resultieren, welche auf Bewertungen unserer Rechtsexperten basieren und jedes Quartal überprüft werden.

Im Vorgriff auf eine Modellverbesserung, die wir bei der deutschen Aufsichtsbehörde BaFin im Jahre 2014 gestellt haben, berücksichtigen wir die Legal Forecasts bereits heute in unserem „Relevant Loss Data“-Set, welches in das AMA-Modell eingeht. Hierbei sind die Legal Forecasts nicht auf den Jahreshorizont der Kapitalberechnung beschränkt, sondern werden unter der konservativen Annahme einer frühen Beilegung voll angerechnet, womit ihr mehrjähriger Charakter berücksichtigt wird. Diese proaktive Berücksichtigung führt zu einem Anstieg des Kapitalbedarfs gegenüber unserem bereits durch die BaFin genehmigten Modell.

Liquiditätsrisiko

Zusammensetzung unserer externen Finanzierungsquellen in Milliarden Euro sowie als prozentualer Anteil an den externen Finanzierungsquellen insgesamt

in Mrd € (sofern nicht anders angegeben)	30.6.2016		31.12.2015	
Kapitalmarktmissionen und Eigenkapital	208	21 %	212	22 %
Privatkunden	307	31 %	312	32 %
Transaction Banking	195	20 %	197	20 %
Sonstige Kunden ¹	71	7 %	81	8 %
Unbesicherte Wholesale Refinanzierung	62	6 %	60	6 %
Besicherte Refinanzierung und Shortpositionen	147	15 %	110	11 %
Finanzierungsvehikel ²	3	0 %	4	0 %
Externe Finanzierungsquellen insgesamt	992	100 %	976	100 %

¹ „Sonstige Kunden“ enthält treuhänderische, sich selbst finanzierende Strukturen (zum Beispiel X-Markets), Margen/Barguthaben aus dem Prime-Brokerage-Geschäft (netto).

² Enthält ABCP-Conduits.

Hinweis: Zum Abgleich zur Bilanzsumme sind zu berücksichtigen: Derivate- und Abwicklungssalden 672,1 Mrd € (527,7 Mrd €), Nettingeffekte für Margin- und Prime-Brokerage-Barsalden (auf Nettobasis) 86,1 Mrd € (71,1 Mrd €) und sonstige nicht der Refinanzierung dienende Verbindlichkeiten 52,7 Mrd € (54,3 Mrd €), jeweils zum 30. Juni 2016 und zum 31. Dezember 2015.

Der Anstieg von 37,2 Mrd € im Bereich besicherte Refinanzierung und Shortpositionen in den ersten sechs Monaten des Jahres 2016 spiegelt ein erhöhtes Geschäftsvolumen im Vergleich zum niedrigen Jahresendniveau wider. Der Rückgang um 10,5 Mrd € bei Sonstigen Kunden und um 4,5 Mrd € bei den Einlagen von Privatkunden (inklusive Einlagen von Vermögensverwaltungskunden) wurde teilweise verursacht durch saisonbedingten Schwankungen und durch einem anhaltenden Fokus, die Profitabilität durch Verringerung der Einlagen aus nicht operationeller Geschäftstätigkeit zu erhöhen. Der Rückgang um 4,4 Mrd € im Bereich Kapitalmarktmissionen und Eigenkapital zeigt ein erhöhtes Volumen von Fälligkeiten, die die Emissionsaktivitäten übersteigen und die Wirkung aus dem öffentlichen Rückkaufangebot. Effekte in den Fremdwährungswechselkursen leisten einen Beitrag zum Rückgang in den meisten Refinanzierungsquellen.

Im zweiten Quartal 2016 haben wir Mittel in Höhe von 11,1 Mrd € zu einem durchschnittlichen Spread über dem 3-Monats-Euribor von 120 Basispunkten (alle Nicht-Euro-Refinanzierungsspreads wurden in den entsprechenden 3-Monats-Euribor umklassifiziert), mit einer durchschnittlichen Laufzeit von 5,9 Jahren aufgenommen. Insgesamt haben wir im ersten Halbjahr 2016 Mittel in Höhe von 20,2 Mrd € im Rahmen eines Gesamtrefinanzierungsplans für 2016 von 30 Mrd €, aufgenommen, was einer Erfüllungsquote von 67 % entspricht, 17 Prozentpunkte über dem anteiligen Jahreswert. Der ursprüngliche Refinanzierungsplan von bis zu 35 Mrd € wurde auf 30 Mrd € reduziert, was unsere verbesserte Liquiditätsposition und die Nutzung von alternativen Refinanzierungsquellen widerspiegelt. Der durchschnittliche Spread in den ersten sechs Monaten des Jahres 2016 über dem 3-Monats-Euribor war 109 Basispunkte mit einer durchschnittlichen Laufzeit von 6,7 Jahren. Die bedeutendsten Transaktionen in diesem Zeitraum war eine Senior Unsecured 3,6 Mrd US-\$-Triple-Tranchen Emission aufgeteilt in eine 1,6 Mrd US-\$ Tranche mit festem Zinssatz und einer 0,5 Mrd US-\$-Tranche mit variablem Zinssatz und einer Laufzeit von drei Jahren und einer 1,5 Mrd US-\$-Tranche mit festem Zinssatz und einer Laufzeit von fünf Jahren, eine unbesicherte Benchmark-Emission in Höhe von

1,75 Mrd € und einer Laufzeit von zwei Jahren und einer 0,5 Mrd € großen Pfandbrief-Emission mit einer Laufzeit von zehn Jahren. Für das restliche Jahr beabsichtigen wir, den Rest unserer Anforderungen durch eine Vielzahl von Möglichkeiten einschließlich Emissionen gezielt an Privatanleger, Privatplatzierungen mit institutionellen Investoren und weiteren öffentlichen Benchmark-Emissionen sicherzustellen.

Regelmäßige Stresstestanalysen stellen sicher, dass wir zu jeder Zeit ausreichende Barreserven und liquide Aktiva zur Verfügung haben, um eine potenzielle Finanzierungslücke schließen zu können, die in einem kombinierten idiosynkratischen und marktbezogenen Stressszenario auftreten kann. Zu diesem Zweck halten wir Liquiditätsreserven vor, die verfügbare Barmittel und Barmitteläquivalente, hochliquide Wertpapiere (unter anderem Staatsanleihen, von Staaten garantierte Anleihen und Anleihen staatlicher Einrichtungen) sowie weitere unbelastete und zentralbankfähige Vermögenswerte umfassen. Das Volumen der Liquiditätsreserve ist eine Funktion des erwarteten Stresstest-Ergebnisses, sowohl auf einer aggregierten als auch auf einer individuellen Währungsebene. Wenn wir zunehmend kurzfristige Wholesale-Verbindlichkeiten erhalten, die einen hohen Liquiditätsabfluss unter Stress mit sich bringen, so halten wir diese Liquidität zur Absicherung überwiegend in Barmitteln oder hochliquiden Wertpapieren. Somit schwankt das Gesamtvolumen der Liquiditätsreserven mit den erhaltenen kurzfristigen Wholesale-Verbindlichkeiten, obwohl dies keine materiellen Auswirkungen auf unsere Gesamtliquiditätsposition unter Stress hat. Liquiditätsreserven beinhalten nur Aktiva, die innerhalb des Konzerns frei übertragbar sind oder zur Schließung von Liquiditätsabflüssen in lokalen Geschäftseinheiten verwendet werden können. Diese Reserven werden in den wichtigsten Währungen und an den Hauptstandorten gehalten, an denen die Bank aktiv ist. Die überwiegende Mehrheit unserer Liquiditätsreserven wird zentral auf Gruppenebene oder in unseren ausländischen Niederlassungen gehalten. Die Größe und Zusammensetzung der Liquiditätsreserven unterliegt einer regelmäßigen Überprüfung durch die Geschäftsführung. Die angewandten Sicherheitsabschläge spiegeln unsere Annahmen des aktuellen Liquiditätswerts wider, der primär durch besicherte Refinanzierung erzielt werden könnte, und berücksichtigen die Erfahrungen, die in den besicherten Refinanzierungsmärkten unter Stress gemacht wurden.

Zusammensetzung unserer Liquiditätsreserven nach Muttergesellschaft (inklusive Zweigstellen) und Tochtergesellschaften

in Mrd €	30.6.2016		31.12.2015	
	Buchwert	Liquiditätswert	Buchwert	Liquiditätswert
Verfügbare Barsalden und Äquivalente (vorwiegend bei Zentralbanken)	125	125	98	98
Muttergesellschaft (inklusive Auslandsfilialen)	96	96	75	75
Tochtergesellschaften	29	29	23	23
Hochliquide Wertpapiere (enthalten Staatsanleihen, von Staaten garantierte Anleihen und Anleihen staatlicher Einrichtungen)	74	67	100	94
Muttergesellschaft (inklusive Auslandsfilialen)	62	58	78	73
Tochtergesellschaften	12	9	22	21
Sonstige unbelastete zentralbankfähige Wertpapiere	24	15	17	13
Muttergesellschaft (inklusive Auslandsfilialen)	19	12	14	11
Tochtergesellschaften	5	3	3	2
Gesamte Liquiditätsreserven	223	207	215	205
Muttergesellschaft (inklusive Auslandsfilialen)	177	166	167	159
Tochtergesellschaften	46	41	48	46

Während der ersten sechs Monate des Jahres 2016 stiegen unsere Liquiditätsreserven um 7,9 Mrd € oder 4 % gegenüber dem Jahresende 2015.

Unsere gestresste Netto-Liquiditätsposition (Stressed Net Liquidity Position, „sNLP“) stellt den Liquiditätsüberschuss der vorhandenen Liquiditätsreserven und anderer Liquiditätseingänge in den Geschäftsbereichen gegenüber unserem gestressten Liquiditätsbedarf unter unserem kombinierten Liquiditätsstress-Szenario dar, das sowohl Markt- als auch institutsspezifische Liquiditätsstress-Ereignisse berücksichtigt. Die sNLP wird als eine der wichtigen Risikokennzahlen der Bank überwacht. Unsere sNLP lag zum 30. Juni 2016 bei 29 Mrd € (vorläufige Schätzung; zum 31. Dezember 2015 war die sNLP 46 Mrd €). Die sNLP schwankt aufgrund von Geschäftsaktivitäten, Marktereignissen und ebenfalls aufgrund von Änderungen an unseren internen Methodenannahmen. Unser interner Risikoappetit zielt darauf ab, einen positiven Liquiditätsüberschuss von mindestens 5 Mrd € zu haben.

Mindestliquiditätsquote (Liquidity Coverage Ratio – LCR)

Finalisiert vom Baseler Ausschuss im Januar 2013, soll die LCR die kurzfristige Widerstandsfähigkeit des Liquiditätsrisikoprofils einer Bank über einen Zeitraum von 30 Tagen in Stressszenarien unterstützen. Die Quote ist definiert als der Betrag des Volumens liquider Vermögenswerte mit hoher Bonität (High Quality Liquid Assets, „HQLA“), die zur Beschaffung von Liquidität genutzt werden könnten, verglichen mit dem Gesamtvolumen der Nettomittelabflüsse, die aus tatsächlichen und Eventualrisiken in einem gestressten Szenario resultieren.

Diese Anforderung wurde im Rahmen der Delegierten-Verordnung (EU) 2015/61 der Kommission, die im Oktober 2014 verabschiedet wurde, in europäisches Recht umgesetzt. Die Übereinstimmung mit der LCR muss in Europa ab dem 1. Oktober 2015 erfolgen. Die Mindestliquiditätsquote ist vorbehaltlich einer Einführungsphase und startet mit 60 % am 1. Oktober 2015 und wird dann auf 70 % am 1. Januar 2016, 80 % in 2017 und 100 % in 2018 erhöht.

Unsere LCR von 124 % zum 30. Juni 2016 wurde gemäß der Delegierten-Verordnung (EU) 2015/61 der Kommission berechnet (im Einklang mit dem technischen Implementierungsstandard der EBA zum Reporting der LCR an Aufsichtsbehörden). Die LCR zum 31. Dezember 2015 war 119 %.

Versicherung der gesetzlichen Vertreter

Nach bestem Wissen versichern wir, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen für die Zwischenberichterstattung der Konzernzwischenabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt und im Konzernzwischenlagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage des Konzerns so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird, sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung des Konzerns im verbleibenden Geschäftsjahr beschrieben sind.

Frankfurt am Main, den 26. Juli 2016



John Cryan



Stuart Lewis



Sylvie Matherat



Garth Ritchie



Karl von Rohr



Marcus Schenck



Christian Sewing



Jeffrey Urwin

Bescheinigung nach prüferischer Durchsicht

An die Deutsche Bank Aktiengesellschaft, Frankfurt am Main

Wir haben den verkürzten Konzernzwischenabschluss – bestehend aus Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung, Konzern-Gesamtergebnisrechnung, Konzernbilanz, Konzern-Eigenkapitalveränderungsrechnung und Konzern-Kapitalflussrechnung sowie ausgewählten erläuternden Anhangangaben – und den Konzernzwischenlagebericht der Deutsche Bank Aktiengesellschaft, Frankfurt am Main, für den Zeitraum vom 1. Januar bis 30. Juni 2016, die Bestandteile des Halbjahresfinanzberichts nach § 37w WpHG sind, einer prüferischen Durchsicht unterzogen. Die Aufstellung des verkürzten Konzernzwischenabschlusses nach dem International Accounting Standard IAS 34 „Zwischenberichterstattung“, wie er in der EU anzuwenden ist und wie er vom International Accounting Standards Board (IASB) verlautbart worden ist, und des Konzernzwischenlageberichts nach den für Konzernzwischenlageberichte anwendbaren Vorschriften des WpHG liegt in der Verantwortung des Vorstands der Deutsche Bank Aktiengesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, eine Bescheinigung zu dem verkürzten Konzernzwischenabschluss und dem Konzernzwischenlagebericht auf der Grundlage unserer prüferischen Durchsicht abzugeben.

Wir haben die prüferische Durchsicht des verkürzten Konzernzwischenabschlusses und des Konzernzwischenlageberichts unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze für die prüferische Durchsicht von Abschlüssen vorgenommen. Danach ist die prüferische Durchsicht so zu planen und durchzuführen, dass wir bei kritischer Würdigung mit einer gewissen Sicherheit ausschließen können, dass der verkürzte Konzernzwischenabschluss in wesentlichen Belangen nicht in Übereinstimmung mit IAS 34 „Zwischenberichterstattung“, wie er in der EU anzuwenden ist und wie er vom IASB verlautbart worden ist, und der Konzernzwischenlagebericht in wesentlichen Belangen nicht in Übereinstimmung mit den für Konzernzwischenlageberichte anwendbaren Vorschriften des WpHG aufgestellt worden sind. Eine prüferische Durchsicht beschränkt sich in erster Linie auf Befragungen von Mitarbeitern der Gesellschaft und auf analytische Beurteilungen und bietet deshalb nicht die durch eine Abschlussprüfung erreichbare Sicherheit. Da wir auftragsgemäß keine Abschlussprüfung vorgenommen haben, können wir einen Bestätigungsvermerk nicht erteilen.

Auf der Grundlage unserer prüferischen Durchsicht sind uns keine Sachverhalte bekannt geworden, die uns zu der Annahme veranlassen, dass der verkürzte Konzernzwischenabschluss in wesentlichen Belangen nicht in Übereinstimmung mit IAS 34 „Zwischenberichterstattung“, wie er in der EU anzuwenden ist und wie er vom IASB verlautbart worden ist, oder dass der Konzernzwischenlagebericht in wesentlichen Belangen nicht in Übereinstimmung mit den für Konzernzwischenlageberichte anwendbaren Vorschriften des WpHG aufgestellt worden ist.

Frankfurt am Main, den 26. Juli 2016

KPMG AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Pukropski
Wirtschaftsprüfer

Beier
Wirtschaftsprüfer

Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung (nicht testiert)

Gewinn- und Verlustrechnung

in Mio €	2. Quartal		Jan. – Jun.	
	2016	2015	2016	2015
Zinsen und ähnliche Erträge	6.721	6.936	12.753	13.393
Zinsaufwendungen	3.029	2.815	5.136	5.062
Zinsüberschuss	3.693	4.122	7.617	8.332
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	259	151	564	369
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge im Kreditgeschäft	3.433	3.971	7.053	7.963
Provisionsüberschuss	2.921	3.464	5.798	6.727
Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen	424	1.433	1.721	3.579
Ergebnis aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten	244	52	364	238
Ergebnis aus nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen	246	220	352	421
Ergebnis aus bis zur Endfälligkeit gehaltenen Wertpapieren	0	0	0	0
Sonstige Erträge	-142	-114	-399	256
Zinsunabhängige Erträge insgesamt	3.693	5.056	7.837	11.221
Personalaufwand	2.959	3.447	6.153	6.880
Sachaufwand und sonstiger Aufwand	3.221	4.335	6.957	9.404
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	74	10	118	163
Wertminderungen auf Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte	285	0	285	0
Restrukturierungsaufwand	179	6	390	29
Zinsunabhängige Aufwendungen insgesamt	6.718	7.798	13.903	16.476
Ergebnis vor Steuern	408	1.228	987	2.708
Ertragsteueraufwand/-ertrag (-)	388	410	731	1.331
Gewinn/Verlust (-) nach Steuern	20	818	256	1.377
Den Anteilen ohne beherrschenden Einfluss zurechenbares Konzernergebnis	2	22	24	38
Den Deutsche Bank-Aktionären und Zusätzlichen Eigenkapitalbestandteilen zurechenbares Konzernergebnis	18	796	232	1.339

Ergebnis je Aktie

	2. Quartal		Jan. – Jun.	
	2016	2015	2016	2015
Ergebnis je Aktie:¹				
Unverwässert	-0,19 €	0,41 €	-0,03 €	0,80 €
Verwässert	-0,19 €	0,40 €	-0,03 €	0,78 €
Anzahl der Aktien in Millionen:				
Gewichteter Durchschnitt der ausstehenden Aktien – Nenner für die Berechnung des Ergebnisses je Aktie (unverwässert)	1.387,4	1.396,7	1.386,9	1.390,8
Bereinigter gewichteter Durchschnitt der ausstehenden Aktien nach angenommener Wandlung – Nenner für die Berechnung des Ergebnisses je Aktie (verwässert) ²	1.387,4	1.420,6	1.386,9	1.419,0

¹ Im Zusammenhang mit jeweils zum April gezahlten Kupons auf Zusätzliche Tier-1-Anleihen wurde das Ergebnis in 2016 um 276 Mio € und in 2015 um 228 Mio € nach Steuern angepasst. Gemäß IAS 33 sind die gezahlten Kupons auf Zusätzliche Tier-1-Anleihen nicht Bestandteil des den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbaren Konzernergebnisses und müssen bei der Berechnung abgezogen werden. Die Anpassung führt zu einer Verlustsituation bei der Berechnung des „Ergebnis“ je Aktie“ im zweiten Quartal und im ersten Halbjahr 2016.

² Aufgrund der Verlustsituation im zweiten Quartal und im ersten Halbjahr 2016 werden potenziell verwässernde Aktien grundsätzlich nicht für die Berechnung des Ergebnisses je Aktie berücksichtigt, da diese nach angenommener Wandlung den Nettoverlust je Aktie verringern würden. In einer Gewinnsituation hingegen wäre der bereinigte gewichtete Durchschnitt der ausstehenden Aktien nach angenommener Wandlung für das zweite Quartal 2016 um 24,5 Millionen Aktien und das erste Halbjahr 2016 um 18,7 Millionen Aktien höher gewesen.

Konzern-Gesamtergebnisrechnung (nicht testiert)

in Mio €	2. Quartal		Jan. – Jun.	
	2016	2015	2016	2015
In der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung berücksichtigter Gewinn/Verlust (–), nach Steuern	20	818	256	1.377
Sonstige erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung				
Sachverhalte, die nicht in die Gewinn- und Verlustrechnung reklassifiziert werden				
Neubewertungsgewinne/-verluste (–) in Bezug auf leistungsdefinierte Versorgungszusagen, vor Steuern	– 394	75	– 572	– 112
Ertragsteuern auf Sachverhalte, die nicht in die Gewinn- und Verlustrechnung reklassifiziert werden	176	– 256	298	– 28
Sachverhalte, die in die Gewinn- und Verlustrechnung reklassifiziert werden oder werden können				
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte				
Unrealisierte Gewinne/Verluste (–) der Periode, vor Steuern	465	– 987	851	– 284
In die Gewinn- und Verlustrechnung umgegliederte Gewinne (–)/Verluste, vor Steuern	– 201	– 37	– 324	– 214
Derivate, die Schwankungen zukünftiger Zahlungsströme absichern				
Unrealisierte Gewinne/Verluste (–) der Periode, vor Steuern	0	– 14	35	– 18
In die Gewinn- und Verlustrechnung umgegliederte Gewinne (–)/Verluste, vor Steuern	4	5	8	11
Zum Verkauf bestimmte Vermögenswerte				
Unrealisierte Gewinne/Verluste (–) der Periode, vor Steuern	0	0	0	0
In die Gewinn- und Verlustrechnung umgegliederte Gewinne (–)/Verluste, vor Steuern	0	0	0	0
Anpassungen aus der Währungsumrechnung				
Unrealisierte Gewinne/Verluste (–) der Periode, vor Steuern	346	– 999	– 791	2.643
In die Gewinn- und Verlustrechnung umgegliederte Gewinne (–)/Verluste, vor Steuern	0	0	3	0
Nach der Equitymethode bilanzierte Beteiligungen				
Gewinne/Verluste (–) der Periode, vor Steuern	2	63	15	67
Ertragsteuern auf Sachverhalte, die in die Gewinn- und Verlustrechnung reklassifiziert werden oder werden können	– 44	219	– 157	140
Sonstige erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung, nach Steuern	354	– 1.931	– 635	2.205
Gesamtergebnis, nach Steuern	374	– 1.113	– 378	3.582
Zurechenbar:				
Den Anteilen ohne beherrschenden Einfluss	9	13	20	57
Den Deutsche Bank-Aktionären und Zusätzlichen Eigenkapitalbestandteilen	365	– 1.126	– 399	3.525

Konzernbilanz (nicht testiert)

Aktiva

in Mio €	30.6.2016	31.12.2015
Barreserven und Zentralbankeinlagen	122.868	96.940
Einlagen bei Kreditinstituten (ohne Zentralbanken)	11.346	12.842
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos)	24.404	22.456
Forderungen aus Wertpapierleihen	29.670	33.557
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte		
Handelsaktiva	178.559	196.035
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	615.426	515.594
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte	117.401	109.253
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte insgesamt	911.386	820.883
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	74.274	73.583
Nach der Equitymethode bilanzierte Beteiligungen	910	1.013
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	428.411	427.749
Bis zur Endfälligkeit gehaltene Wertpapiere	3.224	0
Sachanlagen	2.851	2.846
Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte	9.907	10.078
Sonstige Aktiva	174.940	118.137
Steuerforderungen aus laufenden Steuern	1.361	1.285
Steuerforderungen aus latenten Steuern	7.737	7.762
Summe der Aktiva	1.803.290	1.629.130

Passiva

in Mio €	30.6.2016	31.12.2015
Einlagen	565.645	566.974
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos)	17.745	9.803
Verbindlichkeiten aus Wertpapierleihen	2.681	3.270
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen		
Handelsspassiva	65.810	52.304
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	598.837	494.076
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen	55.126	44.852
Investmentverträge	7.472	8.522
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen insgesamt	727.246	599.754
Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen	24.682	28.010
Sonstige Passiva	217.795	175.005
Rückstellungen	9.306	9.207
Steuerverbindlichkeiten aus laufenden Steuern	1.497	1.699
Steuerverbindlichkeiten aus latenten Steuern	810	746
Langfristige Verbindlichkeiten	162.905	160.016
Hybride Kapitalinstrumente	6.171	7.020
Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien	0	0
Summe der Verbindlichkeiten	1.736.481	1.561.506
Stammaktien, ohne Nennwert, rechnerischer Nominalwert 2,56 €	3.531	3.531
Kapitalrücklage	33.615	33.572
Gewinnrücklagen	20.864	21.182
Eigene Aktien im Bestand zu Anschaffungskosten	- 192	- 10
Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien	0	0
Kumulierte sonstige erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung, nach Steuern ¹	4.047	4.404
Den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbares Eigenkapital	61.865	62.678
Zusätzliche Eigenkapitalbestandteile ²	4.675	4.675
Anteile ohne beherrschenden Einfluss	269	270
Eigenkapital insgesamt	66.809	67.624
Summe der Passiva	1.803.290	1.629.130

¹ Ohne Neubewertungseffekte in Bezug auf leistungsdefinierte Versorgungszusagen, nach Steuern.

² Beinhaltet Zusätzliche Tier-1-Anleihen, die unbesicherte und nachrangige Anleihen der Deutschen Bank darstellen und unter IFRS als Eigenkapital klassifiziert sind.

Konzern-Eigenkapitalveränderungsrechnung (nicht testiert)

in Mio €	Stamm- aktien (ohne Nennwert)	Kapital- rücklage	Gewinn- rücklagen	Eigene Aktien im Bestand zu An- schaffungs- kosten	Ver- pflichtung zum Erwerb Eigener Aktien	Unrealisierte Gewinne/Verluste (-) aus zur Veräußerung verfügbaren finan- ziellen Vermögenswerten, nach Steuern und sonstigen Anpassungen ¹
Bestand zum 31. Dezember 2014	3.531	33.626	29.279	- 8	0	1.675
Gesamtergebnis, nach Steuern ²	0	0	1.339	0	0	- 367
Begebene Stammaktien	0	0	0	0	0	0
Gezahlte Bardividende	0	0	- 1.034	0	0	0
Coupon auf Zusätzliche Eigenkapitalbestandteile, nach Steuern	0	0	- 228	0	0	0
Neubewertungsgewinne/-verluste (-) in Bezug auf leistungsdefinierte Versorgungszusagen, nach Steuern	0	0	- 140	0	0	0
Nettoveränderung der aktienbasierten Vergütung in der Berichtsperiode	0	171	0	0	0	0
Im Rahmen von aktienbasierten Vergütungsplänen ausgegebene Eigene Aktien	0	0	0	234	0	0
Steuervorteile im Zusammenhang mit aktienbasierten Vergütungsplänen	0	1	0	0	0	0
Zugänge zu der Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien	0	0	0	0	0	0
Abgänge von der Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien	0	0	0	0	0	0
Optionsprämien und sonstige Veränderungen aus Optionen auf Deutsche Bank-Aktien	0	- 34	0	0	0	0
Kauf Eigener Aktien	0	0	0	- 5.206	0	0
Verkauf Eigener Aktien	0	0	0	4.971	0	0
Gewinne/Verluste (-) aus dem Verkauf Eigener Aktien	0	0	0	0	0	0
Sonstige	0	41	- 31	0	0	0
Bestand zum 30. Juni 2015	3.531	33.805	29.185	- 9	0	1.307
Bestand zum 31. Dezember 2015	3.531	33.572	21.182	- 10	0	1.384
Gesamtergebnis, nach Steuern ²	0	0	232	0	0	319
Begebene Stammaktien	0	0	0	0	0	0
Gezahlte Bardividende	0	0	0	0	0	0
Coupon auf Zusätzliche Eigenkapitalbestandteile, nach Steuern	0	0	- 276	0	0	0
Neubewertungsgewinne/-verluste (-) in Bezug auf leistungsdefinierte Versorgungszusagen, nach Steuern	0	0	- 274	0	0	0
Nettoveränderung der aktienbasierten Vergütung in der Berichtsperiode	0	84	0	0	0	0
Im Rahmen von aktienbasierten Vergütungsplänen ausgegebene Eigene Aktien	0	0	0	81	0	0
Steuervorteile im Zusammenhang mit aktienbasierten Vergütungsplänen	0	0	0	0	0	0
Zugänge zu der Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien	0	0	0	0	0	0
Abgänge von der Verpflichtung zum Erwerb Eigener Aktien	0	0	0	0	0	0
Optionsprämien und sonstige Veränderungen aus Optionen auf Deutsche Bank-Aktien	0	- 129	0	0	0	0
Kauf Eigener Aktien	0	0	0	- 3.053	0	0
Verkauf Eigener Aktien	0	0	0	2.791	0	0
Gewinne/Verluste (-) aus dem Verkauf Eigener Aktien	0	4	0	0	0	0
Sonstige	0	83	- 0	0	0	0
Bestand zum 30. Juni 2016	3.531	33.615	20.864	- 192	0	1.702

¹ Ohne unrealisierte Gewinne/Verluste aus nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen.

² Ohne Neubewertungsgewinne/-verluste in Bezug auf leistungsdefinierte Versorgungszusagen, nach Steuern.

Unrealisierte Gewinne/Verluste (–) aus Derivaten, die Schwankungen zukünftiger Zahlungsströme absichern, nach Steuern ¹	Unrealisierte Gewinne/Verluste (–) aus zum Verkauf bestimmten Vermögenswerten, nach Steuern ¹	Anpassungen aus der Währungsumrechnung, nach Steuern ¹	Unrealisierte Gewinne/Verluste (–) aus nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen	Kumulierte sonstige erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderung, nach Steuern ²	Den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbares Eigenkapital	Zusätzliche Eigenkapitalbestandteile ³	Anteile ohne beherrschenden Einfluss	Eigenkapital insgesamt
79	0	151	18	1.923	68.351	4.619	253	73.223
-6	0	2.633	67	2.326	3.665	0	57	3.722
0	0	0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	-1.034	0	0	-1.034
0	0	0	0	0	-228	0	0	-228
0	0	0	0	0	-140	0	0	-140
0	0	0	0	0	171	0	0	171
0	0	0	0	0	234	0	0	234
0	0	0	0	0	1	0	0	1
0	0	0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	-34	0	0	-34
0	0	0	0	0	-5.206	0	0	-5.206
0	0	0	0	0	4.971	0	0	4.971
0	0	0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	11	56 ⁴	-10	56
73	0	2.784	85	4.249	70.762	4.675	300	75.736
97	662	2.196	66	4.404	62.678	4.675	270	67.624
29	0	-720	15	-357	-125	0	20	-104
0	0	0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	-276	0	0	-276
0	0	0	0	0	-274	0	0	-274
0	0	0	0	0	84	0	0	84
0	0	0	0	0	81	0	0	81
0	0	0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	-129	0	0	-129
0	0	0	0	0	-3.053	0	0	-3.053
0	0	0	0	0	2.791	0	0	2.791
0	0	0	0	0	4	0	0	4
0	0	0	0	0	83	0	-22	62
126	662	1.476	81	4.047	61.865	4.675	269	66.809

³ Beinhaltet Zusätzliche Tier-1-Anleihen, die unbesicherte und nachrangige Anleihen der Deutschen Bank darstellen und unter IFRS als Eigenkapital klassifiziert sind.

⁴ Beinhaltet die Nettoerlöse aus dem Rückkauf und dem Verkauf von Zusätzlichen Eigenkapitalbestandteilen.

Konzern-Kapitalflussrechnung (nicht testiert)

in Mio €	Jan. – Jun.	
	2016	2015
Gewinn/Verlust (–) nach Steuern	256	1.377
Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit:		
Überleitung auf den Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit:		
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	564	369
Restrukturierungsaufwand	390	29
Ergebnis aus dem Verkauf von zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten, nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen und Sonstigem	-593	-347
Latente Ertragsteuern, netto	205	481
Abschreibungen, Wertberichtigungen und Zuschreibungen	1.160	372
Anteilige Gewinne aus nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen	-105	-415
Gewinn/Verlust (–) nach Steuern, bereinigt um nicht liquiditätswirksamen Aufwand/Ertrag und sonstige Posten	1.877	1.866
Anpassungen aufgrund einer Nettoveränderung der operativen Vermögenswerte und Verbindlichkeiten:		
Verzinsliche Termineinlagen bei Zentralbanken und Kreditinstituten ohne Zentralbanken ¹	-595	-7.319
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen, aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos) und Wertpapierleihen	1.484	-10.648
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte	-9.370	6.087
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	-1.739	-11.276
Sonstige Aktiva	-56.592	-15.452
Einlagen	81	32.751
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen und Investmentverträge ²	10.021	4.087
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen, Wertpapierpensionsgeschäften (Repos) und Wertpapierleihen	7.513	-3.197
Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen	-3.278	-11.494
Sonstige Passiva	45.480	18.408
Vorrangige langfristige Verbindlichkeiten ³	2.851	13.061
Handelsaktiva und -passiva, positive und negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten, per Saldo	35.527	-3.028
Sonstige, per Saldo	-3.513	-9.918
Nettocashflow aus operativer Geschäftstätigkeit	29.747	3.928
Cashflow aus Investitionstätigkeit:		
Erlöse aus:		
Verkauf von zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten	8.338	7.408
Endfälligkeit von zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten	2.605	2.891
Bis zur Endfälligkeit gehaltenen Wertpapieren	0	0
Verkauf von nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen	29	19
Verkauf von Sachanlagen	11	92
Erwerb von:		
Zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten	-14.161	-16.024
Bis zur Endfälligkeit gehaltenen Wertpapieren	0	0
Nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligungen	-17	-39
Sachanlagen	-257	-211
Nettocashflow aus Unternehmensakquisitionen und -verkäufen	79	0
Sonstige, per Saldo	-653	-558
Nettocashflow aus Investitionstätigkeit	-4.026	-6.422
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit:		
Emission von nachrangigen langfristigen Verbindlichkeiten	781	2.889
Rückzahlung/Rücklauf nachrangiger langfristiger Verbindlichkeiten	-833	-957
Emission von hybriden Kapitalinstrumenten	97	393
Rückzahlung/Rücklauf hybrider Kapitalinstrumente	-839	-4.600
Begebene Stammaktien	0	0
Kauf Eigener Aktien	-3.053	-5.206
Verkauf Eigener Aktien	2.790	4.971
Begebene Zusätzliche Tier-1-Anleihen	0	0
Kauf von Zusätzlichen Tier-1-Anleihen	-90	-278
Verkauf von Zusätzlichen Tier-1-Anleihen	88	320

in Mio €	Jan. – Jun.	
	2016	2015
Coupon auf Zusätzliche Eigenkapitalbestandteile, vor Steuern	- 333	- 269
Dividendenzahlung an Anteile ohne beherrschenden Einfluss	0	0
Nettoveränderung der Anteile ohne beherrschenden Einfluss	- 21	- 10
Gezahlte Bardividende	0	- 1.034
Nettocashflow aus Finanzierungstätigkeit	- 1.413	- 3.781
Nettoeffekt aus Wechselkursveränderungen der Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	- 489	2.871
Nettoveränderung der Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	23.819	- 3.404
Anfangsbestand der Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	105.478	51.960
Endbestand der Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	129.295	48.556
Der Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit beinhaltet		
Gezahlte Ertragsteuern, netto	753	428
Gezahlte Zinsen	5.422	5.631
Erhaltene Zinsen und Dividenden	12.791	13.520
Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente beinhalten		
Barreserven und Zentralbankeinlagen (nicht eingeschlossen verzinsliche Termineinlagen bei Zentralbanken) ¹	120.953	44.962
Einlagen bei Kreditinstituten (ohne Zentralbanken) (nicht eingeschlossen: Termineinlagen in Höhe von 4.919 Mio € per 30. Juni 2016 und von 41.466 Mio € per 30. Juni 2015) ¹	8.342	3.595
Insgesamt	129.295	48.557

¹ Die Vorjahreswerte wurden angepasst. Siehe Anhangangabe 1 „Wesentliche Rechnungslegungsgrundsätze – Wesentliche Änderungen in den Einschätzungen und Angaben“ zum Konzernabschluss in unserem Geschäftsbericht 2015.

² Einschließlich Emissionen von vorrangigen langfristigen Verbindlichkeiten in Höhe von 3.715 Mio € und Rückzahlungen/Rückläufen in Höhe von 3.793 Mio € bis zum 30. Juni 2016 (bis 30. Juni 2015: 4.833 Mio € und 4.519 Mio €).

³ Einschließlich Emissionen in Höhe von 27.467 Mio € und Rückzahlungen/Rückläufen in Höhe von 25.855 Mio € bis zum 30. Juni 2016 (bis 30. Juni 2015: 34.425 Mio € und 22.188 Mio €).

Grundlage der Erstellung (nicht testiert)

Der vorliegende verkürzte Konzernzwischenabschluss beinhaltet die Abschlüsse der Deutschen Bank AG sowie ihrer Tochtergesellschaften (zusammen der „Konzern“) und wird in Euro, der Berichtswährung des Konzerns, erstellt. Dieser Abschluss wird in Übereinstimmung mit dem IFRS-Standard zur Zwischenberichterstattung (IAS 34, „Interim Financial Reporting“) dargestellt und steht im Einklang mit den International Financial Reporting Standards („IFRS“), wie sie vom International Accounting Standards Board („IASB“) veröffentlicht und durch die Europäische Union („EU“) in europäisches Recht übernommen wurden. Die Anwendung der IFRS führt zu keinen Unterschieden zwischen den von der EU übernommenen IFRS und den vom IASB veröffentlichten IFRS.

Einige im Lagebericht enthaltene IFRS-Anhangangaben sind ein wesentlicher Bestandteil des Konzernzwischenabschlusses. Diese sind die Segmentergebnisse in den Angaben zur Segmentberichterstattung, die im „Überblick zur Finanz- und Ertragslage: Segmentüberblick“ des Lageberichts dargestellt sind. Die Darstellung dieser Informationen erfolgt in Übereinstimmung mit IAS 34 und IFRS 8, „Operating Segments“.

Der verkürzte Konzernzwischenabschluss der Deutschen Bank ist nicht testiert und beinhaltet zusätzliche Angaben zur Segmentberichterstattung. Diese wurde im ersten Quartal 2016 angepasst und spiegelt die neue Struktur und die neuen Geschäftsbereiche der Deutschen Bank wider. Der verkürzte Konzernzwischenabschluss beinhaltet auch zusätzliche Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung, zur Bilanz und zu Sonstigen Finanzinformationen. Er sollte in Verbindung mit dem testierten Konzernabschluss der Deutschen Bank für das Geschäftsjahr 2015 gelesen werden, der mit Ausnahme der in der Anhangangabe „Effekt aus Änderungen der Bilanzierungsmethoden“ dargelegten erstmals angewandten Rechnungslegungsvorschriften nach den gleichen Rechnungslegungsgrundsätzen und wesentlichen Rechnungslegungseinschätzungen aufgestellt wurde.

Die Erstellung von Abschlüssen gemäß IFRS verlangt vom Management, Beurteilungen und Annahmen hinsichtlich bestimmter Kategorien von Vermögenswerten und Verbindlichkeiten zu treffen.

Diese Beurteilungen und Annahmen beeinflussen den Ausweis von Aktiva und Passiva, von Eventualforderungen und -verbindlichkeiten am Bilanzstichtag sowie von Erträgen und Aufwendungen der Berichtsperiode. Die tatsächlichen Ergebnisse können von den Einschätzungen des Managements abweichen. Die veröffentlichten Ergebnisse können nicht notwendigerweise als Indikatoren für ein zu erwartendes Gesamtergebnis des Geschäftsjahres gewertet werden.

Effekt aus Änderungen der Bilanzierungsmethoden (nicht testiert)

Erstmals angewandte Rechnungslegungsvorschriften

Nachstehend werden diejenigen Rechnungslegungsvorschriften erläutert, die für den Konzern von Bedeutung sind und bei der Erstellung dieses verkürzten Konzernzwischenabschlusses zur Anwendung kamen.

IAS 1

Zum 1. Januar 2016 setzte der Konzern Änderungen zu IAS 1, „Presentation of Financial Statements“ („IAS 1“), um. Diese resultierten aus einer Initiative zur Verbesserung von Finanzabschlüssen bezüglich Darstellung und Anhangangaben. Sie stellen klar, dass das Prinzip der Wesentlichkeit auf den gesamten Finanzabschluss anzuwenden ist, dass professionelle Einschätzungen bei der Bestimmung von Anhangangaben anzuwenden sind und dass die Aufnahme von nicht materiellen Informationen zu einer reduzierten Effektivität der Anhangangaben führen kann. Die Umsetzung der Änderungen hatte keine wesentlichen Auswirkungen auf den Konzernabschluss.

Änderungen der IFRS 2012–2014 („Improvements to IFRS 2012–2014 Cycle“)

Zum 1. Januar 2016 setzte der Konzern mehrere Änderungen bestehender IFRS um. Diese resultierten aus den IASB-Annual-Improvement-Projekten „Improvements to IFRS 2012–2014 Cycle“. Sie umfassen Änderungen verschiedener IFRS mit Auswirkung auf den Ansatz, die Bewertung und den Ausweis von Geschäftsvorfällen wie auch terminologische oder redaktionelle Korrekturen. Die Umsetzung der Änderungen hatte keine wesentlichen Auswirkungen auf den Konzernabschluss.

Neue Rechnungslegungsvorschriften

Die nachfolgenden Rechnungslegungsvorschriften, die für den Konzern von Bedeutung sein können, waren zum 30. Juni 2016 noch nicht in Kraft getreten und kamen daher bei der Erstellung dieses verkürzten Konzernzwischenabschlusses nicht zur Anwendung.

IFRS 2 „Share-Based Payments“

Im Juni 2016 veröffentlichte das IASB Änderungen im begrenzten Umfang zu IFRS 2, „Share-Based Payments“ („IFRS 2“). Diese durch das IFRS Interpretations Committee entwickelten Änderungen stellen die Bilanzierung von bestimmten Arten von anteilsbasierten Vergütungstransaktionen klar. Sie erläutern die Bilanzierung von mit Barmitteln erfüllten anteilsbasierten Vergütungstransaktionen, die von Markt-Performance-Kriterien abhängen, die Klassifizierung von anteilsbasierten Vergütungstransaktionen mit Nettoausgleich sowie die Bilanzierung von Modifikationen von mit Barmitteln erfüllten anteilsbasierten Vergütungstransaktionen zu Transaktionen, die durch Eigenkapitalinstrumente erfüllt werden. Die Änderungen treten für die Geschäftsjahre in Kraft, die am oder nach dem 1. Januar 2018 beginnen. Der Konzern prüft derzeit die Auswirkungen der Klarstellungen von IFRS 2. Die Vorschriften bedürfen noch der Übernahme durch die EU in europäisches Recht.

IFRS 9, „Financial Instruments“

Im Juli 2014 veröffentlichte das IASB IFRS 9, „Financial Instruments“ („IFRS 9“). Der Standard ersetzt IAS 39, „Financial Instruments: Recognition and Measurement“ („IAS 39“). IFRS 9 führt neue Vorschriften für die Klassifizierung und Bewertung von finanziellen Vermögenswerten für Unternehmen ein, erfordert Änderungen der Bilanzierung der Effekte aus der Veränderung des eigenen Kreditrisikos für aus zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen, ersetzt die derzeitigen Regelungen zur Wertminderung von finanziellen Vermögenswerten und ändert die Bilanzierungsvorschriften für die Bilanzierung von Sicherungsbeziehungen. IFRS 9 tritt für die Geschäftsjahre in Kraft, die am oder nach dem 1. Januar 2018 beginnen. Der Konzern beurteilt im Moment die Auswirkungen der Bilanzierungsvorschriften von IFRS 9. Die Vorschriften bedürfen noch der Übernahme durch die EU in europäisches Recht.

Der Konzern führt ein zentral gemanagtes und vom Finanzvorstand des Konzerns gesponsertes IFRS-9-Programm durch, das von Fachexperten für die Themen Methodik, Datenbeschaffung und Modellierung, IT-Prozesse sowie Rechnungslegung unterstützt wird. Die Gesamtsteuerung obliegt einem IFRS-9-Steuerungskomitee, in dem Mitarbeiter der Finanz- und Risikoabteilung gemeinsam vertreten sind. Richtlinien und Training zu IFRS 9 werden über alle Konzerngeschäftsbereiche und Konzernfunktionen als Teil des konzerninternen Kontrollsystems zur Vorbereitung auf das Inkrafttreten von IFRS 9 für den Konzern zum 1. Januar 2018 bereitgestellt.

Klassifizierung und Bewertung von finanziellen Vermögenswerten und Verpflichtungen

IFRS 9 verlangt, dass das Geschäftsmodell des Unternehmens und die Charakteristika der Zahlungsströme des jeweiligen finanziellen Vermögenswerts die Klassifizierung und dessen Bewertung bestimmen. Zum erstmaligen Ansatz wird der jeweilige finanzielle Vermögenswert entweder als „zum beizulegenden Zeitwert mit Wertänderungen in der Gewinn- und Verlustrechnung“, als „zu fortgeführten Anschaffungskosten“ oder als „zum beizulegenden Zeitwert mit Wertänderungen in den Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen“ klassifiziert. Da die Anforderungen an die Klassifizierung von den bestehenden Beurteilungen unter IAS 39 abweichen, sind einige Unterschiede zur Klassifizierung und Bewertung von finanziellen Vermögenswerten unter IAS 39 zu erwarten.

Die Klassifizierung und Bewertung von finanziellen Verpflichtungen unter IFRS 9 bleibt weitgehend unverändert zu den derzeitigen Regelungen. Allerdings werden die aus dem eigenen Kreditrisiko resultierenden Zeitwertveränderungen von zum beizulegenden Zeitwert klassifizierten ausgegebenen Schulverschreibungen in den Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen und nicht in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst. Der Standard erlaubt die vorzeitige Anwendung des Ausweises der aus dem eigenen Kreditrisiko resultierenden Zeitwertveränderungen in den Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen auch vor der vollständigen Umsetzung von IFRS 9. Der Konzern hat diese Anforderungen des Standards nicht vorzeitig umgesetzt, da IFRS 9 noch nicht von der EU in europäisches Recht übernommen wurde.

Wertminderung von finanziellen Vermögenswerten

Die Regelungen zur Wertminderung unter IFRS 9 werden auf zu fortgeführten Anschaffungskosten oder auf zum beizulegenden Zeitwert mit Wertänderungen in den Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderungen bewertete Vermögenswerte und auf außerbilanzielle Kreditzusagen wie Kreditzusagen und Finanzgarantien angewandt. Das Modell zur Bestimmung der Wertminderung und der Risikovorsorge ändert sich von einem Modell eingetretener Kreditausfälle, bei dem Kreditausfälle bei Eintritt eines auslösenden Ereignisses erfasst werden, hin zu einem erwarteten Kreditausfallmodell, bei dem Rückstellungen für Kreditausfälle bei Erstansatz des finanziellen Vermögenswerts (oder dem Zeitpunkt, an dem der Konzern Vertragspartner der Kreditzusage oder der Finanzgarantie wird) auf Basis der zu diesem Zeitpunkt herrschenden Erwartungen potenzieller Kreditausfälle erfasst werden.

Unter dem erwarteten Kreditausfallmodell des IFRS 9 erfasst der Konzern Rückstellungen für erwartete Kreditausfälle, die aus möglichen Ausfallereignissen bei nicht notleidenden homogenen und nicht homogenen Kreditbeständen innerhalb der nächsten 12 Monate entstehen können (Stufe 1). Für Vermögenswerte, bei denen sich das Kreditrisiko seit Entstehung oder Kauf signifikant erhöht hat, aber der Vermögenswert noch nicht notleidend ist (Stufe 2), sowie für notleidende Vermögenswerte (Stufe 3) erfordert IFRS 9 die Erfassung von Rückstellungen für erwartete Kreditausfälle,

die über die restliche Laufzeit eines Vermögenswerts auftreten können (üblicherweise als „lifetime expected losses“ bezeichnet). Die „lifetime expected losses“ werden unter IFRS 9 unter Berücksichtigung von zukunftsorientierten Informationen wie makroökonomischen Faktoren bestimmt.

Als Folge der Regelungsänderungen zur Wertminderung kommt es unter IFRS 9 zu einer erhöhten Subjektivität, da die Risikovorsorge auf angemessenen und belegbaren zukunftsorientierten wahrscheinlichkeitsgewichteten Informationen basiert. Diese Informationen über die zukünftige Wirtschaftslage werden fortlaufend überwacht und über die Laufzeit des finanziellen Vermögenswerts aktualisiert. Das steht im Gegensatz zur Erfassung von Wertminderungen unter IAS 39, dessen Regeln für die Erfassung einer Risikovorsorge den Eintritt eines oder mehrerer Verlustereignisse erfordern. Es wird erwartet, dass IFRS 9 insgesamt zu einer übergreifenden Erhöhung des Risikovorsorgeneiveaus führen wird. Diese Einschätzung beruht auf der Anforderung zum Ansatz einer Risikovorsorge in Höhe der erwarteten Kreditausfälle für die ersten 12 Monate auch für solche Instrumente, bei denen sich das Kreditrisiko seit Erstansatz nicht wesentlich erhöht hat. Darüber hinaus beruht es auf der Einschätzung, dass der Bestand an Vermögenswerten, auf die der „lifetime expected loss“ angewendet wird, wahrscheinlich größer ist als der Bestand an Vermögenswerten, bei denen Verlustereignisse nach IAS 39 bereits eingetreten sind.

Bilanzierung von Sicherungsbeziehungen

IFRS 9 beinhaltet auch neue Regeln zur Bilanzierung von Sicherungsbeziehungen mit dem Ziel, die Bilanzierung mit dem Risikomanagement in Einklang zu bringen. Grundsätzlich sind einige der Einschränkungen der derzeitigen Regelungen beseitigt worden, so dass eine größere Auswahl von Sicherungsinstrumenten und gesicherten Grundgeschäften für die Bilanzierung von Sicherungsbeziehungen verfügbar wird.

IFRS 15, „Revenue from Contracts with Customers“

Im Mai 2014 veröffentlichte das IASB IFRS 15, „Revenue from Contracts with Customers“ („IFRS 15“). Die Bilanzierungsvorschriften bestimmen, wie und wann Erträge vereinnahmt werden, haben aber keine Auswirkungen auf die Vereinnahmung von Erträgen, die im Zusammenhang mit Finanzinstrumenten des Regelungsbereiches von IAS 39/IFRS 9 entstehen. IFRS 15 ersetzt mehrere andere IFRS-Vorschriften und -Interpretationen, die im Moment die Ertragsvereinnahmung unter IFRS bestimmen, und stellt ein einzelnes, auf Prinzipien basiertes Fünf-Stufen-Modell dar, das auf alle Kundenvereinbarungen angewendet wird. Zudem verlangen die Vorschriften von Unternehmen die Bereitstellung von aussagefähigeren und relevanteren Anhangangaben an die Nutzer von Finanzabschlüssen. IFRS 15 tritt für die Geschäftsjahre in Kraft, die am oder nach dem 1. Januar 2018 beginnen. Der Konzern prüft derzeit die Auswirkungen von IFRS 15. Die Vorschriften bedürfen noch der Übernahme durch die EU in europäisches Recht.

IFRS 16, „Leases“

Im Januar 2016 veröffentlichte das IASB IFRS 16, „Leases“, der ein einziges Bilanzierungsmodell für Leasingnehmer einführt. Es führt beim Leasingnehmer dazu, dass aus allen Leasingvereinbarungen mit einer Laufzeit von mehr als 12 Monaten Vermögenswerte und Verbindlichkeiten in der Bilanz zu erfassen sind; es sei denn, es handelt sich um einen geringwertigen Vermögenswert. Der Leasingnehmer erfasst einen Vermögenswert, der sein Recht auf Nutzung des zugrunde liegenden Leasinggegenstandes repräsentiert. Zudem erfasst er eine Leasingverbindlichkeit, die seine Verpflichtung zur Zahlung der Mietzahlungen darstellt. Im Vergleich mit den derzeitigen Bilanzierungsanforderungen ändert sich die Bilanzierung aus Sicht des Leasinggebers nur geringfügig. Zudem verlangt der Standard von Unternehmen die Bereitstellung von aussagefähigeren und relevanteren Anhangangaben für die Nutzer von Finanzabschlüssen. IFRS 16 tritt für die Geschäftsjahre in Kraft, die am oder nach dem 1. Januar 2019 beginnen. Der Konzern prüft derzeit die Auswirkungen von IFRS 16. Die Vorschriften bedürfen noch der Übernahme durch die EU in europäisches Recht.

Segmentberichterstattung (nicht testiert)

Die nachfolgenden Segmentinformationen basieren auf dem sogenannten „Managementansatz“, demzufolge Segmentinformationen auf der Grundlage der internen Managementberichterstattung darzustellen sind. Der Vorstand der Deutschen Bank als sogenannter Chief Operating Decision Maker überprüft diese regelmäßig, um den verschiedenen Segmenten Ressourcen zuzuteilen und ihre Performance zu bewerten.

Segmente

Die Segmentberichterstattung folgt der den internen Managementberichtssystemen zugrunde liegenden Organisationsstruktur des Konzerns. Auf dieser Basis wird die finanzielle Performance der Segmente beurteilt und über die Zuteilung der Ressourcen zu den Segmenten entschieden. Vergleichszahlen für frühere Perioden wurden bei organisatorischen Änderungen angepasst, wenn diese in den Managementberichtssystemen des Konzerns berücksichtigt wurden.

Ab 2016 sind die Geschäftsaktivitäten des Konzerns gemäß seiner Strategie 2020 unter den folgenden Segmenten organisiert:

- Global Markets („GM“),
- Corporate & Investment Banking („CIB“),
- Private, Wealth and Commercial Clients („PW&CC“),
- Deutsche Asset Management („Deutsche AM“)
- Postbank („PB“) und
- Non-Core Operations Unit („NCOU“)

Im Folgenden werden die wesentlichen Änderungen im Jahr 2016 erläutert.

Global Markets („GM“) – Mit Wirkung vom ersten Quartal 2016 umfasst das Segment GM die Verkaufs- und Handelsaktivitäten des ehemaligen Unternehmensbereichs Corporate Banking & Securities („CB&S“). Erträge aus bestimmten Finanzierungsaktivitäten, die zuvor in den Kreditprodukten („Loan Products“) von CB&S ausgewiesen wurden, haben wir der Kategorie „Sales & Trading (Debt und sonstige Produkte)“ zugeordnet. Marktwertgewinne und -verluste aus Maßnahmen zur Senkung der risikogewichteten Aktiva (RWA) im Zusammenhang mit kreditrisikobezogenen Bewertungsanpassungen (Credit Valuation Adjustments; CVA), refinanzierungsbezogenen Bewertungsanpassungen (Funding Valuation Adjustments; FVA) und bestimmten Veränderungen der Berechnungsmethode für CVA, die bislang unter den Erträgen aus dem Bereich „Sales & Trading“ erfasst wurden, haben wir unter „Sonstige“ ausgewiesen. Die forderungsbezogenen Bewertungsanpassungen (Debt Valuation Adjustments; DVA) wurden weiterhin unter der Position „Sonstige“ erfasst. Diese Kategorie beinhaltete auch Überträge aus dem und in den Unternehmensbereich Corporate & Investment Banking („CIB“), die sich aus dem geänderten Konzept für Kundenbetreuung und Produktvertrieb ergeben haben. Zudem wurden im zweiten Quartal 2016 Geschäftsbereiche von Deutsche Asset Management auf Global Markets übertragen, die gemäß IFRS auch die Übertragung des Geschäfts- oder Firmenwert nach einer vergleichenden Analyse auf der Grundlage ähnlicher am Markt beobachtbarer Transaktionen und in Übereinstimmung mit der Werthaltigkeitsprüfung des Geschäfts- oder Firmenwerts von Deutsche Asset Management auf Global Markets vorsehen. Die anschließende Werthaltigkeitsprüfung ergab einen Verlust aus Wertminderungen von 285 Mio € in Global Markets.

Corporate & Investment Banking („CIB“) – Mit Wirkung vom ersten Quartal 2016 umfasst das neue Segment CIB die Corporate-Finance-Aktivitäten der ehemaligen Unternehmensbereiche Corporate Banking and Securities („CB&S“) und Global Transaction Banking („GTB“). Überträge aus dem und in das Segment Global Markets, die aus dem geänderten Ansatz für Kundenbetreuung und Produktvertrieb resultieren, wurden in der Kategorie „Kreditprodukte und Sonstige“ erfasst.

Private, Wealth & Commercial Clients („PW&CC“) – Im Unternehmensbereich PW&CC führten wir im ersten Quartal 2016 die Aktivitäten von Private and Commercial Clients („PCC“) in Deutschland und anderen Ländern, die davor zu Private & Business Clients („PBC“) gehörten, mit dem Geschäftsbereich Wealth Management („WM“) zusammen, der zuvor in Deutsche Asset & Wealth Management („DeAWM“) integriert war. Die Erträge aus der Hua Xia Bank werden in PW&CC separat ausgewiesen, um die angestrebte Veräußerung dieser Beteiligung im Rahmen der Strategie 2020 widerzuspiegeln.

Deutsche Asset Management („Deutsche AM“) – Seit dem ersten Quartal 2016 umfasste das Segment Deutsche AM die Asset-Management-Aktivitäten des ehemaligen Unternehmensbereichs DeAWM. Sein Fokus lag auf der Bereitstellung von Investmentlösungen für Finanzinstitute und -intermediäre, die einzelne Kunden betreuen. Zudem wurden im zweiten Quartal 2016 Geschäftsbereiche von Deutsche Asset Management auf Global Markets übertragen, die gemäß IFRS auch die Übertragung des Geschäfts- oder Firmenwert nach einer vergleichenden Analyse auf der Grundlage ähnlicher am Markt beobachtbarer Transaktionen und in Übereinstimmung mit der Werthaltigkeitsprüfung des Geschäfts- oder Firmenwerts von Deutsche Asset Management auf Global Markets vorsehen.

Postbank („PB“) – Vor dem Hintergrund der geplanten Entkonsolidierung gemäß der Strategie 2020 wurde die PB mit Wirkung vom ersten Quartal 2016 als separates Segment ausgewiesen. Darin wurden die zum Kerngeschäft und Nichtkerngeschäft der PB gehörenden Aktivitäten zusammengeführt, die zuvor über die NCOU erfasst wurden. Die berichteten Zahlen in PB werden von den Angaben in der separaten Berichterstattung der Postbank abweichen. Ursächlich hierfür sind beispielsweise Konsolidierungseffekte und die Auswirkungen der Allokation des Kaufpreises.

Non-Core Operations Unit („NCOU“) – Eine wesentliche Veränderung gegenüber der früheren Struktur ist, dass die NCOU mit Wirkung vom ersten Quartal 2016 nicht mehr die vorgenannten, nicht zum Kerngeschäft gehörenden Aktivitäten der Postbank umfasst.

Die im Ergebnis für 2015 in CB&S und PBC erfassten Verluste aus Wertminderungen auf den Geschäfts- oder Firmenwert wurden den neuen Segmenten Global Markets/Corporate & Investment Banking und PW&CC/Postbank entsprechend ihrem jeweiligen Anteil am Geschäfts- oder Firmenwert vor der im dritten Quartal 2015 erfassten Wertminderung zugewiesen.

Bestimmte Aktivitäten im Liquiditätsmanagement, die zuvor Teil der Geschäftssegmente waren, werden zentral von Treasury gesteuert. Daher wurden sie im ersten Quartal 2016 auf Consolidation & Adjustments übertragen und den einzelnen Geschäftssegmenten zugewiesen sowie entsprechend ausgewiesen. Im zweiten Quartal 2016 wurde das Liquidity-Portfolio-Geschäft für Asien (ohne Japan) von Global Markets auf Treasury übertragen.

Die Bankenabgabe für den Einheitlichen Abwicklungsfonds (Single Resolution Fund; „SRF“) wurde mit dem vollen Jahresbetrag im ersten Quartal direkt in den Geschäftssegmenten erfasst. Entsprechend wird keine Abgrenzung über das Jahr in den Geschäftsbereichen gezeigt und keine zeitliche Differenz in Consolidation & Adjustments ausgewiesen. Wir haben die Vergleichszahlen für das erste Quartal 2015 angepasst, um diese zeitliche Verschiebung widerzuspiegeln.

Im ersten Quartal 2016 wurde eine striktere Definition der Invested Assets angewendet und Client Assets als neue Kennzahl eingeführt. Daher sind in den Invested Assets Vermögenswerte, die wir für Kunden zu Investmentzwecken halten, Kundenvermögenswerte, die der Konzern auf Beratungs- oder diskretionärer Basis verwaltet, und Vermögenswerte, die vom Konzern verwahrt werden, enthalten. Zudem umfassen Client Assets neben den Invested Assets auch Vermögenswerte, für die der Konzern keine Anlagendienstleistungen, wie Wertpapierverwahrung und -verwaltung, Risikomanagement, Administration und Berichterstattung (einschließlich Dienstleistungen, die nur die Ausführung von Wertpapiergeschäften beinhalten), anbietet.

Investitionen und Desinvestitionen

In der ersten Jahreshälfte 2016 hat der Konzern die nachstehenden Investitionen beziehungsweise Desinvestitionen getätigt:

Im November 2015 gab Visa Inc. bekannt, eine endgültige Vereinbarung über den Erwerb von Visa Europe Ltd. erzielt zu haben. In diesem Zusammenhang hat Visa Europe Ltd. alle Aktionäre gebeten, darunter auch verschiedene Einheiten des Deutsche Bank-Konzerns, ihre Aktien gegen eine Barabfindung zurückzugeben. Die Deutsche Bank hat dies im Januar 2016 getan und bei Abschluss der Transaktion am 21. Juni 2016 eine Barabfindung erhalten. Darüber hinaus besteht ein Anspruch auf eine spätere Zahlung einschließlich einer Zinszahlung am dritten Jahrestag des Abschlusses der Transaktion.

Am 15. April 2016 hat die Bank bekannt gegeben, eine Vereinbarung mit Macquarie Infrastructure Partners III („MIP III“), einem von Macquarie Infrastructure and Real Assets verwalteten Fonds, über den Verkauf von Maher Terminals USA, LLC, einem Containerterminal in Port Elizabeth, New Jersey, getroffen zu haben. Im Rahmen der Transaktion hat MIP III zugesagt, 100 % der Maher Terminals USA, LLC, zu erwerben. Die Genehmigung der Hafenbehörde und andere aufsichtsrechtliche Genehmigungen stehen noch aus. Es wird erwartet, dass die Transaktion keinen wesentlichen Einfluss auf die Geschäftszahlen der Deutschen Bank hat.

Allokation des durchschnittlichen den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbaren Eigenkapitals

Der zugewiesene Gesamtbetrag des durchschnittlichen den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbaren Eigenkapitals wird nach dem höheren Wert des ökonomischen Risikos und des aufsichtsrechtlichen Kapitalbedarfs des Konzerns bestimmt. Ab 2016 berücksichtigt der Konzern das durchschnittliche den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbare Eigenkapital anstelle des durchschnittlichen Active Equity bei der Kapitalallokation auf die Segmente basierend auf den bekannt gegebenen Kapital- und Verschuldungszielen. Nach der neuen Methode wird das dem Geschäfts- oder Firmenwert und anderen immateriellen Vermögenswerten zurechenbare Kapital umfassender allokiert, so dass die Ermittlung des allokierten durchschnittlichen materiellen Eigenkapitals und der kommunizierten Profitabilitätskennzahlen ermöglicht wird. Der Bedarf der Bank für das ökonomische Risiko wird von dem Risikotoleranz-Schwellenwert zur Erreichung einer internen Kapitaladäquanzquote für das Niveau „Normal“ gemäß Rahmenwerk für die Risikotoleranz bestimmt. Der interne Bedarf an aufsichtsrechtlichem Kapital wird auf Basis der extern kommunizierten Zielquoten ermittelt, das heißt basierend auf einer angestrebten Tier-1-Kernkapitalquote von 12,5 % (10 % Anfang 2015, 11 % ab Juni 2015) und einer Zielverschuldungsquote nach CRD 4 von 4,5 % (3,5 % Anfang 2015, 5 % ab Juni 2015), jeweils auf Konzernebene und ausgehend von einem voll implementierten CRR/CRD 4-Regelwerk, berechnet. Übersteigen die Tier-1-Kernkapitalquote und die Verschuldungsquote des Konzerns die Zielwerte, wird das überschüssige durchschnittliche den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbare Eigenkapital C&A zugeordnet. Die Allokation des durchschnittlichen den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbaren Eigenkapitals auf die Segmente spiegelt deren Beitrag zu den vorgenannten Zielen wider.

Segmentergebnisse

Weitere Informationen zu den Segmentergebnissen einschließlich der Überleitung auf den Konzernabschluss nach IFRS enthält der Abschnitt „Lagebericht: Überblick über die Geschäftsentwicklung: Geschäftsergebnisse: Segmentergebnisse“ dieses Zwischenberichts.

Angaben zur Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung (nicht testiert)

Zinsüberschuss und Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen

in Mio €	2. Quartal		Jan. – Jun.	
	2016	2015	2016	2015
Zinsüberschuss	3.693	4.122	7.617	8.332
Handelsergebnis ¹	-20	1.555	401	3.544
Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert klassifizierten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen ²	444	-122	1.320	36
Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen	424	1.433	1.721	3.579
Zinsüberschuss sowie Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen	4.117	5.555	9.338	11.911
Sales & Trading (Equity)	552	909	1.089	1.929
Sales & Trading (Debt und sonstige Produkte)	1.878	2.120	3.826	4.978
Sales & Trading insgesamt	2.429	3.029	4.914	6.906
Sonstige	-70	117	-38	-150
Global Markets	2.360	3.146	4.876	6.756
Corporate & Investment Banking	533	558	1.046	1.090
Private, Wealth & Commercial Clients	987	999	2.395	1.996
Deutsche Asset Management	116	-18	128	158
Postbank	550	597	1.134	1.201
Non-Core Operations Unit	-684	97	-813	-56
Consolidation & Adjustments	255	177	572	766
Zinsüberschuss sowie Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen insgesamt	4.117	5.555	9.338	11.911

¹ Das Handelsergebnis beinhaltet Gewinne und Verluste aus Derivaten, die die Anforderungen für eine Bilanzierung als Sicherungsbeziehung nicht erfüllen.

² Beinhaltet Gewinne/Verluste (-) von -2 Mio € für das zweite Quartal 2016 (zweites Quartal 2015: 3 Mio €) und Gewinne von 0 Mio € für den Sechsmonatszeitraum 2016 (Sechsmonatszeitraum 2015: 7 Mio €) aus strukturierten Verbriefungen. Die Änderungen des beizulegenden Zeitwerts korrespondierender Instrumente in Höhe von -2 Mio € für das zweite Quartal 2016 (zweites Quartal 2015: 4 Mio €) und von 0 Mio € für den Sechsmonatszeitraum 2016 (Sechsmonatszeitraum 2015: 3 Mio €) werden im Handelsergebnis gezeigt. Beide Komponenten werden unter Sales & Trading (Debt und sonstige Produkte) ausgewiesen. Die Summe dieser Gewinne und Verluste stellt den Anteil der Deutschen Bank an den Verlusten dieser konsolidierten strukturierten Verbriefungen dar.

Provisionsüberschuss

in Mio €	2. Quartal		Jan. – Jun.	
	2016	2015	2016	2015
Provisionsüberschuss aus Treuhandgeschäften	1.026	1.127	2.053	2.186
Provisionsüberschuss des Wertpapiergeschäfts	895	1.242	1.776	2.325
Provisionsüberschuss für sonstige Dienstleistungen	1.000	1.095	1.970	2.216
Provisionsüberschuss insgesamt	2.921	3.464	5.798	6.727

Pensions- und sonstige Versorgungszusagen

in Mio €	2. Quartal		Jan. – Jun.	
	2016	2015	2016	2015
Dienstzeitaufwand	77	80	155	163
Nettozinsaufwand/-ertrag (-)	-3	-1	-6	-2
Gesamtaufwand leistungsdefinierter Pläne	74	79	149	161
Gesamtaufwand beitragsdefinierter Pläne	103	101	233	215
Pensionsaufwendungen insgesamt	177	180	382	376
Arbeitgeberbeiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung in Deutschland	57	55	121	116

Die erwarteten regulären Zuführungen des Konzerns zum Planvermögen der leistungsdefinierten Pensionspläne werden im Geschäftsjahr 2016 voraussichtlich 350 Mio € betragen. Rückübertragungen aus dem Planvermögen an den Konzern während des Geschäftsjahres 2016 werden nicht erwartet.

Diskontierungszinssatz zur Bestimmung der leistungsdefinierten Verpflichtung

in %	30.6.2016	31.12.2015
Deutschland	1,4	2,4
Großbritannien	2,8	3,9
USA	3,4	4,2

Sachaufwand und sonstiger Aufwand

in Mio €	2. Quartal		Jan. – Jun.	
	2016	2015	2016	2015
EDV-Aufwendungen	985	858	1.921	1.723
Mieten und Aufwendungen für Gebäude, Betriebs- und Geschäftsausstattung	453	515	907	978
Aufwendungen für Beratungsleistungen	566	549	1.122	1.069
Kommunikation und Datenadministration	190	202	383	405
Aufwendungen für Reisen und Repräsentation	126	139	232	243
Aufwendungen für Bank- und Transaktionsdienstleistungen	163	150	317	285
Marketingaufwendungen	69	71	126	135
Konsolidierte Beteiligungen	84	111	169	217
Sonstige Aufwendungen ¹	583	1.741	1.780	4.350
Sachaufwand und sonstiger Aufwand insgesamt	3.221	4.335	6.957	9.404

¹ Einschließlich Belastungen im Zusammenhang mit Rechtsstreitigkeiten von 120 Mio € (Belastungen von 193 Mio € verrechnet mit Einkünften aus der Kirch-Vereinbarung über 73 Mio €) für das zweite Quartal 2016 (zweites Quartal 2015: Belastungen von 1,2 Mrd €) und Belastungen im Zusammenhang mit Rechtsstreitigkeiten von 308 Mio € für das erste Halbjahr 2016 (erstes Halbjahr 2015: Belastungen von 2,8 Mrd €). Des Weiteren Bankabgaben von -12 Mio € (Nettoaflösung) für das zweite Quartal 2016 (zweites Quartal 2015: 17 Mio €) und Bankabgaben von 526 Mio € für das erste Halbjahr 2016 (erstes Halbjahr 2015: 577 Mio €).

Restrukturierung

Die Restrukturierung ist Bestandteil der Strategie 2020, die im Jahr 2015 angekündigt wurde. Die Strategie 2020 umfasst die Neupositionierung des Investmentbankings, die Neuausrichtung des Privatkundengeschäfts, die Straffung der regionalen Präsenz sowie die Transformation des operativen Modells mit dem Ziel, Nettoeinsparungen von 1 bis 1,5 Mrd € bis zum Jahr 2018 zu realisieren.

Der Restrukturierungsaufwand beinhaltet sowohl Abfindungszahlungen und Aufwand zur beschleunigten Amortisation von noch nicht amortisierten aufgeschobenen Vergütungskomponenten aufgrund der Verkürzung der zukünftigen Restdienstzeiten als auch Aufwendungen für vorzeitige Kündigungen von Immobilienmietverträgen.

Restrukturierungsaufwand aufgegliedert nach Bereichen

in Mio €	2. Quartal		Jan. – Jun.	
	2016	2015	2016	2015
Global Markets	-32	-2	-102	-22
Corporate & Investment Banking	-59	-3	-132	-6
Private, Wealth & Commercial Clients	-64	1	-120	0
Deutsche Asset Management	-26	0	-31	1
Non-Core Operations Unit	1	-3	-4	-3
Restrukturierungsaufwand insgesamt	-179	-6	-390	-29

Die Mehrheit des Restrukturierungsaufwandes fiel in den Infrastrukturbereichen an. Dieser Aufwand wird auf die Geschäftsbereiche verrechnet, während die durch die Restrukturierung betroffenen Mitarbeiter der Infrastrukturbereiche separat in der unteren Tabelle gezeigt werden.

Restrukturierungsaufwand aufgegliedert nach Aufwandsart

in Mio €	2. Quartal		Jan. – Jun.	
	2016	2015	2016	2015
Restrukturierungsaufwand - Personalaufwand	-187	-7	-398	-30
davon:				
Abfindungsleistungen	-173	-4	-369	-22
Beschleunigte Amortisation aufgeschobener Vergütung	-14	-4	-27	-8
Sozialversicherung	-1	1	-3	-0
Restrukturierungsaufwand - Sachaufwand ¹	8	1	8	1
Restrukturierungsaufwand insgesamt	-179	-6	-390	-29

¹ Aufwand für vorzeitige Vertragsbeendigung, vornehmlich für Mietverhältnisse für vom Konzern genutzte Gebäude und Technologien.

Die Restrukturierungsrückstellungen betragen am 30. Juni 2016 937 Mio € (31. Dezember 2015: 651 Mio €). Der überwiegende Teil der aktuellen Restrukturierungsrückstellung wird voraussichtlich in den beiden nächsten Jahren verbraucht werden.

In den ersten sechs Monaten des Jahres 2016 wurde die Mitarbeiterzahl auf Basis von Vollzeitkräften als Bestandteil unserer Restrukturierungsmaßnahmen um 442 reduziert. Diese Reduzierungen betreffen die Bereiche wie folgt:

	Jan. – Jun.
Global Markets	117
Corporate & Investment Banking	90
Private, Wealth & Commercial Clients	28
Deutsche Asset Management	54
Infrastructure/Regional Management	153
Mitarbeiterzahl insgesamt	442

Effektive Steuerquote

Quartalsvergleich 2016 versus 2015

Der Ertragsteueraufwand lag im Berichtsquartal bei 388 Mio € (zweites Quartal 2015: 410 Mio €). Die effektive Steuerquote von 95 % (zweites Quartal 2015: 33 %) wurde im Wesentlichen durch steuerlich nicht abzugsfähige Wertminderungen auf den Geschäfts- oder Firmenwert, Aufwendungen für Rechtsstreitigkeiten und Steuereffekte im Zusammenhang mit aktienbasierten Vergütungen beeinflusst.

Halbjahresvergleich 2016 versus 2015

Im ersten Halbjahr 2016 belief sich der Ertragsteueraufwand auf 731 Mio € (erstes Halbjahr 2015: 1,3 Mrd €). Die effektive Steuerquote von 74 % (erstes Halbjahr 2015: 49 %) wurde im Wesentlichen durch steuerlich nicht abzugsfähige Wertminderungen auf den Geschäfts- oder Firmenwert, Aufwendungen für Rechtsstreitigkeiten und Steuereffekte im Zusammenhang mit aktienbasierten Vergütungen beeinflusst.

Angaben zur Konzernbilanz (nicht testiert)

Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte/Verpflichtungen

in Mio €	30.6.2016	31.12.2015
Finanzielle Vermögenswerte des Handelsbestands:		
Handelsaktiva:		
Wertpapiere	163.777	179.256
Sonstige Handelsaktiva ¹	14.782	16.779
Handelsaktiva insgesamt	178.559	196.035
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	615.426	515.594
Finanzielle Vermögenswerte des Handelsbestands insgesamt	793.985	711.630
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte:		
Forderungen aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos)	64.095	51.073
Forderungen aus Wertpapierleihen	20.373	21.489
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	10.417	12.451
Sonstige zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte	22.516	24.240
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte insgesamt	117.401	109.253
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte insgesamt	911.386	820.883

¹ Einschließlich handelbarer Kredite in Höhe von 13,2 Mrd € zum 30. Juni 2016 (31. Dezember 2015: 15,5 Mrd €).

in Mio €	30.6.2016	31.12.2015
Finanzielle Verpflichtungen des Handelsbestands:		
Handelsspassiva:		
Wertpapiere	64.860	51.327
Sonstige Handelsspassiva	950	977
Handelsspassiva insgesamt	65.810	52.304
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	598.837	494.076
Finanzielle Verpflichtungen des Handelsbestands insgesamt	664.647	546.381
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen:		
Verbindlichkeiten aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos)	43.661	31.637
Kreditzusagen	71	79
Langfristige Verbindlichkeiten	8.321	8.710
Sonstige zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen	3.073	4.425
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen insgesamt	55.126	44.852
Investmentverträge ¹	7.472	8.522
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen insgesamt	727.246	599.754

¹ Aufgrund der Vertragsbedingungen entsprechen bei diesen Investmentverträgen die Rückkaufswerte den beizulegenden Zeitwerten.

Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte

in Mio €	30.6.2016	31.12.2015
Festverzinsliche Wertpapiere	68.803	68.266
Nicht festverzinsliche Wertpapiere	1.216	1.241
Sonstiger Anteilsbesitz	1.119	974
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	3.137	3.102
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte insgesamt	74.274	73.583

Mit Wirkung zum 4. Januar 2016 hat der Konzern zur Veräußerung verfügbare festverzinsliche Wertpapiere in Höhe von 3,2 Mrd € in die Bilanzkategorie „Bis zur Endfälligkeit gehaltene Wertpapiere“ umgewidmet. Weitere Details hierzu finden Sie in der in diesem Zwischenbericht enthaltenen Anhangangabe „Bis zur Endfälligkeit gehaltene Wertpapiere“.

Änderungen zu IAS 39 und IFRS 7, „Umwidmung von finanziellen Vermögenswerten“

In Übereinstimmung mit den im Oktober 2008 veröffentlichten Änderungen zu IAS 39 und IFRS 7 wurden im zweiten Halbjahr 2008 und im ersten Quartal 2009 bestimmte finanzielle Vermögenswerte aus den Bilanzkategorien „Zum beizulegenden Zeitwert bewertet“ und „Zur Veräußerung verfügbar“ in die Bilanzposition „Forderungen aus dem Kreditgeschäft“ umgewidmet. Seit dem ersten Quartal 2009 wurden keine weiteren Umwidmungen vorgenommen.

Es wurden gemäß den Änderungen qualifizierende Vermögenswerte umgewidmet, für die sich zum Umwidmungsstichtag die Zweckbestimmung eindeutig geändert hatte. Statt einer kurzfristigen Verkaufs- oder Handelsabsicht bestand die Absicht und Möglichkeit, die umgewidmeten Vermögenswerte auf absehbare Zeit zu halten. Die Umwidmungen erfolgten zum beizulegenden Zeitwert des Vermögenswerts zum jeweiligen Umwidmungsstichtag.

Umgewidmete finanzielle Vermögenswerte

in Mrd € (sofern nicht anders angegeben)	Handelsaktiva, umgewidmet zu Forderungen aus dem Kreditgeschäft	Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte, umgewidmet zu Forderungen aus dem Kreditgeschäft
Buchwert am Umwidmungsstichtag	26,6	11,4
Unrealisierte Verluste aus der Bewertung zum beizulegenden Zeitwert, die direkt in der kumulierten sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderung erfasst wurden	0,0	- 1,1
Effektivzinssätze am Umwidmungsstichtag:		
Obere Grenze	13,1 %	9,9 %
Untere Grenze	2,8 %	3,9 %
Erwartete erzielbare Zahlungsströme am Umwidmungsstichtag	39,6	17,6

Buchwerte und beizulegende Zeitwerte der in 2008 und 2009 umgewidmeten Vermögenswerte je Bilanzkategorie

in Mio €	30.6.2016		31.12.2015	
	Buchwert	Beizulegender Zeitwert	Buchwert	Beizulegender Zeitwert
Handelsaktiva, umgewidmet zu Forderungen aus dem Kreditgeschäft:				
Verbriefte Vermögenswerte	784	645	1.382	1.346
Schuldtitel	218	229	396	405
Kredite	275	254	916	857
Handelsaktiva, umgewidmet zu Forderungen aus dem Kreditgeschäft, insgesamt	1.277	1.128	2.695	2.608
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte, umgewidmet zu Forderungen aus dem Kreditgeschäft:				
Verbriefte Vermögenswerte	985	922	1.540	1.470
Schuldtitel	0	0	168	179
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte, umgewidmet zu Forderungen aus dem Kreditgeschäft, insgesamt	985	922	1.708	1.648
Summe der finanziellen Vermögenswerte, die zu Forderungen aus dem Kreditgeschäft umgewidmet wurden	2.261¹	2.050	4.403¹	4.256

¹ Zusätzlich zu den Buchwerten der umgewidmeten Vermögenswerte, die in der Tabelle dargestellt werden, existiert ein dazugehöriger Effekt auf die Buchwerte der Derivate, die zur Absicherung des beizulegenden Zeitwerts, hier zur Absicherung gegen Marktzensänderungen, genutzt werden. Dieser Effekt führte zu einem Anstieg des Buchwerts um 3 Mio € zum 30. Juni 2016 und einem Rückgang des Buchwerts um 3 Mio € zum 31. Dezember 2015.

Alle umgewidmeten Vermögenswerte werden in der NCOU verwaltet und Verkaufsentscheidungen über dieses Portfolio werden von der NCOU entsprechend ihrer Zuständigkeit, Entscheidungen zum Risikoabbau zu fällen, getroffen. In den ersten sechs Monaten 2016 verkaufte der Konzern umgewidmete Vermögenswerte mit einem Buchwert von 1,8 Mrd €. Die Verkäufe haben im Berichtszeitraum zu einem Verlust von 27 Mio € geführt.

Zusätzlich zu den erwähnten Verkäufen reduzierte sich der Buchwert der umgewidmeten Vermögenswerte aufgrund von Rückzahlungen um 271 Mio €. Der Buchwert wurde in diesem Zeitraum durch Währungseffekte weiter reduziert.

Unrealisierte Gewinne/Verluste aus der Bewertung zum beizulegenden Zeitwert, die in der Gewinn- und Verlustrechnung vereinnahmt worden wären, sowie Nettogewinne/-verluste, die in der Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderung erfasst worden wären, wenn keine Umwidmungen vorgenommen worden wären

in Mio €	2. Quartal		Jan. – Jun.	
	2016	2015	2016	2015
Unrealisierte Gewinne/Verluste (–) aus der Bewertung zum beizulegenden Zeitwert aus umgewidmeten Handelsaktiva – vor Risikovorsorge im Kreditgeschäft	14	– 67	– 26	– 19
Wertminderungen (–) aus umgewidmeten zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten, bei denen eine Wertminderung vorlag	0	0	0	0
Unrealisierte Gewinne/Verluste (–) aus der Bewertung zum beizulegenden Zeitwert in der Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderung aus umgewidmeten zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten, bei denen keine Wertminderung vorlag	16	– 17	– 11	– 5

Ergebnisbeitrag vor Steuern der umgewidmeten Vermögenswerte

in Mio €	2. Quartal		Jan. – Jun.	
	2016	2015	2016	2015
Zinserträge	21	36	32	79
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	- 1	27	- 73	23
Sonstige Erträge ¹	36	25	27	50
Ergebnis vor Steuern aus umgewidmeten Handelsaktiva	56	89	- 14	153
Zinserträge	0	22	5	43
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	0	0	3	0
Sonstige Erträge ¹	- 52	27	- 54	51
Ergebnis vor Steuern aus umgewidmeten zur Veräußerung verfügbaren Vermögenswerten	- 52	49	- 46	94

¹ Dies ist auf Gewinne und Verluste aus der Veräußerung umgewidmeter Vermögenswerte zurückzuführen.

Umgewidmete finanzielle Vermögenswerte: Buchwerte und beizulegende Zeitwerte je Bilanzkategorie

Alle gemäß IAS 39 umgewidmeten Vermögenswerte wurden in die NCOU übertragen, nachdem dieser neue Unternehmensbereich im vierten Quartal 2012 gegründet worden war. Die NCOU wurde damit beauftragt, den Risikoabbau zu beschleunigen, um den Kapitalbedarf und die Bilanzsumme zu reduzieren. Zur Bestimmung, ob und wann Vermögenswerte verkauft werden sollen, werden zahlreiche Faktoren berücksichtigt. Dazu zählen die Auswirkungen auf die Gewinn- und Verlustrechnung, das aufsichtsrechtliche Eigenkapital und Auswirkungen auf die Verschuldungsquote. Die Veränderungen des Buchwerts und des beizulegenden Zeitwerts werden in der folgenden Tabelle dargestellt:

Buch- und Marktwerte von Vermögenswerten, die in den Jahren 2008 und 2009 umgewidmet wurden

in Mio €	30.6.2016			31.12.2015		
	Buchwert	Marktwert	Unrealisierte Gewinne/ (Verluste)	Buchwert	Marktwert	Unrealisierte Gewinne/ (Verluste)
Umgewidmete Verbriefungen und mit Forderungen aus dem Kreditgeschäft besicherte Wertpapiere						
US-Kommunalschuldverschreibungen	86	91	5	405	423	19
Durch Studentenkredite besicherte Wertpapiere	748	704	- 44	1.456	1.478	22
CDO/CLO	386	330	- 56	534	498	- 36
Pfandbriefe	298	231	- 68	298	234	- 64
Durch gewerbliche Hypothekendarlehen besicherte Wertpapiere						
Durch Wohn-Hypothekendarlehen besicherte Wertpapiere	51	52	1	175	176	1
Andere ¹	89	96	7	92	93	1
Summe Umgewidmete Verbriefungen und mit Forderungen aus dem Kreditgeschäft besicherte Wertpapiere	1.987	1.796	- 190	3.487	3.400	- 88
Umgewidmete Forderungen aus dem Kreditgeschäft						
Gewerbliche Hypothekendarlehen	44	42	- 2	56	54	- 1
Wohn-Hypothekendarlehen	184	167	- 17	810	753	- 57
Andere	47	45	- 2	50	49	- 1
Summe Umgewidmete Forderungen aus dem Kreditgeschäft	275	254	- 21	916	857	- 59
Summe Finanzielle Vermögenswerte, die zu Forderungen aus dem Kreditgeschäft umgewidmet wurden	2.261	2.050	- 211	4.403	4.256	- 147

¹ Enthält durch Wertpapiere abgesicherte Vermögenswerte der Luftfahrtindustrie und andere verbrieft Vermögenswerte und Schuldverschreibungen.

Bis zur Endfälligkeit gehaltene Wertpapiere

Im ersten Quartal 2016 begann der Konzern die neue Kategorie „Bis zur Endfälligkeit gehalten“ zu verwenden, um die Ertrags- und Kapitalvolatilität in seinem Anlagebuch sachgerechter darzustellen. Die neue Bilanzkategorie steuert die mit einem Zinsänderungsrisiko behafteten Positionen des Anlagebuchs und unterstützt den Konzern dabei, spezifische Ziele seines Aktiv-Passiv-Managements, wie die Transformation von Kapitalbindungsfristen, zu erreichen.

Der Konzern hat mit Wirkung zum 4. Januar 2016 Wertpapiere in Höhe von 3,2 Mrd € aus der Bilanzkategorie „Zur Veräußerung verfügbar“ in „Bis zur Endfälligkeit gehalten“ umgewidmet. Bei allen umgewidmeten finanziellen Vermögenswerten handelt es sich um erstklassige Staatsanleihen, sonstige supranationale und staatsnahe Anleihen, die von Treasury als Teil der strategischen Liquiditätsreserve (Strategic Liquidity Reserve; SLR) verwaltet werden.

Buchwerte und beizulegende Zeitwerte von aus der Bilanzkategorie „Zur Veräußerung verfügbar“ in „Bis zur Endfälligkeit gehalten“ umgewidmeten Wertpapieren

in Mio €	4.1.2016	30.6.2016	
	Buchwert	Buchwert	Beizulegender Zeitwert
Umgewidmete festverzinsliche Wertpapiere:			
G7-Staatsanleihen	432	430	455
Sonstige Staatsanleihen, supranationale und staatsnahe Anleihen	2.809	2.794	2.899
Summe der finanziellen Vermögenswerte, die in "Bis zur Endfälligkeit gehalten" umgewidmet wurden	3.241	3.224	3.354

Zum beizulegenden Zeitwert bewertete Finanzinstrumente

Hierarchie des beizulegenden Zeitwerts

Die zum beizulegenden Zeitwert ausgewiesenen Finanzinstrumente wurden den drei Kategorien gemäß der IFRS-Hierarchie des beizulegenden Zeitwerts zugeordnet.

Level 1 – mittels notierter Preise in aktiven Märkten bewertete Finanzinstrumente, deren beizulegender Zeitwert direkt von Preisen an aktiven, liquiden Märkten abgeleitet werden kann und bei denen das im Markt beobachtbare Finanzinstrument repräsentativ für das im Bestand des Konzerns zu bewertende Instrument ist.

Hierzu zählen Staatsanleihen, börslich gehandelte Derivate sowie Eigenkapitaltitel, die in aktiven und liquiden Märkten gehandelt werden.

Level 2 – mittels Bewertungsverfahren auf Basis beobachtbarer Marktdaten bewertete Finanzinstrumente, deren beizulegender Zeitwert aus gleichartigen, an aktiven Märkten gehandelten Finanzinstrumenten oder mittels Bewertungsverfahren, deren sämtliche Eingangsparameter beobachtbar sind, ermittelt werden kann.

Hierzu zählen eine Vielzahl der außerbörslichen Derivate, börsennotierte Investment-Grade-Kreditanleihen, einige CDS, eine Vielzahl der forderungsbesicherten Schuldverschreibungen (Collateralized Debt Obligation, „CDO“) sowie viele der weniger liquiden Aktien.

Level 3 – mittels Bewertungsverfahren auf Basis nicht beobachtbarer Parameter bewertete Finanzinstrumente, deren beizulegender Zeitwert nicht aus am Markt beobachtbaren Daten ermittelt werden kann und die ein anderes Bewertungsverfahren benötigen. Die Finanzinstrumente dieser Kategorie weisen eine Wertkomponente auf, die nicht beobachtbar ist und einen wesentlichen Einfluss auf den beizulegenden Zeitwert hat.

Hierzu zählen komplexere außerbörsliche Derivate, notleidende Kredite, hochgradig strukturierte Anleihen, illiquide Asset Backed Securities (ABS), illiquide CDOs (Kassa und synthetisch), Risikopositionen gegenüber Monolineversicherern, einige Private-Equity-Investments, viele gewerbliche Immobilienkredite, illiquide Kredite und einige Kommunalanleihen.

Zum beizulegenden Zeitwert ausgewiesene Finanzinstrumente¹

in Mio €	30.6.2016			31.12.2015		
	In aktiven Märkten notierte Preise (Level 1)	Auf Marktdaten basierende Bewertungsmethode (Level 2)	Nicht auf Marktdaten basierende Bewertungsmethode (Level 3)	In aktiven Märkten notierte Preise (Level 1)	Auf Marktdaten basierende Bewertungsmethode (Level 2)	Nicht auf Marktdaten basierende Bewertungsmethode (Level 3)
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte:						
Handelsaktiva	85.104	81.802	11.653	90.031	93.253	12.751
Wertpapiere des Handelsbestands	84.746	73.280	5.752	89.718	82.869	6.669
Sonstige Handelsaktiva	358	8.522	5.901	313	10.384	6.082
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	5.864	600.331	9.230	5.629	500.520	9.445
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte	17.358	96.442	3.601	18.024	86.751	4.478
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	42.395	27.531	4.348	43.260	25.449	4.874
Sonstige zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte	0	3.893 ²	51	0	3.136 ²	0
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte insgesamt	150.722	810.000	28.883	156.943	709.109	31.549
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen:						
Handelsspassiva	50.837	14.947	26	40.185	12.102	18
Wertpapiere des Handelsbestands	50.773	14.061	26	40.154	11.155	18
Sonstige Handelsspassiva	64	886	0	30	947	0
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	6.489	583.677	8.671	5.528	480.668	7.879
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen	4	51.902	3.221	2	41.797	3.053
Investmentverträge ³	0	7.472	0	0	8.522	0
Sonstige zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen	0	4.862 ²	-961 ⁴	0	6.492 ²	-1.146 ⁴
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen insgesamt	57.330	662.860	10.957	45.715	549.581	9.805

¹ Die Beträge in dieser Tabelle werden generell brutto ausgewiesen. Dies steht im Einklang mit den in der Anhangangabe 1 „Wesentliche Rechnungslegungsgrundsätze und -einschätzungen“ im Geschäftsbericht 2015 dargestellten Rechnungslegungsgrundsätzen zur Aufrechnung von Finanzinstrumenten des Konzerns.

² Dies bezieht sich hauptsächlich auf zu Sicherungszwecken gehaltene Derivate.

³ Aufgrund der Vertragsbedingungen entspricht bei diesen Investmentverträgen der Rückkaufswert dem beizulegenden Zeitwert. Siehe Anhangangabe 41 „Versicherungs- und Investmentverträge“ im Geschäftsbericht 2015 für nähere Informationen zu diesen Verträgen.

⁴ Dies bezieht sich auf Derivate, die in Verträge eingebettet sind, deren Basisvertrag zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet wird, für die das eingebettete Derivat jedoch getrennt ausgewiesen wird. Die getrennt ausgewiesenen eingebetteten Derivate können sowohl positive als auch negative Marktwerte aufweisen, werden aber aus Konsistenzgründen in obiger Tabelle in der Kategorie des beizulegenden Zeitwerts des Basisvertrags ausgewiesen. Die getrennt ausgewiesenen eingebetteten Derivate werden laufend zum beizulegenden Zeitwert bewertet. Zum Zweck dieser Angabe wird das getrennt ausgewiesene eingebettete Derivat auf verschiedene Kategorien des beizulegenden Zeitwerts aufgeteilt.

Bewertungsverfahren

Nachstehend werden die Bewertungsmethoden erläutert, die zur Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts der verschiedenen Arten von Finanzinstrumenten eingesetzt werden.

Festverzinsliche Wertpapiere von staatlichen und quasistaatlichen Emittenten und Unternehmen sowie Eigenkapitaltitel – Sofern es keine in jüngster Zeit durchgeführten Transaktionen gibt, kann der beizulegende Zeitwert auf Basis des letzten Marktpreises, bereinigt um alle seither erfolgten Risiko- und Informationsänderungen, ermittelt werden. Werden auf einem aktiven Markt vergleichbare Instrumente notiert, wird der beizulegende Zeitwert durch Anpassung des Vergleichswerts um die jeweiligen Differenzen in den Risikoprofilen dieser Instrumente bestimmt. Sind keine vergleichbaren Werte verfügbar, wird der beizulegende Zeitwert anhand komplexerer Modellierungstechniken bestimmt. Diese Techniken umfassen DCF-Verfahren, die die aktuellen Marktkonditionen für Kredit-, Zins-, Liquiditäts- und sonstige Risiken berücksichtigen. Bei Modellierungstechniken für Eigenkapitaltitel können auch Ertragsmultiplikatoren eingesetzt werden.

Hypothekarisch besicherte und durch andere Vermögenswerte unterlegte Wertpapiere („MBS/ABS“) – Zu diesen Instrumenten gehören private und gewerbliche MBS sowie sonstige ABS einschließlich CDOs. ABS weisen besondere Merkmale auf, da sie mit unterschiedlichen zugrunde liegenden Vermögenswerten besichert sind und die Kapitalstruktur der Emittenten variiert. Die Komplexität steigt darüber hinaus, wenn die zugrunde liegenden Vermögenswerte selbst ABS sind, wie dies beispielsweise bei vielen forderungsbesicherten Schuldverschreibungen der Fall ist.

Wenn es keine zuverlässigen externen Preisermittlungen gibt, werden ABS entweder anhand einer vergleichenden Analyse auf der Grundlage ähnlicher am Markt beobachtbarer Transaktionen oder anhand branchenüblicher Modelle unter Berücksichtigung verfügbarer beobachtbarer Daten bewertet. Die externen, branchenüblichen Modelle kalkulieren die Zins- und Tilgungszahlungen im Rahmen einer Transaktion auf der Grundlage von Annahmen, die unabhängigen Preistests unterzogen werden können. Die Eingangsparameter beinhalten Annahmen über vorzeitige Tilgungen, Verlustannahmen (Zeitpunkt und Verlusthöhe) und einen Diskontierungszinssatz (Spread, Rendite oder Diskontierungsmarge). Diese Eingangsgrößen/Annahmen basieren auf tatsächlichen Transaktionen, externen Marktanalysen und gegebenenfalls Marktindizes.

Kredite – Bei bestimmten Krediten lässt sich der beizulegende Zeitwert anhand des Marktpreises einer erst kürzlich erfolgten Transaktion unter Einbeziehung sämtlicher Risiko- und Informationsveränderungen seit dem Transaktionsdatum ermitteln. Sofern keine aktuellen Markttransaktionen vorliegen, wird der beizulegende Zeitwert anhand von Kursangaben von Brokern, Konsenspreisfeststellungen, vergleichbaren Instrumenten oder mithilfe von DCF-Verfahren bestimmt. In den DCF-Verfahren werden je nach Angemessenheit Eingangsparameter für Kredit-, Zins- und Währungsrisiken, geschätzte Ausfallverluste und die bei Ausfällen ausgenutzten Beträge verwendet. Die Parameter Kreditrisiko, geschätzte Ausfallverluste und Ausnutzung zum Zeitpunkt des Ausfalls werden, sofern verfügbar und angemessen, anhand von Informationen über die betreffenden Kredit- oder CDS-Märkte ermittelt.

Leveraged-Finance-Kredite können sich durch transaktionsspezifische Merkmale auszeichnen, die die Relevanz der am Markt beobachtbaren Transaktionen einschränken. Gibt es vergleichbare Transaktionen, für die beobachtbare Parameter externer Pricing Services vorliegen, werden diese Informationen entsprechend den Transaktionsunterschieden angepasst. Gibt es keine vergleichbaren Transaktionen, wird ein DCF-Verfahren angewandt, bei dem die Kreditrisikoaufschläge aus dem entsprechenden Index für Leveraged-Finance-Kredite abgeleitet werden. Dabei werden die Branchenklassifizierung, die Nachrangigkeit des Kredits sowie sonstige relevante Informationen über den Kredit und den jeweiligen Kontrahenten berücksichtigt.

Außerbörsliche derivative Finanzinstrumente – Transaktionen, die dem Marktstandard entsprechen und an liquiden Märkten gehandelt werden – wie Zinsswaps, Devisentermingeschäfte und Optionskontrakte in G-7-Währungen –, sowie Aktienswaps und Optionskontrakte auf börsennotierte Wertpapiere oder Indizes werden anhand von branchenüblichen Standardmodellen mit notierten Eingangsparametern bewertet. Die Eingangsparameter können, soweit möglich, von Pricing Services oder Konsens-Pricing-Services eingeholt beziehungsweise aus kürzlich durchgeführten Transaktionen an aktiven Märkten abgeleitet werden.

Für komplexere Finanzinstrumente werden differenziertere Modellierungstechniken verwendet, die für das Finanzinstrument spezifisch und anhand verfügbarer Marktpreise kalibriert sind. Ist eine Kalibrierung des Bewertungsergebnisses anhand relevanter Marktreferenzen nicht möglich, werden Bewertungsanpassungen genutzt, um das Bewertungsergebnis um alle Differenzen zu bereinigen. In weniger aktiven Märkten werden Informationen aus weniger häufig stattfindenden Markttransaktionen, Kursangaben von Brokern sowie Extrapolations- und Interpolationsverfahren abgeleitet. Sind keine beobachtbaren Preise oder Eingangsgrößen vorhanden, ist eine Einschätzung durch das Management erforderlich, um den beizulegenden Zeitwert mithilfe anderer relevanter Informationsquellen zu bestimmen, die historische Daten, die Fundamentalanalyse der wirtschaftlichen Eckdaten der Transaktion und vergleichbare Daten von ähnlichen Transaktionen beinhalten.

Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen unter der Fair Value Option – Der beizulegende Zeitwert der zum beizulegenden Zeitwert klassifizierten finanziellen Verpflichtungen, die unter Anwendung der Fair Value Option in diese Kategorie klassifiziert wurden, enthält sämtliche Marktrisikofaktoren einschließlich des mit dieser finanziellen Verpflichtung in Verbindung stehenden Kreditrisikos des Konzerns. Zu den finanziellen Verpflichtungen gehören strukturierte Anleihen, strukturierte Einlagen und sonstige durch konsolidierte Gesellschaften emittierte strukturierte Wertpapiere, die unter Umständen nicht an einem aktiven Markt gehandelt werden. Der beizulegende Zeitwert dieser finanziellen Verpflichtungen wird durch die Abzinsung der vertraglichen Zahlungsströme mithilfe der relevanten kreditrisikoadjustierten Zinsstrukturkurve ermittelt. Die Marktrisikoparameter werden entsprechend vergleichbaren Finanzinstrumenten bewertet, die als Vermögenswerte gehalten werden. So werden Derivate, die in die strukturierten Finanzinstrumente eingebettet sind, anhand der im Abschnitt „Außerbörsliche derivative Finanzinstrumente“ erläuterten Methode bewertet.

Sind die zum beizulegenden Zeitwert klassifizierten finanziellen Verpflichtungen, die unter der Fair Value Option klassifiziert wurden, wie beispielsweise Verbindlichkeiten aus Wertpapierleihen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos), besichert, wird die Verbesserung der Kreditqualität bei der Bestimmung des beizulegenden Zeitwerts der Verpflichtung berücksichtigt.

Verbindlichkeiten aus Investmentverträgen – Der Konzern hält Vermögenswerte, die mit Verbindlichkeiten aus Investmentverträgen im Zusammenhang stehen. Der Konzern ist vertraglich verpflichtet, diese Vermögenswerte zu nutzen, um seinen Verpflichtungen nachzukommen. Aus diesem Grund wird der beizulegende Zeitwert für die Verbindlichkeiten aus den Investmentverträgen, das heißt der Rückkaufswert der Verträge, durch den beizulegenden Zeitwert der zugrunde liegenden Vermögenswerte bestimmt.

Analyse der Finanzinstrumente mit einem beizulegenden Zeitwert, der mithilfe von Bewertungsverfahren ermittelt wurde, die wesentliche nicht beobachtbare Parameter enthalten (Level 3)

Zu einigen der Finanzinstrumente in der dritten Kategorie bestehen identische oder ähnliche kompensierende Positionen bezüglich der nicht beobachtbaren Parameter. Die diesbezüglichen IFRS-Vorschriften fordern jedoch, dass diese Vermögenswerte und Verbindlichkeiten brutto dargestellt werden.

Zu Handelszwecken gehaltene Wertpapiere – In dieser Kategorie der Hierarchie des beizulegenden Zeitwerts sind bestimmte illiquide Unternehmensanleihen aus Wachstumsmärkten und illiquide strukturierte Unternehmensanleihen enthalten. Darüber hinaus werden hier bestimmte Bestände an Anleihen ausgewiesen, die von Verbriefungsgesellschaften emittiert wurden, sowie private und gewerbliche MBS, forderungsbesicherte Schuldverschreibungen und andere ABS. Der Rückgang im Berichtszeitraum ist im Wesentlichen auf Verkäufe und Abwicklungen zurückzuführen, die teilweise von Umklassifizierungen von Vermögenswerten zwischen den Kategorien 2 und 3 der Hierarchie und Käufen aufgehoben wurden.

Positive und negative Marktwerte aus derivativen Instrumenten dieser Kategorie der Hierarchie des beizulegenden Zeitwerts werden auf Basis eines oder mehrerer wesentlicher nicht beobachtbarer Parameter bewertet. Diese nicht beobachtbaren Parameter können bestimmte Korrelationen umfassen, bestimmte langfristige Volatilitäten, bestimmte Raten für vorzeitige Tilgungen sowie bestimmte Kreditrisikoaufschläge und andere transaktionsspezifische Faktoren.

Level-3-Derivate enthalten kundenspezifische Derivate forderungsbesicherter Schuldverschreibungen, deren zugrunde liegender Referenzpool aus Unternehmensvermögenswerten nicht mit regelmäßig gehandelten Indizes vergleichbar ist, bestimmte Tranchen von Indexkreditderivaten, bestimmte Optionen, deren Volatilität nicht beobachtbar ist, bestimmte Basketoptionen, in denen die Korrelationen zwischen den zugrunde liegenden Vermögenswerten nicht beobachtbar sind, langfristige Zinsoptionen und Fremdwährungsderivate, die sich auf mehrere Währungen beziehen, sowie bestimmte Credit Default Swaps, für die der Kreditrisikoaufschlag nicht beobachtbar ist. Der Rückgang im Berichtszeitraum war auf Abwicklungen zurückzuführen, die von Marktwertgewinnen teilweise aufgehoben wurden.

Andere zu Handelszwecken gehaltene Instrumente in der dritten Kategorie der Hierarchie des beizulegenden Zeitwerts beinhalten in erster Linie handelbare Kredite, deren Wert anhand von Bewertungsmodellen auf Basis eines oder mehrerer wesentlicher nicht beobachtbarer Parameter bestimmt wird. Level-3-Kredite umfassen illiquide Leveraged Loans und illiquide private und gewerbliche Hypothekendarlehen. Der geringfügige Rückgang im Berichtszeitraum ist auf Abwicklungen zurückzuführen die größtenteils von Umklassifizierungen zwischen den Kategorien 2 und 3 aufgehoben wurden.

Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte Vermögenswerte/Verpflichtungen – Bestimmte Unternehmenskredite und strukturierte Verbindlichkeiten, welche unter der Fair Value Option als zum beizulegenden Zeitwert designiert wurden, sind in dieser Kategorie der Hierarchie des beizulegenden Zeitwerts enthalten. Die Unternehmenskredite werden mithilfe von Bewertungsmethoden bewertet, die beobachtbare Kreditrisikoaufschläge, Erlösquoten und nicht beobachtbare Ausnutzungsgrade berücksichtigen. Revolvierende Kreditzusagen werden der dritten Kategorie der Hierarchie zugewiesen, da der Ausnutzungsgrad bei einem Ausfall einen wesentlichen Parameter darstellt, der nicht beobachtbar ist. Darüber hinaus enthalten bestimmte emittierte Hybridanleihen, die zum beizulegenden Zeitwert klassifiziert wurden, eingebettete Derivate, die auf Basis wesentlicher nicht beobachtbarer Parameter bewertet wurden. Diese nicht beobachtbaren Parameter umfassen die Korrelationen der Volatilitäten einzelner Aktien. Die Abnahme der Vermögenswerte im Berichtszeitraum beruht hauptsächlich auf Abwicklungen und Umklassifizierungen zwischen den Kategorien 2 und 3. Die Erhöhung der Verbindlichkeiten ist auf Emissionen zurückzuführen, die teilweise von Abwicklungen und Umklassifizierungen zwischen den Kategorien 2 und 3 aufgehoben wurden.

Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte enthalten notleidende Kredite, für die keine Handelsabsicht besteht, sowie börsennotierte Eigenkapitalinstrumente, wenn es keine angemessenen Vergleichsinstrumente gibt und der Markt als sehr illiquide angesehen wird. Die Verringerung der Vermögenswerte ist im Wesentlichen auf Abwicklungen zurückzuführen.

Überleitung der Finanzinstrumente in der Level-3-Kategorie

30.6.2016

in Mio €	Bestand am Jahresanfang	Veränderung des Konsolidierungskreises	Gewinne/ Verluste insgesamt ¹	Käufe	Verkäufe	Emissionen ²	Abwicklungen ³	Umwidmungen in Level 3 ⁴	Umwidmungen aus Level 3 ⁴	Bestand am Periodenende
Zum Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte:										
Wertpapiere des Handelsbestands	6.669	0	56	482	-2.221	0	-786	1.969	-417	5.752
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	9.445	0	196	0	0	0	-484	1.206	-1.133	9.230
Sonstige Handelsaktiva	6.082	0	13	1.439	-1.665	162	-503	1.277	-904	5.901
Zum Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte	4.478	0	-127	0	-127	27	-496	40	-195	3.601
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	4.874	0	-37 ⁵	308	-312	0	-515	108	-79	4.348
Sonstige zum Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte	0	0	0	0	0	0	0	51	0	51
Zum Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte insgesamt	31.549	0	102^{6,7}	2.230	-4.325	189	-2.784	4.650	-2.729	28.883
Zum Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen:										
Wertpapiere des Handelsbestands	18	0	-0	0	0	0	8	0	0	26
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	7.879	0	39	0	0	0	-589	2.049	-707	8.671
Sonstige Handelsspassiva	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Zum Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen	3.053	0	57	0	0	674	-321	85	-327	3.221
Sonstige zum Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen	-1.146	0	6	0	0	0	17	-21	182	-961
Zum Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen insgesamt	9.805	0	102^{6,7}	0	0	674	-885	2.113	-852	10.957

¹ Die Gewinne und Verluste sind im Wesentlichen im Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen in der Gewinn- und Verlustrechnung enthalten. Der Betrag umfasst ebenfalls Gewinne und Verluste aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten, die in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesen sind, sowie unrealisierte Gewinne/Verluste (-) aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten, nach Steuern, und Wechselkursänderungen, die in der Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderung, nach Steuern, erfasst werden. Weitere Finanzinstrumente sind durch Instrumente der Level-1- oder Level-2-Kategorie der Hierarchie des beizulegenden Zeitwerts abgesichert, die zugehörige Tabelle beinhaltet aber nicht die Gewinne und Verluste aus diesen Absicherungsinstrumenten. Zur Bestimmung des beizulegenden Zeitwerts eines Instruments in der Level-3-Kategorie der Hierarchie werden beobachtbare und nicht beobachtbare Parameter herangezogen. Die Gewinne und Verluste, die in der Tabelle gezeigt werden, sind auf Veränderungen sowohl der beobachtbaren als auch der nicht beobachtbaren Parameter zurückzuführen.

² Die Spalte „Emissionen“ zeigt die bei einer Begebung von Schuldtiteln erhaltenen Barmittel sowie den an den Kreditnehmer gezahlten Barbetrag bei der Gewährung eines Kredits.

³ Die Spalte „Abwicklungen“ beinhaltet die Zahlungen, die bei der Abwicklung der finanziellen Vermögenswerte/Verpflichtungen fällig sind. Für Schuldtitel und Kredite beinhaltet dies den Rückzahlungsbetrag zum Fälligkeitstermin, Abschreibungen auf den Kapitalbetrag sowie Tilgungen. Für Derivate werden in dieser Spalte alle Zahlungen berücksichtigt.

⁴ Umwidmungen in und Umwidmungen aus Level 3 der Hierarchie des beizulegenden Zeitwerts beziehen sich auf Veränderungen der Beobachtbarkeit von Eingangsparametern. Sie werden im Berichtszeitraum zu ihrem beizulegenden Zeitwert zum Jahresanfang ausgewiesen. Für Instrumente, die in die Level-3-Kategorie der Hierarchie des beizulegenden Zeitwerts transferiert wurden, zeigt die Tabelle die Gewinne und Verluste und die Zahlungsströme der Instrumente, als hätte der Wechsel zum Jahresanfang stattgefunden. Ebenso werden Gewinne und Verluste sowie Zahlungsströme der Instrumente, die im Berichtszeitraum aus Level 3 der Hierarchie transferiert wurden, nicht berücksichtigt, weil sie in der Tabelle so dargestellt sind, als hätte der Wechsel zum Jahresanfang stattgefunden.

⁵ Das Ergebnis aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten enthält einen Verlust von 24 Mio €, der in der Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderung, nach Steuern, ausgewiesen wird.

⁶ Der Betrag beinhaltet Wechselkursänderungen. Für zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte beträgt die Veränderung einen Verlust von 93 Mio € und für zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen einen Gewinn von 96 Mio €. Die Wechselkursänderungen werden in der Kumulierten sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderung, nach Steuern, ausgewiesen.

⁷ Bei den Vermögenswerten stehen positive Beträge für Gewinne und negative Beträge für Verluste. Bei den Verbindlichkeiten stehen positive Beträge für Verluste und negative Beträge für Gewinne.

	30.6.2015									
in Mio €	Bestand am Jahres- anfang	Verände- rung des Konsoli- dierungs- kreises	Gewinne/ Verluste insgesamt ¹	Käufe	Verkäufe	Emissio- nen ²	Abwick- lungen ³	Umwid- mungen in Level 3 ⁴	Umwid- mungen aus Level 3 ⁴	Bestand am Perioden- ende
Zum Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte:										
Wertpapiere des Handels- bestands	8.957	0	457	1.115	- 1.884	0	- 481	961	- 814	8.311
Positive Marktwerte aus derivativen Finanz- instrumenten	9.559	0	271 ⁵	0	0	0	- 749	1.228 ⁵	- 744	9.564
Sonstige Handelsaktiva	4.198	0	393	1.142	- 964	275	- 266	820	- 345	5.254
Zum Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögens- werte	4.152	0	280	0	0	1.199	- 864	84	- 539	4.314
Zur Veräußerung verfüg- bare finanzielle Vermö- gswerte	4.427	- 0	186 ⁵	274	- 220	0	- 446	111	- 18	4.315
Sonstige zum Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Zum Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte insgesamt	31.294	- 0	1.587^{7,8}	2.531	- 3.067	1.474	- 2.806	3.205	- 2.460	31.758
Zum Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen:										
Wertpapiere des Handelsbestands	43	0	4	0	0	0	25	0	- 39	33
Negative Marktwerte aus derivativen Finanz- instrumenten	6.553	0	191 ⁵	0	0	0	- 542	1.583 ⁵	- 822	6.963
Sonstige Handelspassiva	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Zum Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen	2.366	0	133	0	0	1.168	- 281	167	- 49	3.504
Sonstige zum Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen	- 552	0	- 32	0	0	0	15	- 11	383	- 197
Zum Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen insgesamt	8.410	0	295^{7,8}	0	0	1.168	- 783	1.739	- 526	10.303

¹ Die Gewinne und Verluste sind im Wesentlichen im Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen in der Gewinn- und Verlustrechnung enthalten. Der Betrag umfasst ebenfalls Gewinne und Verluste aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten, die in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesen sind, sowie unrealisierte Gewinne/Verluste (-) aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten, nach Steuern, und Wechselkursänderungen, die in der Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderung, nach Steuern, erfasst werden. Weitere Finanzinstrumente sind durch Instrumente der Level-1- oder Level-2-Kategorie der Hierarchie des beizulegenden Zeitwerts abgesichert, die zugehörige Tabelle beinhaltet aber nicht die Gewinne und Verluste aus diesen Absicherungsinstrumenten. Zur Bestimmung des beizulegenden Zeitwerts eines Instruments in der Level-3-Kategorie der Hierarchie werden beobachtbare und nicht beobachtbare Parameter herangezogen. Die Gewinne und Verluste, die in der Tabelle gezeigt werden, sind auf Veränderungen sowohl der beobachtbaren als auch der nicht beobachtbaren Parameter zurückzuführen.

² Die Spalte „Emissionen“ zeigt die bei einer Begebung von Schuldtiteln erhaltenen Barmittel sowie den an den Kreditnehmer gezahlten Barbetrag bei der Gewährung eines Kredits.

³ Die Spalte „Abwicklungen“ beinhaltet die Zahlungen, die bei der Abwicklung der finanziellen Vermögenswerte/Verpflichtungen fällig sind. Für Schuldtitel und Kredite beinhaltet dies den Rückzahlungsbetrag zum Fälligkeitstermin, Abschreibungen auf den Kapitalbetrag sowie Tilgungen. Für Derivate werden in dieser Spalte alle Zahlungen berücksichtigt.

⁴ Umwidmungen in und Umwidmungen aus Level 3 der Hierarchie des beizulegenden Zeitwerts beziehen sich auf Veränderungen der Beobachtbarkeit von Eingangsparametern. Sie werden im Berichtszeitraum zu ihrem beizulegenden Zeitwert zum Jahresanfang ausgewiesen. Für Instrumente, die in die Level-3-Kategorie der Hierarchie des beizulegenden Zeitwerts transferiert wurden, zeigt die Tabelle die Gewinne und Verluste und die Zahlungsströme der Instrumente, als hätte der Wechsel zum Jahresanfang stattgefunden. Ebenso werden Gewinne und Verluste sowie Zahlungsströme der Instrumente, die im Berichtszeitraum aus Level 3 der Hierarchie transferiert wurden, nicht berücksichtigt, weil sie in der Tabelle so dargestellt sind, als hätte der Wechsel zum Jahresanfang stattgefunden.

⁵ „Gewinne/Verluste insgesamt“ wurde in der Kategorie „Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten“ um 293 Mio € angepasst, „Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten“ wurde um 343 Mio € angepasst. „Umwidmungen in Level 3“ wurde in der Kategorie „Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten“ um 670 Mio € angepasst, „Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten“ wurde um 708 Mio € angepasst.

⁶ Das Ergebnis aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten enthält einen Verlust von 11 Mio €, der in der Sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderung, nach Steuern, ausgewiesen wird, sowie einen Gewinn von 4 Mio €, der in der Gewinn- und Verlustrechnung im Ergebnis aus zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten ausgewiesen wird.

⁷ Der Betrag beinhaltet Wechselkursänderungen. Für zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte beträgt die Veränderung einen Gewinn von 526 Mio € und für zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen einen Verlust von 156 Mio €. Die Wechselkursänderungen werden in der Kumulierten sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderung, nach Steuern, ausgewiesen.

⁸ Bei den Vermögenswerten stehen positive Beträge für Gewinne und negative Beträge für Verluste. Bei den Verbindlichkeiten stehen positive Beträge für Verluste und negative Beträge für Gewinne.

Sensitivitätsanalyse von nicht beobachtbaren Parametern

Basiert der Wert eines Finanzinstruments auf nicht beobachtbaren Eingangsparametern, kann der hierfür zu verwendende Wert dieser Parameter zum Bilanzstichtag aus einer Bandbreite von angemessenen möglichen Alternativen ausgewählt werden. Im Rahmen der Erstellung des Konzernabschlusses werden für diese nicht beobachtbaren Parameter angemessene Werte ausgewählt, die den herrschenden Marktgegebenheiten und dem vorstehend ausgeführten Bewertungskontrollansatz des Konzerns entsprechen. Hätte der Konzern am 30. Juni 2016 zur Bewertung der betreffenden Finanzinstrumente Parameterwerte zugrunde gelegt, die am äußeren Ende der Bandbreite von angemessenen möglichen Alternativen lagen und zu diesem Zeitpunkt verfügbar waren, hätte sich der ausgewiesene beizulegende Zeitwert um bis zu 1,6 Mrd € erhöht beziehungsweise um bis zu 1,1 Mrd € verringert. Zum 31. Dezember 2015 wäre der beizulegende Zeitwert um bis zu 2,1 Mrd € gestiegen beziehungsweise um bis zu 1,5 Mrd € gesunken.

Die vorliegenden Angaben sollen die möglichen Auswirkungen darstellen, die sich aus der relativen Unsicherheit bei der Bestimmung der beizulegenden Zeitwerte von Finanzinstrumenten ergeben, deren Bewertung auf nicht beobachtbaren Eingangsparametern basiert. Dennoch ist es unwahrscheinlich, dass in der Praxis alle nicht beobachtbaren Parameter gleichzeitig am jeweils äußeren Ende ihrer Bandbreite von angemessenen möglichen Alternativen liegen. Aus diesem Grund dürften die vorgenannten Schätzwerte bezüglich der Unsicherheitsfaktoren die tatsächlichen Unsicherheitsfaktoren bei der Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts zum Bilanzstichtag übertreffen. Ferner sind die vorliegenden Angaben weder eine Vorhersage noch eine Indikation für künftige Änderungen des beizulegenden Zeitwerts.

Für viele der hier berücksichtigten Finanzinstrumente, insbesondere für Derivate, stellen nicht beobachtbare Parameter lediglich eine Teilmenge der Parameter dar, die für die Preisermittlung des Finanzinstruments erforderlich sind. Bei der verbleibenden Teilmenge handelt es sich um beobachtbare Parameter. Daher dürfte der Gesamteffekt für diese Instrumente, der aus der Verschiebung der nicht beobachtbaren Parameter an das äußere Ende ihrer Bandbreite resultiert, im Vergleich zum gesamten beizulegenden Zeitwert relativ gering ausfallen. Für andere Instrumente wird der beizulegende Zeitwert auf der Grundlage des Preises für das gesamte Instrument ermittelt. Dies erfolgt beispielsweise durch Anpassung des beizulegenden Zeitwerts eines angemessenen Vergleichsinstruments. Zusätzlich werden alle Finanzinstrumente bereits zu solchen beizulegenden Zeitwerten bilanziert, die Bewertungsanpassungen für die Kosten der Schließung beinhalten und daher bereits die Unsicherheitsfaktoren berücksichtigen, mit denen Marktpreise behaftet sind. Ein in den vorliegenden Angaben ermittelter negativer Effekt aus diesen Unsicherheitsfaktoren wird daher stets das Ausmaß der Auswirkungen übersteigen, das bereits für die Berechnung des beizulegenden Zeitwerts im Konzernabschluss berücksichtigt wird.

Sensitivitätsanalyse von nicht beobachtbaren Parametern¹

	30.6.2016		31.12.2015	
	Positive Änderung des beizulegenden Zeitwerts durch Nutzung angemessener möglicher Alternativen	Negative Änderung des beizulegenden Zeitwerts durch Nutzung angemessener möglicher Alternativen	Positive Änderung des beizulegenden Zeitwerts durch Nutzung angemessener möglicher Alternativen	Negative Änderung des beizulegenden Zeitwerts durch Nutzung angemessener möglicher Alternativen
in Mio €				
Wertpapiere:				
Schuldtitel	169	128	212	158
Mit Gewerbeimmobilien unterlegte Wertpapiere	11	11	12	11
Hypothekarisch besicherte und durch andere Vermögenswerte unterlegte Wertpapiere	48	45	38	31
Unternehmensschuldinstrumente, Schuldinstrumente staatlicher Emittenten und andere Schuldinstrumente	109	72	161	116
Durch Grundpfandrechte und andere Vermögenswerte unterlegte Wertpapiere	160	83	179	105
Derivate:				
Kreditderivate	221	222	489	627
Aktienderivate	181	134	183	131
Zinsderivate	254	136	364	147
Wechselkursderivate	24	17	17	13
Sonstige	156	103	161	100
Forderungen aus dem Kreditgeschäft:				
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	409	253	539	261
Kreditzusagen	0	0	0	0
Sonstige	0	0	0	0
Insgesamt	1.574	1.076	2.144	1.542

¹ Gleicht sich eine aufgrund eines nicht beobachtbaren Parameters bestehende Risikoposition innerhalb verschiedener Instrumente aus, wird lediglich der Nettoeffekt in der Tabelle ausgewiesen.

Quantitative Informationen zur Sensitivität wesentlicher nicht beobachtbarer Parameter

Die nicht beobachtbaren Parameter für die Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts von Level-3-Vermögenswerten sind häufig voneinander abhängig. Ferner bestehen oft dynamische Zusammenhänge zwischen nicht beobachtbaren und beobachtbaren Parametern sowie zwischen den Erstgenannten. Wirken sich diese wesentlich auf den beizulegenden Zeitwert eines bestimmten Instruments aus, werden sie explizit über Korrelationsparameter erfasst oder alternativ über Bewertungsmodelle und -verfahren überprüft. Basiert ein Bewertungsverfahren auf mehreren Parametern, schränkt die Wahl eines bestimmten Parameters häufig die Spanne anderer Parameter ein. Allgemeine Marktfaktoren (wie Zinssätze, Aktien-, Anleihe- oder Rohstoffindizes und Wechselkurse) können ebenfalls Auswirkungen haben.

Die unten aufgeführte Spanne zeigt den höchsten und niedrigsten Wert, der der Bewertung signifikanter Engagements in der Level-3-Kategorie zugrunde gelegt wird. Die Diversität der Finanzinstrumente, aus denen die Anhangangabe besteht, ist signifikant und deshalb können die Spannen bestimmter Parameter groß sein. Beispielsweise repräsentiert die Spanne der Bonitätsaufschläge auf hypothekarisch besicherte Wertpapiere nicht leistungsgestörte, liquidere Positionen mit niedrigeren Aufschlägen als weniger liquide, leistungsgestörte Positionen mit höheren Aufschlägen. Diese umfasst die zum beizulegenden Zeitwert bewerteten Instrumente mit geringerer Liquidität. Die unten aufgeführte weite Spanne ist zu erwarten, da bei der Bewertung der verschiedenen Engagementarten eine starke Differenzierung erfolgt, um relevante Marktentwicklungen zu erfassen. Im Folgenden werden die wesentlichen Parameterarten kurz beschrieben und signifikante Zusammenhänge zwischen diesen erläutert.

Kreditparameter werden verwendet, um die Bonität eines Geschäftspartners durch die Ermittlung der Ausfallwahrscheinlichkeit und der daraus resultierenden Verluste zu bewerten. Der Bonitätsaufschlag ist die Hauptkennzahl zur Bewertung der Bonität. Er stellt die Prämie auf das referenzierte Benchmark-Instrument (üblicherweise den LIBOR oder das jeweilige Treasury-Instrument, abhängig vom bewerteten Vermögenswert) oder die im Vergleich zum referenzierten Benchmark-Instrument höhere Rendite dar, die ein Anleiheinhaber als Gegenleistung für den Bonitätsunterschied zwischen dem Vermögenswert und der entsprechenden Benchmark fordern würde. Höhere Bonitätsaufschläge sind ein Zeichen für geringere Bonität und senken den Wert von Anleihen oder Krediten, die vom Kreditnehmer an die Bank zurückzuzahlen sind. Die Erlösquote entspricht einer Schätzung des Betrags, den ein Kreditgeber beim Ausfall eines Kreditnehmers beziehungsweise ein Anleiheinhaber beim Ausfall eines Anleiheemittenten erhalten würde. Eine höhere Erlösquote führt dazu, dass eine Anleiheposition besser bewertet wird, sofern die anderen Parameter unverändert bleiben. Die konstante Ausfallrate (Constant Default Rate – „CDR“) und die konstante Rate der vorzeitigen Tilgungen (Constant Prepayment Rate – „CPR“) ermöglichen eine Bewertung komplexerer Kredite und Schuldtitel. Diese Parameter dienen zur Schätzung der kontinuierlichen Ausfälle bei geplanten Rück- und Zinszahlungen oder zeigen, ob der Kreditnehmer zusätzliche (normalerweise freiwillige) vorzeitige Rückzahlungen vornimmt. Sie sind bei der Schätzung des beizulegenden Zeitwerts von Hypotheken- oder anderen Krediten besonders relevant, die der Kreditnehmer über einen bestimmten Zeitraum zurückzahlt oder vorzeitig zurückzahlen kann, wie zum Beispiel bei einigen Wohnungsbaukrediten. Eine höhere CDR hat eine schlechtere Kreditbewertung zur Folge, da der Kreditgeber letztlich eine geringere Rückzahlung erhalten wird.

Zinssätze, Bonitätsaufschläge, Inflationsraten, Wechsel- und Aktienkurse liegen einigen Optionsinstrumenten oder anderen komplexen Derivaten zugrunde, bei denen die Zahlung an den Derivateinhaber von der Entwicklung der zugrunde liegenden Referenzwerte abhängig ist. Volatilitätsparameter beschreiben wesentliche Attribute der Entwicklung von Optionen, indem sie eine Bewertung der Schwankungen bei den Erträgen aus dem zugrunde liegenden Instrument ermöglichen. Diese Volatilität ist ein Indikator für die Wahrscheinlichkeit einer Entwicklung. Eine höhere Volatilität bedeutet eine höhere Wahrscheinlichkeit, dass ein bestimmtes Ergebnis eintritt. Die zugrunde liegenden Referenzwerte (Zinssätze, Bonitätsaufschläge etc.) wirken sich auf die Bewertung von Optionen aus. Sie beschreiben die Höhe der Zahlung, die bei einer Option erwartet werden kann. Daher ist der Wert einer Option vom Wert des zugrunde liegenden Instruments und von dessen Volatilität abhängig, die die Höhe und Wahrscheinlichkeit der Zahlung bestimmt. Bei einer hohen Volatilität ist der Wert einer Option höher, da die Wahrscheinlichkeit eines positiven Ertrags höher ist. Der Optionswert ist ebenfalls höher, wenn die entsprechende Zahlung signifikant ist.

Korrelationen werden verwendet, um Zusammenhänge zwischen zugrunde liegenden Referenzwerten zu beschreiben, wenn ein Derivat oder anderes Instrument mehr als einen Referenzwert hat. Einige dieser Zusammenhänge, zum Beispiel die Korrelation zwischen Rohstoffen sowie die Korrelation zwischen Zinssätzen und Wechselkursen, basieren üblicherweise auf makroökonomischen Faktoren wie den Auswirkungen der globalen Nachfrage auf die Rohstoffpreise oder dem Effekt der Zinsparität auf Wechselkurse. Bei Kreditderivaten und Aktienkorb-Derivaten können spezifischere Zusammenhänge zwischen Kreditreferenzwerten und Aktien bestehen. Kreditkorrelationen werden verwendet, um den Zusammenhang zwischen der Performance mehrerer Kredite zu bewerten. Aktienkorrelationen sollen den Zusammenhang zwischen den Renditen mehrerer Aktien beschreiben. Ein Derivat mit einem Korrelationsrisiko ist entweder eine Kauf- oder eine Verkaufsoption auf das Korrelationsrisiko. Eine hohe Korrelation legt nahe, dass ein starker Zusammenhang zwischen den zugrunde liegenden Referenzwerten besteht. Dadurch steigt der Wert dieser Derivate. Bei einer negativen Korrelation entwickeln sich die zugrunde liegenden Referenzwerte gegensätzlich, das heißt, ein Kursanstieg bei einem zugrunde liegenden Referenzwert führt zu einem Kursrückgang bei dem anderen.

Ein EBITDA („Earnings before interest, taxes, depreciation and amortization“ – Ertrag vor Zinsen, Steuern und Abschreibungen) multipler Ansatz kann für die Bewertung weniger liquider Wertpapiere genutzt werden. Bei diesem Ansatz wird der Unternehmenswert einer Gesellschaft geschätzt, indem die Kennzahl von Unternehmenswert zu EBITDA einer vergleichbaren, beobachtbaren Gesellschaft mit dem EBITDA der Gesellschaft, für die eine Bewertung erfolgen soll, ins Verhältnis gesetzt wird. Hierbei wird eine Liquiditätsanpassung vorgenommen, um dem Unterschied in der Liquidität des notierten Vergleichsunternehmens gegenüber der zu bewertenden Gesellschaft Rechnung zu tragen. Ein höheres Vielfaches eines Unternehmenswerts/EBITDA resultiert in einem höheren beizulegenden Zeitwert.

**Finanzinstrumente, die der dritten Kategorie der Hierarchie des beizulegenden Zeitwerts zugeordnet wurden,
und Zusammenhänge zwischen nicht beobachtbaren Parametern**

30.6.2016

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	Beizulegender Zeitwert		Bewertungsverfahren ¹	Signifikante nicht beobachtbare Parameter (Level 3)	Spanne	
	Vermögens- werte	Verbind- lichkeiten				
Zum beizulegenden Zeitwert ausgewiesene Finanzinstrumente – Handelsbestand, zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte und zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte:						
Hypothekarisch besicherte und durch andere Vermögenswerte unterlegte Wertpapiere des Handelsbestands:						
Mit Gewerbeimmobilien unterlegte Wertpapiere	396	0	Kursverfahren DCF-Verfahren	Kurs Bonitätsaufschlag (Bp.)	0 % 130	176 % 2.168
Hypothekarisch besicherte und durch andere Vermögenswerte unterlegte Wertpapiere	1.412	0	Kursverfahren DCF-Verfahren	Kurs Bonitätsaufschlag (Bp.) Erlösquote Konstante Ausfallrate Konstante Rate der vorzeitigen Tilgungen	0 % 91 0 % 0 % 0 %	105 % 2.000 100 % 13 % 40 %
Hypothekarisch besicherte und durch andere Vermögenswerte unterlegte Wertpapiere insgesamt	1.809	0				
Festverzinsliche Wertpapiere und andere						
Schuldtitle	4.032	1.701	Kursverfahren	Kurs	0 %	169 %
Handelsbestand	3.636	26	DCF-Verfahren	Bonitätsaufschlag (Bp.)	42	1.218
Unternehmensschuldinstrumente, Schuldinstrumente staatlicher Emittenten und andere Schuldinstrumente	3.636					
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	216					
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen	180	1.675				
Eigenkapitaltitle	997	0	Marktansatz	Kurs-/Nettoinventarwert Unternehmenswert/EBITDA (Vielfaches)	70 % 5	100 % 17
Handelsbestand	306	0				
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen	21					
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	670		DCF-Verfahren	Gewichtete durchschnittliche Kapitalkosten	9 %	16 %
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	11.249	0	Kursverfahren	Kurs	0 %	160 %
Handelsbestand	5.893	0	DCF-Verfahren	Bonitätsaufschlag (Bp.)	137	4.612
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte	2.785			Konstante Ausfallrate	0 %	24 %
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	2.571			Erlösquote	25 %	82 %
Kreditzusagen	0	69	DCF-Verfahren	Bonitätsaufschlag (Bp.) Erlösquote	6 30 %	670 75 %
			Kreditpreismodell	Ausnutzungsgrad	0 %	100 %
Sonstige finanzielle Vermögenswerte und Verpflichtungen	1.565 ²	1.477 ³	DCF-Verfahren	IRR Repo Rate (Bp.)	4 % 75	23 % 131
Zum beizulegenden Zeitwert ausgewiesene nicht derivative Finanzinstrumente insgesamt	19.652	3.247				

¹ Die Bewertungsverfahren und die anschließenden signifikanten nicht beobachtbaren Parameter beziehen sich jeweils auf die Gesamtposition.² Die sonstigen finanziellen Vermögenswerte beinhalten 8 Mio € sonstige Handelsaktiva, 616 Mio € sonstige zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte Vermögenswerte und 891 Mio € sonstige zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte.³ Die sonstigen finanziellen Verpflichtungen beinhalten 1,4 Mrd € zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte Wertpapierpensionsgeschäfte (Repos) und 59 Mio € sonstige zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen.

31.12.2015						
in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	Beizulegender Zeitwert		Bewertungsverfahren ¹	Signifikante nicht beobachtbare Parameter (Level 3)	Spanne	
	Vermögens- werte	Verbind- lichkeiten				
Zum beizulegenden Zeitwert ausgewiesene Finanzinstrumente – Handelsbestand, zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte und zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte:						
Hypothekarisch besicherte und durch andere Vermögenswerte unterlegte Wertpapiere des Handelsbestands:						
Mit Gewerbeimmobilien unterlegte Wertpapiere	224	0	Kursverfahren DCF-Verfahren	Kurs Bonitätsaufschlag (Bp.)	0 % 370	105 % 1.500
Hypothekarisch besicherte und durch andere Vermögenswerte unterlegte Wertpapiere	1.891	0	Kursverfahren DCF-Verfahren	Kurs Bonitätsaufschlag (Bp.) Erlösquote Konstante Ausfallrate Konstante Rate der vorzeitigen Tilgungen	0 % 32 0 % 0 % 0 %	111 % 2.000 100 % 24 % 51 %
Hypothekarisch besicherte und durch andere Vermögenswerte unterlegte Wertpapiere insgesamt	2.115	0				
Festverzinsliche Wertpapiere und andere						
Schuldtitel	4.721	1.654	Kursverfahren	Kurs	0 %	230 %
Handelsbestand	4.229	18	DCF-Verfahren	Bonitätsaufschlag (Bp.)	9	984
Unternehmensschuldinstrumente, Schuldinstrumente staatlicher Emittenten und andere Schuldinstrumente	4.229					
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	330					
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen	163	1.636				
Eigenkapitaltitel	1.248	0	Marktansatz	Kurs-/Nettoinventarwert Unternehmenswert/EBITDA (Vielfaches)	70 % 1	100 % 18
Handelsbestand	325	0				
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen	21					
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	901		DCF-Verfahren	Gewichtete durchschnittliche Kapitalkosten	8 %	12 %
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	12.626	0	Kursverfahren	Kurs	0 %	146 %
Handelsbestand	6.076	0	DCF-Verfahren	Bonitätsaufschlag (Bp.)	103	2.787
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte	3.672			Konstante Ausfallrate	0 %	24 %
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	2.879			Erlösquote	10 %	82 %
Kreditzusagen	0	84	DCF-Verfahren	Bonitätsaufschlag (Bp.) Erlösquote Ausnutzungsgrad	5 20 % 0 %	1.257 75 % 100 %
Sonstige finanzielle Vermögenswerte und Verpflichtungen	1.394 ²	1.333 ³	DCF-Verfahren	IRR Repo Rate (Bp.)	4 % 125	24 % 277
Zum beizulegenden Zeitwert ausgewiesene nicht derivative Finanzinstrumente insgesamt	22.104	3.071				

¹ Die Bewertungsverfahren und die anschließenden signifikanten nicht beobachtbaren Parameter beziehen sich jeweils auf die Gesamtposition.

² Die sonstigen finanziellen Vermögenswerte beinhalten 6 Mio € sonstige Handelsaktiva, 623 Mio € sonstige zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte Vermögenswerte und 765 Mio € sonstige zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte.

³ Die sonstigen finanziellen Verpflichtungen beinhalten 1,2 Mrd € zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte Wertpapierpensionsgeschäfte (Repos) und 84 Mio € sonstige zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen.

							30.6.2016
in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	Beizulegender Zeitwert		Bewertungsverfahren	Signifikante nicht beobachtbare Parameter (Level 3)	Spanne		
	Vermögens- werte	Verbind- lichkeiten					
Zum beizulegenden Zeitwert ausgewiesene							
Finanzinstrumente:							
Marktwerte aus derivativen							
Finanzinstrumenten:							
Zinsderivate	4.075	3.033	DCF-Verfahren	Zinssatz bei Swaps (Bp.)	5	1.828	
				Zinssatz bei Inflationsswaps	0 %	7 %	
				Konstante Ausfallrate	0 %	7 %	
				Konstante Rate der vorzeitigen Tilgungen	0 %	16 %	
			Optionspreismodell	Inflationsvolatilität	0 %	7 %	
				Zinsvolatilität	1 %	164 %	
				Korrelation zwischen Zinssätzen	- 25 %	100 %	
				Korrelation zwischen Basiswerten hybrider Kapitalinstrumente	- 85 %	95 %	
Kreditderivate	2.013	2.211	DCF-Verfahren	Bonitätsaufschlag (Bp.)	0	31.500	
				Erlösquote	0 %	100 %	
			Korrelationspreis- modell	Kreditkorrelation	13 %	85 %	
Aktienderivate	796	1.382	Optionspreismodell	Aktienvolatilität	9 %	81 %	
				Indexvolatilität	15 %	66 %	
				Korrelation zwischen Indizes	46 %	92 %	
				Korrelation zwischen Aktien	10 %	84 %	
Devisenderivate	1.416	1.408	Optionspreismodell	Volatilität	8 %	32 %	
Sonstige Derivate	932	- 325 ¹	DCF-Verfahren	Bonitätsaufschlag (Bp.)	-	-	
			Optionspreismodell	Indexvolatilität	7 %	85 %	
				Korrelation zwischen Rohstoffen	- 21 %	75 %	
Zum beizulegenden Zeitwert ausgewiesene							
derivative Finanzinstrumente insgesamt							
	9.230	7.710					

¹ Beinhaltet Derivate, die in Verträge eingebettet sind, deren Basisvertrag zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet wird, für die das eingebettete Derivat jedoch getrennt ausgewiesen wird.

31.12.2015						
in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	Beizulegender Zeitwert		Bewertungsverfahren	Signifikante nicht beobachtbare Parameter (Level 3)	Spanne	
	Vermögens- werte	Verbind- lichkeiten				
Zum beizulegenden Zeitwert ausgewiesene Finanzinstrumente:						
Marktwerte aus derivativen						
Finanzinstrumenten:						
Zinsderivate	3.775	2.337	DCF-Verfahren	Zinssatz bei Swaps (Bp.)	- 20	915
				Zinssatz bei Inflationsswaps	0 %	8 %
				Konstante Ausfallrate	0 %	6 %
				Konstante Rate der vorzeitigen Tilgungen	2 %	19 %
			Optionspreismodell	Inflationsvolatilität	0 %	8 %
				Zinsvolatilität	9 %	176 %
				Korrelation zwischen Zinssätzen	- 25 %	100 %
				Korrelation zwischen Basiswerten hybrider Kapitalinstrumente	- 70 %	99 %
Kreditderivate	2.626	1.771	DCF-Verfahren	Bonitätsaufschlag (Bp.)	3	8.526
				Erlösquote	0 %	100 %
			Korrelationspreismodell	Kreditkorrelation	13 %	89 %
Aktienderivate	695	1.402	Optionspreismodell	Aktienvolatilität	9 %	89 %
				Indexvolatilität	12 %	85 %
				Korrelation zwischen Indizes	45 %	93 %
				Korrelation zwischen Aktien	5 %	93 %
Devisenderivate	1.613	1.604	Optionspreismodell	Volatilität	2 %	24 %
Sonstige Derivate	736	¹ - 380	DCF-Verfahren	Bonitätsaufschlag (Bp.)	-	-
			Optionspreismodell	Indexvolatilität	7 %	36 %
				Korrelation zwischen Rohstoffen	- 21 %	90 %
Zum beizulegenden Zeitwert ausgewiesene derivative Finanzinstrumente insgesamt						
	9.445	6.733				

¹ Beinhaltet Derivate, die in Verträge eingebettet sind, deren Basisvertrag zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet wird, für die das eingebettete Derivat jedoch getrennt ausgewiesen wird.

Unrealisiertes Ergebnis aus zum Bilanzstichtag gehaltenen Finanzinstrumenten der Level-3-Kategorie

Die unrealisierten Ergebnisse basieren nicht ausschließlich auf nicht beobachtbaren Parametern, sondern zahlreiche der Parameter, die zur Bewertung der Finanzinstrumente in dieser Kategorie herangezogen werden, sind beobachtbar. Somit basiert die Veränderung der Ergebnisse teilweise auf Veränderungen der beobachtbaren Parameter im Laufe der Berichtsperiode. Viele der Positionen in dieser Kategorie der Hierarchie des beizulegenden Zeitwerts sind ökonomisch durch Finanzinstrumente abgesichert, die den anderen Kategorien der Hierarchie zugeordnet sind. Die kompensierenden Gewinne und Verluste, die aus den entsprechenden Absicherungsgeschäften erfasst wurden, sind nicht in der folgenden Tabelle reflektiert. Diese beinhaltet gemäß IFRS 13 nur die Gewinne und Verluste, die aus den am Bilanzstichtag gehaltenen, originären Level-3-Instrumenten resultieren. Das unrealisierte Ergebnis aus Finanzinstrumenten der Level-3-Kategorie ist sowohl im Zinsüberschuss als auch im Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten/Verpflichtungen in der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung enthalten.

in Mio €	Jan. – Jun.	
	30.6.2016	30.6.2015
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte:		
Wertpapiere des Handelsbestands	66	506
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	668	349 ¹
Sonstige Handelsaktiva	68	167
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte	-24	165
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	52	-5
Sonstige zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte	0	0
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte insgesamt	830	1.182
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen:		
Wertpapiere des Handelsbestands	-0	0
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	-247	350 ¹
Sonstige Handelspassiva	0	0
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen	-113	-74
Sonstige zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen	-11	39
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen insgesamt	-371	315
Insgesamt	459	1.497

¹ Die Kategorie „Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten“ wurde um 293 Mio € angepasst, „Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten“ wurde um 343 Mio € angepasst.

Erfassung des Handelstaggewinns („Trade Date Profit“)

Soweit in erheblichem Umfang nicht beobachtbare Parameter für Bewertungsmodelle zugrunde gelegt werden, erfolgt die Erfassung des betreffenden Finanzinstruments zum Transaktionspreis und jeglicher am Handelstag ermittelte Gewinn wird abgegrenzt. Die nachfolgende Tabelle zeigt die Veränderung der Handelstaggewinne seit Jahresbeginn, die aufgrund der Anwendung wesentlicher nicht beobachtbarer Parameter für zum beizulegenden Zeitwert ausgewiesene Finanzinstrumente abgegrenzt wurden. Die Bestände setzen sich vorwiegend aus Derivaten zusammen.

in Mio €	30.6.2016	30.6.2015
Bestand am Jahresanfang	955	973
Neue Geschäfte während der Periode	191	274
Abschreibung	-196	-199
Ausgelaufene Geschäfte	-74	-92
Nachträgliche Veränderung der Beobachtbarkeit	-82	-30
Wechselkursveränderungen	-1	7
Bestand am Periodenende	793	934

Beizulegender Zeitwert von Finanzinstrumenten, die nicht zum beizulegenden Zeitwert bilanziert werden

Dieser Abschnitt sollte in Zusammenhang mit der Anhangangabe 15 „Beizulegender Zeitwert von Finanzinstrumenten, die nicht zum beizulegenden Zeitwert bilanziert werden“ im Geschäftsbericht 2015 des Konzerns gelesen werden.

Die Bewertungstechniken zur Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts von Finanzinstrumenten des Konzerns, die in der Bilanz nicht zum beizulegenden Zeitwert bilanziert werden, entsprechen denen, die in Anhangangabe 14 „Zum beizulegenden Zeitwert bewertete Finanzinstrumente“ des Geschäftsberichts 2015 aufgeführt sind. Wie im Abschnitt „Änderungen zu IAS 39 und IFRS 7, „Umwidmung von finanziellen Vermögenswerten“ erläutert, hat der Konzern

bestimmte geeignete Vermögenswerte aus „zu Handelszwecken gehalten“ und „zur Veräußerung verfügbar“ in „Forderungen aus dem Kreditgeschäft“ umgewidmet. Der Konzern wendet weiterhin die in Anhangangabe 14 „Zum beizulegenden Zeitwert bewertete Finanzinstrumente“ des Geschäftsberichts 2015 erläuterten relevanten Bewertungstechniken auf die umgewidmeten Vermögenswerte an.

Andere Finanzinstrumente, die nicht zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden, werden nicht auf Basis des beizulegenden Zeitwerts gesteuert. Dies gilt zum Beispiel für Konsumentenkredite, Einlagen und an Firmenkunden ausgegebene Kreditfazilitäten. Für solche Instrumente wird der beizulegende Zeitwert nur für Zwecke der Anhangangabe kalkuliert und hat weder einen Einfluss auf die Konzernbilanz noch auf die Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung. Zusätzlich sind zur Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts in erheblichem Umfang Einschätzungen durch das Management notwendig, da diese Instrumente normalerweise nicht gehandelt werden.

Ermittelte beizulegende Zeitwerte der in der Bilanz nicht zum beizulegenden Zeitwert ausgewiesenen Finanzinstrumente¹

in Mio €	30.6.2016		31.12.2015	
	Buchwert	Beizulegender Zeitwert	Buchwert	Beizulegender Zeitwert
Finanzaktiva:				
Barreserven und Zentralbankeinlagen	122.868	122.868	96.940	96.940
Einlagen bei Kreditinstituten (ohne Zentralbanken)	11.346	11.346	12.842	12.842
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos)	24.404	24.390	22.456	22.456
Forderungen aus Wertpapierleihen	29.670	29.670	33.557	33.557
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	428.411	429.092	427.749	426.365
Zum Verkauf bestimmt	3.224	3.354	0	0
Sonstige Finanzaktiva	158.841	158.824	101.901	101.868
Finanzpassiva:				
Einlagen	565.645	565.323	566.974	566.652
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos)	17.745	17.745	9.803	9.803
Verbindlichkeiten aus Wertpapierleihen	2.681	2.681	3.270	3.270
Sonstige kurzfristige Geldaufnahmen	24.682	24.680	28.010	28.003
Sonstige Finanzpassiva	193.959	193.959	149.994	149.994
Langfristige Verbindlichkeiten	162.905	160.919	160.016	160.065
Hybride Kapitalinstrumente	6.171	6.283	7.020	7.516

¹ Die Beträge werden generell brutto ausgewiesen. Dies steht im Einklang mit dem in Anhangangabe 1 „Wesentliche Rechnungslegungsgrundsätze und -einschätzungen“ des Geschäftsberichts 2015 dargestellten Rechnungslegungsgrundsatz zur Aufrechnung von Finanzinstrumenten des Konzerns.

Aufrechnung von finanziellen Vermögenswerten und Verpflichtungen

Der Konzern ist berechtigt, bestimmte finanzielle Vermögenswerte und finanzielle Verpflichtungen nach Maßgabe der Kriterien im Sinne von Anhangangabe 1 „Wesentliche Rechnungslegungsgrundsätze und -einschätzungen: Aufrechnung von Finanzinstrumenten“ unseres Geschäftsberichts 2015 zum Nettowert in seiner Bilanz auszuweisen.

Die nachfolgenden Tabellen enthalten Angaben zu den Aufrechnungseffekten auf die Konzernbilanz sowie die finanziellen Auswirkungen einer Aufrechnung im Fall von Instrumenten, die Gegenstand einer rechtlich durchsetzbaren Aufrechnungs-Rahmenvereinbarung oder einer ähnlichen Vereinbarung sind, sowie zu verfügbaren Barmitteln und Sicherheiten in Form von Finanzinstrumenten.

Vermögenswerte

in Mio €	30.6.2016						
	Finanzielle Vermögenswerte (brutto)	Aufgerechnete bilanzierte Beträge (brutto)	Bilanzierte finanzielle Vermögenswerte (netto)	Effekt von Aufrechnungs-Rahmenvereinbarungen	Nicht bilanzierte Beträge		Nettobetrag
					Bar-sicherheiten	Sicherheiten in Form von Finanzinstrumenten ¹	
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos) (rechtlich durchsetzbar)	24.252	- 5.860	18.392	0	0	- 18.385	7
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos) (rechtlich nicht durchsetzbar)	6.012	0	6.012	0	0	- 5.546	466
Forderungen aus Wertpapierleihen (rechtlich durchsetzbar)	17.257	0	17.257	0	0	- 2.752	14.506
Forderungen aus Wertpapierleihen (rechtlich nicht durchsetzbar)	12.413	0	12.413	0	0	- 12.130	282
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte							
Handelsaktiva	179.043	- 484	178.559	0	- 12	- 381	178.166
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten (rechtlich durchsetzbar)	776.660	- 182.639	594.021	- 503.258	- 57.726	- 13.550	19.487
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten (rechtlich nicht durchsetzbar)	21.405	0	21.405	0	0	0	21.405
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte (rechtlich durchsetzbar)	117.284	- 43.668	73.615	- 2.502	- 1.033	- 50.724	19.356
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte (rechtlich nicht durchsetzbar)	43.786	0	43.786	0	0	- 21.775	22.011
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte insgesamt	1.138.178	- 226.792	911.386	- 505.760	- 58.771	- 86.431	260.425
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	428.428	- 18	428.411	0	- 15.655	- 50.126	362.630
Sonstige Aktiva	208.844	- 33.904	174.940	- 71.453	- 184	0	103.303
Davon: Positive Marktwerte aus zu Sicherungszwecken gehaltenen Derivaten (rechtlich durchsetzbar)	10.399	- 6.359	4.040	- 2.871	0	0	1.169
Übrige nicht aufzurechnende Vermögenswerte	234.480	0	234.480	0	- 617	- 259	233.604
Summe der Aktiva	2.069.864	- 266.573	1.803.290	- 577.213	- 75.227	- 175.629	975.222

¹ Enthält keine Immobiliensicherheiten oder andere nicht finanzielle Sicherheiten.

Verbindlichkeiten

in Mio €	30.6.2016						
	Finanzielle Verpflichtungen (brutto)	Aufge- rechnete bilanzierte Beträge (brutto)	Bilanzierte finanzielle Verpflichtungen (netto)	Nicht bilanzierte Beträge			Nettobetrag
				Effekt von Aufrech- nungs- Rahmenver- einbarungen	Bar- sicherheiten	Sicherheiten in Form von Finanz- instrumenten	
Einlagen	565.662	- 18	565.645	0	0	0	565.645
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos) (rechtlich durchsetzbar)	11.818	- 7.390	4.428	0	0	- 4.428	0
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos) (rechtlich nicht durchsetzbar)	13.317	0	13.317	0	0	- 11.146	2.171
Verbindlichkeiten aus Wertpapierleihen (rechtlich durchsetzbar)	2.267	0	2.267	0	0	- 2.267	0
Verbindlichkeiten aus Wertpapierleihen (rechtlich nicht durchsetzbar)	414	0	414	0	0	- 113	301
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen							
Handelsspassiva	66.736	- 926	65.810	0	0	0	65.810
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten (rechtlich durchsetzbar)	756.844	- 179.664	577.180	- 501.314	- 52.454	- 23.412	- 0
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten (rechtlich nicht durchsetzbar)	21.658	0	21.658	0	0	- 16.128	5.530
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen (rechtlich durchsetzbar)	66.354	- 41.212	25.142	- 2.502	0	- 22.639	0
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen (rechtlich nicht durchsetzbar)	37.457	0	37.457	0	- 13.894	- 23.563	- 0
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen insgesamt	949.048	- 221.802	727.246	- 503.817	- 66.348	- 85.742	71.340
Sonstige Passiva	255.158	- 37.363	217.795	- 67.354	0	0	150.440
Davon: Negative Marktwerte aus zu Sicherungszwecken gehaltenen Derivaten (rechtlich durchsetzbar)	6.930	- 2.115	4.814	- 4.814	0	0	0
Übrige nicht aufzurechnende Verpflichtungen	205.370	0	205.370	0	0	0	205.370
Summe der Passiva	2.003.054	- 266.573	1.736.481	- 571.171	- 66.348	- 103.696	995.267

Vermögenswerte

	31.12.2015						
				Nicht bilanzierte Beträge			
in Mio €	Finanzielle Vermögenswerte (brutto)	Aufgerechnete bilanzierte Beträge (brutto)	Bilanzierte finanzielle Vermögenswerte (netto)	Effekt von Aufrechnungs-Rahmenvereinbarungen	Bar-sicherheiten	Sicherheiten in Form von Finanzinstrumenten ¹	Nettobetrag
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos) (rechtlich durchsetzbar)	21.309	- 5.174	16.135	0	0	- 16.127	8
Forderungen aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Reverse Repos) (rechtlich nicht durchsetzbar)	6.321	0	6.321	0	0	- 5.910	411
Forderungen aus Wertpapierleihen (rechtlich durchsetzbar)	13.956	0	13.956	0	0	- 13.448	508
Forderungen aus Wertpapierleihen (rechtlich nicht durchsetzbar)	19.601	0	19.601	0	0	- 18.583	1.018
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte							
Handelsaktiva	196.478	- 442	196.035	0	- 12	- 592	195.431
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten (rechtlich durchsetzbar)	612.412	- 113.977	498.435	- 407.171	- 55.896	- 13.218	22.150
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten (rechtlich nicht durchsetzbar)	17.159	0	17.159	0	0	0	17.159
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte (rechtlich durchsetzbar)	86.596	- 30.801	55.796	- 2.146	- 1.167	- 44.437	8.045
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Vermögenswerte (rechtlich nicht durchsetzbar)	53.457	0	53.457	0	0	- 28.793	24.664
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte insgesamt	966.102	- 145.219	820.883	- 409.317	- 57.075	- 87.041	267.449
Forderungen aus dem Kreditgeschäft	427.768	- 19	427.749	0	- 14.296	- 49.117	364.335
Sonstige Aktiva	134.742	- 16.605	118.137	- 58.478	- 7	0	59.652
Davon: Positive Marktwerte aus zu Sicherungszwecken gehaltenen Derivaten (rechtlich durchsetzbar)	8.272	- 5.137	3.136	- 2.461	0	0	674
Übrige nicht aufzurechnende Vermögenswerte	206.348	0	206.348	0	- 555	- 549	205.245
Summe der Aktiva	1.796.146	- 167.016	1.629.130	- 467.795	- 71.933	- 190.775	898.627

¹ Enthält keine Immobiliensicherheiten oder andere nicht finanzielle Sicherheiten.

Verbindlichkeiten

in Mio €	31.12.2015						
	Finanzielle Verpflichtungen (brutto)	Aufge- rechnete bilanzierte Beträge (brutto)	Bilanzierte finanzielle Verpflichtungen (netto)	Nicht bilanzierte Beträge			Nettobetrag
				Effekt von Aufrech- nungs- Rahmenver- einbarungen	Bar- sicherheiten	Sicherheiten in Form von Finanz- instrumenten	
Einlagen	566.993	- 19	566.974	0	0	0	566.974
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos) (rechtlich durchsetzbar)	9.089	- 5.135	3.954	0	0	- 3.954	0
Verbindlichkeiten aus übertragenen Zentralbankeinlagen und aus Wertpapierpensionsgeschäften (Repos) (rechtlich nicht durchsetzbar)	5.849	0	5.849	0	0	- 5.130	719
Verbindlichkeiten aus Wertpapierleihen (rechtlich durchsetzbar)	1.795	0	1.795	0	0	- 1.795	0
Verbindlichkeiten aus Wertpapierleihen (rechtlich nicht durchsetzbar)	1.475	0	1.475	0	0	- 951	524
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen							
Handelsspassiva	53.215	- 910	52.304	0	0	0	52.304
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten (rechtlich durchsetzbar)	588.281	- 117.306	470.975	- 403.267	- 53.149	- 14.559	0
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten (rechtlich nicht durchsetzbar)	23.101	0	23.101	0	0	- 2.867	20.234
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen (rechtlich durchsetzbar)	50.690	- 29.929	20.761	- 2.105	0	- 18.657	0
Zum beizulegenden Zeitwert klassifizierte finanzielle Verpflichtungen (rechtlich nicht durchsetzbar)	32.612	0	32.612	0	0	- 11.077	21.535
Zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen insgesamt	747.899	- 148.145	599.754	- 405.372	- 53.149	- 47.160	94.073
Sonstige Passiva	188.723	- 13.718	175.005	- 68.626	0	0	106.379
Davon: Negative Marktwerte aus zu Sicherungszwecken gehaltenen Derivaten (rechtlich durchsetzbar)	8.615	- 2.250	6.365	- 6.365	0	0	0
Übrige nicht aufzurechnende Verpflichtungen	206.699	0	206.699	0	0	0	206.699
Summe der Passiva	1.728.522	- 167.016	1.561.506	- 473.998	- 53.149	- 58.990	975.368

Eine inhaltliche Beschreibung der einzelnen Spalten befindet sich in der Anhangangabe 18 „Aufrechnung von finanziellen Vermögenswerten und Verpflichtungen“ unseres Geschäftsberichts 2015.

Risikovorsorge im Kreditgeschäft

Jan. – Jun. 2016							
in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	Wertberichtigungen für Kreditausfälle			Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft			Insgesamt
	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt	Zwischen- summe	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt	Zwischen- summe	
Bestand am Jahresanfang	2.252	2.776	5.028	144	168	312	5.340
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	306	272	579	- 18	3	- 15	564
Davon: (Gewinne)/Verluste aus dem Abgang von wertgeminder- ten Krediten	4	- 14	- 11	0	0	0	- 11
Abschreibungen	- 455	- 598	- 1.053	0	0	0	- 1.053
Eingänge aus abgeschriebenen Krediten	- 472	- 663	- 1.134	0	0	0	- 1.134
Sonstige Veränderungen	17	65	82	0	0	0	82
Bestand am Periodenende	2.142	2.334	4.476	119	168	287	4.763
Veränderungen gegenüber Vorjahr							
Risikovorsorge im Kreditgeschäft							
In Mio €	179	56	235	- 34	- 6	- 41	195
In %	140	26	69	- 205	- 68	- 158	53
Nettoabschreibungen:							
In Mio €	- 233	- 271	- 504	0	0	0	- 504
In %	105	83	92	0	0	0	92

Jan. – Jun. 2015							
in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	Wertberichtigungen für Kreditausfälle			Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft			Insgesamt
	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt	Zwischen- summe	Einzel ermittelt	Kollektiv ermittelt	Zwischen- summe	
Bestand am Jahresanfang	2.364	2.849	5.212	85	141	226	5.439
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	127	216	343	17	9	26	369
Davon: (Gewinne)/Verluste aus dem Abgang von wertgeminder- ten Krediten	- 31	- 43	- 74	0	0	0	- 74
Nettoabschreibungen:	- 222	- 327	- 549	0	0	0	- 549
Abschreibungen	- 246	- 391	- 637	0	0	0	- 637
Eingänge aus abgeschriebenen Krediten	24	64	88	0	0	0	88
Sonstige Veränderungen	24	8	32	3	8	11	43
Bestand am Periodenende	2.293	2.746	5.039	104	159	263	5.302
Veränderungen gegenüber Vorjahr							
Risikovorsorge im Kreditgeschäft							
In Mio €	- 63	- 67	- 131	4	0	4	- 127
In %	- 33	- 24	- 28	32	- 4	17	- 26
Nettoabschreibungen:							
In Mio €	418	- 143	275	0	0	0	275
In %	- 65	78	- 33	0	0	0	- 33

Sonstige Aktiva und Passiva

Sonstige Aktiva

in Mio €	30.6.2016	31.12.2015
Forderungen aus Handelsgeschäften und Wertpapierabwicklung		
Forderungen aus Bar- und Ausgleichszahlungen	76.356	60.421
Forderungen aus Prime-Brokerage-Geschäften	9.560	10.575
Forderungen aus nicht termingerecht abgewickelten Wertpapierkassageschäften	6.526	4.221
Forderungen aus Wertpapierkassageschäften	58.696	19.722
Forderungen aus Handelsgeschäften und Wertpapierabwicklung insgesamt	151.138	94.939
Forderungen aus Zinsabgrenzungen	2.593	2.649
Zum Verkauf bestimmte Vermögenswerte	2.876	3.491
Sonstige	18.333	17.058
Sonstige Aktiva insgesamt	174.940	118.137

Sonstige Passiva

in Mio €	30.6.2016	31.12.2015
Verbindlichkeiten aus Handelsgeschäften und Wertpapierabwicklung		
Verbindlichkeiten aus Bar- und Ausgleichszahlungen	83.748	71.161
Verbindlichkeiten aus Prime-Brokerage-Geschäften	33.132	40.854
Verbindlichkeiten aus nicht termingerecht abgewickelten Wertpapierkassageschäften	5.670	3.847
Verbindlichkeiten aus Wertpapierkassageschäften	56.843	18.776
Verbindlichkeiten aus Handelsgeschäften und Wertpapierabwicklung insgesamt	179.392	134.637
Verbindlichkeiten aus Zinsabgrenzungen	2.316	2.607
Zum Verkauf bestimmte Verbindlichkeiten	39	37
Sonstige	36.047	37.725
Sonstige Passiva insgesamt	217.795	175.005

Einlagen

in Mio €	30.06.2016	31.12.2015
Unverzinsliche Sichteinlagen	193.722	192.010
Verzinsliche Einlagen		
Sichteinlagen	156.237	153.559
Termineinlagen	122.274	124.196
Spareinlagen	93.411	97.210
Verzinsliche Einlagen insgesamt	371.923	374.964
Summe der Einlagen	565.645	566.974

Rückstellungen

Entwicklung der Rückstellungsarten

in Mio €	Rückstellungen im Bauspargeschäft	Operationelle Risiken	Zivilprozesse	Prozesse mit Regulierungsbehörden	Restrukturierung	Rückkauf von Hypothekenkrediten	Sonstige ¹	Insgesamt
Bestand zum 1. Januar 2016	1.132	315	1.418	4.048	656	409	922	8.900
Veränderung des Konsolidierungskreises	0	0	0	0	-3	0	-1	-4
Zuführungen zu Rückstellungen	94	86	425	172	405	2	374	1.558
Verwendungen von Rückstellungen	97	10	226	5	82	0	266	686
Auflösungen von Rückstellungen	18	18	192	19	45	3	329	624
Effekte aus Wechselkursveränderungen/Änderung des Diskontierungssatzes	-4	-5	-14	-101	0	-8	-8	-140
Transfers	0	-13	75	-45	5	0	-11	11
Sonstige	0	0	0	0	0	0	0	0
Bestand zum 30. Juni 2016	1.106	355	1.488	4.050	937	400	682	9.018

¹ Für die übrigen in der Bilanz ausgewiesenen Rückstellungen wird auf die Anhangangabe „Risikovorsorge im Kreditgeschäft“ verwiesen, in der die Rückstellungen für außerbilanzielle Verpflichtungen im Kreditgeschäft offengelegt werden.

Rückstellungsarten

Bausparrückstellungen entstehen im Bauspargeschäft der Deutschen Postbank-Gruppe und der Deutschen Bank Bauspar-Aktiengesellschaft. Beim Bausparen schließt der Kunde einen Bausparvertrag ab, mit dem er berechtigt wird, ein Baudarlehen aufzunehmen, sobald der Kunde bei der kreditgebenden Bank einen bestimmten Geldbetrag angelegt hat. Im Zusammenhang mit dem Bausparvertrag werden Bearbeitungsgebühren verlangt und der angelegte Betrag wird zu einem Zinssatz verzinst, der üblicherweise unter dem Zinssatz anderer Geldeinlagen liegt. In dem Fall, dass der Kunde sich entschließt, das Baudarlehen nicht in Anspruch zu nehmen, ist er zu einem rückwirkenden Zinsbonus berechtigt, der die Differenz zwischen dem niedrigen Zins des Bausparvertrags und einem Festzinssatz widerspiegelt, der momentan wesentlich über dem Marktsatz liegt. Die Bausparrückstellungen entsprechen dem möglichen Zinsbonus und der Verpflichtung zur Rückzahlung der Bearbeitungsgebühr. Das Modell zur Berechnung des möglichen Zinsbonus beinhaltet Parameter für den Prozentteil der betroffenen Kunden, die anwendbare Bonusrate, den Kundenstatus und den Zeitpunkt der Zahlung. Andere Faktoren, die diese Rückstellung beeinflussen, sind verfügbare statistische Daten in Bezug auf das Kundenverhalten und das allgemeine Umfeld, das zukünftig diese Geschäftssparte beeinflussen könnte.

Operationelle Rückstellungen entstehen aus operationellen Risiken und beinhalten keine Rückstellungen für Zivilverfahren und aufsichtsbehördliche Verfahren, die als separate Rückstellungsarten dargestellt werden. Ein operationelles Risiko ist das Risiko eines Verlustes, welches durch unangemessene oder fehlerhafte interne Prozesse und Systeme, durch menschliches Fehlverhalten oder durch außerbetriebliche Ereignisse entsteht. Die für die Zwecke dieser Ermittlung verwandte Definition von operationellen Rückstellungen unterscheidet sich von der des Risikomanagements, da hier keine Verlustrisiken aus Zivilverfahren oder aufsichtsbehördlichen Verfahren berücksichtigt werden. Im Risikomanagement ist das Rechtsrisiko ein Bestandteil des operationellen Risikos, da Zahlungen an Kunden, Gegenparteien und Aufsichtsbehörden in Zivilverfahren und aufsichtsbehördlichen Verfahren Verlustereignisse aufgrund operationeller Defizite begründen, Geschäfts- und Reputationsrisiken sind jedoch ausgeschlossen.

Rückstellungen für Zivilverfahren resultieren aus gegenwärtigen oder möglichen Forderungen und Verfahren aufgrund behaupteter Nichteinhaltung von vertraglichen oder sonstigen rechtlichen oder gesetzlichen Pflichten, welche zu Ansprüchen von Kunden, Gegenparteien oder anderen Parteien in Zivilverfahren geführt haben oder führen könnten.

Rückstellungen für die aufsichtsbehördliche Durchsetzung von Forderungen werden gebildet aufgrund von aktuellen oder potenziellen Klagen beziehungsweise Verfahren wegen behaupteter Nichteinhaltung rechtlicher oder gesetzlicher Pflichten, welche dazu geführt haben oder führen könnten, dass eine Festsetzung von Geld- oder sonstigen Strafen staatlicher Aufsichtsbehörden, Selbstregulierungsorganisationen oder sonstiger Vollzugsbehörden vorgenommen wird.

Restrukturierungsrückstellungen entstehen aus Restrukturierungsaktivitäten. Zur Verbesserung der langfristigen Wettbewerbsfähigkeit beabsichtigt der Konzern in den kommenden Jahren, Kosten, Redundanzen und Komplexität in erheblichem Umfang zu verringern. Zu Einzelheiten siehe Anhangangabe „Restrukturierung“.

Rückstellungen für Rückkaufforderungen von Hypothekenkrediten entstehen im mit Wohnimmobilien abgesicherten Hypothekenkreditgeschäft der Deutschen Bank in den Vereinigten Staaten. Von 2005 bis 2008 verkaufte die Deutsche Bank im Rahmen dieses Geschäfts Kredite in Form von Verbriefungen in Höhe von rund 84 Mrd US-\$ sowie in Höhe von rund 71 Mrd US-\$ über die Veräußerung von Krediten („Whole Loans“). Gegenüber der Deutschen Bank werden Forderungen geltend gemacht, Kredite von Käufern, Investoren oder Kreditversicherern zurückzukaufen oder diese von Verlusten freizustellen, die angeblich durch eine wesentliche Verletzung von Zusicherungen und Gewährleistungen verursacht wurden. Das übliche Vorgehen der Deutschen Bank ist begründete Rückkaufansprüche, die in Übereinstimmung mit vertraglichen Rechten geltend gemacht werden, zu erfüllen.

Zum 30. Juni 2016 bestanden gegenüber der Deutschen Bank offene Rückkaufforderungen von Hypothekenkrediten, die nicht Gegenstand von Rückabwicklungsvereinbarungen sind, in Höhe von circa 2,4 Mrd US-\$ (berechnet auf der Grundlage des ursprünglichen Kreditbetrags). Diese bestehen in erster Linie aus Forderungen im Hinblick auf Verbriefungen mit einem Dritten seitens der Treuhänder oder deren Service. Für diese Forderungen hat die Deutsche Bank zum 30. Juni 2016 Rückstellungen in Höhe von 445 Mio US-\$ (400 Mio €) bilanziert. Die Deutsche Bank ist Begünstigte in Haftungsübernahmevereinbarungen der Originatoren oder Verkäufer bestimmter Hypothekenkredite, auf die sich diese Forderungen beziehen. In diesem Zusammenhang hat die Deutsche Bank zum 30. Juni 2016 Ansprüche von 110 Mio US-\$ (99 Mio €) bilanziert. Die Nettorückstellungen für die Forderungen beliefen sich zum 30. Juni 2016 nach Abzug solcher Ansprüche auf 335 Mio US-\$ (301 Mio €).

Zum 30. Juni 2016 hat die Deutsche Bank für Kredite mit einem ursprünglichen Betrag in Höhe von rund 7,3 Mrd US-\$ Rückkäufe getätigt, Vereinbarungen über eine Rückabwicklung erzielt, unrichtige und nicht fristgerecht eingereichte Klagen zurückgewiesen oder Ansprüche auf andere Weise beigelegt. Im Zusammenhang mit diesen Rückkäufen, Vereinbarungen und Vergleichen hat sich die Deutsche Bank von möglichen Ansprüchen, die aus den oben geschilderten Kreditverkäufen der Deutschen Bank resultieren könnten, in Höhe von circa 93,1 Mrd US-\$ befreit.

Die Deutsche Bank hat mit einigen juristischen Personen, die Rückkaufforderungen von Hypothekenkrediten gegen die Deutsche Bank angedroht haben, Vereinbarungen über einen Verjährungsverzicht abgeschlossen. Diese potenziellen Forderungen könnten eine wesentliche Auswirkung auf die Deutsche Bank haben.

Die Deutsche Bank rechnet damit, dass zusätzliche Rückkaufforderungen von Hypothekenkrediten in Bezug auf die verkauften Hypothekenkredite gestellt werden. Deren Zeitpunkt und Höhe können jedoch nicht zuverlässig geschätzt werden. Der New York Court of Appeals hat am 11. Juni 2015 eine Entscheidung veröffentlicht, welche die Abweisung der Rückkaufforderungen von Hypothekengeschäften im Zusammenhang mit einem von der Deutschen Bank begebenen sogenannten Residential Mortgage-Backed Security (durch Grundpfandrechte auf Wohnimmobilien besicherten

Wertpapier) bestätigt, da die Klage nicht fristgerecht erhoben worden sei. Diese und weitere damit im Zusammenhang stehende Entscheidungen könnten das Ausmaß und die Erfolgsaussichten der künftigen Rückkaufforderungen gegen die Deutsche Bank beeinflussen. Die Deutsche Bank fungierte nicht als Servicer für an Dritte als Whole Loans veräußerte Kredite (die rund die Hälfte aller zwischen 2005 und 2008 verkauften US-amerikanischen Wohnimmobilienkredite ausmachen) und hatte nach dem Verkauf keinen Zugang mehr zu deren Performancedaten. Zur Performance der verbrieften Hypothekenkredite stehen öffentliche Informationen zur Verfügung. Es ist jedoch keine direkte Korrelation zwischen der Performance und den gestellten Rückkaufforderungen zu beobachten. Es sind Forderungen in Bezug auf ausgefallene, laufende und vollständig zurückgezahlte Kredite eingegangen.

Sonstige Rückstellungen umfassen verschiedene andere Rückstellungen, die aufgrund unterschiedlicher Umstände entstehen. Zu diesen gehören Rückerstattungen von Kreditbearbeitungsgebühren und Abschlussgebühren für Kunden, die Rückstellungen für Bankenabgaben sowie eine Rückstellung im Zusammenhang mit der Kooperation im Kreditkartengeschäft zwischen Deutscher Bank und Hua Xia Bank Co. Ltd.

Rückstellungen und Eventualverbindlichkeiten

Der Konzern bildet nur dann Rückstellungen für den potenziellen Eintritt von Verlusten, wenn eine gegenwärtige Verpflichtung aus einem Ereignis in der Vergangenheit entsteht, die wahrscheinlich zu einem Mittelabfluss führt und verlässlich geschätzt werden kann. In den Fällen, in denen eine solche Verpflichtung nicht verlässlich geschätzt werden kann, wird keine Rückstellung gebildet und die Verpflichtung gilt als Eventualverbindlichkeit. Eventualverbindlichkeiten umfassen ebenfalls eventuelle Verpflichtungen, bei denen die Möglichkeit eines Mittelabflusses nicht ausgeschlossen, aber eher unwahrscheinlich ist. In den Fällen, in denen eine Rückstellung im Hinblick auf eine spezifische Forderung gebildet wurde, wird keine Eventualverbindlichkeit ausgewiesen; bei Rechtsverfahren, die auf mehr als einer Forderung beruhen, können jedoch für einige Forderungen Rückstellungen gebildet und für andere Forderungen wiederum Eventualverbindlichkeiten (beziehungsweise weder eine Rückstellung noch eine Eventualverbindlichkeit) ausgewiesen werden.

Das rechtliche und regulatorische Umfeld, in dem sich der Konzern bewegt, birgt erhebliche Prozessrisiken. Als Folge davon ist der Konzern in Deutschland und einer Reihe von anderen Ländern, darunter den Vereinigten Staaten, in Gerichts-, Schiedsgerichts- und aufsichtsbehördliche Verfahren verwickelt. In den vergangenen Jahren wurden die Bankenregulierung und -aufsicht auf vielen Gebieten verschärft. Es kam zu einer verstärkten Aufsicht und Überwachung von Finanzdienstleistern durch Aufsichtsbehörden, Verwaltungs- und andere Behörden. Dies führte zu zusätzlichen aufsichtsrechtlichen Untersuchungen und Vollstreckungsmaßnahmen, welchen oft Zivilverfahren nachfolgen. Dieser Trend wurde durch die globale Finanzkrise und die europäische Staatsschuldenkrise deutlich beschleunigt.

Um zu bestimmen, für welchen Anspruch die Möglichkeit eines Verlusts wahrscheinlich oder zwar eher unwahrscheinlich, aber nicht ausgeschlossen ist, und um den möglichen Verlust zu schätzen, berücksichtigt der Konzern eine Vielzahl von Faktoren. Diese umfassen unter anderem die Art des Anspruchs und des zugrunde liegenden Sachverhalts, den Stand und Hergang der einzelnen Verfahren, Entscheidungen von Gerichten und Schiedsstellen, die Erfahrung des Konzerns und Dritter in vergleichbaren Fällen (soweit sie dem Konzern bekannt sind), vorausgehende Vergleichsgespräche, Vergleiche Dritter in ähnlichen Fällen (soweit sie dem Konzern bekannt sind), verfügbare Freistellungen sowie die Gutachten und Einschätzungen von Rechtsberatern und anderen Fachleuten.

Die in der Konzernbilanz zum 30. Juni 2016 ausgewiesenen Rückstellungen für Zivilverfahren und aufsichtsbehördliche Verfahren sind in der obigen Tabelle aufgeführt. Für bestimmte Fälle, bei denen der Konzern einen Mittelabfluss für wahrscheinlich hält, wurden keine Rückstellungen ausgewiesen, da der Konzern die Höhe des potenziellen Mittelabflusses nicht zuverlässig einschätzen konnte.

Für die Verfahren der Bank, bei denen eine verlässliche Schätzung möglich ist, schätzt der Konzern derzeit, dass sich zum 30. Juni 2016 die zukünftigen Verluste, deren Eintritt nicht ausgeschlossen, aber eher unwahrscheinlich ist, bei Zivilverfahren auf insgesamt rund 1,0 Mrd € (31. Dezember 2015: 1,4 Mrd €) und bei aufsichtsbehördlichen Verfahren auf 0,7 Mrd € (31. Dezember 2015: 1,0 Mrd €) belaufen. In diesen Beträgen sind auch die Verfahren berücksichtigt, bei denen der Konzern möglicherweise gesamtschuldnerisch haftet beziehungsweise erwartet, dass eine solche Haftung von Dritten übernommen wird. Bei anderen signifikanten Zivilverfahren und aufsichtsbehördlichen Verfahren nimmt der Konzern an, dass ein Mittelabfluss zwar nicht nur fernliegend, aber nicht überwiegend wahrscheinlich, dessen Höhe jedoch nicht zuverlässig einzuschätzen ist, so dass diese Fälle daher in der Schätzung der Eventualverbindlichkeiten nicht berücksichtigt sind. Bei wiederum anderen signifikanten Zivilverfahren und aufsichtsbehördlichen Verfahren geht der Konzern davon aus, dass die Möglichkeit eines Mittelabflusses fernliegend ist, und hat daher weder eine Rückstellung gebildet noch diese Fälle bei der Schätzung der Eventualverbindlichkeiten berücksichtigt.

Der geschätzte mögliche Verlust sowie die gebildeten Rückstellungen basieren auf derzeit verfügbaren Informationen und sind Gegenstand von erheblichen Beurteilungsspielräumen und einer Vielzahl von Annahmen, Variablen sowie bekannten und unbekanntem Unsicherheiten. Diese Unsicherheiten können Ungenauigkeiten oder die Unvollständigkeit der dem Konzern zur Verfügung stehenden Informationen, insbesondere in frühen Verfahrensstadien, umfassen. Ferner können sich Annahmen des Konzerns zu künftigen Entscheidungen von Gerichten und anderen Schiedsstellen sowie zu den wahrscheinlichen Maßnahmen und Positionen von Aufsichtsbehörden oder Prozessgegnern später als unrichtig herausstellen. Außerdem eignen sich Schätzungen möglicher Verluste aus diesen Verfahren häufig nicht für die Anwendung statistischer oder anderer quantitativer Analyseverfahren, die vielfach bei Beurteilungen und Schätzungen verwendet werden, und unterliegen noch größeren Unsicherheiten als andere Gebiete, auf denen der Konzern Beurteilungen und Schätzungen vornehmen muss. Der geschätzte mögliche Verlust sowie die gebildeten Rückstellungen können, und tun dies in vielen Fällen, erheblich niedriger als der anfänglich von den Aufsichtsbehörden oder Prozessgegnern geforderte Betrag sein beziehungsweise unterhalb des potenziellen maximalen Verlusts im Falle eines für den Konzern nachteiligen finalen Gerichtsentscheids liegen. In einigen Regionen, in denen der Konzern tätig ist, braucht die jeweilige Gegenpartei den von ihr eingeklagten Betrag nicht anzugeben beziehungsweise unterliegt der Forderungsbetrag, auch wenn er anzugeben ist, unter Umständen nicht den allgemeinen Anforderungen an das Vorbringen des behaupteten Sachverhalts oder der Rechtsansprüche.

Die Verfahren, für die der Konzern annimmt, dass ein zukünftiger Verlust nicht bloß unwahrscheinlich ist, ändern sich von Zeit zu Zeit. Dasselbe gilt für die Verfahren, für die eine verlässliche Schätzung vorgenommen werden kann, und für den geschätzten möglichen Verlust aus diesen Verfahren. Die tatsächlichen Ergebnisse können sich als erheblich höher oder niedriger als der für diese Verfahren ursprünglich geschätzte mögliche Verlust erweisen. Zusätzlich können Verluste aus Verfahren erwachsen, bei denen der Konzern die Möglichkeit eines Verlusts für unwahrscheinlich gehalten hat. Insbesondere stellt der geschätzte Gesamtbetrag möglicher Verluste nicht das maximale Verlustpotenzial des Konzerns aus diesen Verfahren dar.

Der Konzern kann gerichtliche und aufsichtsbehördliche Verfahren oder Untersuchungen vergleichen, bevor ein Endurteil ergangen ist oder über die Haftung endgültig entschieden wurde. Er kann dies tun, um Kosten, Verwaltungsaufwand oder negative Geschäftsauswirkungen, negative aufsichtsrechtliche Folgen oder negative Folgen für die Reputation aus einer Fortsetzung des Bestreitens einer Haftung zu vermeiden, auch wenn der Konzern der Auffassung ist, dass begründete Einwände gegen die Haftung bestehen. Dies kann auch geschehen, wenn die möglichen Folgen einer negativen Entscheidung in keinem angemessenen Verhältnis zu den Kosten eines Vergleichs stehen. Außerdem kann der Konzern aus ähnlichen Gründen Gegenparteien deren Verluste auch in solchen Situationen ersetzen, in denen er der Auffassung ist, dazu rechtlich nicht verpflichtet zu sein.

Laufende Einzelverfahren

Nachstehend werden Zivilverfahren und aufsichtsbehördliche Verfahren oder solche Fallgruppen dargestellt, für die der Konzern wesentliche Rückstellungen gebildet hat, bei denen wesentliche Eventualverbindlichkeiten nicht bloß unwahrscheinlich sind oder wesentliche Geschäfts- oder Reputationsrisiken bestehen können; vergleichbare Fälle sind in Gruppen zusammengefasst, und einige Fälle beinhalten verschiedene Verfahren oder Forderungen. Die offengelegten Verfahren können auch Fälle beinhalten, bei denen ein Verlust mehr als unwahrscheinlich ist, für die jedoch der mögliche Verlust nicht zuverlässig geschätzt werden kann.

Esch-Fonds-Rechtsstreitigkeiten. Sal. Oppenheim jr. & Cie. AG & Co. KGaA („Sal. Oppenheim“) war vor dem Erwerb durch die Deutsche Bank in 2010 an der Vermarktung und Finanzierung von Beteiligungen an geschlossenen Immobilienfonds beteiligt. Diese Fonds waren als Personengesellschaften bürgerlichen Rechts in Deutschland organisiert. In der Regel führte die Josef Esch Fonds-Projekt GmbH die Planung und Projektentwicklung durch. Sal. Oppenheim war über ein Joint Venture indirekt an dieser Gesellschaft beteiligt. In Bezug darauf wurden zahlreiche zivilrechtliche Klagen gegen Sal. Oppenheim eingereicht. Einige dieser Klagen sind auch gegen ehemalige Geschäftsführer von Sal. Oppenheim und andere Personen gerichtet. Die gegen Sal. Oppenheim erhobenen Ansprüche betreffen Investitionen von ursprünglich rund 1,1 Mrd €. Nachdem einige Forderungen entweder abgewiesen oder per Vergleich beigelegt wurden, sind noch Forderungen in Bezug auf Investments von ursprünglich circa 400 Mio € schwebend. Derzeit belaufen sich die in den anhängigen Verfahren geltend gemachten Beträge auf insgesamt rund 490 Mio €. Die Investoren verlangen eine Rücknahme ihrer Beteiligung an den Fonds und eine Haftungsfreistellung für mögliche Verluste und Schulden aus der Investition. Die Ansprüche basieren teilweise auf der Behauptung, Sal. Oppenheim habe nicht ausreichend über Risiken und andere wesentliche Aspekte informiert, die für die Anlageentscheidung wichtig gewesen seien. Auf Grundlage der Fakten der Einzelfälle haben manche Gerichte zugunsten und manche zulasten von Sal. Oppenheim entschieden. Die Berufungsurteile stehen noch aus. Der Konzern hat für diese Fälle Rückstellungen gebildet oder Eventualverbindlichkeiten angesetzt, aber keine Beträge offengelegt, da nach seinem Dafürhalten damit zu rechnen ist, dass eine solche Offenlegung den Ausgang der Verfahren wesentlich beeinflussen wird.

Untersuchungen und Verfahren im Devisenhandel. Die Deutsche Bank hat weltweit Auskunftersuchen von bestimmten Aufsichts- und Strafverfolgungsbehörden, die den Devisenhandel und andere Aspekte des Devisenmarkts untersuchen, erhalten. Die Deutsche Bank kooperiert mit den Behörden hinsichtlich dieser Untersuchungen. Hierzu führt die Deutsche Bank eigene interne Untersuchungen des Devisenhandels und anderer Aspekte ihres Devisengeschäfts weltweit durch.

Die Deutsche Bank ist auch Beklagte in drei als Sammelklage bezeichneten Verfahren im Zusammenhang mit der angeblichen Manipulation von Devisenkursen, die beim United States District Court for the Southern District of New York angestrengt wurden. Bei den als Sammelklage bezeichneten Verfahren wurden die geforderten Entschädigungssummen nicht detailliert angegeben. Die anhängige zusammengeführte Klage wird im Rahmen eines als Sammelklage bezeichneten Verfahrens einer Gruppe von OTC-Händlern und eines als Sammelklage bezeichneten Verfahrens einer Gruppe von Devisenhändlern eingereicht, die ihren Wohnsitz in den Vereinigten Staaten oder in US-Gebiet oder dort gehandelt haben. In der Klageschrift wird behauptet, es seien illegale Vereinbarungen getroffen worden, um den Wettbewerb in Bezug auf Benchmark- und Spotsätze zu beeinträchtigen und diese zu manipulieren, insbesondere die für diese Spotsätze notierten Spreads. In einem zweiten Klageverfahren werden die in einer Sammelklage vorgebrachten Behauptungen nachverfolgt und es wird geltend gemacht, dass das angebliche Verhalten zu einem Verstoß gegen die treuhänderischen Pflichten der Beklagten nach dem „U.S. Employment Retirement Income Security Act of 1974 (ERISA)“ Anlass gegeben und letztlich geführt habe. Die dritte Sammelklage wurde von Axiom Investment Advisors, LLC eingereicht. Darin wird behauptet, die Deutsche Bank habe Devisenaufträge, die über elektronische Handelsplattformen platziert wurden, mittels einer als „Last Look“ bezeichneten Funktion abgelehnt und diese Order seien später

zu für die Klägergruppe schlechteren Preiskonditionen ausgeführt worden. Der Kläger macht Forderungen aus Vertragsverletzung, quasivertragliche Forderungen sowie Forderungen nach New Yorker Recht geltend. Anträge auf Abweisung aller drei Klagen wurden eingereicht und sind anhängig. Das Beweisverfahren (Discovery) im Rahmen aller drei Klagen wurde eingeleitet.

Die Deutsche Bank ist auch Beklagte in zwei kanadischen Sammelklagen, die in den Provinzen Ontario und Quebec angestrengt wurden. Die am 10. September 2015 erhobenen Sammelklagen stützen sich auf Vorwürfe, die vergleichbar sind mit den in den zusammengeführten Klagen in den USA erhobenen Vorwürfen und sind auf Schadensersatz nach dem kanadischen Wettbewerbsgesetz und anderen Rechtsgrundlagen gerichtet.

Der Konzern hat nicht offengelegt, ob er für diese Fälle Rückstellungen gebildet oder Eventualverbindlichkeiten bilanziert hat, da nach seinem Dafürhalten damit zu rechnen ist, dass eine solche Offenlegung den Ausgang der Verfahren stark beeinflussen würde.

Hochfrequenzhandel/Dark-Pool-Handel. Die Deutsche Bank hat von bestimmten Aufsichtsbehörden Auskunftersuchen in Bezug auf den Hochfrequenzhandel und den Betrieb ihres alternativen Handelssystems („ATS“ bzw. „Dark Pool“) SuperX erhalten. Die Deutsche Bank kooperiert hinsichtlich dieser Auskunftersuchen mit den Behörden. Der Konzern hat für diese Angelegenheit eine Rückstellung gebildet. Er hat die Höhe dieser Rückstellung nicht offengelegt, da nach Dafürhalten des Konzerns eine solche Offenlegung den Ausgang der Verfahren signifikant beeinflussen würde.

Interbanken-Zinssatz. Aufsichtsbehördliche Verfahren. Die Deutsche Bank hat von verschiedenen Aufsichts- und Strafverfolgungsbehörden in Europa, Nordamerika und der Region Asien/Pazifik, einschließlich von Attorney-Generals verschiedener US-Bundesstaaten, Auskunftersuchen in Form von Informationsanfragen erhalten. Diese stehen im Zusammenhang mit branchenweiten Untersuchungen bezüglich der Festsetzung der London Interbank Offered Rate (LIBOR), der Euro Interbank Offered Rate (EURIBOR), der Tokyo Interbank Offered Rate (TIBOR) und anderer Zinssätze im Interbankenmarkt. Die Deutsche Bank kooperiert mit den Behörden hinsichtlich dieser Untersuchungen.

Wie bereits bekannt gegeben, hat die Deutsche Bank am 4. Dezember 2013 als Teil eines Gesamtvergleichs mit der Europäischen Kommission eine Vereinbarung zum Abschluss der Untersuchungen bezüglich des wettbewerbswidrigen Verhaltens im Handel mit Euro-Zinssatz-Derivaten und Yen-Zinssatz-Derivaten erzielt. Im Rahmen des Vergleichs hat die Deutsche Bank zugestimmt, insgesamt 725 Mio € zu zahlen. Dieser Betrag wurde vollständig gezahlt und ist nicht Teil der Rückstellungen der Bank.

Wie ebenfalls bekannt gegeben, hat die Deutsche Bank am 23. April 2015 separate Vergleichsvereinbarungen mit dem US-Department of Justice (DOJ), der US Commodity Futures Trading Commission (CFTC), der U.K. Financial Conduct Authority (FCA) und dem New York State Department of Financial Services (NYDFS) zur Beendigung von Untersuchungen wegen Fehlverhaltens bezüglich der Festlegung von LIBOR, EURIBOR und TIBOR getroffen. In den Vereinbarungen hat die Deutsche Bank zugestimmt, Strafzahlungen in Höhe von 2,175 Mrd US-\$ an das DOJ, die CFTC und das NYDFS sowie 226,8 Mio GBP an die FCA zu leisten. Diese Beträge wurden vollständig gezahlt und sind nicht Teil der Rückstellungen der Bank, bis auf 150 Mio US-\$, die infolge der Verurteilung der DB Group Services (UK) Ltd. (einer indirekt gehaltenen hundertprozentigen Tochtergesellschaft der Deutschen Bank) nach deren Schuldanerkenntnis bezüglich des „Wire-Fraud“ vorbehaltlich der Zustimmung des Gerichts an das DOJ zu zahlen sind (das Urteil soll nach aktuellem Stand am 7. Oktober 2016 gesprochen werden). Als Teil der Vereinbarung mit dem DOJ akzeptiert die Deutsche Bank ein sogenanntes „Deferred Prosecution Agreement“ mit dreijähriger Laufzeit. Dieses beinhaltet neben anderen Punkten, dass die Deutsche Bank der Einreichung einer Anklage im United States District Court für den District of Connecticut zustimmt, in welcher der Deutschen Bank „Wire-Fraud“ und ein Verstoß gegen den Sherman-Act im Zusammenhang mit Preisfixings vorgeworfen wird.

Wie oben erwähnt, hat eine Arbeitsgruppe („Working Group“) von US-Generalstaatsanwälten („U.S. state attorneys general“) eine Untersuchung gegen die Deutsche Bank in Bezug auf die Festsetzung des LIBOR, EURIBOR und TIBOR eingeleitet. Die Bank kooperiert weiterhin mit den US-Generalstaatsanwälten hinsichtlich dieser Untersuchung.

Andere aufsichtsbehördliche Untersuchungen gegen die Deutsche Bank, welche die Festsetzungen verschiedener weiterer Interbankenzinssätze betreffen, bleiben anhängig, und die Deutsche Bank bleibt weiteren aufsichtsbehördlichen Maßnahmen ausgesetzt. Der Konzern hat für bestimmte aufsichtsbehördliche Ermittlungen Rückstellungen gebildet. Er hat die Höhe dieser Rückstellungen nicht offengelegt, da nach Dafürhalten des Konzerns eine solche Offenlegung den Ausgang dieser aufsichtsbehördlichen Untersuchungen erheblich beeinflussen würde.

Überblick über zivilrechtliche Verfahren. Die Deutsche Bank ist Partei von 47 zivilrechtlichen Verfahren betreffend die behauptete Manipulation hinsichtlich der Festsetzung von verschiedenen Interbanken-Zinssätzen, die in den folgenden Absätzen beschrieben werden. Die meisten der zivilrechtlichen Klagen einschließlich als Sammelklage bezeichneter Verfahren wurden beim United States District Court for the Southern District of New York (SDNY) gegen die Deutsche Bank und zahlreiche andere Beklagte eingereicht. Alle bis auf sechs dieser Klagen wurden für Parteien eingereicht, die behaupten, sie hätten aufgrund von Manipulationen bei der Festsetzung des US-Dollar-LIBOR-Zinssatzes Verluste erlitten. Die sechs zivilrechtlichen Klagen gegen die Deutsche Bank, die keinen Bezug zum US-Dollar-LIBOR haben, sind ebenfalls beim SDNY anhängig und umfassen zwei Klagen zum Yen-LIBOR und Euroyen-TIBOR, eine Klage zum EURIBOR, eine zusammengefasste Klage zum GBP-LIBOR-Zinssatz, eine Klage zum CHF-LIBOR sowie eine Klage zu zwei SGD-Referenzzinssätzen, der Singapore Interbank Offered Rate (SIBOR) und der Swap Offer Rate (SOR).

Mit einer Ausnahme werden alle zivilrechtlichen US-Dollar-LIBOR-Klagen, die beim SDNY anhängig sind, in einem distriktübergreifenden Rechtsstreit (US-Dollar-LIBOR Multidistrict Litigation) behandelt. Ferner ist eine Sammelklage betreffend den US-Dollar-LIBOR, die nicht zur US-Dollar-LIBOR Multidistrict Litigation gehört, abgewiesen worden, für die nun die Berufung vor dem US Court of Appeals for the Ninth Circuit anhängig ist.

Die Schadensersatzansprüche der 47 zivilrechtlichen Klagen, die oben dargestellt wurden, stützen sich auf verschiedene rechtliche Grundlagen einschließlich der Verletzung des US Commodity Exchange Act (CEA), kartellrechtlicher Vorschriften der Bundesstaaten und der USA, des US Racketeer Influenced and Corrupt Organizations Act (RICO) und anderer Bundes- und einzelstaatlicher Gesetze. In allen bis auf fünf Fällen wurde die Höhe des Schadensersatzes nicht formell von den Klägern festgelegt. Bei den fünf Fällen, bei denen spezifische Schadensersatzforderungen gestellt wurden, handelt es sich um Einzelklagen, die zur US-Dollar LIBOR Multidistrict Litigation zusammengefasst wurden. Die Gesamthöhe des von allen Beklagten, einschließlich der Deutschen Bank, geforderten Schadensersatzes beläuft sich auf mindestens 1,25 Mrd US-\$. Der Konzern hat nicht offengelegt, ob er für diese Fälle Rückstellungen gebildet oder Eventualverbindlichkeiten bilanziert hat, da nach seinem Dafürhalten damit zu rechnen ist, dass eine solche Offenlegung den Ausgang der Verfahren erheblich beeinflussen wird.

US-Dollar-LIBOR. Nachdem das Gericht zwischen März 2013 und November 2015 in mehreren Entscheidungen die Anträge der Kläger eingeschränkt hat, erheben diese zurzeit Ansprüche unter dem CEA, bestimmte landesrechtliche Ansprüche wegen Betrugs, vertragliche Ansprüche, Ansprüche wegen ungerechtfertigter Bereicherung sowie deliktsrechtliche Ansprüche. Ferner hat das Gericht entschieden, die Ansprüche bestimmter Kläger wegen fehlender Zuständigkeit und Verjährung abzuweisen. Diese abweisenden Entscheidungen sind derzeit Gegenstand weiterer Anhörungen. Weitere Entscheidungen stehen noch aus.

Im Mai 2016 hat der U.S. Court of Appeals for the Second Circuit die Entscheidungen des Gerichts zur Multidistrict Litigation aufgehoben, mit der die kartellrechtlichen Ansprüche der Kläger abgelehnt wurden. Der Fall wurde zur weiteren Prüfung der Frage, ob die Kläger berechtigt sind, ihre kartellrechtlichen Ansprüche geltend zu machen, zurückverwiesen. Die Anhörungen finden zurzeit statt. Schließlich finden gerade die Beweisverfahren (Discovery) für drei der am frühesten eingeleiteten Klagen statt. Die Anhörung zur Zulassung einer Sammelklage soll bis August 2017 abgeschlossen sein.

Das Gericht hat in einem zusätzlichen Verfahren zum US-Dollar-LIBOR, das getrennt von der US-Dollar-LIBOR Multidistrict Litigation vor dem SDNY verhandelt wird, den Klageabweisungsanträgen der Beklagten stattgegeben. Der Kläger hat einen Antrag auf Erweiterung seiner Klage eingereicht.

Die Deutsche Bank wurde darüber hinaus als Beklagte in einer US-Dollar-LIBOR-Klage vor dem Central District of California benannt. Das Gericht hat dem Klageabweisungsantrag der Deutschen Bank stattgegeben. Der Kläger legt zurzeit Berufung vor dem US Court of Appeals for the Ninth Circuit ein.

Yen-LIBOR und Euroyen-TIBOR. Vor dem SDNY sind zurzeit zwei getrennte Klagen wegen des Vorwurfs der Manipulation des Yen-LIBOR und Euroyen-TIBOR anhängig. Für die erste Klage, *Laydon*, läuft zum aktuellen Zeitpunkt das Beweisverfahren (Discovery). In der zweiten, *Sonterra*, wurde ein Antrag auf Abweisung der Klage vollständig vorgebracht und verhandelt. Die Entscheidung steht noch aus.

EURIBOR, GBP-LIBOR und CHF-LIBOR. Anträge auf Abweisung dieser vor dem SDNY anhängigen Klagen wurden vollständig vorgetragen. Die Entscheidungen stehen noch aus.

SIBOR und SOR: Diese Klage wurde am 1. Juli 2016 beim SDNY eingereicht und der Deutschen Bank noch nicht zugestellt.

CLN-Ansprüche von Kaupthing. Im Juni 2012 hat die Kaupthing hf, eine isländische Aktiengesellschaft, (vertreten durch den Liquidationsausschuss), auf isländisches Recht gestützte Anfechtungsklagen über circa 509 Mio € (plus Zinsen basierend auf Schadensquote und Sanktionszins) gegen die Deutsche Bank in Island und England erhoben. Die geltend gemachten Ansprüche stehen im Zusammenhang mit Credit Linked Notes auf Kaupthing, welche die Deutsche Bank im Jahr 2008 an zwei British-Virgin-Island-Spezialvehikel („SPVs“) herausgegeben hat. Diese SPVs gehörten letztlich sehr vermögenden Privatpersonen. Kaupthing behauptet, die Deutsche Bank habe gewusst oder hätte wissen müssen, dass Kaupthing selbst den Risiken aus den Transaktionen ausgesetzt war, weil sie die SPVs finanziert habe. Es wird behauptet, Kaupthing könne die Transaktionen aus verschiedenen Gründen anfechten, da die Transaktionen unter anderem deshalb unzulässig waren, weil es Kaupthing so möglich war, direkten Einfluss auf die Quotierung eigener CDS (Credit Default Swaps) und damit eigener börsennotierter Anleihen zu nehmen. Im November 2012 wurde eine weitere, auf englisches Recht gestützte Klage (gestützt auf Vorwürfe, die den Vorwürfen der auf isländisches Recht gestützten Klagen vergleichbar sind) gegen die Deutsche Bank in London erhoben. Die Deutsche Bank hat eine Klageerwiderung für die isländischen Verfahren im Februar 2013 eingereicht und verteidigt sich weiter. Im Februar 2014 wurden die in England anhängigen Verfahren bis zur endgültigen Entscheidung in den isländischen Verfahren ausgesetzt. Darüber hinaus wurden der Deutschen Bank von den SPVs und deren Abwicklern im Dezember 2014 weitere Klagen zugestellt, die sich auf eine weitgehend vergleichbare Anspruchsbegründung stützen, sich auf CLN-Transaktionen beziehen und sich gegen die Deutsche Bank und weitere Beschuldigte in England richten. Die SPVs fordern ferner einen Betrag von rund 509 Mio € (zuzüglich Zinsen), obwohl der Zinsbetrag niedriger ist als in Island. Die Deutsche Bank hat eine Klageerwiderung in diesen Verfahren eingereicht und verteidigt sich weiter. Die Deutsche Bank erwartet nicht, dass die von den SPVs erhobenen Klagen die Höhe der möglichen Verpflichtungen der Bank im Zusammenhang mit den CLN-Transaktionen über die bereits von Kaupthing unmittelbar erhobenen Ansprüche hinaus erhöhen. Der Konzern hat nicht offengelegt, ob er für diese Fälle Rückstellungen gebildet oder Eventualverbindlichkeiten angesetzt hat, da nach seinem Dafürhalten damit zu rechnen ist, dass eine solche Offenlegung den Ausgang der Verfahren erheblich beeinflussen wird.

Kirch. Im Zusammenhang mit dem Kirch-Verfahren ermittelte und ermittelt die Staatsanwaltschaft München I unter anderem gegen mehrere ehemalige Vorstandsmitglieder der Deutschen Bank.

Das Kirch-Verfahren umfasste mehrere zivilrechtliche Verfahren zwischen der Deutschen Bank AG und Dr. Leo Kirch beziehungsweise dessen Medienunternehmen. Die zentrale Streitfrage in den Zivilverfahren war, ob der damalige Sprecher des Vorstands der Deutschen Bank AG, Dr. Rolf Breuer, durch seine Äußerungen in einem Interview mit dem Fernsehsender Bloomberg im Jahre 2002 die Insolvenz der Kirch Unternehmensgruppe herbeigeführt habe. In diesem Interview äußerte sich Dr. Rolf Breuer zu der mangelnden Finanzierungsmöglichkeit der Kirch Unternehmensgruppe. Im Februar 2014 schlossen die Deutsche Bank und die Erben von Dr. Leo Kirch einen umfangreichen Vergleich, der sämtliche Rechtsstreitigkeiten zwischen den Parteien beendete.

Die Staatsanwaltschaft wirft den betreffenden ehemaligen Vorstandsmitgliedern vor, versäumt zu haben, Tatsachenbehauptungen, die von den für die Deutsche Bank in einem der Kirch-Zivilverfahren tätigen Rechtsanwälten in Schriftsätzen an das Oberlandesgericht München und den Bundesgerichtshof vorgebracht wurden, rechtzeitig zu korrigieren, nachdem sie angeblich Kenntnis erlangt hatten, dass diese Ausführungen nicht korrekt gewesen sein sollen bzw. in diesen Verfahren unzutreffende Aussagen gemacht zu haben.

Das Hauptermittlungsverfahren gegen Jürgen Fitschen und vier weitere ehemalige Vorstandsmitglieder ist abgeschlossen. Am 6. August 2014 wurde formell Anklage gegen alle Beschuldigten erhoben. Das Verfahren hat am 28. April 2015 begonnen. Das Gericht ordnete die Nebenbeteiligung der Deutschen Bank AG an, was zur Auferlegung eines Bußgelds gegen die Bank hätte führen können. In seiner Urteilsverkündung vom 25. April 2016 hat das Landgericht München Herrn Fitschen und die vier ehemaligen Vorstandsmitglieder freigesprochen. Darüber hinaus hat das Gericht auch die Bank freigesprochen. Am 26. April 2016 legte die Staatsanwaltschaft gegen das Urteil Revision ein. Im Rahmen der Revision werden ausschließlich mögliche rechtliche Fehler überprüft, nicht dagegen Feststellungen zu Tatsachen.

Die weiteren Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft in diesem Zusammenhang dauern noch an. Die Deutsche Bank kooperiert vollumfänglich mit der Staatsanwaltschaft München.

Der Konzern geht davon aus, dass diese Verfahren keine erheblichen wirtschaftlichen Auswirkungen auf ihn haben, und hat daher diesbezüglich keine Rückstellungen gebildet oder Eventualverbindlichkeiten ausgewiesen.

Auflösung einer Position auf den KOSPI-Index. Nachdem der Korea Composite Stock Price Index 200 („KOSPI 200“) während der Schlussauktion am 11. November 2010 um rund 2,7 % gefallen war, leitete die koreanische Finanzdienstleistungsaufsicht („FSS“) eine Untersuchung ein und äußerte die Sorge, der Fall des KOSPI 200 sei darauf zurückzuführen, dass die Deutsche Bank einen Aktienkorb im Wert von rund 1,6 Mrd € verkauft hatte, der Teil einer Indexarbitrage-Position auf den KOSPI 200 gewesen war. Am 23. Februar 2011 prüfte die koreanische Finanzdienstleistungskommission (Korean Financial Services Commission), die die Arbeit der FSS beaufsichtigt, die Ermittlungsergebnisse und Empfehlungen der FSS und beschloss, folgende Maßnahmen zu ergreifen: (i) Erstellen von Strafanzeige bei der südkoreanischen Staatsanwaltschaft gegen fünf Mitarbeiter des Deutsche Bank-Konzerns wegen des Verdachts auf Marktmanipulation und gegen die Deutsche Bank-Tochtergesellschaft Deutsche Securities Korea Co. („DSK“) wegen Haftung für fremde Wirtschaftsstrafrechtsverstöße sowie (ii) Verhängen eines sechsmonatigen Eigenhandelsverbots zwischen 1. April 2011 und 30. September 2011 gegen die DSK, das sich auf den Handel mit Aktien am Kassamarkt und mit börsengehandelten Derivaten sowie auf den Aktien-Kassahandel über DMA-Systeme (Direct Market Access) erstreckte, und Verpflichtung der DSK, einen bestimmten Beschäftigten für sechs Monate zu suspendieren. Eine Ausnahme vom Eigenhandelsverbot wurde insofern gewährt, als es der DSK weiterhin erlaubt sein sollte, Liquidität für bestehende an Derivate gekoppelte Wertpapiere bereitzustellen. Am 19. August 2011 teilte die koreanische Staatsanwaltschaft ihre Entscheidung mit, gegen die DSK und vier Mitarbeiter des Deutsche Bank-Konzerns wegen mutmaßlicher Spot-/Futures-Marktmanipulationen Klage zu erheben. Das Strafverfahren hat im Januar 2012 begonnen. Am 25. Januar 2016 hat der Seoul Central District Court einen DSK-Händler sowie DSK für schuldig erklärt.

Gegen DSK wurde eine Geldstrafe in Höhe von 1,5 Mrd KRW (weniger als 2,0 Mio €) verhängt. Das Gericht ordnete darüber hinaus die Einziehung der Gewinne aus der in Rede stehenden Handelstätigkeit an. Der Konzern hat die Gewinne aus den zugrunde liegenden Handelsaktivitäten 2011 abgeführt. Sowohl die Strafverfolgungsbehörde als auch die Angeklagten haben Berufung gegen das Strafurteil eingelegt.

Darüber hinaus strengten Parteien, die behaupten, durch den Fall des KOSPI 200 am 11. November 2010 Verluste erlitten zu haben, vor koreanischen Gerichten eine Vielzahl von zivilrechtlichen Verfahren gegen die Deutsche Bank und die DSK an. In einigen dieser Fälle sind seit dem vierten Quartal 2015 erstinstanzliche Gerichtsurteile gegen die Bank und die DSK ergangen. Die derzeit bekannten offenen Forderungen haben einen Gesamtforderungsbetrag von weniger als 50 Mio € (nach aktuellem Wechselkurs). Der Konzern hat für diese anhängigen Zivilverfahren eine Rückstellung gebildet. Er hat die Höhe dieser Rückstellung nicht offengelegt, da nach seinem Dafürhalten eine solche Offenlegung den Ausgang der Verfahren signifikant beeinflussen würde.

Verfahren im Zusammenhang mit Hypothekenkrediten und Asset Backed Securities und Untersuchungen. *Regulatorische und regierungsbehördliche Verfahren.* Die Deutsche Bank und einige ihrer verbundenen Unternehmen (zusammen in diesen Absätzen die „Deutsche Bank“) haben förmliche Auskunftersuchen in Form von Subpoenas und Informationsanfragen von Aufsichts- und Regierungsbehörden erhalten, einschließlich Mitgliedern der Residential Mortgage-Backed Securities Working Group der US Financial Fraud Enforcement Task Force. Diese Auskunftersuchen beziehen sich auf ihre Aktivitäten bei der Ausreichung, dem Erwerb, der Verbriefung, dem Verkauf von und/oder dem Handel mit Hypothekenkrediten, durch Grundpfandrechte auf Wohnimmobilien besicherten Wertpapieren (Residential Mortgage Backed Securities – RMBS), durch Grundpfandrechte auf Gewerbeimmobilien besicherten Wertpapieren (Commercial Mortgage Backed Securities – CMBS), forderungsbesicherten Schuldverschreibungen (Collateralized Debt Obligations – CDOs), Asset Backed Securities (ABS) und Kreditderivaten. Die Deutsche Bank kooperiert in Bezug auf diese Auskunftersuchen und Informationsanfragen in vollem Umfang mit den Behörden. Die Deutsche Bank führt derzeit mit dem U.S. Department of Justice (DOJ) Vergleichsgespräche zu möglichen Ansprüchen, welche das DOJ ggf. auf der Grundlage seiner Untersuchungen betreffend die Ausreichung und Verbriefung von RMBS seitens der Deutschen Bank geltend machen könnte. Im Zusammenhang mit verschiedenen RMBS-Angeboten hat die Deutsche Bank eine Verjährungsverzichtsvereinbarung mit dem DOJ erzielt, um die relevanten Verjährungsfristen zu unterbrechen. Der Konzern hat für einige, aber nicht alle dieser aufsichtsbehördlichen Ermittlungen Rückstellungen gebildet. Er hat die Höhe dieser Rückstellungen nicht offengelegt, da nach seinem Dafürhalten eine solche Offenlegung den Ausgang dieser aufsichtsbehördlichen Untersuchungen erheblich beeinflussen würde.

Zivilrechtliche Verfahren als Emittent und Platzeur. Die Deutsche Bank wurde als Beklagte in diversen zivilrechtlichen Verfahren von Privatpersonen im Zusammenhang mit ihren unterschiedlichen Rollen, einschließlich als Emittent und Platzeur von RMBS und anderen ABS, benannt. In diesen im Folgenden beschriebenen Verfahren wird behauptet, dass die Angebotsprospekte in wesentlichen Aspekten hinsichtlich der Prüfungsstandards bei Ausreichung der zugrunde liegenden Hypothekenkredite unrichtig oder unvollständig gewesen oder verschiedene Zusicherungen und Gewährleistungen in Bezug auf die Darlehen bei Ausreichung verletzt worden seien. Der Konzern hat Rückstellungen für einige, jedoch nicht alle dieser zivilrechtlichen Fälle gebildet. Er hat die Höhe dieser Rückstellungen nicht offengelegt, da nach seinem Dafürhalten eine solche Offenlegung den Ausgang der Verfahren signifikant beeinflussen würde.

Die Deutsche Bank ist Beklagte in einer Sammelklage, die sich auf ihre Rolle als Platzeur von sechs von der Novastar Mortgage Corporation begebener RMBS bezieht. Es werden keine spezifischen Schäden in der Klage vorgetragen. Das Beweisverfahren (Discovery) läuft.

Die Deutsche Bank ist zurzeit Beklagte in verschiedenen Verfahren, die keine Sammelklagen sind und die von angeblichen Käufern von RMBS, Gegenparteien in Geschäften mit RMBS und mit ihnen verbundenen Unternehmen eingeleitet wurden. Zu diesen Parteien gehören: (1) Azora Bank, Ltd. (Schadensersatzforderungen von 31 Mio US-\$); (2) Federal Deposit Insurance Corporation (FDIC) als Zwangsverwalter („receiver“) für: a) Colonial Bank (Schadensersatzforderungen von mindestens 189 Mio US-\$ gegen alle Beklagten), b) Guaranty Bank (Schadensersatzforderungen von mindestens 901 Mio US-\$ gegen alle Beklagten) und c) Citizens National Bank und Strategic Capital Bank (Schadensersatzforderungen von mindestens 66 Mio US-\$ gegen alle Beklagten); (3) Federal Home Loan Bank of San Francisco; (4) Phoenix Light SF Limited (als angeblicher Zessionar von Ansprüchen von Zweckgesellschaften, die von der ehemaligen WestLB AG entweder geschaffen oder geführt werden) und (5) Royal Park Investments (als angeblicher Zessionar von Ansprüchen von Zweckgesellschaften, die geschaffen wurden, um bestimmte Vermögenswerte der Fortis Bank zu erwerben). Sofern nicht anders angegeben, wurde die genaue Höhe des geforderten Schadensersatzes in den Klageschriften nicht detailliert angegeben.

Am 14. Januar 2015 gab das Gericht dem Antrag der Deutschen Bank auf Abweisung der Klage seitens Aozora Bank, Ltd. in Bezug auf eine forderungsbesicherte Schuldverschreibung (CDO) der Blue Edge ABS CDO, Ltd. statt. Aozora legte gegen diese Entscheidung Berufung ein, und am 30. März 2016 bestätigte ein Berufungsgericht die Abweisung der Klage durch die vorherige Instanz. Die Deutsche Bank ist weiterhin gemeinsam mit der UBS AG und verbundenen Unternehmen Beklagte in einem von der Aozora Bank, Ltd. angestrebten Verfahren in Bezug auf eine CDO der Brooklyn Structured Finance CDO, Ltd. Am 14. Oktober 2015 hat das Gericht dem Antrag der Beklagten auf Abweisung der von Aozora wegen Betrugs gestellten Ansprüche abgelehnt, wogegen die Beklagten Berufung eingelegt haben. Am 7. Juli 2016 wies die vorherige Instanz die Parteien an, während der anhängigen Berufung ein eingeschränktes Beweisverfahren (Discovery) anzustrengen.

Die FDIC als Zwangsverwalter („receiver“) für die Franklin Bank, die Guaranty Bank und die Colonial Bank hatte gegen die Deutsche Bank wegen ihrer Rolle als Underwriter von RMBS, die von mit Countrywide verbundenen Unternehmen begeben wurden, Klagen eingereicht. Am oder um den 6. Juni 2016 wurden diese Klagen durch einen Vergleich zwischen der FDIC, der Deutschen Bank und anderen Finanzinstituten, die ebenfalls als Underwriter verklagt worden waren, abgewiesen. Der Anteil der Deutschen Bank an dem Vergleichsbetrag wurde von einem nicht an dem Verfahren beteiligten Dritten übernommen.

Die Deutsche Bank ist weiterhin Beklagte in drei Klagen, die von der FDIC in Bezug auf andere Ausreichungen von RMBS erhoben wurden. In getrennten Klagen der FDIC als Zwangsverwalter für die Colonial Bank und Guaranty Bank haben die Berufungsgerichte Ansprüche erneut zugelassen, die zuvor wegen Verjährung abgewiesen worden waren. Das Beweisverfahren (Discovery) in diesen Fällen läuft. In der Klage in Bezug auf die Colonial Bank wurden der Antrag auf erneute Anhörung und der Revisionsantrag („petition for certiorari“) vor dem United States Supreme Court abgelehnt. In der Klage zur Guaranty Bank wird zurzeit ein Antrag auf erneute Anhörung verhandelt. Ein vergleichbarer Antrag ist in der Klage der FDIC als Zwangsverwalter für die Citizens National Bank und die Strategic Capital Bank anhängig.

Nach zwei Teilvergleichen zu Ansprüchen der Federal Home Loan Bank of San Francisco ist die Deutsche Bank nach wie vor Beklagte in einem Verfahren zu einem RMBS-Angebot und zwei Angeboten, die als Weiterverbriefung von RMBS-Zertifikaten beschrieben wurden. Es werden keine spezifischen Schäden in der Klage vorgetragen. Die Klage befindet sich im Stadium des Beweisverfahrens mit Sachverständigen (Expert Discovery). Das Verfahren gegen die Deutsche Bank ist für den 5. Dezember 2016 angesetzt.

Die Residential Funding Company hat eine Klage auf Rückkauf der Darlehen gegen die Deutsche Bank eingereicht. Gegenstand der Klage ist die Verletzung von Garantien und Gewährleistungen betreffend Darlehen, die an die Residential Funding Company verkauft wurden, sowie Schadensersatz für Schäden, die der Residential Funding Company infolge von RMBS-bezogenen Klagen und Ansprüchen entstanden sind, die gegen die Residential Funding Company

geltend gemacht wurden. Die Klageschrift enthält keine detaillierten Angaben über die Höhe des geforderten Schadensersatzes. Am 24. Juni 2016 wies das Gericht nach einer vertraulichen Vergleichsvereinbarung das Verfahren ohne Recht auf erneute Klageerhebung ab. Die finanziellen Bedingungen des Vergleichs sind nicht wesentlich für die Deutsche Bank.

Im März 2012 haben die RMBS Recovery Holdings 4, LLC und die VP Structured Products, LLC im Staat New York Klage gegen die Deutsche Bank eingereicht, die auf angeblichen Verletzungen von Garantien und Gewährleistungen seitens der Deutschen Bank im Zusammenhang mit Hypothekendarlehen in der ACE Securities Corp. 2006-SL2 RMBS-Emission (offering) beruht. Die Klageschrift enthält keine detaillierten Angaben zur genauen Höhe des geforderten Schadensersatzes. Am 13. Mai 2013 wies das Gericht den Antrag der Deutschen Bank auf Klageabweisung als verspätet zurück. Am 19. Dezember 2013 hob das Berufungsgericht die Entscheidung des Gerichts auf und wies die Klage ab. Am 11. Juni 2015 bestätigte der New York Court of Appeals die Entscheidung des Berufungsgerichts. Das Gericht führte aus, dass das für die Klägerin klagebegründende Ereignis mehr als sechs Jahre vor dem Zeitpunkt stattgefunden hatte, zu dem die Ansprüche geltend gemacht wurden, und die Klage deshalb verjährt sei. Am 29. März 2016 wies das Gericht eine im Wesentlichen vergleichbare Klage seitens HSBC als Treuhänder ab und am 29. April 2016 legte der Kläger Rechtsmittel ein.

Am 18. Februar 2016 erzielten die Deutsche Bank und Amherst Advisory & Management LLC („Amherst“) Vergleichsvereinbarungen, um Klagen wegen Vertragsverletzung bezüglich fünf RMBS-Treuhandvermögen beizulegen. Am 30. Juni 2016 unterzeichneten die Parteien Vergleichsvereinbarungen, durch welche die vorigen Vereinbarungen geändert und neu verfasst wurden. Die Vergleichsvereinbarungen wurden an den Treuhänder geschickt, um die Genehmigung der Zertifikateinhaber einzuholen, die diese bis zum 24. August 2016 erteilen oder verwehren müssen. Die Frist, innerhalb derer der Treuhänder die Vergleiche annehmen muss, endet am 29. September 2016. Die Klagen sind weiterhin ausgesetzt. Ein wesentlicher Anteil des Vergleichsbetrags, der von der Deutschen Bank hinsichtlich eines der fünf Treuhandvermögen gezahlt würde, falls das Vergleichsangebot von diesem Treuhandvermögen angenommen werden würde, würde von einem nicht am Verfahren beteiligten Dritten übernommen. Die wirtschaftliche Netto-Belastung der Vergleiche ist im Wesentlichen durch gebildete Rückstellungen abgedeckt.

Am 3. Februar 2016 erhob Lehman Brothers Holding, Inc. („Lehman“) eine Klage (adversary proceeding) beim United States Bankruptcy Court for the Southern District of New York gegen, unter anderem, MortgageIT, Inc. („MIT“) und die Deutsche Bank AG als vermeintliche Rechtsnachfolgerin von MIT, in der Verstöße gegen Zusicherungen und Garantien geltend gemacht werden, die in bestimmten Darlehenskaufverträgen aus 2003 und 2004 betreffend 63 Hypothekendarlehen enthalten sind, die MIT an Lehman und Lehman wiederum an die Federal National Mortgage Association („Fannie Mae“) und an die the Federal Home Loan Mortgage Corporation („Freddie Mac“) verkaufte. Die Klage zielt auf Ausgleich für Verluste, die Lehman erlitt im Zusammenhang mit Vergleichen, die Lehman mit Fannie Mae und Freddie Mac im Rahmen des Lehman-Insolvenzverfahrens schloss, um Ansprüche betreffend diese Darlehen beizulegen. In der Klage werden keine spezifischen Schäden vorgebracht. Die Frist zur Klageerwidern ist noch nicht abgelaufen.

In den Klagen gegen die Deutsche Bank allein wegen ihrer Rolle als Platzeur von RMBS anderer Emittenten hat die Bank vertragliche Ansprüche auf Freistellung gegen diese Emittenten. Diese können sich jedoch in Fällen, in denen die Emittenten insolvent oder anderweitig nicht zahlungsfähig sind oder werden, als ganz oder teilweise nicht durchsetzbar erweisen.

Zivilrechtliche Verfahren als Treuhänder. Die Deutsche Bank ist Beklagte in acht getrennten zivilrechtlichen Klageverfahren, die von verschiedenen Anlegergruppen wegen ihrer Rolle als Treuhänder bestimmter RMBS-Treuhandvermögen angestrengt wurden. Die Kläger machen Ansprüche wegen Vertragsbruchs, des Verstoßes gegen treuhänderische Pflichten, des Verstoßes gegen die Vermeidung von Interessenkonflikten, Fahrlässigkeit und/oder Verletzungen des Trust Indenture Act of 1939 geltend. Sie stützen diese Ansprüche auf die Behauptung, die Deutsche Bank

habe es versäumt, bestimmte Verpflichtungen und/oder Aufgaben als Treuhänder der Treuhandvermögen angemessen zu erfüllen. Die acht Klagen umfassen zwei als Sammelklage bezeichnete Verfahren, die von einer Anlegergruppe, einschließlich von BlackRock Advisors, LLC, PIMCO-Advisors, L.P. und anderen Unternehmen verwalteter Fonds, angestrengt wurden (die BlackRock-Sammelklagen). Ferner beinhalten die Verfahren ein als Sammelklage bezeichnetes Verfahren, das von Royal Park Investments SA/NV eingereicht wurde, und fünf Einzelklagen. Eine der BlackRock-Sammelklagen ist vor dem United States District Court for the Southern District of New York anhängig. Darin wird behauptet, 62 Treuhandvermögen hätten insgesamt Sicherheitenverluste von 9,8 Mrd US-\$ erlitten. Die Klageschrift enthält jedoch keine Schadensersatzforderung in einer bestimmten Höhe. Am 15. Juli 2016 wurde ein Antrag auf Abweisung dieser Klage gestellt, und das Beweisverfahren (Discovery) läuft. Die zweite BlackRock-Sammelklage ist vor dem Superior Court of California anhängig. Darin wird behauptet, 465 Treuhandvermögen hätten insgesamt Sicherheitenverluste von 75,7 Mrd US-\$ erlitten. Die Klageschrift enthält jedoch keine Schadensersatzforderung in einer bestimmten Höhe. Mit der Beweiserhebung wurde noch nicht begonnen. Die von Royal Park Investments SA/NV angestrebte Sammelklage ist vor dem United States District Court for the Southern District of New York anhängig. Sie betrifft zehn Treuhandvermögen, die angeblich insgesamt Sicherheitenverluste von über 3,1 Mrd US-\$ verbucht hätten. Die Klageschrift enthält jedoch keine Schadensersatzforderung in einer bestimmten Höhe. Das Beweisverfahren (Discovery) dauert an.

Die anderen fünf Einzelverfahren umfassen Klagen (a) des National Credit Union Administration Board („NCUA“) als Investoren in 97 Treuhandvermögen, der einen behaupteten Sicherheitenverlust von insgesamt 17,2 Mrd US-\$ erlitten hat, wenngleich die Klageschrift keine Schadensersatzforderung in einer bestimmten Höhe enthält; (b) von bestimmten CDOs (nachstehend zusammen „Phoenix Light SF Limited“), die RMBS-Zertifikate von 51 RMBS-Treuhandvermögen halten und Schadensersatzansprüche von über 527 Mio US-\$ stellen; (c) der Western and Southern Life Insurance Company und fünf verbundener Unternehmen (nachstehend zusammen „Western & Southern“) als Investoren in 18 RMBS-Treuhandvermögen, die vorgeblich Sicherheitenverluste von insgesamt 1 Mrd US-\$ verbucht hätten, obwohl die Klageschrift keine Schadensersatzforderung in einer bestimmten Höhe enthält; (d) der Commerzbank AG als Investor in 50 RMBS-Treuhandvermögen, die Schadensersatzansprüche für angebliche „Verluste in Höhe von mehreren hundert Millionen US-\$“ stellt, sowie (e) der IKB International, S.A. in Liquidation und der IKB Deutsche Industriebank AG (zusammen als „IKB“ bezeichnet) als Investoren in 37 RMBS-Treuhandvermögen, die Schadensersatzansprüche von über 268 Mio US-\$ stellen. Im NCUA-Fall ist ein Antrag der Deutschen Bank auf Klageabweisung wegen einer mangelnden Anspruchsbegründung anhängig, und das Beweisverfahren (Discovery) wurde ausgesetzt. Bei den Klagen der Western & Southern und der Commerzbank sind ebenfalls Anträge der Deutschen Bank auf Klageabweisung wegen mangelnder Anspruchsbegründung anhängig, und das Beweisverfahren (Discovery) wurde ausgesetzt. Im IKB-Fall wurde bislang kein Klageabweisungsantrag eingereicht, und das Beweisverfahren (Discovery) hat noch nicht begonnen. In den übrigen Verfahren wurden bestimmte Ansprüche abgewiesen, während andere nach der Zurückweisung von Abweisungsanträgen weiter geltend gemacht werden können. Das Beweisverfahren (Discovery) für letztgenannte Ansprüche läuft grundsätzlich weiter.

Der Konzern hält eine Eventualverbindlichkeit für diese acht Fälle für bestehend, deren Höhe derzeit aber nicht verlässlich eingeschätzt werden kann.

Untersuchungen und Rechtsstreitigkeiten im Bereich Edelmetalle. Die Deutsche Bank hat von bestimmten Aufsichts- und Strafverfolgungsbehörden Anfragen erhalten, unter anderem zur Bereitstellung von Informationen und Dokumenten, die für Untersuchungen in Bezug auf den Handel mit Edelmetallen und damit zusammenhängende Vorgänge relevant sind. Die Deutsche Bank kooperiert bei den Untersuchungen und arbeitet in geeigneter Weise mit den entsprechenden Behörden zusammen. In diesem Zusammenhang führt die Deutsche Bank eigene interne Untersuchungen ihrer früheren Beteiligung an der Festlegung von Edelmetall-Benchmarks und anderen Aspekten ihres Handels und sonstigen Geschäfts mit Edelmetallen durch.

Die Deutsche Bank ist Beklagte in zwei zusammengeführten Sammelklagen vor dem United States District Court for the Southern District of New York. Darin wird die Verletzung US-amerikanischen Kartellrechts, des US Commodity Exchange Act und damit in Verbindung stehender einzelstaatlicher Gesetze aufgrund angeblicher Manipulationen bei der Ermittlung des Gold- und Silberpreises über das Londoner Gold- und Silberfixing behauptet, der eingeklagte Schadensersatz jedoch nicht beziffert. Die Anträge zur Abweisung beider Klagen sind weiter anhängig. Die Deutsche Bank hat in beiden Verfahren vertrauliche Grundsatzvergleichsvereinbarungen (agreements in principle) erzielt, deren finanzielle Bedingungen nicht wesentlich für die Deutsche Bank sind. Die Vergleichsvereinbarungen unterliegen der Genehmigung des Gerichts.

Darüber hinaus ist die Deutsche Bank Beklagte in kanadischen Sammelklagen, die im Zusammenhang mit Goldgeschäften in der Provinz Ontario stehen und im Zusammenhang mit Silbergeschäften in den Provinzen Ontario und Quebec anhängig sind. In den Sammelklagen wird auf Schadensersatz wegen angeblicher Verstöße gegen den Canadian Competition Act sowie wegen anderer Gründe geklagt.

Der Konzern hat für bestimmte dieser Fälle Rückstellungen gebildet, die ausreichen, um die Verpflichtungen der Deutschen Bank gemäß der Vereinbarung zu erfüllen und beide US-Sammelklagen vergleichsweise zu beenden. Er hat weder deren Höhe offengelegt noch veröffentlicht, ob er für andere der vorgenannten Fälle Rückstellungen gebildet oder für irgendeinen dieser Fälle Eventualverbindlichkeiten ausgewiesen hat, da nach seinem Dafürhalten damit zu rechnen ist, dass eine solche Offenlegung die Verfahrensergebnisse erheblich beeinflussen wird.

Untersuchungen von Einstellungspraktiken. Einige Aufsichtsbehörden untersuchen zurzeit unter anderem, inwieweit die Deutsche Bank bei der Einstellung von Kandidaten, die von bestehenden oder potenziellen Kunden und Staatsbediensteten empfohlen worden waren, sowie bei der Beauftragung von Arbeitsvermittlern und Beratern den US-Foreign Corrupt Practices Act und andere Gesetze eingehalten hat. Die Deutsche Bank liefert die erforderlichen Informationen und kooperiert auch weiterhin bei diesen Untersuchungen. Der Konzern hat für bestimmte aufsichtsbehördliche Ermittlungen eine Rückstellung gebildet. Er hat die Höhe dieser Rückstellung nicht offengelegt, da nach seinem Dafürhalten eine solche Offenlegung den Ausgang dieser aufsichtsbehördlichen Untersuchungen erheblich beeinflussen würde.

Untersuchung der Handelsgeschäfte in russischen/britischen Aktien. Die Deutsche Bank führt derzeit Untersuchungen im Zusammenhang mit Aktienhandelsgeschäften zwischen Kunden und der Deutschen Bank in Moskau und London durch, die sich gegenseitig gespiegelt haben. Das Gesamtvolumen der zu untersuchenden Transaktionen ist erheblich. Die Untersuchungen der Deutschen Bank bezüglich eventueller Verstöße gegen Gesetze, Verordnungen und Richtlinien sowie des internen Kontrollsystems sind noch nicht abgeschlossen. Bisher wurden bestimmte Verstöße gegen interne Bankvorschriften und Mängel im Kontrollumfeld der Deutschen Bank festgestellt. Die Deutsche Bank hat die zuständigen Aufsichts- und Ermittlungsbehörden in mehreren Zuständigkeitsbereichen (inklusive Deutschland, Russland, Großbritannien und den USA) über die Untersuchungen informiert. Die Deutsche Bank hat disziplinarische Maßnahmen gegen bestimmte Personen eingeleitet und wird weiterhin auch gegen andere Personen vorgehen, falls dies gerechtfertigt ist. Der Konzern hat für diese Angelegenheit eine Rückstellung gebildet. Er hat die Höhe dieser Rückstellung nicht offengelegt, da nach seinem Dafürhalten eine solche Offenlegung den Ausgang der Verfahren ernsthaft beeinflussen würde.

Untersuchung und Rechtsstreitigkeiten zu Staatsanleihen, supranationalen und staatsnahen Anleihen (SSA). Die Deutsche Bank hat Anfragen von bestimmten Regulatoren und Strafverfolgungsbehörden erhalten, unter anderem Auskunftersuchen und Dokumentenanfragen, die sich auf den Handel mit SSA-Bonds beziehen. Die Deutsche Bank kooperiert in diesen Untersuchungen.

Die Deutsche Bank ist Beklagte in verschiedenen als Sammelklage bezeichneten Verfahren vor dem United States District Court for the Southern District of New York, in denen die Verletzung des US-amerikanischen Kartellrechts und des Common Law im Hinblick auf die angebliche Manipulation des Sekundärmarktes für SSA-Bonds behauptet wird. Diese Verfahren befinden sich in einem frühen Stadium und werden zurzeit zusammengeführt.

Der Konzern hat nicht offengelegt, ob eine Rückstellung oder Eventualverbindlichkeit im Hinblick auf diesen Vorgang gebildet wurde, da man zu dem Ergebnis gekommen ist, dass eine solche Offenlegung den Ausgang der Untersuchungen gravierend beeinflussen könnte.

US-Embargo. Die Deutsche Bank hat seitens bestimmter US-amerikanischer Aufsichts- und Strafverfolgungsbehörden Informationsanfragen hinsichtlich der früheren Abwicklung von Zahlungsaufträgen in US-Dollar erhalten, die sie in der Vergangenheit durch US-amerikanische Finanzinstitute für Vertragsparteien aus Ländern abgewickelt hat, die US-Embargos unterlagen. Die Anfragen richten sich darauf, ob diese Abwicklung mit US-amerikanischem Bundes- und Landesrecht in Einklang standen. Im Jahr 2006 hat die Deutsche Bank freiwillig entschieden, dass sie kein US-Dollar-Neugeschäft mit Kontrahenten im Iran und Sudan, in Nordkorea und auf Kuba sowie mit einigen syrischen Banken tätigen wird. Ferner hat sie beschlossen, aus bestehenden US-Dollar-Geschäften mit diesen Kontrahenten auszusteigen, soweit dies rechtlich zulässig ist. Im Jahr 2007 hat die Deutsche Bank entschieden, dass sie kein Neugeschäft in jeglicher Währung mit Kontrahenten im Iran und Sudan sowie in Syrien und Nordkorea eingehen wird beziehungsweise aus dem bestehenden Geschäft in allen Währungen mit diesen Kontrahenten auszusteigen, soweit dies rechtlich zulässig ist. Darüber hinaus hat sie beschlossen, ihr Nicht-US-Dollar-Geschäft mit Kontrahenten auf Kuba zu beschränken. Am 3. November 2015 hat die Deutsche Bank mit dem New York State Department of Financial Services und der Federal Reserve Bank of New York Vereinbarungen über den Abschluss ihrer Untersuchungen hinsichtlich der Deutschen Bank geschlossen. Die Deutsche Bank hat an die beiden Behörden 200 Mio US-\$ beziehungsweise 58 Mio US-\$ gezahlt und zugestimmt, bestimmten Mitarbeitern zu kündigen, bestimmte ehemalige Mitarbeiter nicht wieder einzustellen und für ein Jahr einen unabhängigen Monitor einzusetzen. Darüber hinaus hat die Federal Reserve Bank of New York bestimmte Abhilfemaßnahmen angeordnet. Dazu gehört insbesondere die Sicherstellung eines effizienten OFAC-Compliance-Programms sowie eine jährliche Überprüfung desselben durch einen unabhängigen Dritten, bis sich die Federal Reserve Bank of New York von deren Effizienz überzeugt hat. Die Untersuchungen der US-Strafverfolgungsbehörden dauern an.

Der Konzern hat nicht offengelegt, ob er für diese Angelegenheit eine Rückstellung gebildet oder eine Eventualverbindlichkeit ausgewiesen hat, da nach seinem Dafürhalten eine solche Offenlegung den Ausgang der Verfahren ernsthaft beeinflussen würde.

Untersuchungen und Ermittlungen im Bereich US-Staatsanleihen. Die Deutsche Bank hat von bestimmten Aufsichts- und Strafverfolgungsbehörden Anfragen erhalten, unter anderem zur Bereitstellung von Informationen und Dokumenten, die für Untersuchungen in Bezug auf Auktionen für und den Handel mit US-Staatsanleihen sowie damit zusammenhängende Marktaktivitäten relevant sind. Die Deutsche Bank kooperiert bei diesen Untersuchungen.

Die Deutsche Bank ist Beklagte in verschiedenen Sammelklagen. Darin werden Verstöße gegen das US-amerikanische Kartellrecht, den CEA und Common Law in Bezug auf die vermeintliche Manipulation des Marktes für US Treasuries geltend gemacht. Die Verfahren befinden sich in einem frühen Stadium und wurden zentral auf den Southern District of New York übertragen.

Der Konzern hat nicht offengelegt, ob er für diese Fälle Rückstellungen gebildet oder Eventualverbindlichkeiten ausgewiesen hat, da nach seinem Dafürhalten damit zu rechnen ist, dass eine solche Offenlegung die Verfahrensergebnisse erheblich beeinflussen wird.

Langfristige Verbindlichkeiten

in Mio €	30.6.2016	31.12.2015
Vorrangige Verbindlichkeiten:		
Anleihen und Schuldverschreibungen		
Mit fester Verzinsung	84.925	86.255
Mit variabler Verzinsung	37.313	38.963
Nachrangige Verbindlichkeiten:		
Anleihen und Schuldverschreibungen		
Mit fester Verzinsung	4.866	4.602
Mit variabler Verzinsung	1.960	1.811
Sonstige	33.841	28.385
Summe der langfristigen Verbindlichkeiten	162.905	160.016

Ausgegebene Stammaktien und ausstehende Stammaktien

in Mio	30.6.2016	31.12.2015
Ausgegebene Stammaktien	1.379,3	1.379,3
Eigene Aktien im Bestand	12,3	0,4
Davon:		
Aktienrückkaufprogramm	12,1	0,3
Sonstige Bestände	0,1	0,1
Ausstehende Stammaktien	1.367,0	1.378,9

Sonstige Finanzinformationen (nicht testiert)

Kreditzusagen und Eventualverbindlichkeiten

Unwiderrufliche Kreditzusagen und ausleihebezogene Eventualverbindlichkeiten

Der Konzern übernimmt generell im Auftrag seiner Kunden unwiderrufliche Kreditzusagen, unter anderem auch Fronting Commitments, sowie ausleihebezogene Eventualverbindlichkeiten, die sich aus Finanz- und Vertragserfüllungsbürgschaften, Akkreditiven und Kredithaftungen zusammensetzen. Gemäß diesen Verträgen ist der Konzern verpflichtet, entweder einer Vereinbarung entsprechend zu handeln oder Zahlungen an einen Begünstigten zu leisten, wenn ein Dritter seinen Verpflichtungen nicht nachkommt. Der Konzern weiß nicht im Detail, ob, wann und in welcher Höhe eine Inanspruchnahme aus diesen Haftungsverhältnissen erfolgt. Für den Fall, dass der Konzern Zahlungen an einen Begünstigten von Fronting Commitments zu leisten hat, würde der Konzern sofort seine Rückgrifforderung an die anderen Kreditgeber des Konsortiums stellen. Die oben genannten Verträge werden jedoch berücksichtigt, indem der Konzern das Kreditrisiko überwacht. Zudem verlangt er gegebenenfalls Sicherheiten, um inhärente Kreditrisiken zu reduzieren. Ergeben sich aus der Überwachung des Kreditrisikos hinreichende Erkenntnisse, dass ein Verlust aus einer Inanspruchnahme zu erwarten ist, wird eine Rückstellung gebildet und in der Bilanz ausgewiesen.

Die nachfolgende Tabelle zeigt die unwiderruflichen Kreditzusagen und ausleihebezogenen Eventualverbindlichkeiten ohne Berücksichtigung von Sicherheiten und in der Bilanz ausgewiesenen Rückstellungen. Außerdem sind in der Tabelle die Maximalbeträge enthalten, die vom Konzern zu zahlen wären, falls alle diese Verpflichtungen erfüllt werden müssten. Die Tabelle bildet nicht die zukünftig aus diesen Verpflichtungen zu erwartenden Zahlungsabflüsse ab, da viele auslaufen, ohne dass sie in Anspruch genommen werden. Die Inanspruchnahmen, die durch die Auftraggeber oder Erlöse aus der Sicherheitenverwertung ausgeglichen werden, sind ebenfalls nicht in der Tabelle enthalten.

in Mio €	30.6.2016	31.12.2015
Unwiderrufliche Kreditzusagen	166.878	174.549
Eventualverbindlichkeiten	52.899	57.325
Insgesamt	219.777	231.874

Unwiderrufliche Zahlungsverpflichtungen hinsichtlich Bankenabgaben

Unwiderrufliche Zahlungsverpflichtungen hinsichtlich der Bankenabgaben zur Sanierung und Abwicklung von Finanzinstituten (EU-Richtlinie) und des Einheitlichen Abwicklungsfonds(SRF) beliefen sich zum 30. Juni 2016 auf 279,6 Mio € und zum 30. Dezember 2015 auf 155,5 Mio €.

Geschäfte mit nahestehenden Dritten

Dritte Parteien gelten als nahestehend, sofern eine Partei die andere mittelbar oder unmittelbar kontrolliert oder maßgeblichen Einfluss auf deren geschäftliche oder operative Entscheidungen ausüben kann. Zu den nahestehenden Dritten des Konzerns gehören:

- Personen in Schlüsselpositionen, deren nahe Familienangehörige sowie Gesellschaften, die von diesen Personen oder deren nahen Familienangehörigen kontrolliert oder maßgeblich beeinflusst werden oder an denen dieser Personenkreis bedeutende Stimmrechte hält,
- Tochtergesellschaften, Joint Ventures und assoziierte Unternehmen und deren jeweilige Tochterunternehmen und
- Pensionspläne für Deutsche Bank-Mitarbeiter, die nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses in Anspruch genommen werden.

Geschäfte mit Personen in Schlüsselpositionen

Personen in Schlüsselpositionen sind Personen, die für die Planung, Leitung und Überwachung der Tätigkeiten des Deutsche Bank Konzerns direkt oder indirekt zuständig und verantwortlich sind. Der Konzern zählt die Mitglieder des Vorstands in seiner aktuellen Aufstellung und des Aufsichtsrats der Muttergesellschaft für Zwecke des IAS 24 zu Personen in Schlüsselpositionen. Zum 30. Juni 2016 hat der Konzern Kredite und Zusagen in Höhe von 10 Mio € an Personen in Schlüsselpositionen vergeben und Einlagen in Höhe von 8 Mio € von Personen in Schlüsselpositionen erhalten. Zum 31. Dezember 2015 betragen die Kredite und Zusagen an Personen in Schlüsselpositionen 11 Mio € und die Einlagen von Personen in Schlüsselpositionen 8 Mio €. Daneben bietet der Konzern Personen in Schlüsselpositionen und ihren nahen Familienangehörigen Bankdienstleistungen wie zum Beispiel Zahlungsverkehrs- und Kontoführungsdienstleistungen sowie Anlageberatung an.

Geschäfte mit Tochtergesellschaften, assoziierten und gemeinschaftlich geführten Unternehmen

Geschäfte zwischen der Deutschen Bank AG und deren Tochtergesellschaften gelten als Geschäfte mit nahestehenden Dritten. Sofern diese Transaktionen bei der Konsolidierung eliminiert werden, werden sie nicht als Geschäfte mit nahestehenden Dritten offengelegt. Geschäfte zwischen dem Konzern und seinen assoziierten und gemeinschaftlich geführten Unternehmen und deren jeweiligen Tochterunternehmen gelten ebenfalls als Geschäfte mit nahestehenden Dritten.

Begebene Kredite und gewährte Garantien

in Mio €	Assoziierte Unternehmen und sonstige nahestehende Unternehmen	
	30.6.2016	31.12.2015
Forderungen aus dem Kreditgeschäft, Anfangsbestand	396	321
Im Laufe des Jahres begebene Forderungen aus dem Kreditgeschäft	103	464
Rückzahlungen von Forderungen aus dem Kreditgeschäft	161	376
Veränderung des Konsolidierungskreises	0	-31
Wechselkursveränderungen/Sonstige	1	18
Forderungen aus dem Kreditgeschäft, Endbestand¹	340	396
Sonstige kreditrisikobehaftete Transaktionen:		
Wertberichtigungsbestand für Kreditausfälle	1	1
Wertberichtigungen für Kreditausfälle	0	0
Garantien und sonstige Verpflichtungen	100	263

¹ Davon waren zum 30. Juni 2016 1 Mio € Forderungen überfällig (31. Dezember 2015: 4 Mio €). Für die Forderungen aus dem Kreditgeschäft hielt der Konzern zum 30. Juni 2016 Sicherheiten in Höhe von 6 Mio € (31. Dezember 2015: 69 Mio €).

Erhaltene Einlagen

in Mio €	Assoziierte Unternehmen und sonstige nahestehende Unternehmen	
	30.6.2016	31.12.2015
Einlagen, Anfangsbestand	162	128
Einlagenzuflüsse	122	326
Einlagenabflüsse	178	295
Veränderung des Konsolidierungskreises	0	-0
Wechselkursveränderungen/Sonstige	-1	2
Einlagen, Endbestand	105	162

Sonstige Geschäfte

Zum 30. Juni 2016 bestanden Handelsaktiva und positive Marktwertsalden aus derivativen Finanztransaktionen mit assoziierten Unternehmen in Höhe von 39 Mio € (31. Dezember 2015: 32 Mio €). Zum 30. Juni 2016 bestanden Handelspassiva und negative Marktwertsalden aus derivativen Finanztransaktionen mit assoziierten Unternehmen in Höhe von 0 Mio € (31. Dezember 2015: 0 Mio €).

Geschäfte im Rahmen von Pensionsplänen

Der Konzern unterhält Geschäftsbeziehungen zu einer Reihe seiner Versorgungseinrichtungen für Leistungen nach Beendigung von Arbeitsverhältnissen, für die er Finanzdienstleistungen einschließlich der Vermögensanlage erbringt. Diese Versorgungseinrichtungen können Aktien oder Wertpapiere der Deutschen Bank AG halten oder mit diesen handeln. Zum 30. Juni 2016 waren die Geschäfte mit diesen Versorgungseinrichtungen für den Konzern nicht wesentlich.

Zum Verkauf bestimmte langfristige Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen

In der Bilanz werden die zum Verkauf bestimmten langfristigen Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen unter den Sonstigen Aktiva und Sonstigen Passiva ausgewiesen. Dieser Abschnitt erläutert die Art der zum Verkauf bestimmten langfristigen Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen und deren finanzielle Auswirkungen zum 30. Juni 2016.

Zum Verkauf bestimmte langfristige Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen zum Bilanzstichtag

Zum 30. Juni 2016 betragen die zum Verkauf bestimmten Vermögenswerte insgesamt 2,9 Mrd € (31. Dezember 2015: 3,5 Mrd €) und die Veräußerungsgruppen enthielten zum 30. Juni 2016 und 31. Dezember 2015 Verbindlichkeiten in Höhe von jeweils 39 Mio € und 37 Mio €.

Im Einklang mit der strategischen Absicht der Bank und im Zuge der Umsetzung der Strategie 2020 kündigte die Deutsche Bank an, dass sie ihre gesamte Beteiligung (19,99 %) an der Hua Xia Bank Company Limited („Hua Xia“) an die PICC Property and Casualty Company Limited verkaufen wird. Dementsprechend hatte die Deutsche Bank den Buchwert ihrer nach der Equitymethode bilanzierten Beteiligung von 3,3 Mrd €, der im Unternehmensbereich PW&CC gehalten wird, zum Jahresende 2015 in die Kategorie zum Verkauf bestimmt umgesetzt. Die im ersten Halbjahr 2016 erfolgte Neubewertung der Beteiligung führte zu einer Wertminderung in Höhe von 564 Mio € auf das zum Verkauf bestimmte Investment. Dadurch reduzierte sich zum 30. Juni 2016 der Buchwert auf 2,8 Mrd €. Die Wertminderung ist unter den sonstigen Erträgen erfasst und reflektiert im Wesentlichen den Rückgang des Aktienkurses der Hua Xia sowie eine ungünstige Wechselkursentwicklung. Aufgrund der erwarteten Gegenleistung für Hua Xia führen andere transaktionsbezogene Effekte, die teilweise den Rückgang des Aktienkurses kompensieren, im ersten Halbjahr 2016 zu einem Nettoverlust von insgesamt 119 Mio €. Zusammen mit der Klassifikation als zum Verkauf bestimmt wurden kumulierte sonstige erfolgsneutrale Eigenkapitalveränderungen von 662 Mio € im Zusammenhang mit der Hua Xia Beteiligung innerhalb des Eigenkapitals in die unrealisierten Gewinne/Verluste aus zum Verkauf bestimmten Vermögenswerten umgegliedert. Der Abschluss der Transaktion unterliegt den üblichen Vollzugsbedingungen und behördlichen Genehmigungen, einschließlich der von der China Banking Regulatory Commission. Der Antrag zur Genehmigung wurde von der China Banking Regulatory Commission angenommen und der Genehmigungsprozess wird voraussichtlich im dritten Quartal 2016 abgeschlossen werden.

Zum 30. Juni 2016 und 31. Dezember 2015 wurden unrealisierte Gewinne in Höhe von 662 Mio € im Zusammenhang mit den zum Verkauf bestimmten langfristigen Vermögenswerten und Veräußerungsgruppen direkt in der Kumulierten sonstigen erfolgsneutralen Eigenkapitalveränderung ausgewiesen.

Am 15. April 2016 teilte die Bank mit, dass sie sich mit Macquarie Infrastructure Partners III („MIP III“) - einem von Macquarie Infrastructure and Real Assets („MIRA“) verwalteten Fonds - auf den Verkauf von Maher Terminals USA, LLC („Maher Terminals“), einem Containerterminal in Port Elizabeth, New Jersey, geeinigt hat. Die Maher Terminals sind ein Vermögenswert, der in der NCOU der Bank geführt wird. Im Rahmen der Transaktion hat MIP III zugesagt, 100 % an Maher Terminals zu erwerben. Die Genehmigung der Hafenbehörde und andere aufsichtsrechtliche Genehmigungen stehen noch aus. Diese werden nicht vor der Veröffentlichung dieses Berichts erwartet. Aufgrund der Unsicherheit, die aus diesen ausstehenden substanziellen Genehmigungen resultiert, hält der Konzern eine Klassifizierung als zum Verkauf bestimmt zum 30. Juni 2016 für nicht angemessen und wird die Veräußerungsgruppe bis zum Vorliegen dieser Genehmigungen nicht als zum Verkauf bestimmt klassifizieren. Es wird erwartet, dass die Transaktion keinen wesentlichen Einfluss auf die Geschäftszahlen der Deutschen Bank hat.

Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

Als weiteren Schritt im Risikoabbau der NCOU schloss die Deutsche Bank im Juli einen Vertrag, ein signifikantes Anleihenportfolio mit einem Nominalbetrag in Höhe von 3,2 Mrd € mit den dazugehörigen Swaps zu verkaufen. Diese Transaktion führt zu einem Verlust in Höhe von ungefähr 150 Mio € und zu einer Reduzierung der risikogewichteten Aktiva in Höhe von 0,6 Mrd €, die beide im dritten Quartal 2016 gebucht werden.

Sonstige Informationen (nicht testiert)

Nicht nach IFRS ermittelte finanzielle Messgrößen

Dieses Dokument und andere Dokumente, die der Konzern veröffentlicht hat oder gegebenenfalls veröffentlichen wird, beinhalten finanzielle Messgrößen, die nicht nach IFRS ermittelt werden. Diese Messgrößen sind Kennzahlen des bisherigen oder zukünftigen Erfolgs, der Finanzlage oder der Cashflows des Konzerns, die durch Eliminierung oder Berücksichtigung bestimmter eingeschlossener oder ausgeschlossener Beträge im Vergleich zu den am ehesten direkt vergleichbaren und gemäß IFRS ermittelten und ausgewiesenen Größen im Konzernabschluss angepasst werden.

Vollumgesetzte CRR/CRD 4-Messgrößen

Als Teil ihrer Messgrößen verwendet der Konzern CRR/CRD 4-Metriken auf Basis der Vollumsetzung, insbesondere bezüglich der regulatorischen Kapitalanforderungen der risikogewichteten Aktiva, des Kernkapitals und den daraus resultierenden Quoten. Solche nicht nach IFRS ermittelte finanzielle Messgrößen sind beispielsweise in unserem Zwischenbericht zum 30. Juni 2016 im Abschnitt „Lagebericht: Risikobericht Regulatorisches Kapital und Verschuldungsquote“ beschrieben und stellen ebenso eine Überleitung der CRR/CRD4 oder der dazugehörigen IFRS Werten zur Verfügung.

Eigenkapitalrendite-Quoten

Der Konzern weist eine Eigenkapitalrendite nach Steuern basierend auf dem durchschnittlichen Eigenkapital und eine Eigenkapitalrendite nach Steuern basierend auf dem durchschnittlichen materiellen Eigenkapital aus. Beides sind nicht nach IFRS ermittelte Messgrößen.

Die Eigenkapitalrenditen nach Steuern basierend auf dem durchschnittlichen Eigenkapital und durchschnittlichen materiellen Eigenkapital werden als Ergebnis nach Steuern ermittelt, das den Deutsche Bank-Aktionären als prozentualer Anteil am durchschnittlichen Eigenkapital und durchschnittlichen materiellen Eigenkapital zuzurechnen ist.

Das den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbare Ergebnis nach Steuern ist eine nicht nach IFRS ermittelte finanzielle Messgröße und ist definiert als Ergebnis nach Steuern, ohne den Anteilen ohne beherrschenden Einfluss zurechenbare Ergebnis nach Steuern. Für den Konzern reflektiert dieses Messgröße die berichtete effektive Steuerquote, die im zweiten Quartal 2016 bei 95 % und im zweiten Quartal 2015 bei 33 % lag. In den ersten sechs Monaten 2016 betrug die effektive Steuerquote 74 % und im Vergleichszeitraum des Vorjahres 49 %. Für die Segmente belief sich die verwendete Steuerquote in allen Berichtsperioden auf 35 %.

Das materielle Eigenkapital auf Konzernebene wird ermittelt, indem der Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte von dem Eigenkapital in der Konzernbilanz subtrahiert werden. Das materielle Eigenkapital der Segmente wird ermittelt, indem der Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte von dem den Segmenten allokierten Eigenkapital subtrahiert werden, wie im Abschnitt „Allokation des durchschnittlichen den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbaren Eigenkapitals“ beschrieben. Das Eigenkapital und materielle Eigenkapital werden mit Durchschnittswerten ausgewiesen.

Der Konzern ist der Ansicht, dass die Darstellung der Messgröße des durchschnittlichen materiellen Eigenkapitals den Vergleich mit seinen Wettbewerbern vereinfacht, und bezieht sich auf diese Messgröße bei mehreren ausgewiesenen Kapitalrenditequoten. Hierbei handelt es sich jedoch nicht um eine Messgröße nach IFRS. Bei einem Vergleich der Kennzahlen des Konzerns, die auf dieser Messgröße basieren, mit denen anderer Unternehmen sollten stets auch Unterschiede bei der Berechnung dieser Kennzahlen berücksichtigt werden.

Die Überleitung der vorstehenden Quoten wird in der folgenden Tabelle beschrieben:

	2. Quartal 2016							
in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	Global Markets	Corporate & Investment Banking	Private, Wealth & Commercial Clients	Deutsche Asset Manage- ment	Postbank	Non-Core Operations Unit	Consoli- dation & Adjust- ments	Konzern insgesamt
Ergebnis vor Steuern	28	432	187	171	179	- 632	42	408
Ertragsteueraufwand/-ertrag (-)								- 388
Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag (-)	19	283	122	112	117	- 413	- 219	20
Den Anteilen ohne beherrschenden Einfluss zurechenbares Konzernergebnis	0	0	0	0	0	0	- 2	- 2
Den Deutsche Bank-Aktionären und Zusätzlichen Eigenkapitalbestandteilen zurechenbares Konzernergebnis	19	283	122	112	117	- 413	- 221	18
Durchschnittliches den Deutsche Bank Aktionären zurechenbares Eigenkapital	24.344	11.846	8.877	6.403	5.838	4.654	50	62.011
Zuzüglich (abzüglich)								
Durchschnittliche Geschäfts- oder Firmenwerte und sonstige immaterielle Vermögenswerte	- 1.722	- 1.108	- 1.531	- 4.860	- 282	- 542	45	- 10.001
Durchschnittliches materielles Eigenkapital	22.621	10.738	7.346	1.542	5.556	4.112	95	52.011
Eigenkapitalrendite nach Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen den Deutsche Bank Aktionären zurechenbaren Eigenkapital) in %	0,3	9,5	5,5	7,0	8,0	N/A	N/A	0,1
Eigenkapitalrendite nach Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen materiellen Eigenkapital) in %	0,3	10,5	6,7	29,1	8,4	N/A	N/A	0,1

N/A – Nicht aussagekräftig

	2. Quartal 2015							
in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	Global Markets	Corporate & Investment Banking	Private, Wealth & Commercial Clients	Deutsche Asset Manage- ment	Postbank	Non-Core Operations Unit	Consoli- dation & Adjust- ments	Konzern insgesamt
Ergebnis vor Steuern	1.086	595	483	265	88	- 870	- 418	1.228
Ertragsteueraufwand/-ertrag (-)								- 410
Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag (-)	702	385	312	171	57	- 562	- 246	818
Den Anteilen ohne beherrschenden Einfluss zurechenbares Konzernergebnis	0	0	0	0	0	0	- 22	- 22
Den Deutsche Bank-Aktionären und Zusätzlichen Eigenkapitalbestandteilen zurechenbares Konzernergebnis	702	385	312	171	57	- 562	- 268	796
Durchschnittliches den Deutsche Bank Aktionären zurechenbares Eigenkapital	25.923	12.867	10.723	5.706	8.395	6.806	1.446	71.865
Zuzüglich (abzüglich)								
Durchschnittliche Geschäfts- oder Firmenwerte und sonstige immaterielle Vermögenswerte	- 2.278	- 1.418	- 2.448	- 4.836	- 2.831	- 537	- 1.348	- 15.697
Durchschnittliches materielles Eigenkapital	23.645	11.448	8.275	870	5.564	6.269	98	56.168
Eigenkapitalrendite nach Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen den Deutsche Bank Aktionären zurechenbaren Eigenkapital) in %	10,8	12,0	11,6	12,0	2,7	N/A	N/A	4,4
Eigenkapitalrendite nach Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen materiellen Eigenkapital) in %	11,9	13,4	15,1	78,6	4,1	N/A	N/A	5,7

N/A – Nicht aussagekräftig

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	Jan. – Jun. 2016							
	Global Markets	Corporate & Investment Banking	Private, Wealth & Commercial Clients	Deutsche Asset Manage- ment	Postbank	Non-Core Operations Unit	Consoli- dation & Adjust- ments	Konzern insgesamt
Ergebnis vor Steuern	423	747	249	334	301	- 1.165	99	987
Ertragsteueraufwand/-ertrag (-)								- 731
Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag (-)	277	488	163	218	197	- 762	- 324	256
Den Anteilen ohne beherrschenden Einfluss zurechenbares Konzernergebnis	0	0	0	0	0	0	- 24	- 24
Den Deutsche Bank-Aktionären und Zusätzlichen Eigenkapitalbestandteilen zurechenbares Konzernergebnis	277	488	163	218	197	- 762	- 349	232
Durchschnittliches den Deutsche Bank Aktionären zurechenbares Eigenkapital	24.177	11.978	9.136	6.396	5.786	4.850	70	62.393
Zuzüglich (abzüglich)								
Durchschnittliche Geschäfts- oder Firmenwerte und sonstige immaterielle Vermögenswerte	- 1.640	- 1.108	- 1.653	- 4.865	- 278	- 563	71	- 10.036
Durchschnittliches materielles Eigenkapital	22.537	10.870	7.483	1.531	5.508	4.287	141	52.357
Eigenkapitalrendite nach Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen den Deutsche Bank Aktionären zurechenbaren Eigenkapital) in %	2,3	8,2	3,6	6,8	6,8	N/A	N/A	0,7
Eigenkapitalrendite nach Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen materiellen Eigenkapital) in %	2,5	9,0	4,4	28,5	7,1	N/A	N/A	0,9

N/A – Nicht aussagekräftig

	Jan. – Jun. 2015							
in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	Global Markets	Corporate & Investment Banking	Private, Wealth & Commercial Clients	Deutsche Asset Manage- ment	Postbank	Non-Core Operations Unit	Consoli- dation & Adjust- ments	Konzern insgesamt
Ergebnis vor Steuern	1.131	1.316	887	366	201	- 1.188	- 6	2.708
Ertragsteueraufwand/-ertrag (-)								- 1.331
Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag (-)	731	850	573	236	130	- 767	- 376	1.377
Den Anteilen ohne beherrschenden Einfluss zurechenbares Konzernergebnis	0	0	0	0	0	0	- 38	- 38
Den Deutsche Bank-Aktionären und Zusätzlichen Eigenkapitalbestandteilen zurechenbares Konzernergebnis	731	850	573	236	130	- 767	- 413	1.339
Durchschnittliches den Deutsche Bank Aktionären zurechenbares Eigenkapital	24.601	12.276	10.403	5.593	8.492	7.509	2.424	71.299
Zuzüglich (abzüglich)								
Durchschnittliche Geschäfts- oder Firmenwerte und sonstige immaterielle Vermögenswerte	- 2.094	- 1.299	- 2.311	- 4.759	- 2.818	- 572	- 1.694	- 15.548
Durchschnittliches materielles Eigenkapital	22.507	10.977	8.093	834	5.674	6.937	729	55.751
Eigenkapitalrendite nach Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen den Deutsche Bank Aktionären zurechenbaren Eigenkapital) in %	5,9	13,9	11,0	8,5	3,1	N/A	N/A	3,8
Eigenkapitalrendite nach Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen materiellen Eigenkapital) in %	6,5	15,5	14,2	56,7	4,6	N/A	N/A	4,8

N/A – Nicht aussagekräftig

Bereinigte Kosten

Die bereinigte Kostenbasis ist eine Kernfinanzkennzahl aus der Strategie 2020. Sie ist eine nicht nach IFRS ermittelte finanzielle Messgröße und am ehesten direkt vergleichbar mit der IFRS-Messgröße der Zinsunabhängigen Aufwendungen. Die bereinigte Kostenbasis wird errechnet, indem die nach IFRS ermittelten Zinsunabhängigen Aufwendungen um (i) Wertberichtigungen auf den Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte, (ii) Aufwendungen für Rechtsstreitigkeiten, (iii) Aufwendungen im Versicherungsgeschäft und (iv) Restrukturierung und Abfindungszahlungen angepasst werden. Der Konzern ist der Ansicht, dass die Darstellung der Zinsunabhängigen Aufwendungen ohne Berücksichtigung dieser Komponenten eine aussagekräftigere Darstellung der Kosten im Zusammenhang mit den operativen Geschäftsbereichen ermöglicht.

in Mio €	2. Quartal	
	2016	2015
Zinsunabhängigen Aufwendungen insgesamt	6.718	7.798
Wertberichtigungen auf Geschäfts- oder Firmenwerte und sonstige immaterielle Vermögenswerte	285	0
Aufwendungen für Rechtsstreitigkeiten	120	1.227
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	74	10
Restrukturierung und Abfindungszahlungen	207	45
Bereinigte Kostenbasis	6.032	6.516

in Mio €	Jan. – Jun.	
	2016	2015
Zinsunabhängigen Aufwendungen insgesamt	13.903	16.476
Wertberichtigungen auf Geschäfts- oder Firmenwerte und sonstige immaterielle Vermögenswerte	285	0
Aufwendungen für Rechtsstreitigkeiten	308	2.771
Aufwendungen im Versicherungsgeschäft	118	163
Restrukturierung und Abfindungszahlungen	492	113
Bereinigte Kostenbasis	12.700	13.430

Nettovermögen und materielles Nettovermögen je ausstehende Stammaktie (unverwässert)

Das Nettovermögen und das materielle Nettovermögen je ausstehende Stammaktie (unverwässert) sind finanzielle Messgrößen, die nicht nach IFRS ermittelt werden. Sie werden von Investoren und Analysten als verlässliche Kennzahlen zur Beurteilung der Kapitaladäquanz genutzt. Das Nettovermögen je ausstehende Stammaktie (unverwässert) errechnet sich aus dem den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbaren Eigenkapital dividiert durch die Anzahl der zum Bilanzstichtag ausstehenden Stammaktien (unverwässert). Das materielle Nettovermögen ergibt sich aus dem den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbaren Eigenkapital abzüglich der Position Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte. Das materielle Nettovermögen je ausstehende Stammaktie (unverwässert) entspricht dem materiellen Nettovermögen dividiert durch die Anzahl der zum Bilanzstichtag ausstehenden Stammaktien (unverwässert).

Materielles Nettovermögen

in Mio €	30.6.2016	31.12.2015
Den Deutsche Bank-Aktionären zurechenbares Eigenkapital (Nettovermögen)	61.865	62.678
Geschäfts- oder Firmenwert und sonstige immaterielle Vermögenswerte	-9.907	-10.078
Materielles Nettovermögen	51.958	52.600

Ausstehende Stammaktien (unverwässert)

in Mio (sofern nicht anders angegeben)	30.6.2016	31.12.2015
Anzahl ausgegebene Stammaktien	1.379,3	1.379,3
Aktien im Eigenbestand	-12,3	-0,4
Gewährte Aktienrechte (unverfallbar)	22,1	8,9
Ausstehende Stammaktien (unverwässert)	1.389,1	1.387,8
Nettovermögen je ausstehende Stammaktie (unverwässert) in €	44,54	45,16
Materielles Nettovermögen je ausstehende Stammaktie (unverwässert) in €	37,40	37,90

Bewertungsanpassungen

Der vorliegende Bericht sowie andere frühere und künftige Veröffentlichungen des Konzerns beziehen sich auf die forderungsbezogene Bewertungsanpassung (Debt Valuation Adjustment, DVA), refinanzierungsbezogene Bewertungsanpassung (Funding Valuation Adjustment, FVA) und kreditrisikobezogene Bewertungsanpassung (Credit Valuation Adjustment, CVA), die einen Einfluss auf die Erträge und die Gewinn- und Verlustrechnung haben.

Die DVA berücksichtigt die Auswirkungen des Kreditrisikos des Konzerns bei der Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts der finanziellen Verpflichtungen (einschließlich Derivatekontrakte).

Die FVA wird auf nicht vollständig mit Sicherheiten unterlegte Derivatepositionen angewandt. Sie reflektiert die marktimplizierten Refinanzierungskosten für Aktiva sowie Passiva und berücksichtigt bei der Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts nicht vollständig mit Sicherheiten unterlegter Derivatepositionen den Barwert der Refinanzierungskosten.

Die CVA stellt das Kontrahentenausfallrisiko in den Marktwert von Finanzinstrumenten inklusive Derivaten dar. Die CRR/CRD 4-Kapitalvorschriften erhöhen die risikogewichteten Aktiva (RWA) des Konzerns für CVA. Der Konzern versucht, diese Erhöhung der RWA durch die Absicherung über Kreditderivate abzufangen. Diese regulatorische Absicherung der CVA RWA erfolgt zusätzlich zur Absicherung für CVA-Exposures gemäß den IFRS-Vorschriften für die Bilanzierung von Sicherungsgeschäften und führt daher zu Marktwertschwankungen in der Gewinn- und Verlustrechnung, die als Ertragsposten ausgewiesen werden.

Der Konzern ist der Ansicht, dass die Darstellung der Erträge sowie der Gewinn- und Verlustrechnung ohne Berücksichtigung dieser Komponenten eine aussagekräftigere Darstellung der zugrunde liegenden Fundamentaldaten der betroffenen Geschäftsbereiche ermöglicht.

Impressum

Deutsche Bank Aktiengesellschaft
Taunusanlage 12
60262 Frankfurt am Main
Telefon: (0 69) 9 10 00
deutsche.bank@db.com

Aktionärshotline:
(08 00) 9 10 80 00

Hauptversammlungshotline:
(08 00) 1 00 47 98

Investor Relations:
(0 69) 9 10 3 80 80
db.ir@db.com

Veröffentlichung
Veröffentlicht am 27. Juli 2016.

Hinweis in Bezug auf zukunftsgerichtete Aussagen

Dieser Bericht enthält zukunftsgerichtete Aussagen. Zukunftsgerichtete Aussagen sind Aussagen, die nicht Tatsachen der Vergangenheit beschreiben. Sie umfassen auch Aussagen über unsere Annahmen und Erwartungen. Diese Aussagen beruhen auf Planungen, Schätzungen und Prognosen, die der Geschäftsleitung der Deutschen Bank derzeit zur Verfügung stehen. Zukunftsgerichtete Aussagen gelten deshalb nur an dem Tag, an dem sie gemacht werden. Wir übernehmen keine Verpflichtung, solche Aussagen angesichts neuer Informationen oder künftiger Ereignisse anzupassen.

Zukunftsgerichtete Aussagen beinhalten naturgemäß Risiken und Unsicherheitsfaktoren. Eine Vielzahl wichtiger Faktoren kann dazu beitragen, dass die tatsächlichen Ergebnisse erheblich von zukunftsgerichteten Aussagen abweichen. Solche Faktoren sind etwa die Verfassung der Finanzmärkte in Deutschland, Europa, den USA und andernorts, in denen wir einen erheblichen Teil unserer Erträge aus dem Wertpapierhandel erzielen und einen erheblichen Teil unserer Vermögenswerte halten, die Preisentwicklung von Vermögenswerten und die Entwicklung von Marktvolatilitäten, der mögliche Ausfall von Kreditnehmern oder Kontrahenten von Handelsgeschäften, die Umsetzung unserer strategischen Initiativen, die Verlässlichkeit unserer Grundsätze, Verfahren und Methoden zum Risikomanagement sowie andere Risiken, die in den von uns bei der US Securities and Exchange Commission (SEC) hinterlegten Unterlagen dargestellt sind. Diese Faktoren haben wir in unserem SEC-Bericht nach „Form 20-F“ vom 11. März 2016 unter der Überschrift „Risk Factors“ im Detail dargestellt.

2016

Wichtige Termine

27. Oktober 2016
Zwischenbericht zum 30. September 2016

2017

Wichtige Termine

2. Februar 2017
Vorläufiges Jahresergebnis für das
Geschäftsjahr 2016

17. März 2017
Geschäftsbericht 2016 und Form 20-F

27. April 2017
Zwischenbericht zum 31. März 2017

18. Mai 2017
Hauptversammlung in der Festhalle
Frankfurt am Main (Messegelände)

27. Juli 2017
Zwischenbericht zum 30. Juni 2017

26. Oktober 2017
Zwischenbericht zum 30. September 2017